Südtiroler Landtag
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Cunsëi dla Provinzia autonoma de Bulsan

XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 110

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 110

vom 30.6.2021

del 30.6.2021

Präsidentin	Rita Mattei	Presidente
Vizepräsident	Josef Noggler	Vicepresidente
Vizepräsident	Manfred Vallazza	Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 110

vom 30.6.2021

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 110

del 30/6/2021

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Fragestunde. . . . . Seite 1

Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020. . . . . .Seite 3

Kenntnisnahme der Abschlussberichte des mit Dekret des Landtagspräsidenten Nr. 78/20 vom 28. April 2020 eingesetzten Untersuchungsausschusses "Mundschutzmasken". . . . . .Seite 25

Begehrensantrag Nr. 15/20 vom 10.3.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Italien braucht ein Lieferkettengesetz: Für Textilien, aber nicht nur. . . . . .Seite 86

Beschlussantrag Nr. 358/20 vom 24.11.2020, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol und Untersuchung der Ursachen. . . . . .Seite 94

Beschlussantrag Nr. 428/21 vom 8.4.2021, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Versorgung von genesenen COVID-19-Patienten und Aktivierung ticketbefreiter Nachsorgeangebote. . . . . .Seite 102

Beschlussantrag Nr. 429/21 vom 9.4.2021, eingebracht von den Abgeordneten Staffler, Foppa und Dello Sbarba, betreffend Klimacheck: Wie klimaverträglich sind Subventionen an die private Wirtschaft? . . . . . .Seite 108

Indice

Interrogazioni su temi di attualità. . . . . .pag. 1

Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2020. . . . . .pag. 3

Presa d'atto delle relazioni finali della commissione d'inchiesta "Mascherine", istituita con decreto del presidente del Consiglio provinciale n. 78/20 del 28 aprile 2020. . . . . pag. 25

Voto n. 15/20 del 10/3/2020, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante l'Italia ha bisogno di una legge sulle filiere: per il settore tessile, ma non solo. . . . . pag. 86

Mozione n. 358/20 del 24/11/2020, presentata dal consigliere Urzì, riguardante misure per mitigare il maggior costo della vita in Alto Adige e analisi per determinarne le cause. . . . . pag. 94

Mozione n. 428/21 dell'8/4/2021, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante richiesta di presa in carico post-guarigione da COVID-19 e attivazione dei percorsi di follow-up con esenzione ticket. . . . . pag. 102

Mozione n. 429/21 del 9/4/2021, presentata dai consiglieri Staffler, Foppa e Dello Sbarba, riguardante verificare la compatibilità climatica delle sovvenzioni alle imprese private. . . . . pag. 108

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: Rita Mattei

Ore 10.06 Uhr

Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Vorrei ricordare nuovamente ai consiglieri e alle consigliere che hanno l'obbligo di indossare sempre la mascherina durante tutta la seduta consiliare, anche durante gli interventi dei singoli consiglieri e delle singole consigliere.

Ha chiesto di intervenire il consigliere Urzì sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

URZÌ (Fratelli d'Italia): Non so come fare, perché ho dimenticato il cellulare a casa, l'app è sul cellulare e come faccio a registrarmi su *Concilium?*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Ist die Landesrätin Hochgruber Kuenzer heute da?

PRESIDENTE: Sto cercando di capirlo.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Bitte, weil ich gestern meine Anfrage aufgeschoben habe, da sie kurz raus musste, aber ich möchte schon, dass sie behandelt wird.

PRESIDENTE: L'assessora è qua in presenza. Intanto andiamo avanti con un'altra interrogazione.

Punto 1) dell'ordine del giorno: **"Interrogazioni su temi di attualità."**

Punkt 1 der Tagesordnung: **"Aktuelle Fragestunde."**

Interrogazione n. 10/7/21 del 15/6/2021, presentata dal consigliere Unterholzner, riguardante: È possibile risultare positivi al Covid dopo la somministrazione del vaccino? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Immer häufiger werden – auch von Fachleuten – Berichte an mich herangetragen, die positive Corona-Testungen nach erfolgter Impfung zum Inhalt haben. Dabei handelt es sich nicht um einige wenige. Dies bezieht sich auf Personen jeden Alters und kommt genauso nach zwei Impfungen vor. Dabei ist der Verlauf keineswegs symptomfrei, vielmehr mitunter sehr gravierend. Ansonsten würden sich die davon betroffenen Personen ja gar nicht nachtesten lassen.

Dies vorausgeschickt, stelle ich an die Landesregierung folgende Fragen:

1. Bei wie vielen Personen in Südtirol ist das Phänomen der Corona-Positivität mit Symptomatik nach erfolgter Impfung bisher aufgetreten?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Kollege Unterholzner! Ich hätte gerne die Daten detailliert, und zwar mit erster und zweiter Impfung. Das ist aus meiner Sicht wesentlich. Ich habe die Daten insgesamt, kann Sie Ihnen dann aber gerne detaillierter nachliefern. Die Anzahl der Personen, welche nach erfolgter erster Teilimpfung bzw. abgeschlossenem Impfzyklus eine Coronapositivität entwickelt haben, liegt mit Stand 16.6.2021 bei 1.559 Personen.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Danke für die Antwort, Landesrat Widmann. Wenn Sie mir diese schriftlich zukommen lassen könnten, auch jene, wenn Sie die vollständigen Daten haben, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 34/7/21 del 23/6/2021, presentata dai consiglieri Knoll e Atz Tammerle, riguardante le lettere sulle torture subite degli attivisti sudtirolesi. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Nach der Feuernacht 1961 wurden viele Süd-Tiroler Freiheitskämpfer verhaftet und von den Carabinieri grausam gefoltert, einige sogar bis zum Tode. Die inhaftierten Freiheitskämpfer schrieben damals heimlich Briefe an den Landeshauptmann, in denen sie die brutalen Folterungen detailliert schilderten und ihn darum baten, diese publik zu machen.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Wo befinden sich die Folterbriefe an den Landeshauptmann heute?
2. Würde es die Landesregierung unterstützen, dass diese Folterbriefe ─ als wichtige Zeitdokumente ─ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht bzw. ausgestellt werden, damit sie auch von Historikern verwendet werden können, um auch zu beleuchten, wie die Politik damals darauf reagierte?
3. Ist die Landesregierung geneigt, an den Orten der Folterungen Erinnerungstafeln (nach dem Vorbild der Stolpersteine) anzubringen, um dauerhaft an die grausamen Folterungen durch die Carabinieri zu erinnern?

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Werter Kollege Knoll, zu Punkt 1. Schreiben, Pr Schreiben, Protokolle und Berichte zu Misshandlungen finden sich in Ausfertigung, Abschrift oder Fotokopie vor allem im Archiv der Landesleitung der Südtiroler Volkspartei, das beim Südtiroler Landesarchiv deponiert ist. Vereinzelt finden sich solche Schreiben auch im Nachlass Silvius Magnago, der ebenfalls als Depositum beim Landesarchiv erliegt, ebenso in dem von Josef Fontana zusammengetragenen Sammelbestand "Prozessakten 1961–1973" zu den Mailänder Prozessen, der vorwiegend Fotokopien umfasst. Weitere nicht in den Beständen des Landesarchivs befindliche einschlägige Stücke dürften im Bestand Referat "Südtirol" am Tiroler Landesarchiv in Innsbruck, im Bruno Kreisky Archiv in Wien und wohl auch am Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Archiv der Republik erliegen. Ob auch Behördenarchive in Italien solche Schreiben verwahren (etwa auch in Form von Abschriften, Übersetzungen usw.), ist anzunehmen, lässt sich aber nicht kurzfristig erheben.

Zu Frage Nr. 1. Die Schreiben in den genannten, beim Südtiroler Landesarchiv befindlichen Beständen waren und sind der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit längst zugänglich. Sie wurden teilweise auch schon vor Jahren veröffentlicht und dürfen daher als bekannt gelten (vgl. etwa Helmut Golowitsch, Für die Heimat kein Opfer zu schwer. Folter – Tod – Erniedrigung. Südtirol 1961–1969, Zirl 22012, S. 307/09, 346/47 usw., aus dem Archiv der Landesleitung der Südtiroler Volkspartei). Im Fall des Archivs der Landesleitung der Südtiroler Volkspartei muss vor der Einsichtnahme das schriftliche Einverständnis des Parteisekretariats eingeholt werden. Was eine Ausstellung der Originale betrifft, ist ebenfalls das schriftliche Einverständnis der Bestandseigner einzuholen. Ferner ist zu beachten, dass es sich bei den Inhalten der Unterlagen teilweise um personenbezogene, teils auch sensible Daten im Sinne des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 30. Juni 2003, Nr. 196 (Datenschutzkodex) und im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung 2016/679 handelt und dass daher eine explizite schriftliche Zustimmung der Betroffenen bzw. der Rechtsnachfolger vorliegen muss.

Zu Frage Nr. 3. Die Anbringung von Erinnerungstafeln bedarf unter anderem der ausdrücklichen Zustimmung der Eigentümer. Von einem Gedenken durch Verlegung von "Stolpersteinen" ist eher abzuraten, diese erinnern in erster Linie an die Opfer des Nationalsozialismus.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke für die Auskünfte, Frau Landesrätin! Es haben sich mehrere Historiker an mich gewandt, die anlässlich 60 Jahre Feuernacht gerne das Thema der Folterbriefe aufarbeiten würden. Mir war bekannt, dass einige dieser Folterbriefe in den Archiven der SVP liegen. Diese Briefe sind ja damals an den Landeshauptmann gerichtet worden, weshalb die Frage aufgekommen ist, warum sie

nicht in den Archiven des Landes oder der Landesregierung liegen, sondern weil sie in den Archiven der SVP liegen. Das ist ein bisschen zu hinterfragen, vor allem, weil sie nicht auf normalem Papier geschrieben wurden. Man hat sie ja aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt, weshalb sie teilweise auf Toilettenpapier geschrieben worden sind. Sie sind also anfällig und müssten dementsprechend konserviert werden. Mir geht es gut, wenn man weiß, dass angesucht werden kann und in den diversen Archiven zumindest Abschriften liegen. Diese Information kann ich so weitergeben.

Was die Informationstafeln anbelangt, ist es nicht so gemeint, dass es "Stolpersteine" sein müssen. Mir ist bewusst, dass die Carabinieri bestimmt nicht zulassen werden, dass an ihrer Kasernenmauer eine solche Tafel angebracht wird. Ich glaube, dass es zur Geschichte einer Gemeinde gehört, derartige Dinge aufzuarbeiten. Ich erinnere an die Aktion des Schützenbundes vor einigen Jahren mit diesen Koffern, die in allen Gemeinden gestanden sind. Das wurde in vielen Gemeinden sehr positiv aufgenommen, weil es die Geschichte greifbar gemacht hat. Man geht oft an diesen Gebäuden vorbei, ohne zu wissen, welche Geschichte sich in ihnen abgespielt hat. Ich glaube schon, dass es interessant wäre, wenn man das historisch entsprechend aufarbeitet und dieses Wissen der Öffentlichkeit zugänglich macht. Vielleicht können Sie sich überlegen, diesen Teil der Geschichte in irgendeiner Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

PRESIDENTE: Abbiamo finito il tempo delle interrogazioni su temi di attualità.

Punto 2) dell'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2020."**

Punkt 2 der Tagesordnung: **"Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020."**

Relazione/Bericht:

Gentili signore e signori consiglieri,
il presente conto consuntivo, che comprova i risultati della gestione finanziaria del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano dell'anno 2020, è stato approvato dall'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale nella sua seduta dell'8/6/2021. Ai sensi dell'articolo 18, lettera c) del regolamento interno del Consiglio provinciale e dell'articolo 17 del regolamento interno di amministrazione e di contabilità, il conto consuntivo viene ora presentato al Consiglio per l'approvazione.
Il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per gli anni finanziari 2020, 2021 e 2022 è stato approvato con delibera consiliare n. 15/19 del 26 novembre 2019, con pareggio tra entrate e uscite, e presenta una dotazione di euro 15.804.000,00 in termini di competenza.
Nel corso del 2020 le risultanze finali di detto bilancio sono state aumentate quattro volte per i motivi di seguito esposti:

- *Con il decreto del presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano del 16/4/2020, n. 73 è stata iscritta nel bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano l'assegnazione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni in connessione con l'esercizio delle competenze delegate al comitato provinciale per le comunicazioni. Per questo motivo nel capitolo di entrata 02101.0000 "Assegnazioni con vincolo di destinazione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" è stato iscritto l'importo di euro 14.324,45; lo stesso importo di euro 14.324,45 è stato iscritto nel capitolo di spesa 01011.0420 "Versamento delle assegnazioni con vincolo di destinazione della Autorità per le garanzie nelle comunicazioni connesse all'assegnazione di incarichi per consulenze (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" del bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2020. Con questo provvedimento il volume complessivo del bilancio di competenza (entrate e spese) è stato aumentato da euro 15.804.000,00 a euro 15.818.324,45.*
- *Sulla base del riaccertamento ordinario dei residui e della determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011, l'ufficio di presidenza con deliberazione n. 16/20 del 21/4/2020 ha approvato una variazione di bilancio. La 3° variazione di bilancio ha comportato l'aumento del volume complessivo del bilancio di*

competenza dell'anno finanziario 2020 (entrate e spese) da euro 15.818.324,45 a 16.664.323,14 euro (l'aumento comprende anche il fondo pluriennale vincolato).

- *Con il decreto del presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano del 16/7/2020, n. 105 è stata iscritta nel bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano l'assegnazione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni in connessione con l'esercizio delle competenze delegate al comitato provinciale per le comunicazioni. Per questo motivo nel capitolo di entrata 02101.0000 "Assegnazioni con vincolo di destinazione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" è stato iscritto l'importo di 45.824,46 euro; l'importo di 25.824,46 euro è stato iscritto sul capitolo di spesa 01011.0420 "Versamento delle assegnazioni con vincolo di destinazione della Autorità per le garanzie nelle comunica-zioni connesse all'assegnazione di incarichi per consulenze (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" e l'importo di 20.000,00 euro è stato iscritto sul capitolo di spesa 01011.0430 "Versamento delle assegnazioni con vincolo di destinazione della Autorità per le garanzie nelle comunicazioni connesse all'assegnazione di incarichi per servizi" (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2020. Con questo provvedimento il volume complessivo del bilancio di competenza (entrate e spese) è stato aumentato da 16.664.323,14 euro a 16.710.147,60 euro.*
- *Sulla base dei risultati del conto consuntivo 2019 e in seguito alla necessità di adeguare alcune voci del bilancio di previsione a nuove esigenze, l'ufficio di presidenza aveva proposto al Consiglio provinciale una varia-zione di bilancio approvata dal medesimo con deliberazione n. 6/20 del 15/9/2020. Questa variazione di bilancio ha comportato l'aumento del volume complessivo del bilancio di competenza dell'anno finanziario 2020 (entrate e spese) da euro 16.710.147,60 a 17.572.237,48 euro.*

Questi importi, suddivisi sui singoli capitoli di entrata e di spesa, hanno rappresentato quindi il quadro complessivo della gestione finanziaria 2020.

Il conto consuntivo della gestione finanziaria 2020 chiude al 31/12/2020 con un avanzo di amministrazione di euro 4.001.697,62.

A tale riguardo mi permetto di ricordare che nel bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2020, approvato dal Consiglio il 26 novembre 2019, in base alla normativa del decreto legislativo 23 giugno 2011, n. 118 concernente "Disposizioni in materia di armonizzazione dei sistemi contabili e degli schemi di bilancio delle Regioni, degli enti locali e dei loro organismi" fra le entrate non era stato iscritto un presumibile avanzo di amministrazione. Dell'avanzo di amministrazione, pari a euro 4.001.697,62, si terrà debitamente conto nell'ambito di un assestamento del bilancio.

Il 74% delle economie accertate sui capitoli di spesa (escluse contabilità speciali) deriva dai 22 capitoli citati di seguito:

dal capitolo 01011.0000 "Indennità e rimborso spese per viaggi di servizio del/della presidente del Consiglio e dei/delle consiglieri/e provinciali" (euro 124.014,16), dal capitolo 01011.0030 "Rimborso di spese giudiziarie, legali e peritali" (80.000,00 euro), dal capitolo 01011.0420 "Versamento delle assegnazioni con vincolo di destinazione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni connesse all'assegnazione di incarichi per consulenze" (60.219,70 euro), dal capitolo 01011.0430 "Versamento delle assegnazioni con vincolo di destinazione della Autorità per le garanzie nelle comunicazioni connesse all'assegnazione di incarichi per servizi (L.P. 18-3-2002, n. 6, artt. 4, 5)" (euro 40.000,00), dal capitolo 01011.1020 "Compensi ai componenti del Consiglio dei Comuni nonché indennità e rimborso spese per missioni" (73.190,08 euro), dal capitolo 01011.1098 "Spese per l'attività dell'Osservatorio provinciale nonché della consigliera di parità concernenti l'assegnazione di incarichi per prestazioni professionali e specialistiche" (79.076,42 euro), dal capitolo 01011.1200 "Spese per servizi di ristorazione nell'ambito di convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero" (45.031,60 euro), dal capitolo 01011.1230 "Spese per servizi nell'ambito di convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero" (49.993,47 euro), dal capitolo 01011.1320 "Spese per servizi informatici per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale" (71.805,72 euro), dal capitolo 01011.1380 "Fondo a disposizione dell'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale per spese di rappresentanza" (48.448,33 euro), dal

capitolo 01031.0095 "Servizi informatici: di gestione docu-mentale, di consulenza, di rete per trasmissione dati, di sicurezza nonché servizi per sistemi e la relativa manutenzione" (169.806,04 euro), dal capitolo 01031.0120 "Manutenzione degli immobili e relativi impianti a disposizione del Consiglio provinciale" (euro 62.829,49), dal capitolo 01031.0155 "Acquisto di giornali e riviste, libri e altri materiali di informazione" (84.223,81 euro), dal capitolo 01031.0335 "Utenze e canoni: telefonia fissa e mobile, accesso a banche dati e a pubblicazioni online, energia elettrica, acqua, gas, ecc." (97.079,62 euro), dal capitolo 01032.0065 "Acquisto di altri macchinari e impianti" (40.610,48 euro), dal capitolo 01101.0060 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale (inclusi i salari di produttività e le indennità di risultato)" (euro 476.859,11), dal capitolo 01101.0120 "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale" (euro 241.528,62), dal capitolo 01101.0150 "Imposta regionale sulle attività produttive per il personale del Consiglio provinciale" (euro 108.447,73), dal capitolo 01101.0240 "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale" (euro 77.183,19), dal capitolo 20011.0000 "Fondo di riserva per spese obbligatorie" (euro 482.885,46), dal capitolo 20011.0030 "Fondo di riserva per spese impreviste" (euro 285.000,00) e dal capitolo 20011.0090 "Fondo di riserva per spese in conto capitale" (155.000,00 euro). Il restante 26% è costituito dalla somma di importi piccoli e piccolissimi distribuiti sui rimanenti capitoli di spesa.

Seguono alcuni chiarimenti su singoli capitoli, sia di entrata che di spesa; ovviamente le osservazioni saranno incentrate soprattutto sulle spese.

ENTRATE

La voce più consistente dei capitoli di entrata riguarda le assegnazioni a carico del bilancio provinciale (capitolo 02101.0030), pari a 10.013.295,75 euro.

Le entrate, iscritte ai capitoli 03500.0000, 03500.0030 e 03500.0060 incidono solo minimamente sulle entrate complessive, dato che sono da considerarsi delle partite di giro anche se tecnicamente non lo sono (altrimenti dovrebbero essere iscritte tra le contabilità speciali).

Anche i capitoli di entrata 03500.0090 e 03500.0120 rappresentano - anche se non forma-mente - delle partite di giro, visto che o si tratta di importi che il Consiglio provinciale riscuote sì effettivamente, ma soltanto perché in precedenza, secondo quanto previsto dalla normativa vigente, aveva anticipato ai/alle dipendenti che hanno lasciato il servizio anche la quota dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP, quota che viene poi rimborsata dall'INPDAP al Consiglio provinciale, o di importi che il Consiglio provinciale aveva erogato ai/alle dipendenti quale anticipo sull'indennità di buonuscita; quando i/le dipendenti, ai/alle quali era stato concesso un anticipo, lasciano il servizio, i relativi importi vengono detratti dall'importo complessivo loro spettante a titolo di indennità di buonuscita e iscritti a bilancio come entrata.

I capitoli 09100.0000, 09100.0030, 09100.0050, 09100.0060, 09100.0090, 09100.0120, 09100.0150, 09100.0180 e 09100.0210 fanno par-te delle contabilità speciali e costituiscono unicamente partite di giro, motivo per cui sia gli importi stanziati che i contenuti sono identici a quelli previsti per i relativi capitoli di spesa.

USCITE

In questa parte della relazione mi soffermerò soprattutto sui capitoli che presentano le maggiori economie e su quelli caratterizzati da un certo margine di discrezionalità del/della presidente e dell'ufficio di presidenza. La gestione delle spese del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano riguarda in effetti in massima parte spese obbligatorie nonché spese correnti che traggono origine da leggi vigenti, dal regolamento interno del Consiglio provinciale e da regolamenti minori. Queste norme stabiliscono diritti e spettanze e quindi già la spesa da effettuare obbligatoriamente, per cui l'effettivo margine di decisione del/della presidente e dell'ufficio di presidenza riguarda soltanto pochi capitoli di spesa. L'analisi dei risultati della gestione, così come risulta dal conto consuntivo, consiste pertanto in buona parte solo nella presa d'atto dell'ammontare delle spese venutesi a creare in base alle norme vigenti e poi effettuate (p.es. spese per le indennità di carica, rimborso delle spese di viaggio, contributi ai gruppi consiliari, stipendi per il personale del Consiglio provinciale inclusi i contributi previdenziali e assistenziali e le indennità di missione, indennità di buonuscita inclusi eventuali anticipi, canoni di affitto per i locali presi in locazione ecc.).

Capitolo 01011.0000: "Indennità e rimborso spese per viaggi di servizio del/della presidente del Consiglio e dei/ delle consiglieri/e provinciali"
Con i mezzi stanziati su questo capitolo viene effettuato il rimborso delle spese per i viaggi effettuati dai consiglieri/dalle consigliere provinciali per partecipare alle sedute del Consiglio provinciale e dei suoi organi collegiali (commissioni legislative ecc.) nonché per altri viaggi effettuati nell'ambito dello svolgimento del proprio mandato politico fino ad un massimo di 8.000 km all'anno.
Il 56,4% dei mezzi stanziati sul capitolo va in economia. A prima vista questa percentuale sembra un po' alta, ma ciò si spiega con il fatto che il nu-mero delle richieste di rimborso delle spese per viaggi effettuati così come l'ammontare delle spese di viaggio non possono essere esattamente quantificati a priori.
La maggior parte delle spese impegnate riguarda il rimborso delle spese di viaggio e la liquidazione dell'indennità chilometrica ai consiglieri/alle consigliere.
Capitolo 01011.0030 "Rimborso di spese giudiziarie, legali e peritali"
L'intera dotazione finanziaria di questo capitolo è stata portata in economia in quanto non si è verificato il caso in cui un consigliere ha avuto la necessità di avvalersi della possibilità prevista dall'articolo 8 della legge provinciale 19 maggio 2017, n.5.
Capitolo 01011.0070: "Rimborso spese forfettario spettante al/alla presidente, ai/alle vicepresidenti e ai/alle segretari/e questori/e"
La misura del rimborso spese forfettario spettante ai/alle componenti dell'ufficio di presidenza è stata determinata con legge provinciale 19/5/2017, n. 5.
Ai/alle componenti del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano che ricoprono nel Consiglio provinciale stesso una delle sottoelencate cariche spetta per lo svolgimento delle relative funzioni mensilmente il rimborso spese forfettario di seguito indicato:
presidente - 3.300,00 euro;
vicepresidente - 2.400,00 euro;
segretario/a questore/a - 1.200,00 euro.
Capitolo 01011.0090: "Contributi ai gruppi consiliari per spese di funzionamento" e Capitolo 01011.0120: "Contributi ai gruppi consiliari per spese di personale"
I contributi ai gruppi consiliari sono stati calcolati rispettivamente liquidati in base a quanto previsto dalle deliberazioni dell'ufficio di presidenza n. 72/19 del 6 dicembre 2019 e n. 39/20 del 16 settembre 2020.
Di norma i contributi per spese di funzionamento vengono liquidati nei mesi di giugno e dicembre in rate semestrali anticipate.
I contributi per spese di personale sono stati liquidati in rate bimestrali anticipate.
Capitolo 01011.0210: "Compenso e rimborso spese viaggio per i rappresentanti del Consiglio provinciale nella Commissione dei 6 e dei 12"
Ai rappresentanti del Consiglio provinciale che fanno parte della Commissione dei 6 e dei 12 per l'elaborazione delle norme di attuazione e che non percepiscono un'indennità di carica come parlamentari o consiglieri provinciali o beneficiano del corrispondente vitalizio spetta un compenso annuo lordo omnicomprensivo pari a 9.400,00 euro da liquidarsi in via posticipata.
Il compenso viene corrisposto unicamente nel caso di partecipazione ad almeno tre sedute o incontri preparatori formalmente convocati in un anno. L'anno decorre dalla data di partecipazione alla prima seduta o al primo incontro.
La quasi totalità dei mezzi stanziati sul capitolo (euro 9.631,98) va in economia.
Capitolo 01011.0390: "Indennità di carica, indennità di missione e rimborso spese di viaggio al difensore civico/alla difensora civica (L.P. 4.2.2010, n. 3)"
La maggior parte dei mezzi a disposizione su questo capitolo è destinata alla corresponsione dell'indennità di carica alla difensora civica (euro 126.000,00).
Capitolo 01011.0600: "Compenso spettante al/alla presidente del comitato provinciale per le comunicazioni nonché indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 18.3.2002, n. 6 e L.P. 19.3.1991, n. 6)"
Questo capitolo di spesa trova fondamento nell'articolo 2, commi 4 e 5 della legge provinciale 18 marzo 2002, n. 6. Tale articolo prevede che al/alla presidente del comitato per le comunicazioni

sia corrisposto il doppio del compenso mensile determinato dalla Giunta provinciale ai sensi dell'articolo 1-bis della legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6, inserito dall'articolo 11 della legge provinciale 11 agosto 1994, n. 6, per i/le presidenti, esterni all'amministrazione provinciale, degli enti, degli isti-tuti e delle aziende ad ordinamento autonomo di-pendenti dall'amministrazione provinciale. Il compenso è dunque pari a 2.540,00 euro lordi mensili.
Al/alla presidente spettano inoltre l'eventuale indennità di missione e il rimborso delle spese di viaggio nella misura prevista per i/le dipendenti dell'amministrazione provinciale.
I mezzi stanziati su questo capitolo (42.000,00 euro) sono stati utilizzati per l'87% (economia: euro 5.455,45).
Capitolo 01011.0630: "Compensi a componenti del comitato provinciale per le comunicazioni non-ché indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 18.3.2002, n. 6 e L.P. 19.3.1991, n. 6)"
Lo stanziamento di questo capitolo era stato determinato in euro 10.000,00. Con i mezzi iscritti su questo capitolo si è fatto fronte alle spese derivanti al Consiglio provinciale dalla liquidazione di gettoni di presenza, dal rimborso delle spese di viaggio e dalla liquidazione di eventuali indennità di missione a favore dei/delle componenti del comitato provinciale per le comunicazioni. Il 35,8% dei mezzi stanziati sul capitolo va in economia.
Ai/Alle componenti del comitato sono corrisposti, a carico del bilancio del Consiglio provinciale per la partecipazione alle sedute, il doppio dei gettoni di presenza e i compensi previsti dalla legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6, e successive modifiche, per i componenti di comitati aventi un'autonoma funzione di rilevanza esterna.
Capitolo 01011.0815: "Compenso spettante al/alla garante per l'infanzia e l'adolescenza nonché indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 26.6.2009, n. 3, art. 8)"
La maggior parte dei mezzi a disposizione su questo capitolo è servita alla corresponsione dell'indennità di carica alla garante per l'infanzia e l'adolescenza.
I rimanenti mezzi sono stati invece spesi per la liquidazione dell'indennità di missione, il rimborso delle spese di viaggio e il pagamento dell'IRAP.
Capitolo 01011.0990: "Compenso spettante al/alla presidente del Consiglio dei Comuni nonché indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 8.2.2010, n. 4, art. 11)"
Ai sensi del modificato articolo 11 della citata legge provinciale, al presidente del Consiglio dei co-muni spettava nel 2020 un'indennità di carica corrispondente al 30 per cento degli emolumenti fissi mensili lordi spettanti, ai sensi delle disposizioni vigenti, ai consiglieri/alle consigliere del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. Per quanto riguarda invece l'indennità di missione e il rimborso delle spese di viaggio, ci si attiene alle disposizioni in vigore per i dipendenti provinciali.
Il 12,9% dei mezzi stanziati di euro 55.000,00 figura come economia.
Capitolo 01011.1020: "Compensi ai componenti del Consiglio dei Comuni nonché indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 8.2.2010, n. 4, art. 11)"
Ai componenti del Consiglio dei comuni è corrisposto per la partecipazione alle sedute il doppio delle indennità previste dalla legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6, e successive modifiche, per i componenti di comitati aventi un'autonoma funzione di rilevanza esterna. Ogni componente del Consiglio dei comuni percepiva dunque 76,76 euro all'ora per la partecipazione alle sedute. Per quanto riguarda il trattamento economico di missione e il rimborso delle spese di viaggio si applica la regolamentazione vigente per i dipendenti dell'amministrazione provinciale.
Il 47,7% dei mezzi stanziati sono stati spesi.
Capitolo 01011.1080: "Compenso spettante alla consigliera di parità, indennità e rimborso spese per missioni (L.P. 8.3.2010, n. 5, art. 28)"
Per il periodo di carica la consigliera di parità ha diritto, ove applicabile, al trattamento giuridico ed economico corrispondente a quello di una direttrice d'ufficio dell'amministrazione provinciale con il coefficiente dell'indennità di funzione pari a 0,7.
Essendo la consigliera di parità assunta presso il Consiglio provinciale in posizione di comando, la spesa effettuata si basa sulla richiesta di rimborso pervenuta dall'amministrazione provinciale per le spese di personale sostenute in tale contesto nel periodo dall'1/1/2019 al 31/12/2019.
Capitoli 01011.1110, 01011.1140, 01011.1170, 01011.1200, 01011.1230:

Questi capitoli riguardano varie spese per convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero nonché partecipazione, anche tramite contributi, a iniziative esterne di interesse per il Consiglio provinciale.
Solo l'11,8% dei mezzi complessivamente stanziati (euro 195.532,89) è stato impegnato. A questi capitoli vengono imputate le spese che derivano al Consiglio provinciale dai contatti istituzionali in Italia e all'estero nonché dall'organizzazione di convegni. La drastica riduzione delle attività sopracitate, condizionata in modo rilevante dalla pandemia da COVID-19, ha comportato una altrettanto drastica riduzione delle rispettive spese.
Capitoli 01011.1250, 01011.1260, 01011.1290, 01011.1320, 01011.1350:
I capitoli si riferiscono a diverse spese per la pro-mozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale.
Con i mezzi stanziati su questi capitoli di norma si fa fronte soprattutto alle spese derivanti dall'organizzazione di visite al Consiglio provinciale (scolaresche ecc.) e dai servizi a esse collegate (rinfreschi, omaggi ecc.). Anche in questo ambito la pandemia da COVID-19 ha causato una forte riduzione delle attività sopracitate.
Dei mezzi finanziari stanziati (complessivi euro 406.646,04) sono stati impegnati il 36,3% per delle iniziative volte a promuovere la conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale quali sviluppo del sito web per i giovani e redesign del sito web consiliare.
Capitoli 01031.0030, 01031.0045, 01031.0050, 01031.0065, 01031.0090 e 01031.0095:
I capitoli citati riguardano la manutenzione nonché noleggio di macchine d'ufficio e di lavoro, di mezzi audiovisivi, di macchine tipografiche, della dotazione della centrale telefonica, di altre macchine e apparecchiature nonché acquisto dei relativi accessori.
Il 50,3% dei mezzi preventivati su questi capitoli è stato impegnato.
Capitolo 01031.0120: "Manutenzione degli immobili e relativi impianti a disposizione del Consiglio provinciale"
Le spese effettuate riguardano soprattutto la manutenzione ordinaria e straordinaria dell'impianto di allarme incendio, dell'impianto di traduzione simultanea, degli impianti di climatizzazione, dell'ascensore, degli impianti di riscaldamento, elettrico e di illuminazione.
Capitoli 01031.0155, 01031.0185, 01031.0215, 01031.0245, 01031.0275 e 01031.0305:
Questi capitoli si riferiscono a spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, spese postali, giornali e riviste, libri e altri materiali di informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute.
I mezzi stanziati su questi capitoli (complessivi euro 285.872,45) sono stati spesi ovvero impegnati per il 30,6% (totale economia: euro 135.657,33).
Si è trattato soprattutto di spese per l'acquisto di giornali e riviste, per l'acquisto di materiale vario di cancelleria, di carta, di libri, di spese per inserzioni ecc.
Capitolo 01031.0540: "Affitto locali e spese accessorie"
Dei 272.000,00 euro preventivati sono stati spesi risp. impegnati 237.082,30 euro. Si tratta di spese che il Consiglio provinciale sostiene per l'affitto dei locali destinati alla sistemazione di due gruppi consiliari, della difesa civica della Provincia autonoma di Bolzano, della consigliera di parità, del/ della garante per l'infanzia e l'adolescenza, del comitato provinciale per le comunicazioni e dell'ufficio amministrazione in locali esterni al palazzo sede del Consiglio provinciale.
Capitolo 01031.0600 "Quote di partecipazione e sussidi ad enti, associazioni ed organizzazioni nazionali ed internazionali operanti a livello istituzionale"
Con i mezzi stanziati su questo capitolo sono state effettuate le seguenti spese:

- *pagamento della quota associativa del Consiglio provinciale alla Conferenza dei presi-denti dell'Assemblea, dei Consigli regionali e delle Province autonome (euro 18.745,97);*
- *pagamento all'Istituto Europeo dell'Ombudsman della quota associativa del difensore civico/della difensora civica (euro 350,00);*
- *pagamento all'Istituto Internazionale dell'Ombudsman della quota associativa del difensore civico/della difensora civica (euro 750,00);*
- *pagamento delle quote di iscrizione all'ANCEP anni 2020 e 2021 – Associazione nazionale cerimonialisti Enti Pubblici - (euro 308,00).*

Capitolo 01031.0695: "Prestazioni professionali e specialistiche: patrocinio legale, interpretariato e traduzioni ecc."
Con i mezzi stanziati su questo capitolo sono state effettuate le spese per:
- *attività di consulenza per la gestione del tratta-mento dei dati - responsabile della privacy (euro 8.540,00).*

Capitoli 01031.0845, 01031.0850, 01031.0855 e 01031.0860:
Questi capitoli riguardano le spese per l'attuazione del decreto legislativo 9/4/2008, n. 81 concernente la sicurezza e la salute dei lavoratori sul luogo di lavoro.
Al fine di fronteggiare l'emergenza epidemiologica da COVID-19 e in un'ottica di prevenzione e contenimento della diffusione dell'epidemia nei luoghi di lavoro è stato necessario acquistare dei dispositivi di protezione individuale quali maschere facciali filtranti, termometri, guanti e gel disinfettanti. Per l'acquisto dei dispositivi sopracitati sono stati spesi complessivamente 9.245,50 euro.
Capitolo 01032.0000: "Arredamento di uffici e di altri locali"
Il 74,2% dei mezzi stanziati è stato speso ovvero impegnato. Le spese effettuate sono riconducibili all'acquisto di alcuni arredi necessari per le diverse unità organizzative del Consiglio provinciale nonché delle barriere e delle pareti divisorie per permettere il distanziamento tra colleghi o tra colleghi e persone esterne al fine di garantire maggiori condizioni di sicurezza durante il periodo di emergenza COVID-19.
Capitolo 01032.0040: "Acquisto di hardware"
Il 59,8% dei mezzi stanziati è stato speso ovvero impegnato. Le spese riguardano soprattutto l'acquisto di due totem multimediali quali punti informativi per uso pubblico nonché di alcuni notebook e webcam, necessari per permettere lo svolgimento della prestazione lavorativa in smart working.
Capitolo 01032.0065: "Acquisto di altri macchinari e impianti"
La spesa maggiore sostenuta con i mezzi finanziari a disposizione su questo capitolo di spesa era connessa all'acquisto e all'installazione di dispenser per l'igienizzazione delle mani presso la sede principale e le sedi secondarie del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano.
Capitolo 01101.0000: "Aggiornamento del personale"
Il 38% dei mezzi stanziati è stato liquidato ovvero impegnato. Con questi mezzi sono state effettuate le spese per 32 iniziative di aggiorna-mento, la maggior parte delle quali tenute in modalità a distanza.
Capitolo 01101.0060: "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale"
L'84,4% dei mezzi stanziati su questo capitolo è stato impegnato.
Le spese effettuate riguardano:
- *per il 91,9% la liquidazione dei vari elementi degli stipendi,*
- *per il 2,4% la retribuzione delle ore straordinarie e*
- *per il 5,7% la liquidazione del salario di produttività e dell'indennità di risultato.*

Capitolo 01101.0120: "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale" e capitolo 01101.0150: "Imposta regionale sulle attività produttive per il personale del Consiglio provinciale"
Dato che i capitoli di spesa 01101.0060, 01101.0120 e 01101.0150 sono per loro natura strettamente correlati, anche in essi figurano delle economie.
Capitolo 01101.0240: "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale" e capitolo 01101.0270: "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP"
Per loro natura i capitoli 01101.0240 e 01101.0270 sono strettamente collegati tra di loro, dato che l'indennità di buonuscita normalmente è composta da una quota pagata direttamente dal datore di lavoro, vale a dire dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, e da una quota a carico dell'ente previdenziale INP-DAP, a meno che il/la dipendente venga trasferito/ trasferita nella pianta organica di un altro ente locale mediante l'istituto della mobilità o - dopo aver dato le dimissioni dal servizio presso il Consiglio provinciale - riprenda servizio presso un altro ente locale senza che vi sia stata un'interruzione, p.es. dopo aver vinto un relativo concorso. In questo caso il/la dipendente mantiene la sua posizione presso l'INPDAP e gli/le viene erogata solo la quota che è a carico diretto del datore di lavoro.

Le contabilità speciali (capitoli 09100.0000, 09100.0030, 09100.0050, 09100.0060, 09100.0090, 09100.0120, 09100.0150, 09100.0180 e 09100.0210 delle entrate e i relativi capitoli di spesa 99017.0000, 99017.0030, 99017.0050, 99017.0060, 99017.0090, 99017.0120, 99017.0150, 99017.0180 e 99017.0210) rappresentano mere partite di giro. Si tratta della gestione del fondo di cassa per le spese minute dell'economato, della ritenuta e del versamento dell'imposta regionale sulle attività produttive (IRAP) per i compensi a terzi, delle ritenute fiscali, dell'imposta sul valore aggiunto e delle trattenute previdenziali e assistenziali sugli emolumenti del personale nonché della ritenuta e del versamento di diversi contributi (contributi sindacali, premi assicurativi, fondo di solidarietà ecc.).
Mi auguro che la presente relazione abbia offerto un quadro esauriente della gestione finanziaria del Consiglio provinciale per l'anno 2020. Eventuali ulteriori informazioni potranno essere fornite, se richieste, nel corso della trattazione della proposta di deliberazione.
Invito gentilmente le signore e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2020.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
diese Rechnungslegung, die die Ergebnisse der Finanzgebarung des Südtiroler Landtages des Jahres 2020 ausweist, ist vom Präsidium des Landtages in der Sitzung vom 8.6.2021 genehmigt worden. Im Sinne von Artikel 18 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Landtages und von Artikel 17 der Verwaltungs- und Buchungsordnung wird sie nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt.
Der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Land-tages für die Finanzjahre 2020, 2021 und 2022 ist mit Landtagsbeschluss Nr. 15/19 vom 26. November 2019 im Ausgleich zwischen Ein-nahmen und Ausgaben mit einem Ansatz von Euro 15.804.000,00 in der Kompetenz festgelegt worden.
Die Endsummen des erwähnten Haushaltes wurden im Laufe des Jahres 2020 aus den in der Folge angeführten Gründen viermal erhöht:

- *Mit Dekret des Präsidenten des Südtiroler Landtages vom 16.4.2020, Nr. 73, erfolgte die Eintragung der Zuweisung der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen im Zusammenhang mit der Ausübung der an den Landesbeirat für das Kommunikationswesen übertragenen Befugnisse in den Haushalt des Süd-tiroler Landtages. Aus diesem Grunde wurde in das Einnahmenkapitel 02101.0000 "Zweck-bestimmte Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5)" der Betrag von 14.324,45 Euro eingetragen; der selbe Betrag von 14.324,45 Euro wurde in das Ausgabenkapitel 01011.0420 "Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für Kommunikationswesen bezüglich der Erteilung von Aufträgen für Beratungen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5)" des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020 eingetragen. Durch diese Maßnahme wurde der Bilanzansatz in der Kompetenz (Einnahmen und Ausgaben) von 15.804.000,00 Euro auf 15.818.324,45 Euro erhöht.*
- *Auf der Grundlage der ordentlichen Feststellung der Rückstände und der Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011, hat das Präsidium mit Beschluss Nr. 16/20 vom 21.4.2020 eine Haushaltsberichtigung genehmigt. Die 3. Haushaltsberichtigung hatte die Anhebung des Bilanzansatzes des Finanzjahres 2020 in der Kompetenz (Einnahmen und Ausgaben) von den erwähnten 15.818.324,45 Euro auf Euro 16.664.323,14 zur Folge (die Zunahme beinhaltet auch den zweckgebundenen Mehrjahresfonds).*
- *Mit Dekret des Präsidenten des Südtiroler Landtages vom 16.7.2020, Nr. 105, erfolgte die Eintragung der Zuweisung der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen im Zusammenhang mit der Ausübung der an den Landesbeirat für das Kommunikationswesen übertragenen Befugnisse in den Haushalt des Südtiroler Landtages. Aus diesem Grunde wurde in das Einnahmenkapitel 02101.0000 "Zweckbestimmte Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5)" der Betrag von 45.824,46 Euro eingetragen; der Betrag von 25.824,46 Euro wurde in das Ausgabenkapitel 01011.0420 "Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen bezüglich der Erteilung von Aufträgen für Beratungen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6,*

Art. 4, 5)" und der Betrag von 20.000,00 Euro wurde in das Ausgabenkapitel 01011.0430 "Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen bezüglich der Erteilung von Aufträgen für Dienstleistungen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5)" des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020 eingetragen. Durch diese Maßnahme wurde der Bilanzansatz in der Kompetenz (Einnahmen und Ausgaben) von den er-wähnten 16.664.323,14 Euro auf 16.710.147,60 Euro erhöht.

- *Auf der Grundlage der Ergebnisse der Abschlussrechnung des Finanzjahres 2019 und auch um den Haushaltsvoranschlag in einigen Punkten den geänderten Erfordernissen anzupassen, hat das Präsidium dem Landtag eine Haushaltsberichtigung vorgeschlagen, die von diesem mit Beschluss Nr. 6/20 vom 15.9.2020 genehmigt worden ist. Diese Haushaltsberichtigung hatte die Anhebung des Bilanzansatzes des Finanzjahres 2020 in der Kompetenz (Einnahmen und Ausgaben) von den er-wähnten 16.710.147,60 Euro auf 17.572.237,48 Euro zur Folge.*

Diese Gesamtbeträge, aufgeteilt auf die einzelnen Ein- und Ausgabenkapitel, stellten somit den Rahmen für die Finanzgebarung des Jahres 2020 dar.

Die Abschlussrechnung über die Finanzgebarung des Jahres 2020 weist zum 31.12.2020 einen Verwaltungsüberschuss von 4.001.697,62 Euro auf.

Ich darf daran erinnern, dass im Haushaltsvoran-schlag des Südtiroler Landtages für das Jahr 2020, der vom Landtag am 26. November 2019 genehmigt worden ist, aufgrund der Vorgaben des gesetzesvertretenden Dekretes vom 23. Juni 2011, Nr. 118 betreffend "Bestimmungen im Bereich der Harmonisierung der Buchhaltungssysteme und der Bilanzvorlagen der Regionen, der örtlichen Körperschaften und ihrer Organismen", auf der Einnahmenseite kein voraussichtlicher Verwaltungsüberschuss eingeschrieben worden ist. Dem Verwaltungsüberschuss von 4.001.697,62 Euro wird im Zuge einer Haushaltsberichtigung Rechnung getragen werden.

74 % der auf Ausgabenkapiteln (Sonderbuchhaltungen ausgeschlossen) verzeichneten Einsparungen entfallen auf die 22 nachfolgend angeführten Kapitel:

Kapitel 01011.0000 "Entschädigung und Rückvergütung der Reisespesen für Dienstreisen des/der Landtagspräsidenten/in und der Landtagsabgeordneten" (124.014,16 Euro), Kapitel 01011.0030 "Rückvergütung von Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten" (80.000,00 Euro), Kapitel 01011.0420 "Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen bezüglich der Erteilung von Aufträgen für Beratungen" (60.219,70 Euro), Kapitel 01011.0430 "Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen bezüglich der Erteilung von Aufträgen für Dienstleistungen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5)" (40.000,00 Euro), Kapitel 01011.1020 "Entschädigungen an die Mitglieder des Rates der Gemeinden sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste" (73.190,08 Euro), Kapitel 01011.1098 "Ausgaben für die Tätigkeit des Monitoringausschusses sowie der Gleichstellungsrätin betreffend die Erteilung von Aufträgen für professionelle und spezialisierte Dienstleistungen" (79.076,42 Euro), Kapitel 01011.1200 "Ausgaben für Verpflegungsdienstleistungen im Zusammenhang mit Tagungen und anderen Initiativen des Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland" (Euro 45.031,60), Kapitel 01011.1230 "Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Tagungen und anderen Initiativen des Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland" (49.993,47 Euro), Kapitel 01011.1320 "Ausgaben für Informatikdienste zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Landtages" (71.805,72 Euro), Kapitel 01011.1380 "Fonds zur Verfügung des Landtagspräsidiums für Repräsentationsspesen" (48.448,33 Euro), Kapitel 01031.0095 "IT-Dienstleistungen: Dokumentverwaltung, Beratung, Netzwerk für die Datenübertragung, Sicherheit sowie Systemdienste und diesbezügliche Wartung" (169.806,04 Euro), Kapitel 01031.0120 "Instandhaltung der Liegenschaften und entsprechenden Anlagen, die dem Landtag zur Verfügung stehen" (Euro 62.829,49), Kapitel 01031.0155 "Ankauf von Zeitungen und Zeitschriften, Büchern und anderen Informationsmaterialien" (84.223,81 Euro), Kapitel 01031.0335 "Benutzergebühren: Festnetz- und Mobiltelefonie, Zugriff auf Datenbanken und anderen online-Publikationen, Strom, Wasser, Gas, usw." (97.079,62 Euro), Kapitel 01032.0065 "Ankauf von anderen Maschinen und Anlagen" (40.610,48 Euro), Kapitel 01101.0060 "Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages (einschließlich Leistungslöhne und Ergebniszulagen)" (476.859,11

Euro), Kapitel 01101.0120 "Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages" (241.528,62 Euro), Kapitel 01101.0150 "Regionale Wertschöpfungssteuer für das Personal des Landtages" (Euro 108.447,73), Kapitel 01101.0240 "Abfertigungen für das Personal des Landtages" (77.183,19 Euro), Kapitel 20011.0000 "Reservefonds für Pflichtausgaben" (482.885,46 Euro), Kapitel 20011.0030 "Reservefonds für nicht vorherzusehende Ausgaben" (285.000,00 Euro) und Kapitel 20011.0090 "Reservefonds für Kapitalausgaben" (155.000,00 Euro). Die restlichen 26 % verteilen sich mit kleineren und kleinsten Beträgen auf die übrigen Ausgabenkapitel.

In der Folge nun einige nähere Erläuterungen zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabenkapiteln, wobei das Augenmerk natürlich vor allem den Ausgaben gewidmet sein wird.

EINNAHMEN

Den größten Posten im Einnahmeteil stellen die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt (Kapitel 02101.0030) in der Höhe von 10.013.295,75 Euro dar.

Die auf den Einnahmekapiteln 03500.0000, 03500.0030 und 03500.0060 ausgewiesenen Einnahmen stellen im Gesamtkontext der Einnahmengebarung eine absolut untergeordnete Rolle dar, zumal die als Einnahmen ausgewiesenen Beträge, wenn auch nicht formell (sonst würden sie Bestandteil der Sonderbuchhaltung sein), so doch substanziell Durchlaufposten sind.

Auch die Einnahmenkapitel 03500.0090 und 03500.0120 stellen inhaltlich, wenn auch nicht formell, Durchlaufposten dar, da es sich entweder um Beträge handelt, die der Landtag zwar effektiv einnimmt, aber nur, weil er vorher im Sinne der geltenden Bestimmungen Bediensteten bei ihrem Dienstaustritt auch den zu Lasten des INPDAP gehenden Anteil der Abfertigung ausbezahlt hat (dieser Anteil wird in der Folge vom INPDAP zurückerstattet), oder um solche, die der Landtag Bediensteten als Vorschuss auf die Abfertigung ausbezahlt hat und die bei Dienstaustritt des/der Bediensteten im Zuge der Liquidierung der Ab-fertigung vom errechneten Gesamtbetrag abgezogen und buchhalterisch als Einnahme verbucht werden.

Die Kapitel 09100.0000, 09100.0030, 09100.0050, 09100.0060, 09100.0090, 09100.0120, 09100.0150, 09100.0180 und 09100.0210 stellen die Sonderbuchhaltung dar. Sie sind reine Durch-laufposten. Die Ausgabenseite beinhaltet die sowohl inhaltlich als auch betragsmäßig identischen Kapitel.

AUSGABEN

Ich möchte in diesem Teil des Berichtes vor allem auf jene Kapitel näher eingehen, die größere Einsparungen aufweisen, sowie auf jene, bei welchen von Seiten des Präsidenten/der Präsidentin bzw. von Seiten des Präsidiums ein gewisser Ermessensspielraum gegeben ist. Bei der Haushaltsgebarung des Südtiroler Landtages handelt es sich nämlich größtenteils um die Bestreitung von Pflichtausgaben bzw.um laufende Ausgaben, die ihre Rechtsgrundlage in geltenden Gesetzen, in der Geschäftsordnung des Land-tages oder in nachgeordneten Verordnungen (Reglements) haben. Diese Rechtsgrundlagen legen Rechte und Ansprüche und somit die verbindlich zu entrichtenden Ausgaben fest, weshalb der tatsächliche Entscheidungsspielraum des Präsidenten/der Präsidentin und des Präsidiums auf einige wenige Kapitel beschränkt ist. Die Analyse der Daten des Rechnungsabschlusses besteht deshalb größtenteils nur in der Kenntnisnahme der Ausgaben, die gemäß den geltenden Bestimmungen als Verbindlichkeiten in einer bestimmten Höhe erwachsen sind und somit getätigt werden mussten (z.B. Ausgaben für Amtsentschädigungen, Rückvergütung der Reisespesen, Beiträge an die Landtagsfraktionen, Gehälter für das Landtagspersonal inklusive der Sozialabgaben und Außendienstvergütungen, Abfertigungen einschließlich allfälliger Vorschüsse, Mietzins für angemietete Räumlichkeiten u.a.).

Kapitel 01011.0000: "Entschädigung und Rückvergütung der Reisespesen für Dienstreisen des/der Landtagspräsidenten/in und der Landtagsabgeordneten"

Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln werden die Ausgaben für die Rückvergütung der Reisespesen an die Abgeordneten im Zusammenhang mit Sitzungen des Landtages und seiner Kollegialorgane (Gesetzgebungsausschüsse usw.) sowie im Zusammenhang mit anderen in Ausübung des politischen Mandats unternommenen und im Höchstausmaß von 8.000 km im Jahr rückvergütbaren Fahrten bestritten.

56,4 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel gehen in Erhausung. Dieser Prozentsatz mag auf den ersten Blick etwas hoch erscheinen, erklärt sich aber damit, dass sowohl die Anzahl

der Anträge um Rückvergütung der Spesen als auch die Höhe der anfallenden Reisespesen von vornherein nicht genau abschätzbar sind.
Die zweckgebundenen Ausgaben entfallen zum Großteil auf die Rückvergütung der Reisespesen und die Ausbezahlung des Kilometergeldes an die Abgeordneten.
Kapitel 01011.0030 "Rückvergütung von Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten"
Der gesamte auf diesem Kapitel bereitgestellte Betrag scheint als Einsparung auf, zumal keiner bzw. keine der Abgeordneten auf die gemäß Artikel 8 des Landesgesetzes vom 19. Mai 2017, Nr. 5 vorgesehenen Möglichkeit der Rückvergütung zurückgreifen musste.
Kapitel 01011.0070: "Dem/der Präsidenten/in, den Vizepräsidenten/innen und den Präsidialsekretären/innen zustehende pauschale Spesenrückvergütung"
Das Ausmaß der den Präsidiumsmitgliedern zustehenden pauschalen Spesenrückvergütung wurde mit Landesgesetz vom 19.5.2017, Nr. 5, geregelt.
Den Mitgliedern des Südtiroler Landtags, die im Landtag selbst eines der nachfolgend angeführten Ämter innehaben, steht zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die in der Folge angeführte monatliche pauschale Spesenrückerstattung zu:
Präsident/Präsidentin - 3.300,00 Euro,
Vizepräsident/Vizepräsidentin: - 2.400,00 Euro,
Präsidialsekretär/Präsidialsekretärin: 1.200,00 Euro.
Kapitel 01011.0090: "Fraktionsgelder für laufende Ausgaben" und Kapitel 01011.0120: "Fraktions-gelder für Personalkosten"
Die Zuschüsse an die Landtagsfraktionen wurden unter Zugrundelegung der mit den Präsidiumsbeschlüssen Nr. 72/19 vom 6. Dezember 2019 und Nr. 39/20 vom 16.September 2020 festgelegten Kriterien berechnet bzw. ausbezahlt.
Normalerweise werden die Beiträge für laufende Ausgaben in den Monaten Juni und Dezember jeweils in Halbjahresraten im Voraus ausbezahlt.
Die Beiträge für Personalkosten wurden jeweils in Zweimonatsraten im Voraus ausbezahlt.
Kapitel 01011.0210: "Aufwandsentschädigung und Vergütung der Reisespesen für die vom Landtag bestellten Mitglieder der 6er und 12er Kommission"
Den Vertretern des Landtages, die zwecks Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen in der 6er und 12er Kommission tätig sind und keine Amtsentschädigung als Parlaments- oder Landtagsabgeordnete oder eine entsprechende Leib-rente erhalten, steht eine allumfassende jährliche Bruttoentschädigung in der Höhe von 9.400,00 Euro zu, welche nachträglich auszuzahlen ist.
Die Entschädigung wird ausschließlich bei Teilnahme an mindestens drei formell einberufenen Sitzungen oder Vorbereitungstreffen innerhalb eines Jahres ausbezahlt. Der Jahreszeitraum beginnt dabei am Tag der Teilnahme an der ersten Sitzung oder am ersten Treffen.
Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel gehen nahezu zur Gänze (9.631,98 Euro) in Erhausung.
Kapitel 01011.0390: "Amtsentschädigungen, Außendienstvergütung und Vergütung der Reisekosten zugunsten des Volksanwaltes/der Volksanwältin (L.G. vom 4.2.2010, Nr. 3)"
Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel dienten größtenteils zur Ausbezahlung der Amtsentschädigung an die Volksanwältin (126.000,00 Euro).
Kapitel 01011.0600: "Dem/der Präsidenten/in des Landesbeirates für das Kommunikationswesen zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6 und L.G. vom 19.3.1991, Nr. 6)"
Die Rechtsgrundlage für dieses Ausgabenkapitel bildet Artikel 2 Absätze 4 und 5 des Landesgesetzes vom 18. März 2002, Nr. 6. Dieser Artikel sieht vor, dass dem/der Vorsitzenden des Landesbeirates für das Kommunikationswesen das Doppelte jener monatlichen Vergütung zusteht, die von der Landesregierung laut Artikel 1-bis des Landesgesetzes vom 19. März 1991, Nr. 6, eingefügt durch Artikel 11 des Landesgesetzes vom 11. August 1994, Nr. 6, für die nicht der Landesverwaltung angehörenden Präsidenten der selbstverwalteten, von der Landesverwaltung abhängigen Betriebe, Anstalten und Einrichtungen festgesetzt ist. Die entsprechende Vergütung beträgt somit 2.540,00 Euro brutto im Monat.

Zusätzlich stehen dem/der Vorsitzenden die all-fällige Außendienstvergütung und die Rückvergütung der Reisekosten in dem Ausmaß zu, wie sie für die Landesbediensteten vorgesehen sind. Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel (Euro 42.000,00) sind zu 87 % verwendet worden (Einsparung: 5.455,45 Euro).

Kapitel 01011.0630: "Entschädigungen an die Mitglieder des Landesbeirates für das Kommunikationswesen sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6 und L.G. vom 19.3.1991, Nr. 6)"

Der Ansatz dieses Kapitels betrug 10.000,00 Euro. Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden jene Ausgaben bestritten, die dem Landtag durch die Ausbezahlung von Sitzungsgeldern, die Rückvergütung von allfälligen Reisespesen und die Ausbezahlung einer allfälligen Außendienstvergütung an die Mit-glieder des Landesbeirates für das Kommunikationswesen erwachsen sind. 35,8 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel gehen in Erhausung.

Den Mitgliedern des Beirates stehen für die Teilnahme an den Sitzungen das Doppelte der Sitzungsgelder und die Vergütungen zu Lasten des Haushaltes des Landtages zu, die das Landesgesetz vom 19. März 1991, Nr. 6, in geltender Fassung, für die Mitglieder der Beiräte vorsieht, die eine selbständige Aufgabe, die nach außen wirksam ist, wahrzunehmen haben.

Kapitel 01011.0815: "Dem Kinder- und Jugend-anwalt bzw. der Kinder- und Jugendanwältin zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 26.6.2009, Nr. 3, Art. 8)"

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel dienten größtenteils zur Ausbezahlung der Amtsentschädigung an die Kinder- und Jugendanwältin.

Die restlichen Mittel wurden für die Ausbezahlung der Außendienstvergütung, die Rückvergütung der Reisespesen und die Begleichung der Wertschöpfungssteuer aufgewendet.

Kapitel 01011.0990: "Dem/der Präsidenten/in des Rates der Gemeinden zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 8.2.2010, Nr. 4, Art. 11)"

Dem Präsidenten des Rates der Gemeinden stand im Jahr 2020 gemäß dem abgeänderten Artikel 11 des angeführten Landesgesetzes eine Amtsvergütung im Ausmaß von 30 Prozent der den Abgeordneten des Südtiroler Landtages im Sinne der geltenden Bestimmungen zustehenden festen Monatsbruttobezüge zu. Die Außendienstvergütung und Vergütung der Reisekosten richten sich hingegen nach den Bestimmungen, wie sie für die Landesbediensteten vorgesehen sind. 12,9 % der bereitgestellten Mittel von 55.000,00 Euro scheinen als Einsparung auf.

Kapitel 01011.1020: "Entschädigungen an die Mitglieder des Rates der Gemeinden sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 8.2.2010, Nr. 4, Art. 11)"

Für die Teilnahme an den Sitzungen steht den Mitgliedern des Rates der Gemeinden das Doppelte jener Vergütungen zu, die das Landesgesetz vom 19. März 1991, Nr. 6, in geltender Fassung, für die Mitglieder der Beiräte vorsieht, die eine selbständige Aufgabe, welche nach außen wirk-sam ist, wahrzunehmen haben. Jedes Mitglied des Rates erhielt somit für die Teilnahme an den Sitzungen 76,76 Euro je Stunde. Hinsichtlich der Außendienstvergütung und der Rückvergütung der Reisespesen kommt die für die Landesbediensteten geltende Regelung zur Anwendung. 47,7 % der bereitgestellten Mittel wurden aus-gegeben.

Kapitel 01011.1080: "Der Gleichstellungsrätin zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste (L.G. vom 8.3.2010, Nr. 5, Art. 28)"

Für die Dauer der Amtszeit hat die Gleichstellungsrätin, soweit anwendbar, Anspruch auf die rechtliche und wirtschaftliche Behandlung einer Amtsdirektorin der Landesverwaltung mit dem Koeffizienten der Funktionszulage von 0,7.

Da es ich bei der Gleichstellungsrätin um eine zum Landtag abgeordnete Bedienstete handelt, bezieht sich die getätigte Ausgabe auf den Antrag der Landesverwaltung um Rückvergütung der im Zeitraum vom 1.1.2019 bis zum 31.12.2019 in diesem Zusammenhang angefallenen Personalausgaben.

Kapitel 01011.1110, 01011.1140, 01011.1170, 01011.1200, 01011.1230:

Diese Kapitel betreffen verschiedene Ausgaben für Tagungen und andere Initiativen des Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland sowie Beteiligung, auch in Form von Beiträgen, an Initiativen Anderer, die für den Landtag von Interesse sind.
Lediglich 11,8 % der insgesamt veranschlagten 195.532,89 Euro wurden zweckgebunden. Diesen Kapiteln werden sämtliche Ausgaben angelastet, die dem Landtag in Zusammenhang mit institutionellen Kontakten im In- und Ausland sowie mit der allfälligen Durchführung von Tagungen erwachsen. Die drastische Reduzierung der oben genannten Tätigkeiten aufgrund des pandemiebedingten Notstandes hatte eine ebenso drastische Reduzierung der entsprechenden Ausgaben zur Folge.
Kapitel 01011.1250, 01011.1260, 01011.1290, 01011.1320, 01011.1350:
Diese Kapitel beziehen sich auf verschiedene Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Landtages.
Zu Lasten dieser Kapitel gehen üblicherweise vor allem die Ausgaben, die im Rahmen des Besucherdienstes (Schülergruppen usw.) und der damit verbundenen Dienstleistungen (Imbisse, Umtrünke, verschiedene Werbegeschenke u.a.) anfallen. Auch diese Tätigkeiten haben aufgrund der Corona-Pandemie einen starken Rückgang erlebt.
Die bereitgestellten finanziellen Mittel (insgesamt 406.646,04 Euro) wurden zu 36,3 % für Initiativen zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages, etwa für die Bereitstellung der Webseite für Jugendliche und für die graphische Umgestaltung der Webseite des Südtiroler Landtages zweckgebunden.
Kapitel 01031.0030, 01031.0045, 01031.0050, 01031.0065, 01031.0090 und 01031.0095:
Die genannten Kapitel betreffen die Wartung sowie Anmietung von Büro- und Arbeits-maschinen, audiovisuellen Hilfsmitteln, Druckmaschinen, der Ausstattung der Telefonzentrale, sonstigen Maschinen und Geräten sowie Ankauf des entsprechenden Zubehörs.
Die auf diesen Kapiteln veranschlagten Mittel wurden zu 50,3 % zweckgebunden.
Kapitel 01031.0120: "Instandhaltung der Liegenschaften und entsprechenden Anlagen, die dem Landtag zur Verfügung stehen"
Die getätigten Ausgaben betreffen hauptsächlich die ordentliche und außerordentliche Wartung der Brandmeldeanlage, der Konferenzanlage, der Klimaanlagen, des Aufzuges, der Heizungs-, Elektro- und der Beleuchtungsanlagen.
Kapitel 01031.0155, 01031.0185, 01031.0215, 01031.0245, 01031.0275 und 01031.0305:
Diese Kapitel betreffen Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Postspesen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsmaterialien, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben.
Die auf diesen Kapiteln bereitgestellten Mittel (insgesamt Euro 285.872,45) wurden zu 30,6% ausgegeben bzw. zweckgebunden (Einsparung: insgesamt 135.657,33 Euro).
Es handelte sich dabei vor allem um Ausgaben für Zeitungen und Zeitschriften, verschiedenstes Büromaterial, Papier, Bücher, Inserate u.ä.
Kapitel 01031.0540: "Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben"
Von den veranschlagten 272.000,00 Euro wurden 237.082,30 Euro ausgegeben bzw. zweckgebunden. Es handelt sich dabei um Ausgaben für die Anmietung von Räumlichkeiten außerhalb des Landtagssitzes für die Unterbringung von zwei Landtagsfraktionen, der Volksanwaltschaft der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, der Gleichstellungsrätin, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, des Landesbeirates für das Kommunikationswesen und des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten.
Kapitel 01031.0600: "Mitgliedsbeiträge und Beihilfen an Körperschaften, Vereinigungen sowie an internationale und staatliche Organisationen, die auf institutioneller Ebene wirken"
Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden folgende Ausgaben abgedeckt:

- *der Mitgliedsbeitrag des Südtiroler Landtages an die Konferenz der Präsidenten der Regionalräte und der Landtage der Autonomen Provinzen (18.745,97 Euro);*
- *der Mitgliedsbeitrag des Volksanwaltes/der Volksanwältin beim europäischen Ombudsmann-Institut (350,00 Euro);*

- *der Mitgliedsbeitrag des Volksanwaltes/der Volksanwältin beim Internationalen Ombudsmann-Institut (750,00 Euro);*
- *die Einschreibungsgebühren für das ANCEP – nationale Vereinigung der Zeremonienmeister öffentlicher Körperschaften – für die Jahre 2020 und 2021 (308,00 Euro).*

Kapitel 01031.0695: "Freiberufliche Dienste und Fachdienstleistungen: Rechtsbeistand, Dolmetsch- und Übersetzungsdienste usw."
Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden folgende Ausgaben abgedeckt:

- *Beratungstätigkeit in Zusammenhang mit der Verarbeitung der Daten – Verantwortlicher der Privacy (8.540,00 Euro).*

Kapitel 01031.0845, 01031.0850, 01031.0855 e 01031.0860:
Diese Kapitel beziehen sich auf Ausgaben für die Umsetzung des Gesetzesdekrets Nr. 81 vom 9.4.2008 betreffend die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.
Zur Bewältigung des Corona-Notstands und zur Pandemie-Prävention sowie zur Eindämmung der Infektionsgefahr am Arbeitsplatz musste persönliche Schutzausrüstung, etwa Atemschutzmasken, Fiebermessgeräte, Schutzhandschuhe und Desinfektionsgel angekauft werden. Für den Ankauf der oben genannten Ausrüstung wurden insgesamt 9.245,50 Euro ausgegeben.
Kapitel 01032.0000: "Einrichtung von Büros und anderen Räumlichkeiten"
74,2 % der veranschlagten finanziellen Mittel wurde ausgegeben bzw. zweckgebunden. Die getätigten Ausgaben betreffen den Ankauf einiger für die verschiedenen Organisationseinheiten des Südtiroler Landtages notwendigen Einrichtungsgegenstände sowie jenen von Schutzscheiben und Trennwänden um den Abstand zwischen Kollegen/Kolleginnen und externen Personen sicherzustellen und so während des pandemiebedingten Notstandes höhere Sicherheitsstandards zu gewährleisten.
Kapitel 01032.0040: "Ankauf von Hardware"
59,8 % der veranschlagten finanziellen Mittel wurde verpflichtet. Die getätigten Ausgaben betreffen vor allem den Ankauf zweier multimedialen Infosäulen für die Besucher sowie einiger Laptops und Webcams, die für das Smart Working notwendig waren.
Kapitel 01032.0065: "Ankauf von anderen Maschinen und Anlagen"
Die größte Ausgabe, die mit den auf diesem Kapitel zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln gedeckt wurde, betrifft den Ankauf und die Montage von Desinfektionsspendern zum Desinfizieren der Hände im Hauptsitz und in den Außenstellen des Südtiroler Landtages.
Kapitel 01101.0000: "Fortbildung des Personals"
38 % der vorgesehenen Mittel wurde ausgegeben bzw. zweckgebunden. Mit diesen Mitteln wurden die Ausgaben für 32 Weiterbildungsveranstaltungen gedeckt, von denen der Großteil online stattgefunden hat.
Kapitel 01101.0060 "Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages"
84,4 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zweckgebunden.
Die entsprechenden Ausgaben betreffen

- *zu 91,9% die Ausbezahlung der verschiedenen Lohnelemente,*
- *zu 2,4 die Vergütung von Überstunden und*
- *zu 5,7 % die Bezahlung des Leistungslohns und der Ergebniszulagen.*

Kapitel 01101.0120: "Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages" und Kapitel 01101.0150: "Regionale Wertschöpfungssteuer für das Personal des Landtages"
Da die Ausgabenkapitel 01101.0060, 01101.0120 und 01101.0150 naturgemäß sehr eng miteinander verbunden sind, kann auch bei diesen Kapiteln eine Einsparung festgestellt werden.
Kapitel 01101.0240: "Abfertigungen für das Personal des Landtages" und Kapitel 01101.0270: "Vorstreckung der INPDAP-Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt"
Die beiden Kapitel 01101.0240 und 01101.0270 sind naturgemäß eng miteinander verbunden, zu-mal sich die Abfertigung normalerweise aus zwei Teilen zusammensetzt, und zwar aus einem Teil, der direkt vom Arbeitgeber, d.h. im vorliegenden Fall vom Südtiroler Landtag ausbezahlt wird, und aus einem Teil, der zu Lasten der Fürsorgeanstalt INPDAP geht. Dies ist allerdings nicht der Fall, wenn der/die Bedienstete entweder in Anwendung des Rechtsinstitutes der Mobilität in den Stellenplan einer anderen Lokalkörperschaft überführt wird oder, nach Kündigung des Dienstverhältnisses beim Landtag, den Dienst ohne Unterbrechung bei einer solchen

Körperschaft, z.B. nach dem Gewinn eines entsprechenden Wettbewerbes, aufnimmt. In diesem Fall behält der/die Be-dienstete seine/ihre INPDAP-Position bei und es wird nur der direkt zu Lasten des Arbeitgebers gehende Anteil ausbezahlt.
Die Sonderbuchhaltungen (Kapitel 09100.0000, 09100.0030, 09100.0050, 09100.0060, 09100.0090, 09100.0120, 09100.0150, 09100.0180 und 09100.0210 der Einnahmen und die entsprechenden Ausgabenkapitel 99017.0000, 99017.0030, 99017.0050, 99017.0060, 99017.0090, 99017.0120, 99017.0150, 99017.0180 und 99017.0210) sind reine Durchlaufposten. Es handelt sich dabei um die Führung der Ökonomatskassa für kleine Ausgaben, um den Rückbehalt und die Abführung der Regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP) auf Bezüge Dritter, der Einkommenssteuer, der Mehrwertsteuer und der Versicherungs- und Fürsorgeabgaben auf die Gehälter sowie um den Rückbehalt und die Abführung verschiedener Beträge (Gewerkschaftsbeiträge, Versicherungsprämien, Solidaritätsfonds usw.).
Ich hoffe, mit diesem Bericht einen Überblick über die Finanzgebarung des Südtiroler Landtages im Jahre 2020 gegeben zu haben. Allfällige weitere Auskünfte können noch, falls erwünscht, im Rahmen der Behandlung der Beschlussvorlage gegeben werden.
Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, den beiliegenden Entwurf der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020 zu genehmigen.

Proposta di deliberazione/Beschlussvorschlag:

Visto il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano relativo all'anno finanziario 2020, approvato dall'ufficio di presidenza con delibera n. 33/21 dell'8 giugno 2021;
reso atto della regolarità della gestione, svolta in conformità al Regolamento interno di amministrazione e di contabilità, approvato dal Consiglio del-la Provincia autonoma di Bolzano in data 19 dicembre 1979;
visto il decreto legislativo 23 giugno 2011, n. 118 concernente "Disposizioni in materia di armonizzazione dei sistemi contabili e degli schemi di bilancio delle Regioni, degli enti locali e dei loro organismi";
preso atto in particolare delle disposizioni degli articoli 11 commi 4 e 6, 63, 67 commi 2 e 3, nonché dell'allegato 10 del decreto legislativo succitato;
viste le deliberazioni del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
- *n. 15/19 del 26/11/2019 relativa all'approvazione del bilancio di previsione per gli anni finanziari 2020, 2021 e 2022,*
- *n. 3/20 del 15/4/2020 concernente il riaccerta-mento ordinario dei residui nonché la determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011 e*
- *n. 6/20 del 15/9/2020 in merito all'assestamento del bilancio di previsione per gli anni finanziari 2020, 2021 e 2022;*

viste inoltre le deliberazioni dell'ufficio di presidenza di seguito elencate concernenti la variazione del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per gli anni finanziari 2020, 2021 e 2022:
n. 6/20 del 21/1/2020,
n. 15/20 del 15/4/2020,
n. 16/20 del 21/4/2020,
n. 21/20 del 9/6/2020,
n. 27/20 del 24/6/2020,
n. 30/20 dell'1/7/2020,
n. 55/20 del 12/11/2020,
constatato che mediante la deliberazione dell'ufficio di presidenza n. 6/20 del 21/1/2020 dei mezzi finanziari del "Fondo di riserva per spese impreviste" (capitolo 20011.0030) sono stati spostati sui capitoli di spesa di seguito elencati:
01011.1230 "Spese per servizi nell'ambito di convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero";
01011.1260 "Spese per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale";

01011.1320 "Spese per servizi informatici per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale";
01011.1350 "Spese per servizi nell'ambito della promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale";
visto il rendiconto fornito dal Tesoriere del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;
visto l'articolo 5 comma 4 della L.P. 18 marzo 2002, n. 6 in base al quale le assegnazioni dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni per l'esercizio di funzioni delegate hanno vincolo di destinazione e sono iscritte nel bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, unitamente alle spese correlate;
visti i decreti del presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano n. 73/20 del 16/4/2020 e n. 105/20 del 16/7/2020 con i quali sono stati iscritti nel bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano le assegnazioni dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni;
constatato che il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per gli anni finanziari 2020, 2021 e 2022 comprende, tra gli altri, anche i capitoli di spesa 01011.0420, 01011.0430, 01011.0440 e 01011.0450 che riguardano versamenti delle assegnazioni con vincolo di destinazione della Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (L.P. 18/3/2002, n. 6, artt. 4, 5);
constatato che i capitoli suddetti alla chiusura dell'esercizio finanziario 2020 presentavano un'economia vincolata di euro 104.679,70;
vista la deliberazione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano n. 3/21 del 14/4/2021 relativa al riaccertamento ordinario dei residui e determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011;
visti i prospetti allegati alla presente deliberazione concernenti il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2020:
Rendiconto della Gestione – Bilancio 2020

- *Allegato 10A – Conto del bilancio, Gestione delle Entrate,*
- *Allegato 10B – Conto del bilancio, Riepilogo generale delle Entrate,*
- *Allegato 10C – Conto del bilancio, Gestione delle Spese,*
- *Allegato 10D – Conto del bilancio, Riepilogo generale delle Spese per Missioni,*
- *Allegato 10E – Conto di bilancio, Riepilogo generale delle Spese per Titoli,*
- *Allegato 10F – Quadro Generale riassuntivo,*
- *Allegato 10G – Equilibri di Bilancio,*
- *Allegato 10H – Conto Economico,*
- *Allegato 10I – Stato Patrimoniale, Attivo (2020 – 2019),*
- *Allegato 10L – Stato Patrimoniale, Passivo (2020 – 2019),*
- *Allegato A – Prospetto dimostrativo del Risultato di Amministrazione,*
- *Allegato A/1 – Risultato di amministrazione - quote accantonate,*
- *Allegato A/2 – Risultato di Amministrazione – quote vincolate,*
- *Allegato A/3 – Risultato di Amministrazione – quote destinate agli investimenti,*
- *Allegato B – Composizione per Missione e Pro-grammi del Fondo Pluriennale Vincolato dell'esercizio 2020 di riferimento del Bilancio,*
- *Allegato C – Composizione dell'accantonamento al Fondo Crediti di dubbia esigibilità e al Fondo Svalutazione Crediti,*
- *Allegato D – Prospetto delle Entrate di Bilancio per Titoli, Tipologie e Categorie,*
- *Allegato E1 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati, Spese Correnti – Impegni,*
- *Allegato E2 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese Correnti – Pagamenti in C/Competenza,*
- *Allegato E3 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese Correnti – Pagamenti C/Residui,*
- *Allegato E4 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese in Conto Capitale e Spese per incremento di Attività Finanziarie – Impegni,*

- *Allegato E5 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese in Conto Capitale e Spese per incremento di Attività Finanziarie – Pagamenti in C/Competenza,*
- *Allegato E6 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese in Conto Capitale e Spese per incremento di Attività Finanziarie – Pagamenti in C/Residui,*
- *Allegato E7 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese per Rimborso Prestiti – Impegni,*
- *Allegato E8 – Prospetto delle Spese di bilancio per Missioni, Programmi e Macroaggregati – Spese per servizi per Conto Terzi e Partite di Giro – Impegni,*
- *Allegato E9 – Riepilogo Spese per Titoli e Macroaggregati,*
- *Allegato F – Accertamenti assunti nell'esercizio di riferimento e negli esercizi precedenti imputati all'anno successivo cui si riferisce il rendiconto e seguenti,*
- *Allegato G – Impegni assunti nell'esercizio di riferimento e negli esercizi precedenti imputati all'anno successivo cui si riferisce il rendiconto e seguenti,*
- *Allegato H – Prospetto dei costi per missione,*
- *Allegato L – Prospetto dei dati SIOPE,*
- *Allegato M1 – Elenco residui attivi provenienti da esercizi anteriori a quello di competenza,*
- *Allegato M2 – Elenco residui passivi provenienti da esercizi anteriori a quello di competenza,*
- *Allegato Q1 – Rendiconto del tesoriere – Entrate,*
- *Allegato Q2 – Rendiconto del tesoriere – Spese,*

Conto del bilancio:

- *Gestione delle Entrate,*
- *Gestione delle Spese;*

vista la relazione allegata alla presente delibera-zione:
relazione sulla gestione del conto economico e stato patrimoniale al 31/12/2020;
visto altresì il Regolamento di amministrazione e di contabilità del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;
dato atto del parere del Collegio dei revisori dei conti della Provincia Autonoma di Bolzano espresso con verbale n. 21 dell'1/6/2021;
vista la relazione accompagnatoria al conto consuntivo presentato dall'ufficio di presidenza;
ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera

nella seduta del xx/xx/xxxx con xx:

1. *di approvare il conto consuntivo del bilancio per l'esercizio finanziario 2020 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, sotto forma dei prospetti allegati alla presente delibera e indicati nelle premesse, che costituiscono parte integrante della delibera stessa, nelle risultanze finali indicate;*
2. *di prendere atto che l'avanzo di cassa alla chiusura 2020 è pari a euro 5.088.373,33 e che l'avanzo effettivo di amministrazione relativo all'esercizio 2020 ammonta a 4.001.697,62 euro, di cui euro 3.897.017,92 senza vincolo di destinazione e 104.679,70 euro con vincolo di destinazione ai capitoli di spesa 01011.0420, 01011.0430, 01011.0440 e 01011.0450.*

La presente delibera viene pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione, ai sensi dell'articolo 4, comma 1, lettera c) della legge regionale 19 giugno 2009, n. 2 (atto destinato alla generalità dei cittadini)

CONTO DI CASSA

Fondo di cassa all'inizio dell'esercizio 2020
(+) € 4.927.288,25

Riscossioni

- *in conto competenza 2020 € 12.139.995,73*

- *in conto residui anno 2019 e precedenti* € 28.470,06

(+) € 12.168.465,79

Pagamenti
- *in conto competenza 2020* € 11.633.254,37
- *in conto residui anno 2019 e precedenti* € 374.126,34

(-) € 12.007.380,71

Saldo di cassa alla chiusura dell'esercizio 2020
€ 5.088.373,33

CONTO DI AMMINISTRAZIONE
Giacenza di cassa alla chiusura dell'esercizio 2020
(+) € 5.088.373,33

Somme da riscuotere
- *in conto competenza 2020* € 128.156,53
- *in conto residui anno 2019 e precedenti* € 51.942,45

(+) € 180.098,98

Somme rimaste da pagare
- *in conto competenza 2020* € 185.344,02
- *in conto residui anno 2019 e precedenti* € 69.742,54

(-) € 255.086,56

Fondo pluriennale vincolato
- *al 31-12-2019 rinviato all'esercizio 2020* € 109,80
- *per spese correnti* € 1.004.940,70
- *per spese in conto capitale* € 6.637,63

(-) € 1.011.688,13

Avanzo di consuntivo dell'esercizio 2020
(+) € 4.001.697,62

Nach Einsichtnahme in die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020, welche das Landtagspräsidium mit Beschluss Nr. 33/21 vom 8. Juni 2021 genehmigt hat;
in Anerkennung der Ordnungsmäßigkeit der Gebarung, die im Sinne der vom Südtiroler Landtag am 19. Dezember 1979 genehmigten Verwaltungs- und Buchungsordnung erfolgt ist;
nach Einsicht in das gesetzesvertretende Dekret vom 23. Juni 2011, Nr. 118 betreffend "Bestimmungen im Bereich der Harmonisierung der Buchhaltungssysteme und der Bilanzvorlagen der Regionen, der örtlichen Körperschaften und ihrer Organismen";
nach Kenntnisnahme insbesondere der Bestimmungen der Artikel 11 Absätze 4 und 6, 63, 67 Absätze 2 und 3, sowie der Anlage 10 des vor-genannten gesetzesvertretenden Dekretes;
nach Einsichtnahme in die Beschlüsse des Süd-tiroler Landtages
- *Nr. 15/19 vom 26.11.2019 betreffend die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für die Finanzjahre 2020, 2021 und 2022,*
- *Nr. 3/20 vom 15.4.2020 betreffend die ordentliche Feststellung der Rückstände sowie die Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahres-fonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011 und*

- *Nr. 6/20 vom 15.9.2020 betreffend die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für die Finanzjahre 2020, 2021 und 2022;*

nach weiterer Einsichtnahme in die nachfolgend angeführten Beschlüsse des Präsidiums des Südtiroler Landtages betreffend die Änderung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für die Finanzjahre 2020, 2021 und 2022:
Nr. 6/20 vom 21.1.2020,
Nr. 15/20 vom 15.4.2020,
Nr. 16/20 vom 21.4.2020,
Nr. 21/20 vom 9.6.2020,
Nr. 27/20 vom 24.6.2020,
Nr. 30/20 vom 1.7.2020,
Nr. 55/20 vom 12.11.2020,
festgestellt, dass mit dem Präsidiumsbeschluss Nr. 6/20 vom 21.1.2020 finanzielle Mittel des "Reservefonds für nicht vorhersehbare Ausgaben" (Kapitel 20011.0030) den in der Folge angeführten Ausgabenkapiteln zugeführt wurden:
01011.1230 "Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Tagungen und anderen Initiativen des Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland";
01011.1260 "Ausgaben zur Förderung der Kennt-nisse über die Tätigkeit des Landtages";
01011.1320 "Ausgaben für Informatikdienste zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Landtages";
01011.1350 "Ausgaben für Dienstleistungen im Rahmen der Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Landtages";
nach Einsichtnahme in den vom Schatzmeister des Südtiroler Landtages gelieferten Abschluss;
nach Einsichtnahme in Artikel 5 Absatz 4 des L.G. vom 18. März 2002, Nr. 6, wonach die Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen für die Ausübung der übertragenen Befugnisse zweckbestimmt sind und in den Haushalt des Südtiroler Landtages zusammen mit den damit verbundenen Ausgaben eingetragen werden;
nach Einsichtnahme in die Dekrete des Präsidenten des Südtiroler Landtages Nr. 73/20 vom 16.4.2020 und Nr. 105/20 vom 16.7.2020, mit welchen die Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen in den Haushalt des Südtiroler Landtages eingetragen worden sind;
festgestellt, dass der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtags für die Finanzjahre 2020, 2021 und 2022 unter anderen auch die Ausgabenkapitel 01011.0420, 01011.0430, 01011.0440 und 01011.0450 enthält, welche die Auszahlung der zweckbestimmten Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (L.G. vom 18.3.2002, Nr. 6, Art. 4, 5) betreffen;
festgestellt, dass besagte Kapitel bei Abschluss des Finanzjahres 2020 zweckbestimmte Einsparungen in Höhe von 104.679,70 Euro aufwiesen;
nach Einsichtnahme in den Beschluss des Süd-tiroler Landtages Nr. 3/21 vom 14.4.2021 betreffend die ordentliche Feststellung der Rückstände und Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011;
nach Einsichtnahme in die dem vorliegenden Be-schluss beigelegten Übersichten betreffend die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020:
Rechnungslegung – Haushaltsjahr 2020

- *Anlage 10A - Abschlussrechnung, Verwaltung der Einnahmen,*
- *Anlage 10B – Abschlussrechnung, Allgemeine Zusammenfassung der Einnahmen,*
- *Anlage 10C – Abschlussrechnung, Verwaltung der Ausgaben,*
- *Anlage 10D – Abschlussrechnung, Allgemeine Zusammenfassung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen,*
- *Anlage 10E – Abschlussrechnung, Allgemeine Zusammenfassung der Ausgaben nach Titeln,*
- *Anlage 10F – Allgemeine zusammenfassende Übersicht,*
- *Anlage 10G – Haushaltsgleichgewichte,*
- *Anlage 10H – Erfolgsrechnung,*
- *Anlage 10I – Vermögensaufstellung, Aktiva (2020 – 2019),*

- *Anlage 10L – Vermögensaufstellung, Passiva (2020 – 2019),*
- *Anlage A – Erläuterndes Verzeichnis des Verwaltungsergebnisses,*
- *Anlage A/1 – Verwaltungsergebnis - Zurückgelegte Quoten,*
- *Anlage A/2 – Verwaltungsergebnis – Gebundene Anteile,*
- *Anlage A/3 – Verwaltungsergebnis – Zugewiesene Quoten,*
- *Anlage B – Aufstellung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds nach Aufgabenbereichen und Programmen im Haushaltsjahr 2020,*
- *Anlage C – Aufstellung der Rückstellungen für den Fonds für zweifelhafte Forderungen und den Fonds für die Entwertung der Kredite,*
- *Anlage D – Aufstellung der Einnahmen nach Titeln, Typologien und Kategorien,*
- *Anlage E1 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen, Laufende Ausgaben - Zweckbindungen,*
- *Anlage E2 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Laufende Ausgaben – Zahlungen in Kompetenz,*
- *Anlage E3 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Laufende Ausgaben – Zahlungen auf Rückstände,*
- *Anlage E4 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Investitionsausgaben und Ausgaben zur Erhöhung der Finanzanlagen – Zweckbindungen,*
- *Anlage E5 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Investitionsausgaben und Ausgaben zur Erhöhung der Finanzanlagen – Zahlungen in Kompetenz,*
- *Anlage E6 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Investitionsausgaben und Ausgaben zur Erhöhung der Finanzanlagen – Zahlungen auf Rückstände,*
- *Anlage E7 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Rückzahlung von Darlehen –Zweckbindungen,*
- *Anlage E8 – Aufstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen, Programme und Gruppierungen – Dienste für Dritte und Durchlaufposten – Zweckbindungen,*
- *Anlage E9 – Zusammenfassung der Ausgaben nach Titeln und Gruppierungen,*
- *Anlage F – Feststellungen, welche im Haushaltsjahr oder aus vorhergehenden Haushalten ihren Ursprung haben, welche im Folgejahr zum Bezugsjahr der Rechnungslegung oder in späteren Jahren neu festgestellt werden,*
- *Anlage G – Zweckbindungen, welche im Haushaltsjahr oder aus vorhergehenden Haushalten ihren Ursprung haben, welche im Folgejahr zum Bezugsjahr der Rechnungslegung oder in späteren Jahren neu festgestellt werden,*
- *Anlage H – Kostenaufstellung nach Aufgaben-bereich,*
- *Anlage L – Abschlussergebnisse SIOPE,*
- *Anlage M1 – Auflistung der aktiven Rückstände welche, aus vorhergehenden Haushalten ihren Ursprung haben,*
- *Anlage M2 - Auflistung der passiven Rück-stände, welche aus vorhergehende Haushalten ihren Ursprung haben,*
- *Anlage Q1 – Rechnungslegung des Schatz-meisters - Einnahmen,*
- *Anlage Q2 – Rechnungslegung des Schatz-meisters – Ausgaben*

Abschlussrechnung:

- *Verwaltung der Einnahmen,*
- *Verwaltung der Ausgaben;*

nach Einsichtnahme in den dem vorliegenden Be-schluss beigelegten Bericht:

- *Lagebericht zur Erfolgsrechnung und Vermögensaufstellung zum 31.12.2020;*

nach Einsichtnahme in die interne Verwaltungs- und Buchungsordnung des Südtiroler Landtages;
nach Kenntnisnahme des Gutachtens (Protokoll Nr. 21 vom 1.6.2021) des Rechnungsprüferkollegiums der Autonomen Provinz Bozen;
nach Einsichtnahme in den Begleitbericht zu der vom Präsidium vorgelegten Rechnungslegung;
dies vorausgeschickt,

beschließt
der Südtiroler Landtag

in der Sitzung vom xx.xx.xxxx mit xx:

1. *die Jahresabschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2020 in Form der dem vorliegenden Beschluss beigelegten und in den Prämissen näher angeführten Über-sichten, welche integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bilden, mit den angeführten Endergebnissen zu genehmigen;*
2. *festzuhalten, dass der Kassaüberschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2020 5.088.373,33 Euro beträgt und der effektive Verwaltungsüberschuss des Haushaltsjahres 2020 den Betrag von 4.001.697,62 Euro aufweist, wovon Euro 3.897.017,92 keiner Zweckbestimmung unterliegen und 104.679,70 Euro für die Ausgabenkapitel 01011.0420, 01011.0430, 01011.0440 und 01011.0450 zweckbestimmt sind.*

Der vorliegende Beschluss wird gemäß Artikel 4, Absatz 1, Buchstabe c) des Regionalgesetzes vom 19. Juni 2009, Nr. 2 im Amtsblatt der Region veröffentlicht (für die Allgemeinheit bestimmtes Dokument).

KASSENRECHNUNG

Kassenbestand zu Beginn des Haushaltsjahres 2020
(+) € 4.927.288,25

Einhebungen
Kompetenz 2020 € 12.139.995,73
Rückstande € 28.470,06
Jahr 2019 u. vorhergehende
(+) € 12.168.465,79

Zahlungen
Kompetenz 2020 € 11.633.254,37
Rückstande € 374.126,34
Jahr 2019 u. vorhergehende
(-) € 12.007.380,71

Kassenbestand bei Abschluss des Haushaltsjahres 2020
€ 5.088.373,33

VERWALTUNGSRECHNUNG
Kassenstand bei Abschluss des Haushaltsjahres 2020
(+) € 5.088.373,33

Noch einzuhebende Beträge
- *Kompetenz 2020 € 128.156,53*
- *Rückstande € 51.942,45*
Jahr 2019 u. vorhergehende
(+) € 180.098,98

Noch auszuzahlende Beträge
- *Kompetenz 2020 € 185.344,02*
- *Rückstände € 69.742,54*
Jahr 2019 u. vorhergehende
(-) € 255.086,56

Zweckgebundener Mehrjahresfonds
- *am 31.12.2019 zurückgeschoben*

	auf das Jahr 2020	*€*	*109,80*
-	*für laufende Ausgaben*	*€*	*1.004.940,70*
-	*für Kapitalausgaben*	*€*	*6.637,63*
		(-) €	*1.011.688,13*

Überschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2020
(+) € 4.001.697,62

Ogni consigliere naturalmente ha avuto sia la relazione che tutta la documentazione e anche la proposta e quindi direi che non leggo l'intera relazione e tutta la proposta, magari cerco di fare brevemente un riepilogo.

Qui abbiamo il conto consuntivo, che comprova i risultati della gestione finanziaria del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2020 che è stato approvato dall'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale nella seduta dell'8 giugno 2021 e ora ovviamente deve essere presentato per l'approvazione qui in Consiglio.

Qui eravamo partiti con una dotazione, come bilancio di previsione, di circa 15.804.000 euro in termini di competenza, naturalmente nel corso del 2020 sono state fatte delle variazioni, come è naturale che sia, e per circa 4 volte ci sono state delle modifiche.

Alla fine il conto consuntivo chiude al 31/12/2020 con un avanzo di amministrazione di 4.001.697,62 euro.

A tale riguardo mi permetto di ricordare che nel bilancio di previsione del Consiglio per il 2020 in base alla normativa non era stato iscritto un presumibile avanzo di amministrazione e di questo naturalmente si terrà poi conto nell'ambito dell'assestamento di bilancio.

Il 74% delle economie accertate sui capitoli di spesa, escluse le contabilità speciali, deriva dai 22 capitoli – che Voi naturalmente avete.

Le uscite in linea di massima per la maggior parte sono spese obbligatorie che derivano da norme già stabilite e quindi si devono fare obbligatoriamente.

Il conto consuntivo consiste quindi in buona parte nella presa d'atto dell'ammontare delle spese venutesi a creare in base alle norme vigenti poi effettuate, che sono tutte le spese di indennità di carica per rimborso spese di viaggio, contributi ai gruppi consiliari, gli stipendi per il personale del Consiglio provinciale, inclusi ovviamente tutti i contributi previdenziali e assistenziali, le indennità di missione, le indennità di buona uscita, inclusi eventuali anticipi, i canoni di affitto per i locali presi in locazione, eccetera.

Guardando la differenza sulle cifre magari un po' importanti del 2019 rispetto al 2020, nel 2019 noi avevamo impegni di spesa per competenza complessivamente circa per 13.558.000 euro e nel 2020 invece 11.818.000 euro circa, e quindi in questo caso nel 2020 c'è stato un risparmio di spesa di circa 1.800.000 euro scarsi e questo deriva dal fatto che innanzitutto una spesa, direi forse la più alta, di circa 1.150.000 euro deriva semplicemente dal fatto che c'era un rimborso per gli stipendi e altri assegni per il personale comandato presso il Consiglio provinciale, nel 2019 c'era stato, solo per una questione di competenze, un rimborso pluriennale che il Consiglio ha dovuto pagare, quindi era una spesa che riguardava più anni, mentre nel 2020 c'è solo il rimborso annuale e già qui naturalmente c'è una differenza di 1.150.000 euro, e questa forse è la cifra più alta.

Poi tra contributi ai gruppi consiliari per le spese del personale c'è una differenza in più di circa 65.000 euro, poi abbiamo invece in meno circa 180.000 euro per compenso alla consigliera di parità, indennità e rimborso per spese di missione, anche qui l'anno precedente sono state pagate più annualità e invece quest'anno abbiamo solo la cifra annuale e quindi qua già abbiamo una differenza di circa 180.000 euro.

Poi spese relative al Covid, chiaramente anche qui fra le spese dei servizi di ristorazione nell'ambito di convegni, iniziative del Consiglio provinciale, relazioni pubbliche in Italia e all'estero ovviamente con il fatto che durante il Covid non si poteva organizzare nulla, naturalmente è anche stato speso molto meno e qui avevamo circa 60.000 euro in meno.

Lo stesso dicasi per le spese dei servizi nell'ambito di convegni e altre iniziative, anche qui altri 38.000 euro *ungefähr*, e quindi qui c'è stato un risparmio di circa 97.000 euro in tutto, che non è poco, ma ci auguriamo che quest'anno poi si possa ricominciare con le normali attività del Consiglio.

Anche sulle utenze telefoniche, canoni, eccetera, circa 60.000 euro in meno, acquisto di altri macchinari e impianti altri 70.000 euro, provvidenze a favore del personale del Consiglio provinciale e contributi alla mensa, anche qui tanto personale lavorava in smart working e quindi chiaramente la spesa è stata minore, qui abbiamo circa 85.000 euro.

Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale, inclusi i salari di produttività e le indennità 145.000 euro.

L'aggiornamento del personale ovviamente è stato inferiore sempre per le questioni già dette, altri 21.000 euro.

I contributi del personale, l'imposta regionale, l'IRAP sui costi del personale ovviamente è stato minore perché per forza di cose quando diminuiscono gli stipendi diminuiscono anche i contributi, quindi an-che lì orientativamente abbiamo circa 80.000 euro in meno.

Queste sono le cifre un po' più importanti di differenza rispetto all'anno precedente.

Mi auguro che la relazione che è stata presentata Vi abbia offerto un quadro esauriente della gestione, in caso siamo qui apposta per dare eventuali altre risposte e mi auguro ovviamente che la proposta di deliberazione venga approvata.

Adesso io non leggo tutta la proposta di deliberazione, magari solo la parte deliberante dove si dice appunto che il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delibera

1. di approvare il conto consuntivo del bilancio per l'esercizio finanziario 2020 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, sotto forma dei prospetti allegati alla presente delibera e indicati nelle premesse, che costituiscono parte integrante della delibera stessa, nelle risultanze finali indicate e

2. di prendere atto che l'avanzo di cassa alla chiusura 2020 è pari a euro 5.088.373,33 e che l'avanzo effettivo di amministrazione relativo all'esercizio 2020 ammonta a 4.001.697,62 euro, di cui euro 3.897.017,92 senza vincolo di destinazione e 104.679,70 euro con vincolo di destinazione ai capitoli di spesa 01011.0420, 01011.0430, 01011.0440 e 01011.0450.

Questo è quanto per quanto riguarda la presentazione e chiedo ai consiglieri se qualcuno vuole intervenire in merito.

Non ci sono richieste di intervento e quindi possiamo passare alla votazione della proposta di deliberazione: approvata con 32 voti favorevoli e 3 astensioni.

Punto 3) dell'ordine del giorno: **"Presa d'atto delle relazioni finali della commissione d'inchiesta "Mascherine", istituita con decreto del presidente del Consiglio provinciale n. 78/20 del 28 aprile 2020."**

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Kenntnisnahme der Abschlussberichte des mit Dekret des Landtagspräsidenten Nr. 78/20 vom 28. April 2020 eingesetzten Untersuchungsausschusses "Mundschutzmasken"."**

Adesso ci sarà la lettura delle relazioni, quindi senza commenti, poi a ogni consigliere e assessore spetteranno 10 minuti di intervento, quindi intanto do la parola al presidente della commissione d'inchiesta Franz Ploner, che – se desidera - può leggere la relazione tecnica, prego.

PLONER Franz (Team K): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Präsident dieses mehr als ein Jahr tagenden Untersuchungsausschusses zur Beschaffung der Schutzausrüstungen durch die Firma Oberalp-AG für den Sanitätsbetrieb ist es mir eine besondere Ehre, endlich im Plenum des Landtages offiziell die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit vorzutragen. Die Abschlussdokumente findet ihr alle in euren Unterlagen, das heißt, technischer Bericht, Abschlussbericht Mehrheit und Abschlussbericht Minderheit. Bedauerlicherweise muss ich als Präsident, der ich gemeinsam mit allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses immer um ein gemeinsames Abschlussdokument bemüht war, zur Kenntnis nehmen, dass leider die Ergebnisse und Bewertungen des Untersuchungsausschusses sich in einem Bericht der politischen Mehrheit und in einem der politischen Minderheit …

PRESIDENTE: Scusi, consigliere Ploner, cortesemente, tutto quello che Lei avrà da dire, lo potrà dire dopo nell'intervento. Lei adesso può semplicemente leggere la relazione o non leggerla. La ringrazio.

PLONER Franz (Team K): Ich präsentiere nun den technischen Teil des Untersuchungsausschusses.

Auf Antrag der Abg.en Sven Knoll, Myriam Atz Tammerle, Paul Köllensperger, Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder, Alex Ploner, Josef Unterholzner, Peter Faistnauer, Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba, Hanspeter Staffler, Andreas Leiter Reber, Ulli Mair, Diego Nicolini, Sandro Repetto und Alessandro Urzì hat Landtagspräsident Josef Noggler mit Dekret Nr. 78/20 am 28. April 2020 laut Geschäftsordnung einen Un¬tersu¬chungsausschuss eingesetzt, der aus den Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda), Sven Knoll (SÜD-TIROLER FREIHEIT), Paul Köllensperger (Team K), Gerhard Lanz (SVP), Andreas Leiter Reber (Die Freiheitlichen), Rita Mattei (Lega Salvini Alto Adige Südtirol), Diego Nicolini (Movimento 5 Stelle – 5 Sterne Bewegung – Moviment 5 Steiles), Sandro Repetto (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten), Alessandro Urzì (damals L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia, nun Fratelli d'Italia) und Carlo Vettori (damals Alto Adige Autonomia, nun Forza Italia Alto Adige Südtirol) zusammengesetzt ist.
Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist gemäß Dekret die Thematik betreffend die Schutzmasken des Südtiroler Sanitätsbetriebs.
Am 5. Mai 2020 fand die erste Sitzung des Ausschusses statt, im Laufe derer der Abg. Paul Köllensperger seinen Rücktritt als Mitglied des Ausschusses bekannt gegeben hat. Noch am selben Tag informierte der Abg. Paul Köllensperger den Präsidenten des Südtiroler Landtages schriftlich über seinen Rücktritt und bestellte den Abg. Franz Ploner zum neuen Vertreter seiner Fraktion.
Infolgedessen änderte der Präsident des Südtiroler Landtages das von ihm signierte Dekret Nr. 78/20 teilweise ab und erließ das Folgedekret Nr. 82/20 vom 7. Mai 2020. Darin wurde der Abg. Franz Ploner in Vertretung der Landtagsfraktion Team K zum Mitglied des Untersuchungsausschusses ernannt.
Am 15. Mai 2020 fand die konstituierende Sitzung des Ausschusses statt, in deren Rahmen der Abg. Franz Ploner zum Vorsitzenden, der Abg. Gerhard Lanz zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Abg. Brigitte Foppa zur Schriftführerin gewählt wurden.
In der darauffolgenden Sitzung, am 22. Mai 2020, wurden die Leitlinien für den Untersuchungsausschuss diskutiert, die der Vorsitzende vorbereitet hatte. Am Ende der Debatte legte der Ausschuss einstimmig den Titel der Leitlinien und somit den Untersuchungsgegenstand fest, dieser lautet: "Prüfung, Analyse und politische Bewertung des Ankaufs und der Verwendung von Schutzausrüstungen im Rahmen der COVID-19 Pandemie".
Am 5. Juni 2020 trat der Untersuchungsausschuss erneut zusammen, um die Arbeiten des Ausschusses zu planen und einigte sich hierbei auf den Sitzungskalender. Überdies genehmigte der Ausschuss einstimmig die Liste der Personen, die zur Anhörung eingeladen werden sollen, und legte per Mehrheitsbeschluss fest, welche Dokumente der Ausschuss einholen soll. Bezüglich der angeforderten Unterlagen beschloss der Ausschuss mehrheitlich, dass diese aus einem begrenzten Zeitraum, und zwar zwischen dem 31. Januar 2020, als in Italien der Notstand ausgerufen wurde, und dem Ende der Pandemie, stammen sollten. Der detaillierte Anhörungskalender lag zwar noch nicht vor, aber der Ausschuss vereinbarte trotzdem schon einmal für den 12. Juni 2020 Christoph Franceschini, den Chefredakteur der Onlinezeitung "Salto.bz" und Gunde Bauhofer, die Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale, einzuladen, sowie für den 26. Juni 2020 den Landeshauptmann Kompatscher und die Landesräte Widmann, Schuler, Deeg und Vettorato zur Anhörung zu laden.
In der Sitzung vom 12. Juni 2020 fand die Anhörung von Christoph Franceschini, dem Chefredakteur der Online-Tageszeitung "Salto.bz", statt. Gunde Bauhofer, die Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale, sagte ihre Teilnahme hingegen mit der Begründung ab, dass sie über keine hilfreichen Informationen für den Ausschuss verfüge.
In der Sitzung vom 26. Juni 2020 nahm der Ausschuss zur Kenntnis, dass keines der eingeladenen Mitglieder der Landesregierung erschien. Mit Ausnahme des Landesrates Vettorato, der seine Bereitschaft an der Anhörung teilzunehmen frühzeitig mitgeteilt hatte, hatte sich niemand für das eigene Fernbleiben entschuldigt. Der Ausschuss diskutierte über das Schreiben des Landeshauptmanns Kompatscher, dem ein Rechtsgutachten der Anwaltschaft des Landes beigelegt

war. Darin wurde der Ausschuss darum ersucht, zu erörtern, ob es angebracht sei, die eigene Arbeit fortzusetzen, während Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen, welche auch einige Landesbeamte und Mitarbeiter des Südtiroler Sanitätsbetriebs betreffen, die zur Anhörung vor dem Ausschuss eingeladen sind. In seinem Schreiben ging Landeshauptmann Kompatscher auch auf die Ermächtigung von Landesbeamten zur Teilnahme an Anhörungen ein. Er stellte klar, dass es möglich sei eine solche Ermächtigung auszustellen, die Entscheidung, ob sie teilnehmen und aussagen möchten, liege jedoch bei den Landesbeamten. Am Ende der Debatte lagen zwei Vorschläge vor: Der Vorschlag des Vorsitzenden Ploner und der Minderheit, die Arbeiten des Untersuchungsausschusses fortzusetzen und die Landesbeamten, gegen die ermittelt wird, fürs Erste nicht anzuhören und der im Namen der Mehrheit vom Abg. Lanz eingebrachte Vorschlag, die Arbeiten des Ausschusses bis zum Abschluss der Ermittlungen vonseiten der Staatsanwaltschaft auszusetzen. In der anschließenden Abstimmung wurde der Vorschlag des Vorsitzenden Ploner und der Minderheit infolge des gewichteten Stimmrechts mit 15 Jastimmen und 19 Gegenstimmen abgelehnt. Über den Vorschlag des Abg. Lanz und der Mehrheit wurde hingegen nicht abgestimmt, da die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben war.

In der nächsten Sitzung, am 10. Juli 2020, informierte der Vorsitzende den Ausschuss darüber, dass am 6. Juli ein Treffen stattgefunden hatte, an dem der Landtagspräsident Noggler, der Vorsitzende selbst, der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Lanz, und die Schriftführerin, Abg. Foppa, teilgenommen hatten, um über die zukünftige Arbeitsweise des Ausschusses zu diskutieren. Das Ergebnis dieses Treffens sei eine schriftliche Abmachung gewesen, die vorsehe, dass in der Sitzung vom 10. Juli 2020 keine Anhörungen stattfinden sollen und, dass der Vorschlag des Abg. Lanz vom 26. Juni 2020 in abgeänderter Form eingebracht werden soll. Der Ausschuss diskutierte den neuen Vorschlag des Abg. Lanz schließlich lang und breit und genehmigte diesen nach einer eingehenden Debatte einstimmig. Die Hauptpunkte des Vorschlages lassen sich wie folgt zusammenfassen: Überarbeitung der Liste der anzuhörenden Personen entsprechend der Rückmeldungen zu deren grundsätzlichen Bereitschaft an einer Anhörung teilzunehmen; Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die einen nach Themenbereichen unterteilten Anhörungskalender ausarbeiten soll; gemeinsame Sichtung der wichtigsten erhaltenen Dokumente und Erstellung eines Terminkalenders, letztmöglicher Beginn der Anhörungen, an denen die Mitglieder auch online teilnehmen können sollen, am 21. August 2020; Abschluss der Arbeiten des Ausschusses binnen Ende des Jahres 2020. Im Laufe derselben Sitzung stimmte der Ausschuss der Überarbeitung der Liste der anzuhörenden Personen außerdem einstimmig zu und beschloss mehrheitlich, die Liste der einzuholenden Dokumente abzuändern.

Am 28. Juli 2020 kam die Arbeitsgruppe, die aus dem Vorsitzenden, Abg. Ploner, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Lanz, und der Schriftführerin, Abg. Foppa, besteht, zusammen, um den Anhörungskalender zu erstellen.

Der Untersuchungsausschuss trat daraufhin am 21. August zusammen und stimmte dem Sitzungskalender bis März 2021 sowie einer Ergänzung der Liste der im Untersuchungsausschuss anzuhörenden Personen mehrheitlich zu. Zudem ermächtigte er den Vorsitzenden einstimmig dazu, den Anhörungskalender selbstständig abzuändern, um die Arbeiten so besser planen zu können. Im Laufe derselben Sitzung hörte der Ausschuss folgende Personen an: Dr. Gottfried Kühebacher, ärztlicher Leiter des Krankenhauses Innichen, Dr. Andreas Tutzer, ärztlicher Mitarbeiter der Orthopädie des Krankenhauses Bozen, Dr. Alex Hofer, Leiter des Dienstes Anästhesie und Wiederbelebung des Krankenhauses Innichen, Dr. Michele Sommavilla, ärztlicher Leiter des Krankenhauses Bruneck, Dr. Patrick Franzoni, Notfallmediziner der Südtiroler Notrufzentrale und Mitglied der Task Force COVID-19, Dr. Werner Calliari, ärztlicher Mitarbeiter des Dienstes für Rettungs- und Notfallmedizin, Dr.in Maria Elke Erne, Primarin der Abteilung Infektionskrankheiten des Krankenhauses Bozen sowie Dr. Pierpaolo Bertoli, geschäftsführender Sanitätsdirektor des Südtiroler Sanitätsbetriebs.

Am 31. August 2020 trat der Abg. Josef Unterholzner aus der Landtagsfraktion Team K aus und gründete eine neue Fraktion mit dem Namen "ENZIAN". Der Präsident des Südtiroler Landtages erließ am 1. September 2020 folglich ein neues Dekret, das Dekret Nr. 128/20, um die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses abzuändern.

Der Untersuchungsausschuss trat am 4. September zur Anhörung folgender Personen zusammen: Dr. Umberto Tait, Direktor des Gesundheitsbezirks Bozen, Dr.in Irene Pechlaner, Direktorin des Gesundheitsbezirks Meran, Dr. Walter Amhof, Direktor des Gesundheitsbezirks Bruneck, Dr. Markus Mar¬kart, Sanitätskoordinator des Gesundheitsbezirks Brixen sowie Dr. Roland Döcker, Sanitätskoordinator des Gesundheitsbezirks Bozen.
Am 16. September 2020 kündigte der Abg. Gerhard Lanz seinen Rücktritt aus dem Untersuchungsausschuss an und ernannte den Abg. Franz Locher zu seinem Nachfolger in Vertretung der SVP-Fraktion. Mit dem Dekret Nr. 136/20 vom 17. September 2020 änderte der Präsident des Südtiroler Landtages die Zusammensetzung des Ausschusses demzufolge erneut ab.
In der Sitzung vom 25. September 2020 wählte der Ausschuss, aufgrund des Rücktritts des Abg. Lanz, der das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, einen neuen Abgeordneten in dieses Amt. Der Abg. Franz Locher wurde zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt. Im Laufe derselben Sitzung wurden folgende Personen angehört: Heiner Oberrauch, Präsident der Oberalp AG, Dr. Christoph Engl, Geschäftsführer der Oberalp AG, Dietrich Gallmetzer, CEO der Gerhò AG, Dr. Michael Gamper, COO der Gerhò AG, Ing. Federico Giudiceandrea, Präsident des Unternehmerverbandes Südtirol sowie Martin Haller, Präsident des LVH.
In der Sitzung vom 16. Oktober 2020 nahm der Untersuchungsausschuss den Rücktritt des Ausschussmitgliedes Urzì zur Kenntnis. Anschließend erfolgten die Anhörungen von Jörg-Timm Kilisch, Geschäftsführer der DEKRA Testing und Certification GmbH (BRD), Ing. Jörg Pircher, Frau Prof. Cornelia Lass-Flörl, Direktorin des Instituts für Hygiene und Mikrobiologie der Medizinischen Universität Innsbruck, Dr. Rudolf Pollinger, Direktor der Agentur für Bevölkerungsschutz und von Dr. Klaus Unterweger, Direktor des Ressorts Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismus und Bevölkerungsschutz. Am Ende der Anhörungen beschloss der Ausschuss einstimmig, Prof. Wiedermann erneut darum zu bitten, ob er bereit sei, an einer Anhörung teilzunehmen, um einige Punkte, die im Laufe der Anhörung von Frau Prof. Lass-Flörl aufgekommen waren, zu erläutern.
Infolge des Rücktritts des Abg. Urzì am 15. Oktober 2020 verabschiedete der Präsident des Südtiroler Landtages ein neues Dekret, das Dekret Nr. 152/20 vom 19. Oktober 2020, um die neue Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses festzuschreiben.
In der darauffolgenden Sitzung, am 23. Oktober 2020, wurden folgende Personen angehört: Dr. Enrico Wegher, Verwaltungsdirektor des Südtiroler Sanitätsbetriebs, Dr.in Sophie Biamino, Direktorin des Amtes für den Ankauf sanitärer Verbrauchsgüter, Dr. Paolo Filippi, Direktor des Amtes für den Ankauf von Investitionsgütern, Dr.in Elisabetta Dall'Aglio, stellvertretende Direktorin der Abteilung Verwaltungsleitung der Krankenhäuser Bruneck und Innichen und RA Marco Cappello, Direktor der Betriebsabteilung Recht und allgemeine Angelegenheiten.
In der Sitzung, am 6. November 2020, wurden folgende Personen angehört: Dr. Herbert Heidegger, Sanitätskoordinator des Gesundheitsbezirks Me¬ran, Dr. Marco Pizzinini, Sanitätskoordinator des Gesundheitsbezirks Bruneck, Dr. Reinhold Perkmann, Vorsitzender der Primargewerkschaft ANPO, Dr. Edoardo Bonsante, Sekretär der Gewerkschaft ANAAO/Assomed der Provinz Bozen, Dr. Maximin Liebl, Präsident der Apothekenkammer der Provinz Bozen, Dr. Gernot Walder, Facharzt für Hygiene und med. Mikrobiologie, Infektiologie und Tropenmedizin und Dr.in Doris Gatterer, Präsidentin der SüGAM (Südtiroler Gesellschaft für Allgemeinmedizin) und Mitglied der Task Force Covid 19.
Der Untersuchungsausschuss trat am 19. November 2020 zur Anhörung folgender Personen zusammen: Dr. Ivano Simioni, Präsident und gesetzlicher Vertreter der ärztlichen Gewerkschaft BSK-VSK/AAROI/SIVEMP, Herr Massimo Ribetto, regionaler Referent der Gewerkschaft Nursing Up, Dr. Eugen Sleiter, Präsident der Südtiroler Akademie für Allgemeinmedizin, Drin Monica Oberrauch, Präsidentin der Ärzte- und Zahnarztkammer, Dr. Michael Engl, ärztlicher Direktor des Krankenhauses Sterzing und Dr. Marc Kaufmann, Primar des Dienstes für Rettungs- und Notfallmedizin und Leiter der Covid-19 Task Force.
In der Sitzung vom 23. November 2020 hörte der Untersuchungsausschuss per Videokonferenz den Oberstaatsanwalt des Landesgerichts Bozen, Dr. Giancarlo Bramante, und den stellvertretenden Staatsanwalt, Dr. Igor Secco, an, der für die strafrechtlichen Ermittlungen zu den Schutzmasken und zur Schutzausrüstung zuständig ist.

Der Untersuchungsausschuss trat am 4. Dezember 2020 zur Anhörung folgender Personen zusammen: Frau Dr.in Marianne Siller, Pflegedirektorin des Südtiroler Sanitätsbetriebes, Dr. Konrad Tratter, ehemaliger koordinierender Pflegedienstleiter des Gesundheitsbezirkes Bozen, Dr. Frank Blumtritt, ehemaliger koordinierender Pflegedienstleiter des Gesundheitsbezirkes Meran, Dr. Harald Frena, Pflegedienstleister des Krankenhauses Sterzing, Herr Andreas Dorigoni und Herr Waltter Oberkalmsteiner, Funktionäre des ASGB Gesundheitsdienstes sowie Herr Claudio Scrinzi, Vertreter der SGB-CISL-Ärzte und Kranken-pfleger.
Der Untersuchungsausschuss trat am 22. Jänner 2021 zur Anhörung folgender Personen zusammen: Dr. Günther Burger, Ressortdirektor für Gesundheit, Breitband und Genossenschaften, Dr. Christian Kofler, Direktor der Betriebsabteilung Personal des Gesundheitsbezirks Meran, Dr. Luca Armanaschi, Direktor der Betriebsabteilung Krankenhausbetreuung des Südtiroler Sanitätsbetriebes, Frau Krimhilde Meraner, ehemalige Mitarbeiterin des Sekretariats der Generaldirektion des Südtiroler Sanitätsbetriebes sowie Dr. Renato Martinolli, Direktor der Bezirksabteilung Einkäufe und Ökonomatsdienste des Südtiroler Sanitätsbetriebes.
In der Sitzung vom 29. Jänner 2021 hörte der Untersuchungsausschuss Dr. Thomas Mathà, Vizegeneralsekretär des Landes und Leiter der Agentur für die Verfahren und die Aufsicht im Bereich öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge, Dr. Eros Magnago, Generalsekretär des Landes sowie Dr. Florian Zerzer, Generaldirektor des Südtiroler Sanitätsbetriebes. Herr Dr. Zerzer erklärte im Untersuchungsausschuss, dass es ihm derzeit nicht möglich ist, alle Fragen zur Gänze zu beantworten, da die strafrechtlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch im Gange sind. Der Ausschuss beschloss daher einstimmig, den Teil der Anhörung von Herrn Dr. Zerzer, in dem die Abgeordneten Fragen stellen, auf den 26. März 2021 zu vertagen. Er beschränkte sich daher darauf, generelle Informationen zur Lage Südtirols in der Zeit nach der Ausrufung des pandemiebedingten Notstandes zu liefern, wobei er insbesondere auf den Südtiroler Sanitätsbetrieb Bezug nahm.
Der Untersuchungsausschuss trat wieder am 19. Februar 2021 zur Anhörung folgender Personen zusammen: Herr Moritz Schwienbacher, Präsident des Verbandes der Seniorenwohnheime Südtirols, Dr.in Liliana Di Fede, Generaldirektorin des Betriebs für Sozialdienste Bozen, Dr. Adolf Engl, Hausarzt und Präsident der Südtiroler Akademie für Allgemein Medizin, Frau Kathrin Huebser, Vorsitzende des Landesverbandes der Sozialberufe sowie Frau Elisabeth Gruber, Pflegedienstleiterin des Konsortiums Wohn- und Pflegeheime Mittleres Pustertal.
In der Sitzung vom 26. Februar 2021 hörte der Untersuchungsausschuss Frau Dr.in Marta von Wohlgemuth, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Sozialberufe, Dr. Christian Wenter, Primar der Abteilung Geriatrie des Krankenhauses Meran, Dr. Matteo Faifer, Direktor der Abteilung für Dienste an die Örtliche Gemeinschaft, Dr. Ivo Bonamico, Direktor des Landesrettungsvereins Weißes Kreuz, Dr. Paolo Soave, Regionalsekretär des Italienischen Roten Kreuzes sowie Dr. Arnold Kaiser, Direktor der Abteilung Vermögensverwaltung und Technik des Gesundheitsbezirkes Bruneck an.
Die für den 26. März angesetzte Ausschusssitzung wurde abgesagt, da die strafrechtlichen Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft gegen den Generaldirektor des Südtiroler Sanitätsbetriebs, Herrn Dr. Florian Zerzer, noch nicht abgeschlossen waren. Die Anhörung von Herrn Dr. Zerzer wurde auf den 7. Mai 2021 vertagt.
In der darauffolgenden Sitzung, am 9. April 2021, wurden der Landeshauptmann Arno Kompatscher und die Landesräte/Landesrätinnen Arnold Schule, Waltraud Deeg, Giuliano Vettorato und Thomas Widmann angehört. Am Ende der Sitzung beschloss der Ausschuss einstimmig, Herrn Heiner Oberrauch ein zweites Mal zur Anhörung einzuladen, da die Oberalp AG und ihr Präsident im Rahmen der Sitzungen mehrmals zur Sprache kamen.
In der letzten Sitzung am 7. Mai 2021, die den Anhörungen gewidmet war, wurden Herr Heiner Oberrauch, Präsident der Firma Oberalp AG, und Dr. Florian Zerzer, Generaldirektor des Südtiroler Sanitätsbetriebes, erneut angehört. Der Ausschussvorsitzende schlug außerdem allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses vor, dem Ausschuss spätestens bis zum 19. Mai 2021 ihre politischen Einschätzungen zukommen zu lassen, die in den Abschlussbericht einfließen sollen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und die folgenden Abgeordneten haben ihre Stellungnahmen fristgerecht eingereicht: Unterholzner, Foppa, Knoll und Nicolini.

Dies vorausgeschickt, stellt der Untersuchungs-ausschuss Folgendes fest:
Die Herangehensweise des Untersuchungsausschusses
Der Untersuchungsausschuss als politisches Gremium
*Der Untersuchungsausschuss ist ein vom Landtagspräsidenten auf Antrag von gewählten Landtagsmandataren*innen eingesetztes politisches Gremium, das keine Funktion einer gerichtlichen Bewertung innehat. Das politische Mandat richtet sich nach der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages im Sinne von Artikel 25 und folgenden (Gesetzgebungsausschüsse). Der Untersuchungs¬ausschuss sieht die Aufgabe darin, Fakten durch Studium der Dokumente und durch Anhörungen von ausgewählten Personen zu erheben, diese im Sinne des Auftrags zu analysieren und zu bewerten.*
Die Arbeit des Untersuchungsausschusses
Hauptgegenstand der Befragung
*Der Gegenstand des Untersuchungsausschusses umfasst die gesamte Thematik des Einkaufs, der Verwendung und des Informationsflusses zu den Mitarbeiter*Innen im Südtiroler Sanitätsbetrieb und in den Alten- und Seniorenheimen betreffend die Schutzmaterialien gemäß Antrag vom 8. April 2020. Der Untersuchungsausschuss konnte in die von den einzelnen Dienststellen teilweise zur Verfügung gestellten Unterlagen, Dokumente und Akten konsultieren und bewerten. Die Kommission hat in der Zeit vom 12. Juni 2020 bis 7. Mai 2021 79 Auskunftspersonen angehört. Die Anhörungen wurden mittels Tonträger aufgezeichnet und als Transkripte verschriftlicht.*
Die Arbeitsweise des Untersuchungsausschusses
In den ersten Sitzungen wurden durch den Vorsitzenden gemeinsam mit seinem Stellvertreter, der Schriftführerin und den Kommissionsmitgliedern in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt des Landtages die Sitzungen und die Zusammensetzung der anzuhörenden Personen so terminiert, dass ein zügiges und regelmäßiges Arbeiten möglich wurde. Die Anhörungen wurden bis auf eine Unterbrechung durch den Lockdown im März 2021 in zweiwöchigen Abständen einberufen.
Für die Anhörung der Personen und die Protokollierung der Gesprächsprotokolle gilt die Geschäftsordnung der ordentlichen Gesetzgebungsausschüsse des Landtages. Die Arbeiten der Sitzungen sind vertraulich.
Die Kommunikation nach außen verantwortet der Vorsitzende gemeinsam mit dem Vizepräsidenten und der Schriftführerin unter Einbindung des Presseamtes des Landtages.
In der Sitzung vom 28. Mai 2021 wurde der vorliegende Bericht, technischer Teil, vom Untersuchungsausschuss im Rahmen einer Abstimmung nach getrennten Teilen und mit gewichteten Stimmrecht einstimmig (Vorsitzender Ploner und Abg.e Knoll, Leiter Reber, Locher, Mattei, Nicolini, Repetto und Unterholzner) genehmigt.
In derselben Sitzung wurde hingegen, die vom Vorsitzenden Dr. Franz Ploner eingereichte politische Bewertung im Rahmen einer Abstimmung nach getrennten Teilen und mit gewichtetem Stimmrecht mit 11 Jastimmen (des Vorsitzenden Ploner und der Abg.en Knoll, Leiter Reber, Nicolini und Repetto), 18 Gegenstimmen (der Abg.en Locher und Mattei) und 1 Enthaltung (des Abg. Unterholzner) abgelehnt.

Su richiesta dei conss. Sven Knoll, Myriam Atz Tammerle, Paul Köllensperger, Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder, Alex Ploner, Josef Unter-holzner, Peter Faistnauer, Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba, Hanspeter Staffler, Andreas Leiter Reber, Ulli Mair, Diego Nicolini, Sandro Repetto e Alessandro Urzì, il presidente del Consiglio provinciale Josef Noggler il 28 aprile 2020 ha istituito con il decreto n. 78/20 una commissione d'inchiesta ai sensi del regolamento interno, com¬posta dai consiglieri Brigitte Foppa (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda), Sven Knoll (SÜD-TIROLER FREIHEIT), Paul Köllensperger (Team K), Gerhard Lanz (SVP), Andreas Leiter Reber (Die Freiheitlichen), Rita Mattei (Lega Salvini Alto Adige Südtirol), Diego Nicolini (Movimento 5 Stelle – 5 Sterne Bewegung – Moviment 5 Steiles), Sandro Repetto (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten), Alessandro Urzì (all'epoca L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia, ora Fratelli d'Italia) e Carlo Vettori (all'epoca Alto Adige Autonomia, ora Forza Italia Alto Adige Südtirol).
Oggetto dell'inchiesta, in base al decreto, è la questione delle mascherine protettive dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige.

Il 5 maggio 2020 si è tenuta la prima seduta della commissione, durante la quale il cons. Paul Köllensperger ha comunicato le proprie dimissioni da componente della commissione. Lo stesso giorno il cons. Paul Köllensperger ha formalizzato per iscritto le proprie dimissioni al presidente del Consiglio provinciale, designando in sua sostituzione il cons. Franz Ploner per il proprio gruppo consiliare.
Il presidente del Consiglio provinciale ha quindi emanato, a parziale modifica del proprio decreto n. 78/20, un successivo decreto, il n. 82/20 del 7 maggio 2020, con il quale è stato nominato componente della commissione d'inchiesta, il cons. Franz Ploner, in rappresentanza del gruppo consiliare Team K.
Il 15 maggio 2020 si è tenuta la seduta costitutiva della commissione, durante la quale il cons. Franz Ploner è stato eletto presidente, il cons. Gerhard Lanz vicepresidente e la cons. Brigitte Foppa segretaria.
Nella successiva seduta del 22 maggio 2020 sono state discusse le linee guida per la commissione d'inchiesta predisposte dal presidente. Al termine del dibattito, la commissione ha approvato, con una deliberazione all'unanimità, solo il titolo delle linee guida specificando in tal modo l'oggetto dell'inchiesta con "l'esame, l'analisi e la valutazione politica dell'acquisto e utilizzo di dispositivi protettivi durante l'emergenza Covid-19".
La commissione si è poi riunita il 5 giugno 2020 per programmare i propri lavori e ha approvato a tal fine un calendario sedute. Ha inoltre definito con votazione all'unanimità un elenco di persone da invitare in audizione nonché, con votazione a maggioranza, la documentazione da acquisire. In ordine alla documentazione la commissione ha anche stabilito, sempre con votazione a maggioranza, che dovesse riguardare un arco temporale compreso tra il 31 gennaio 2020, data in cui è stato dichiarato lo stato di emergenza a livello nazionale, e la fine della pandemia. In attesa del calendario dettagliato delle audizioni la commissione ha deciso di invitare intanto il 12 giugno 2020 Christoph Franceschini, capo redattore del quotidiano online "Salto.bz", nonchè Gunde Bauhofer, direttrice del Centro Tutela Consumatori Utenti, e di invitare invece per il giorno 26 giugno 2020 il presidente della Provincia Kompatscher e gli assessori Widmann, Schuler, Deeg e Vettorato per la Giunta provinciale.
Nella seduta del 12 giugno 2020 ha avuto luogo l'audizione di Christoph Franceschini, capo redattore del quotidiano online "Salto.bz". Gunde Bauhofer, direttrice del Centro Tutela Consumatori Utenti, ha invece declinato l'invito sostenendo di non avere informazioni utili per la commissione.
Nella seduta del 26 giugno 2020 la commissione ha preso atto dell'assenza all'audizione dei componenti della Giunta provinciale invitati e anche della mancata comunicazione dell'assenza, con l'eccezione dell'ass. Vettorato che aveva tempestivamente annunciato la sua disponibilità a presentarsi. La commissione ha quindi discusso la nota inviata dal presidente della Provincia Kompatscher, a cui era allegato un parere dell'Avvo¬catura provinciale, con cui si invitava la commis¬sione a valutare se fosse opportuno proseguire i propri lavori mentre sono in corso indagini da parte della Procura della Repubblica che coinvolgono anche alcuni funzionari provinciali e dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige invitati in audizione. Nella sua nota il presidente Kompatscher affrontava inoltre il tema dell'autorizzazione nei confronti dei funzionari invitati in audizione, chiarendo che questa può essere rilasciata, ma che spetta tuttavia ai funzionari decidere se presentarsi e rendere dichiarazioni. Al termine della discussione sono emerse due proposte: la proposta avanzata dal presidente Ploner e dalla minoranza, di proseguire i lavori della commissione d'inchiesta senza sentire, per il momento, i funzionari provinciali indagati e la proposta del cons. Lanz, presentata anche a nome della maggioranza, di sospendere i lavori della commissione fino alla conclusione delle indagini da parte della Procura. Nella successiva votazione la proposta del presidente Ploner e della minoranza è stata respinta, mediante il sistema del voto ponderato, con 15 voti favorevoli e 19 voti contrari, mentre la proposta del cons. Lanz e della maggioranza non ha potuto essere posta in votazione per mancanza del numero legale.
Nella seduta successiva del 10 luglio 2020 il presidente ha informato la commissione che in data 6 luglio si era svolto un incontro, alla presenza del presidente del Consiglio provinciale, Noggler, tra lo stesso presidente, il vicepresidente, cons. Lanz, e la segretaria, cons. Foppa, per discutere sulle future modalità di lavoro della commissione. L'in¬contro ha avuto come esito un accordo

scritto, ai sensi del quale nella seduta del 10 luglio 2020 non si sarebbero tenute audizioni e la proposta avanzata dal cons. Lanz nella seduta del 26 giugno 2020 sarebbe stata presentata in forma modificata. La commissione ha quindi discusso a lungo la nuova proposta del cons. Lanz approvandola all'unanimità dopo un approfondito dibattito. I punti salienti della proposta si possono riassumere nella revisione dell'elenco delle persone da sentire previa comunicazione della loro disponibilità di massima a intervenire in audizione, nell'incarico ad un gruppo di lavoro di stabilire un calendario delle audizioni secondo la metodologia dei blocchi tematici, nella valutazione in forma congiunta della documentazione più rilevante acquisita e nella conseguente predisposizione della cronologia, nell'inizio delle audizioni non più tardi del 21 agosto 2020 con possibilità per i componenti di collegarsi anche in videoconferenza, nella conclusione dei lavori della commissione entro l'anno 2020. Durante la stessa seduta la commissione ha approvato altresì all'unanimità la modifica dell'elenco delle persone da invitare in audizione e ha invece approvato a maggioranza la modifica dell'elenco della documentazione da acquisire.

In data 28 luglio 2020 si è riunito il gruppo di lavoro formato dal presidente, cons. Ploner, dal vicepresidente, cons. Lanz e dalla segretaria, cons. Foppa, per predisporre il calendario delle audizioni.

La commissione d'inchiesta si è successivamente riunita il 21 agosto e ha approvato a maggioranza il calendario sedute fino al mese di marzo 2021, un'integrazione dell'elenco delle persone da invitare in audizione nonché all'unanimità l'autorizza¬zione al presidente a modificare autonomamente il calendario delle audizioni al fine di una migliore programmazione dei lavori. Nel corso della stessa seduta la commissione ha poi sentito in audizione il dott. Gottfried Kühebacher, direttore medico dell'ospedale di San Candido, il dott. Andreas Tutzer, collaboratore medico del reparto di ortopedia dell'Ospedale di Bolzano, il dott. Alex Hofer, direttore del Servizio di anestesia e rianimazione del¬l'ospedale di San Candido, il dott. Michele Sommavilla, direttore medico dell'ospedale di Brunico, il dott. Patrick Franzoni, medico di emergenza della Centrale d'emergenza provinciale dell'Alto Adige e componente della Task Force Covid-19, il dott. Werner Calliari, collaboratore medico presso il Servizio di Urgenza ed Emergenza Medica, la dott.ssa Maria Elke Erne, primario del Reparto Malattie infettive dell'Ospedale di Bolzano nonché il dott. Pierpaolo Bertoli, direttore sanitario reggente dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige.

in data 31 agosto 2020 il cons. Josef Unterholzner si è dimesso dal gruppo consiliare Team K e ha costituito un nuovo gruppo consiliare denominato "ENZIAN". Il presidente del Consiglio provinciale ha quindi emanato il 1° settembre 2020 un nuovo decreto, il n. 128/20, al fine di adeguare la composizione della commissione d'inchiesta.

La commissione d'inchiesta si è riunita il 4 settembre per sentire il dott. Umberto Tait, direttore del Comprensorio sanitario di Bolzano, la dott.ssa Irene Pechlaner, direttrice del Comprensorio sanitario di Merano, il dott. Walter Amhof, direttore del Comprensorio sanitario di Brunico, il dott. Markus Markart, coordinatore sanitario del comprensorio sanitario di Bressanone nonché il dott. Roland Döcker, coordinatore sanitario del comprensorio sanitario di Bolzano.

In data 16 settembre 2020 il consigliere Gerhard Lanz ha comunicato le sue dimissioni dalla commissione di inchiesta e ha designato in sua sostituzione, per il gruppo consiliare SVP, il consigliere Franz Locher. Con il decreto n. 136/20 del 17 settembre 2020, il presidente del Consiglio provinciale ha quindi provveduto a modificare nuovamente la composizione della commissione.

Nella seduta del 25 settembre 2020, a causa delle dimissioni del cons. Lanz che ricopriva la carica di vicepresidente, la commissione ha dovuto procedere al rinnovo della carica rimasta vacante. Al termine della procedura è stato eletto nuovo vicepresidente della commissione d'inchiesta il cons. Franz Locher. Nella stessa seduta sono stati sentiti il sig. Heiner Oberrauch, presidente della Operalp SpA, il dott. Christoph Engl, amministratore delegato della Operalp SpA, il sig. Dietrich Gallmetzer, CEO della società Gerhò SpA e il dott. Michael Gamper, COO della società Gerhò SpA, il dott. Ing. Federico Giudiceandrea, presidente di Assoimprenditori Alto Adige nonché il sig. Martin Haller, presidente dell'APA.

Nella seduta del 16 ottobre 2020 la commissione d'inchiesta ha preso atto delle dimissioni del cons. Urzì da componente della commissione. Di seguito si sono svolte le audizioni del sig. Jörg-Timm Kilisch, direttore commerciale della DEKRA Testing and Certification S.r.l. (BRD), dell'Ing. Jörg Pircher, della prof.ssa Cornelia Lass-Flörl, direttrice dell'Istituto di igiene e microbiologia

dell'Uni¬versità di medicina di Innsbruck, del dott. Rudolf Pollinger, direttore dell'Agenzia per la Protezione civile nonché del dott. Klaus Unterweger, direttore del Dipartimento Agricoltura, Foreste, Turismo e Protezione civile. Al termine delle audizioni la commissione ha deciso con votazione all'una¬ni¬mità di chiedere nuovamente al prof. Wiedermann la sua disponibilità a partecipare ad un'audizione al fine di chiarire alcuni punti emersi nel corso dell'audizione della prof. Lass-Flörl.

A seguito delle dimissioni del cons. Urzì comunicate al presidente della commissione in data 15 ottobre 2020, il presidente del Consiglio provinciale ha emanato un nuovo decreto, il n. 152/20 del 19 ottobre 2020, al fine di adeguare la composizione della commissione d'inchiesta.

Nella successiva seduta del 23 ottobre 2020 sono stati sentiti il dott. Enrico Wegher, direttore amministrativo dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, la d.ssa Sophie Biamino, direttrice dell'Ufficio acquisti beni di consumo sanitari, il dott. Paolo Filippi, direttore dell'Ufficio acquisti beni di investimento, la d.ssa Elisabetta Dall'Aglio, direttrice sostituta della Ripartizione dirigenza amministrativa degli ospedali di Brunico e San Candido e l'Avv. dott. Marco Cappello, direttore della Ripartizione aziendale Legale e Affari Generali.

Nella seduta del 6 novembre 2020 sono stati sentiti il dott. Herbert Heidegger, coordinatore sanitario del comprensorio di Merano, il dott. Marco Pizzinini, coordinatore sanitario del comprensorio di Brunico, il dott. Reinhold Perkmann, presidente del sindacato ANPO, il dott. Edoardo Bonsante, segretario del sindacato ANAAO/Assomed della Provincia di Bolzano, il dott. Maximin Liebl, presidente dell'Ordine dei Farmacisti della Provincia di Bolzano, il dott. Gernot Walder, specialista in igiene e microbiologia medica, infettivologia e medicina tropicale e la dott.ssa Doris Gatterer, presidente della SAMG (Società altoatesina medicina generale) e componente della Task Force Covid 19.

La commissione d'inchiesta si è riunita il 19 novembre 2020 per sentire il dott. Ivano Simioni, presidente e rappresentante legale della federazione sindacale medica BSK-VSK/AAROI/SIVEMP, il sig. Massimo Ribetto, referente regionale del sindacato Nursing Up, il dott. Eugen Sleiter, presidente del¬l'Accademia Altoatesina di Medicina Generale, la dott.ssa Monica Oberrauch, presidente dell'Ordine dei medici chirurghi e degli odontoiatri, il dott. Michael Engl, direttore medico dell'Ospedale di Vipiteno e il dott. Marc Kaufmann, primario del Servizio di Urgenza ed Emergenza medica e responsabile della Task Force Covid-19.

Nella seduta del 23 novembre 2020 la commissione d'inchiesta ha avuto un incontro in videoconferenza con il Procuratore Capo presso il Tribunale di Bolzano, dott. Giancarlo Bramante e con il Sostituto procuratore, dott. Igor Secco, pubblico ministero competente per l'indagine penale sulle mascherine e sui dispositivi di protezione.

In data 4 dicembre 2020 la commissione d'in-chiesta si è riunita per sentire la dott.ssa Marianne Siller, direttrice tecnico-assistenziale dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, il dott. Konrad Tratter, ex dirigente tecnico-assistenziale coordinatore del Com¬prensorio sanitario di Bolzano, il dott. Frank Blumtritt, ex dirigente tecnico-assistenziale coordinatore del Comprensorio sanitario di Merano, il dott. Harald Frena dirigente tecnico-assistenziale dell'Ospedale di Vipiteno, i signori Andreas Dorigoni e Walter Oberkalmsteiner, dirigenti dell'ASGB-Servizio sanità nonché il signor Claudio Scrinzi, rappresentante sindacale di medici e infermieri SGB-CISL.

La commissione d'inchiesta si è riunita il 22 gennaio 2021 per sentire il dott. Günther Burger, direttore della Ripartizione Salute, Banda larga e Cooperative, il dott. Christian Kofler, direttore della Ripartizione aziendale Personale del Comprensorio sanitario di Merano, il dott. Luca Armanaschi, direttore della Ripartizione Assistenza ospedaliera dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, la signora Krimhilde Meraner, ex collaboratrice della segreteria della direzione generale dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige nonché il dott. Renato Martinolli, direttore della Ripartizione comprensoriale Acquisti e Servizi economali dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige.

Nella seduta del 29 gennaio 2021 la commissione ha sentito il dott. Thomas Mathà, Vice Segretario generale della Provincia e responsabile dell'Agen¬zia per i procedimenti e la vigilanza in materia di contratti pubblici di lavori, il dott. Eros Magnago, Segretario generale della Provincia nonché il dott. Florian Zerzer, direttore generale dell'Azienda sanitaria. Quest'ultimo ha comunicato alla commissione l'impossibilità di rendere le sue dichiarazioni in maniera completa, essendo ancora in corso la fase delle indagini penali da parte della Procura della Repubblica. La

commissione ha quindi deciso all'unanimità di rinviare al 26 marzo 2021 l'audizione del dott. Zerzer per la parte relativa alle domande dei componenti della commissione ed egli si è quindi limitato ad un resoconto di carattere generale del periodo successivo alla dichiarazione dello stato di emergenza in ordine alla situazione della pandemia in Alto Adige e, in particolare, con riferimento all'Azienda sanitaria dell'Alto Adige.

La commissione si è riunita nuovamente il 19 febbraio 2021 per sentire il presidente dell'Associazione delle residenze per anziani dell'Alto Adige, sig. Moritz Schwienbacher, la direttrice generale dell'Azienda Servizi sociali di Bolzano, dott.ssa Liliana Di Fede, il dott. Adolf Engl, medico di base e presidente dell'Accademia Altoatesina di Medicina Generale, la presidente dell'Associazione provinciale delle Professioni sociali, sig.ra Kathrin Huebser nonché la responsabile tecnico assistenziale del Centro residenziale di cura Media Pusteria, sig.ra Elisabeth Gruber.

Nella seduta del 26 febbraio 2021 la commissione ha sentito la presidente dell'Associazione Provinciale delle Professioni Sociali, dott.ssa Marta von Wohlgemuth, il primario del Reparto di Geriatria dell'Ospedale di Merano, dott. Christian Wenter, il direttore della Ripartizione Servizi alla Comunità Locale, dott. Matteo Faifer, il direttore dell'Associazione provinciale di soccorso Croce Bianca, dott. Ivo Bonamico, il Segretario Regionale della Croce Rossa Italiana, dott. Paolo Soave nonché il direttore della Ripartizione patrimoniale-tecnica del Comprensorio sanitario di Brunico, dott. Arnold Kaiser.

La riunione della commissione prevista per il giorno 26 marzo 2021 è stata disdetta in considerazione del fatto che le indagini preliminari da parte della Procura a carico del direttore generale dell'Azienda Sanitaria dell'Alto Adige, dott. Florian Zerzer, non risultavano ancora concluse e la sua audizione è stata posticipata al giorno 7 maggio 2021.

Nella successiva seduta del 9 aprile 2021 si è svolta l'audizione del presidente della Provincia Kompatscher e degli assessori Arnold Schuler, Waltraud Deeg, Giuliano Vettorato e Thomas Widmann. Al termine della seduta, alla luce del fatto che nel corso delle audizioni sono stati più volte menzionati la società Oberalp SpA nonché il suo presidente, la commissione ha stabilito all'unanimità di invitare nuovamente il Sig. Heiner Oberrauch in audizione.

Nella seduta del 7 maggio 2021, ultima seduta dedicata alle audizioni, sono stati nuovamente ascoltati il Sig. Heiner Oberrauch, presidente della società Oberalp SpA e il dott. Florian Zerzer, direttore generale dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige. Il presidente della commissione ha inoltre proposto a tutti i/le componenti della commissione di inchiesta di far pervenire entro il 19 maggio 2021 le rispettive valutazioni politiche da far confluire nella relazione finale della commissione. La proposta è stata approvata all'unanimità e, entro il termine stabilito, hanno depositato la propria presa di posizione i conss. Unterholzner, Foppa, Knoll e Nicolini.

Tutto ciò premesso, la commissione d'inchiesta constata quanto segue.

Approccio adottato dalla commissione d'inchiesta

La commissione d'inchiesta come organo politico

La commissione d'inchiesta è un organo politico istituito dal presidente del Consiglio provinciale su richiesta dei consiglieri e delle consigliere provinciali, il quale non ha il compito di esprimere una valutazione di tipo giudiziario. Il mandato politico si basa sull'articolo 25 e seguenti (commissioni legislative) del regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. La commissione d'in¬chiesta ritiene che il proprio compito sia quello di accertare i fatti tramite lo studio della documentazione e le audizioni di persone selezionate, per poi analizzare e valutare il tutto ai sensi del mandato ricevuto.

I lavori della commissione d'inchiesta

Oggetto principale dell'indagine

Ai sensi della richiesta dell'8 aprile 2020, l'oggetto della commissione d'inchiesta comprende l'intera tematica dell'acquisto e dell'impiego dei dispositivi di protezione e delle informazioni fornite su tali dispositivi ai collaboratori e alle collaboratrici dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige e delle residenze per anziani. La commissione d'inchiesta ha potuto consultare e valutare i documenti e gli atti contenuti nella documentazione messa a disposizione, anche se solo in parte, dai singoli servizi. Tra il 12 giugno 2020 e il 7 maggio 2021 la commissione ha sentito 79 persone informate sui fatti. Le audizioni sono state registrate e trascritte integralmente.

Il modus operandi della commissione d'inchiesta

Durante le prime sedute, il presidente assieme al vicepresidente, alla segretaria e ai/alle componenti della commissione, in collaborazione con l'ufficio legale del Consiglio provinciale, sono riusciti a calendarizzare le sedute e le audizioni in modo da consentire di procedere con i lavori in modo rapido e a intervalli regolari. Le audizioni, con l'eccezione di una sospensione durante il lockdown di marzo 2021, si sono svolte con cadenza bimensile.
Per quanto riguarda l'audizione delle persone e la stesura dei verbali di seduta è stato applicato quanto previsto dal regolamento interno per le normali sedute delle commissioni legislative. I lavori della commissione hanno carattere riservato.
La comunicazione verso l'esterno avviene sotto la responsabilità del presidente, del vicepresidente e della segretaria, con il coinvolgimento del servizio stampa del Consiglio provinciale.
Nella seduta del 28 maggio 2021, la presente relazione, parte tecnica, è stata approvata dalla commissione d'inchiesta, nell'ambito di una votazione per parti separate e con il sistema del voto ponderato, all'unanimità (presidente Ploner e conss. Knoll, Leiter Reber, Locher, Mattei, Nicolini, Repetto e Unterholzner).
La parte politica, presentata dal presidente, dott. Franz Ploner, è stata invece respinta, nella medesima seduta, nell'ambito di una votazione per parti separate e con il sistema del voto ponderato, con 11 voti favorevoli (presidente Ploner e conss. Knoll, Leiter Reber, Nicolini e Repetto), 18 voti contrari (conss. Locher e Mattei) e 1 astensione (cons. Unterholzner).

PRESIDENTE: La parola al vicepresidente della commissione d'inchiesta, consigliere Locher, per la lettura della parte politica della relazione finale della commissione d'inchiesta, prego.

LOCHER (SVP): Danke, Frau Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache jetzt weiter mit dem abschließenden Bericht der politischen Bewertung.

Situation im Frühjahr 2020
Ausgehend von China verbreitet sich im Winter und Frühjahr 2020 ein neuartiges Corona-Virus über den ganzen Globus. Da die Auswirkungen damals noch sehr schwer abzuschätzen waren, reagierten die europäischen Staaten eher zögerlich auf die neue Gefahr. Erst als Ende Februar in Italien die Infizierten-Zahlen stark anstiegen, wurden außerordentliche Maßnahmen ergriffen.
Situation im Frühjahr 2020 in Südtirol
Auch Südtirol wurde, wie weite Teile der Welt, von der Heftigkeit des Ausbruchs überrascht. Südtirol war nach der Lombardei eine der ersten und am stärksten betroffenen Regionen Italiens. Als am 24. Februar der erster Infizierten-Fall in Terlan registriert wurde, bestand in weiten Teilen der Bevölkerung noch die Hoffnung mit einem blauen Auge davon zu kommen. Doch es zeigte sich nach wenigen Tagen, dass dem nicht so sein würde. In der Tourismushochburg Gröden wurden ebenfalls Infizierte gemeldet. Die Südtiroler Landesregierung reagierte in Absprache mit den Tourismustreibenden umgehend und beendete am 9. März die Winter-saison. Im Unterschied zu Österreich, wo in Ischgl eine erster Corona-Hotspot entstand, der Auswirkungen auf die Verbreitung des Virus in ganz Europa haben sollte, wie sich später herausstellte. Bald schon traten die ersten Fälle in Altersheimen (Kastelruth und Eppan) auf und härtere Maßnahmen bis hin zum Lockdown mussten ergriffen werden. In den Krankenhäusern mussten ganze Abteilungen ausgeräumt und zu COVID-Stationen umfunktioniert werden. Zitat Tratter Konrad: "Einmal mussten wir um 10.00 Uhr abends die Augenabteilung ausleeren, weil im Zelt in der Ersten Hilfe bereits 20 Patienten waren, die so eng waren, dass wir nicht über die Nacht gekommen wären."
Notstand bei Schutzausrüstung
Durch die rasche Ausbreitung der Epidemie bis hin zur Pandemie entstand eine nie dagewesene weltweite sanitäre Notsituation. Es wurde vor allem Schutzmaterial in großen Mengen, aber auch zusätzliche Beatmungsgeräte und weiteres medizinisches Material benötigt, wie es noch nie der Fall war. Gleichzeitig reichten die globalen Produktionskapazitäten nicht aus, um diesen rasant steigenden Bedarf zu decken. Daher waren in jenen Tagen schnelle und mutige Entscheidungen der Verantwortlichen gefragt. Bereits vor dem ersten COVID-Fall in Südtirol haben die üblichen Zulieferer des Sanitätsbetriebes aufgrund von Produktions- und Materialengpässen in China bereits vergebene Aufträge annulliert oder nicht mehr die Mengen liefern können, die bis dahin

regelmäßig bestellt worden waren. Bereits im Jänner 2020 war frühzeitig eine Task-Force zur Koordinierung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus innerhalb des Sanitätsbetriebes gegründet worden. In den Sitzungen dieser Task-Force von Anfang März wurde bereits klar, dass zu wenig Schutzmaterial vorhanden war. Um den zusätzlichen Bedarf zu verdeutlichen, wurden in den Anhörungen eindrucksvolle Zahlen genannt: Der Normalbedarf des Südtiroler Sanitätsbetriebes betrug vor der Pandemie 1.700 Schutzmasken am Tag, der Verbrauch in der Pandemie 30.000. Noch rasanter stieg der Verbrauch an Schutzanzügen, von 800 am Tag auf 10.000! Versprochene Lieferungen durch den italienischen Zivilschutz trafen nicht ein, obwohl dieser gerade in einer Notsituation, wie in einer Pandemie für die Zurverfügungstellung und Lieferung von persönlicher Schutzausrüstung zuständig wäre. Ähnlich ist es vielen anderen Ländern und Regionen ergangen. Es kam zu panikartigen Maßnahmen: Deutschland verhängte am 4. März einen Ausfuhrstopp für Schutzmasken, Frankreich beschlag¬nahmte sämtliche Schutzmasken für den Eigengebrauch, ganze Lieferungen sind nie angekommen, wurden gestohlen oder, durch Zahlung höhere Beträge oder Barzahlungen von der Konkurrenz vor der Nase weggeschnappt. Ebenso wurde geliefertes Material als mangelhaft eingestuft und konnte nicht verwendet werden. Es herrschten Wild-West-Methoden am Weltmarkt.

Bestellung Schutzmaterial

In dieser akuten Notsituation loteten die Verantwortlichen jede nur erdenkliche Möglichkeit aus, um an das dringendst benötigte Schutzmaterial zu kommen. Unter anderem wurden am 10. März über den Unternehmerverband auch bei Unternehmern aus Südtirol angefragt, ob es ihnen möglich sei, an besagtes Schutzmaterial zu kommen oder es sogar selbst herstellen können. Am 11. März wurde eine solche Anfrage auch an des Unternehmen Oberalp gerichtet. Bereits am 12. März kam die Antwort: Oberalp teilte mit, dass es niemals die geforderte Anzahl an Schutzmaterial selbst produzieren könne, aber man in der Lage sei, eine Großlieferung aus China zu akzeptablen Preisen, in kürzester Zeit und ohne Vorauszahlung zu organisieren. Heiner Oberrauch dazu in der Anhörung: "Wenn um Hilfe gefragt wird, dann muss man es tun." Nachdem das Ok des nationalen Zivilschutzes da war, wurde dieses Angebot vom Sanitätsbetrieb gerne angenommen. Am 13. März erfolgte eine Bestellung über ca. 10 Millionen Euro. Den Transport von Xiamen in China nach Südtirol sollte der italienische Zivilschutz mit Flugzeugen der "aeronautica militare" organisieren, dem dies allerdings nicht gelang. Nur durch eine persönliche Intervention des Landeshauptmanns beim österreichischen Bundeskanzler glückte es einen Flug nach Wien zu organisieren. Dort kam das bestellte Material am 23. März an. Am 24. März war die Lieferung bereits in Bozen und wurde ab 26. März verteilt. Da dieser Auftrag erfolgreich umgesetzt werden konnte und weiterhin rasant steigender Bedarf an Ausrüstung bestand, wurde daraufhin gleich mit Oberalp über einen Folgeauftrag gesprochen. Das gelieferte Schutzmaterial hätte nur für ca. einen Monat ausgereicht.

Weiterer Bedarf an medizinischem Material

Laufend wurde der Bestand und der Bedarf an medizinischem Gerät und Schutzmaterial erhoben und monitoriert. Dabei ging es nicht nur um Schutzausrüstung, sondern auch andere medizinische Gerätschaften, wie z.B. Beatmungsgeräte, die ebenfalls dringend benötigt wurden. Aufgrund der positiven Erfahrungen erfolgte eine weitere Anfrage bei Oberalp. Oberalp hatte allerdings nur die Möglichkeit größere Mengen von der bereits gelieferten Schutzausrüstung, aber keine anderen medizinischen Produkte über dessen Partner in China zu organisieren. Nachdem dies geklärt worden war, kam es zu einer dementsprechenden Angebotsanfrage von SABES an Oberalp. Diese erfolgte via Mail am 2. April und zwar von Verwaltungsdirektor Enrico Wegher an Christoph Engl mit einer Auflistung der benötigten Schutzausrüstung. Da die Pandemie sich immer weiter und schneller ausbreitete, war die Hoffnung groß, dass man über die Firma Oberalp einen Kanal gefunden hatte, durch den man schnell an die dringend benötigten Materialien kommen könnte. Oberalp schickte eine Vertragsentwurf an SABES, der am 7. April zur Überprüfung an die zuständigen Mitarbeiter weitergeleitet wurde. Der Vertragsentwurf wurde allerdings nie finalisiert, es gab keinen entsprechenden Beschluss und daher auch keinen Auftrag. Am 7. April ist das negative Gutachten der Dokumentenprüfung von der INAIL eingegangen. Dies hatte zur Folge, dass die Einsetzbarkeit, der von Oberalp bereits gelieferten Ausrüstung in Frage gestellt

war und somit der Vertrag nicht formalisiert werden konnte. Die Korrespondenz zwischen SABES und Oberalp zu diesem Angebot endet am 7. April.
Unter dem herrschenden Zeitdruck und der panikartigen Situation am Weltmarkt, allerdings ohne schriftliche Beauftragung, hatte Oberalp weitere Schutzausrüstung im Wert von ca. 25 Millionen Euro bereits geordert. An eine Ausschreibung der Aufträge war unter den herrschenden Umständen nicht zu denken. Durch einen Beschluss des Ministerrates vom 31. Jänner 2020 war die Ausschreibungspflicht aufgrund der Dringlichkeit aufgehoben worden.
Qualitätskontrolle
Am 13. März 2020 setzte die EU-Kommission aufgrund der weltweiten Notsituation die CE-Zertifizierungspflicht für das Schutzmaterial (Empfehlung vom 13. März 2020/403) aus. Diese Maßnahme wurde getroffen, damit dringend benötigte Schutz¬ausrüstung und Geräte für medizinisches Personal auf dem europäischen Markt schneller bereitgestellt werden konnten. Unter anderem sehen diese Empfehlungen der EU zu den Konformitäts- und Marktüberwachungsverfahren im Kontext der COVID-19-Bedrohung vor, dass Schutzausrüstung und Medizinprodukte ohne CE-Kennzeichnung ebenfalls bewertet und in einen von den zustän¬digen Behörden der Mitgliedsstaaten organisierten Beschaffungsvorgang einbezogen werden können. Allerdings nur sofern sichergestellt ist, dass diese Produkte nur medizinischen Fachkräften und nur für die Dauer der derzeitigen Gesundheitsbedrohung zur Verfügung stehen und dass sie nicht in die normalen Vertriebskanäle gelangen und anderen Verwendern zugänglich gemacht werden. Die von Oberalp gelieferten Produkte verfügten zwar über keine CE-Zertifizierung, waren aber von autorisierten Testlabors in China mit Bezug auf in China geltende Standards zertifiziert. Fakt ist, dass diese Masken die international anerkannte Zertifizierung KN95 (vergleichbar dem FFP2-Standard) tragen und damals auch keine anderen Produkte zur Verfügung standen.
Die Kontrolle dieser Zertifizierungen oblag dabei den einzelnen Mitgliedsstaaten. Als einziger Mitgliedstaat beschloss Italien, trotz dieser Ausnahmeregelung der EU das Fürsorgeinstitut INAIL mit dieser Dokumentenprüfung zu beauftragen. Allerdings war auch das Fürsorgeinstitut mit der Situation überfordert und schaffte es nicht zeitnah für diese notwendigen Gutachten zu sorgen. Nachdem die Oberalp-Lieferung mit allen Schwierigkeiten und Gefahren am 24. März endlich in Bozen angekommen war und am 26. März die erste Anfrage "richiesta autorizzazione" an das INAIL geschickt worden war, ließ sich das INAIL mehr als zehn Tage Zeit und beanstandete die chinesische Übersetzung. Diese wurde so schnell wie möglich nachgereicht. Wieder verstrichen wertvolle Tage. Schlussendlich wurde dann die Anerkennung verweigert, weil die Dokumentation nicht vollständig gewesen sei. Es muss noch einmal betont werden, dass das INAIL eine Dokumentenprüfung und keine Materialprüfung vorgenommen hat und innerhalb von drei Tagen auf die Anfrage antworten hätte müssen. Dabei gilt zu beachten, dass die eine Million chirurgischen Masken, die auch Teil der Lieferung waren, nicht geprüft und auch nicht beanstandet wurden, da diese nicht als Persönliche Schutzausrüstung (PSA) gelten. Sie durften aber in der COVID-Krise gemäß Dekret "Cura Italia" vom 17 März 2020 als solche verwendet werden. Erst am 18. April kam die endgültige negative Antwort der INAIL trotz der zusätzlich weitergeleiteten Dokumente. Am 3. August 2020 gab es die Freigabe der aseptischen Schutzanzüge durch die INAIL.
In der Zwischenzeit waren von Dritten bereits Proben der Oberalp-Lieferung an zwei Prüfinstitute (Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik, DEKRA) zur Materialprüfung geschickt worden. Am Sonntag, 29. März 2020, wurde nun der teilweise negative Prüfbericht vom Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik an Oberalp und anschließend von Oberalp zur Kenntnis an den Sanitätsbetrieb weitergeleitet.
Interne Kommunikation
Gleich am Montag, 30. März fand eine Besprechung zu diesem Thema im Sanitätsbetrieb statt. Am Dienstag, 31. März erfolgte die schriftliche Mitteilung an alle Krankenhäuser, ein Rundmail der Direktion an alle Mitarbeiter zur Verwendung der Schutzausrüstung nur unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen. Eine weitere Rundmail der Generaldirektion an die Mitarbeiter erfolgte am 6. April 2020 mit dem Hinweis auf eine korrekte Verwendung der Materialien sowie eine Empfehlung diese nicht im Hochsicherheitstrakt zu verwenden. "Also die Schutzanzüge haben der Gruppe sehr gut gefallen. Sie haben die Anzüge fast eine viertel Stunde unter das Wasser gehalten und diese haben Stand gehalten. Bei den Masken ist es schwierig. Wir sind keine Exper-

ten. Da kann ich nicht sagen, ist es ein gutes Material oder nicht", beschreibt Frau Dr. Irene Pechlaner die Situation im Gesundheitsbezirk Meran. Je nach Möglichkeit und Bedarf wurde diese Situation in den verschiedenen Gesundheitsbezirken anders gehandhabt, einige setzten die Ausrüstung nur mehr in weniger gefährdeten Bereichen ein, andere gar nicht mehr. Nach der zweiten negativen Antwort durch das INAIL am 18. April (siehe vorhergehenden Absatz) wurde am 19. April in einer weiteren Rundmail die Anweisung gegeben, kein Schutzmaterial der Oberalp-Lieferung mehr zu verteilen.

Schlussfolgerungen

Der Südtiroler Sanitätsbetrieb (SABES) wurde, wie die meisten Gesundheitsbetriebe weltweit auch, von der Heftigkeit und rasanten Ausbreitung der Pandemie überrascht. Die wurden und werden bis heute auf eine harte Probe gestellt, waren überfordert und wurden teilweise auch an den Rand des Kollapses gebracht. Südtirol war nach Wuhan und der Lombardei eine der ersten von der Pandemie stark betroffenen Regionen weltweit. Die Tragweite dieser Gefahr war damals noch nicht absehbar. Überall fehlten, vor allem am Anfang, Schutzkleidung und geeignete medizinische Ausrüstung. Am Weltmarkt für diese Produkte herrschte die absolute Ausnahmesituation. Es kam zu besorgniserregenden, bis panikartigen Zuständen am Markt. Durch diese Ausnahmesituation gab es naturgemäß Unregelmäßigkeiten bei Bestellungen und bei Lieferungen der weltweit begehrten Ware, besonders bei den Schutzmasken. In der Folge wurden im Laufe des Pandemie-Jahres in vielen Ländern sogenannten "Maskenaffären" bekannt, so unter anderem auch in Deutschland und Österreich sowie beim italienischen Zivilschutz. Es hat in Südtirol aber keine nachweisbaren Ansteckungen durch die beanstandete Schutzausrüstung gegeben. Laut ISS (Istituto Superiore della Sanità) und WHO (Weltgesundheitsorganisation) bieten außerhalb der Risikobereiche chirurgische Masken ausreichend Schutz. "Ich möchte nochmals betonen, es weiß keiner, ob die Masken gegen Covid schützen. Das muss jedem ganz klar sein. In zwei Jahren wissen wir das, aber 2020 und 2021 wissen wir das noch nicht. ... Grundsätzlich ist jede Maske besser als keine. Das glaube ich ist unbestreitbar", Jörg-Timm Kilisch (Geschäftsführer der DEKRA-Testing and Certification GmBH).

Im weltweiten Vergleich und unter den gegebenen Umständen hat der Südtiroler Sanitätsbetrieb diese absolute Ausnahmesituation gut gemeistert, obwohl der nationale Zivilschutz seinen Aufgaben u.a. der Lieferung von Schutzmaterial nicht gerecht werden konnte. Auch wenn verständlicherweise nicht alles glatt und ohne Fehler abgelaufen ist. Angesichts der langsamen Reaktion auf die beginnende Pandemie in anderen Ländern, wie z.B. den USA und Brasilien, mit gravierenden Folgen bis heute, und dem teilweisen Zusammenbruch des Gesundheitssystems in ähnlich stark betroffenen Regionen, muss dem Sanitätsbetrieb ein positives Zeugnis ausgestellt werden.

Solche außergewöhnlichen Krisensituationen offenbaren immer Mängel und Unzulänglichkeiten in Systemen und Abläufen, aus denen man für die Zukunft lernen kann und muss. Und diese gab es, wie die Anhörungen bestätigen, auch im Südtiroler Sanitätsbetrieb. Es gilt nun aus den Erfahrungen des letzten Jahres zu lernen.

So müssen die Pandemiepläne dringend aktualisiert und angepasst werden, um in Zukunft für ähnliche Katastrophenereignisse besser gewappnet zu sein.

Die Anhörungen haben auch gezeigt, dass die interne Kommunikation in Krisensituationen verbessert werden kann und muss.

Großes Bedauern herrschte in der Untersuchungskommission bezüglich der zweiten Bestellung von Schutzausrüstung durch das Unternehmen Oberalp. Die durch das negative Gutachten der INAIL, zu der in der ersten Lieferung enthaltenen Ware, blockierte Formalisierung und die geleistete Vorauszahlung, bringen das Unternehmen in ernsthafte Schwierigkeiten. Hier können bedauerlicherweise nur die Gerichte Klarheit schaffen. Dem Unternehmen gebührt großer Dank, Respekt und Anerkennung für den Einsatz, welcher allen Südtirolerinnen und Südtiroler zugutegekommen ist.

Abschließend muss festgehalten werden, dass trotz aller Schwierigkeiten anerkannt werden muss, dass das Land Südtirol und der Südtiroler Sanitätsbetrieb in dieser Zeit des extremen Notstandes selbst aktiv geworden sind, um Schutzmaterial zu besorgen. Am Beispiel von anderen

Regionen Italiens kann man sehen, was passiert wäre ohne diese rasche und unbürokratische Eigeninitiative.

La situazione nella primavera del 2020

Nell'inverno e nella primavera 2020, a partire dalla Cina si è diffuso in tutto il mondo un nuovo coronavirus. Poiché all'epoca era ancora molto difficile valutarne gli effetti, i paesi europei hanno reagito in maniera piuttosto esitante di fronte al nuovo pericolo. Soltanto quando alla fine di febbraio il numero di persone contagiate in Italia è aumentato drasticamente sono state adottate misure straordinarie.

La situazione in Alto Adige nella primavera del 2020

Anche l'Alto Adige, come gran parte del mondo, è stato travolto dall'epidemia. Dopo la Lombardia, la nostra provincia è stato uno dei territori italiani a essere colpito per primo e in misura maggiore. Quando il 24 febbraio a Terlano si è registrato il primo contagio, gran parte della popolazione sperava ancora di uscirne non troppo male, ma dopo qualche giorno si è visto che non sarebbe stato così. Sono state segnalate persone contagiate anche nella roccaforte turistica della Val Gardena. Di concerto con gli operatori turistici, la Giunta provinciale ha reagito immediatamente, e il 9 marzo ha dichiarato chiusa la stagione invernale, a differenza dell'Austria, dove a Ischgl si è sviluppato un primo focolaio del virus che, come si è constatato in seguito, avrebbe avuto ripercussioni sulla diffusione del virus in tutta Europa. Presto sono comparsi i primi casi nelle residenze per anziani (Castelrotto e Appiano) e si sono dovute adottare misure più severe fino ad arrivare al lockdown. Negli ospedali si sono dovuti sgombrare interi reparti per convertirli in aree Covid. Citazione di Konrad Tratter: "Una volta abbiamo dovuto svuotare il reparto di oculistica alle dieci di sera, perché nella tenda del pronto soccorso c'erano già 20 pazienti talmente addossati che quella notte avrebbe potuto avere gravi conseguenze".

Emergenza dispositivi di protezione

La rapida evoluzione dell'epidemia in una pandemia ha dato origine a un'emergenza sanitaria globale senza precedenti. Servivano soprattutto dispositivi di protezione in grandi quantità, ma anche respiratori supplementari così come altro materiale medico, in una misura mai vista prima. Al contempo la capacità produttiva globale non era sufficiente a soddisfare questa crescente domanda. Già prima del primo caso di Covid in Alto Adige, gli abituali fornitori dell'Azienda sanitaria avevano annullato gli ordini già effettuati a causa di problemi con la produzione e i materiali in Cina, oppure non erano più in grado di fornire le quantità fino ad allora regolarmente ordinate. Già all'inizio del gennaio 2020 era stata costituita una task force per coordinare le misure relative al coronavirus all'interno dell'Azienda sanitaria. Nelle riunioni di questa task force dell'inizio di marzo è diventato subito chiaro che era disponibile troppo poco materiale protettivo. Per evidenziare il fabbisogno aggiuntivo, nelle audizioni sono state fornite cifre impressionanti: il normale fabbisogno dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige prima della pandemia era di 1.700 mascherine protettive al giorno, mentre durante la pandemia se ne utilizzavano 30.000. L'uso di tute protettive è aumentato ancora di più, da 800 al giorno a 10.000! Non arrivavano le forniture promesse dalla Protezione civile italiana, anche se in una situazione di emergenza come una pandemia sarebbe competenza di quest'ultima fornire e consegnare i dispositivi di protezione individuale. Molti altri Paesi e regioni hanno vissuto una situazione simile. Sono state adottate misure dettate dal panico: il 4 marzo la Germania ha decretato il divieto di esportazione di mascherine protettive, la Francia ha confiscato tutte le mascherine protettive per coprire il proprio fabbisogno, e intere forniture non sono mai arrivate a destinazione, sono state rubate o portate via dai concorrenti a costi più alti o grazie al pagamento in contanti. Inoltre, il materiale fornito è stato giudicato difettoso e non poteva essere impiegato. Sul mercato mondiale prevalevano metodi da Far West.

Ordinativo dei dispositivi di protezione

In questa situazione di emergenza acuta, i responsabili hanno esplorato tutte le vie possibili per ottenere i dispositivi di protezione urgentemente necessari. Tra l'altro, il 10 marzo, tramite Assoimprenditori, è stato chiesto anche alle aziende altoatesine se riuscissero a ottenere i dispositivi di protezione o addirittura a produrli loro stessi. L'11 marzo questa richiesta è stata inviata anche alla ditta Oberalp e già il 12 marzo è arrivata la risposta: la Oberalp ha comunicato che non sarebbe mai stata in grado di produrre da sola le quantità di materiale di protezione richiesto, ma

che avrebbe potuto organizzare un'ingente fornitura dalla Cina a prezzi accettabili, in breve tempo e senza pagamento anticipato. In merito, Heiner Oberrauch nella sua audizione ha detto: "Se viene chiesto aiuto, bisogna darlo". Una volta arrivato il nullaosta della Protezione civile nazionale, l'Azienda sanitaria ha accettato di buon grado l'offerta. Il 13 marzo è stato effettuato un ordine per circa 10 milioni di euro. Il trasporto da Xiamen in Cina all'Alto Adige doveva essere organizzato dalla Protezione civile italiana con aerei dell'aeronautica militare, l'operazione però non è riuscita. Solo dopo l'intervento personale del presidente della Provincia presso il cancelliere austriaco è stato possibile organizzare un volo per Vienna. Il materiale ordinato vi è giunto il 23 marzo. Il 24 marzo la fornitura era già arrivata a Bolzano ed è stata distribuita dal 26 marzo. Poiché questa operazione era andata a buon fine e la necessità di dispositivi di protezione continuava a crescere rapidamente, si è immediatamente discusso con la Oberalp di un ulteriore ordine. I materiali di protezione già forniti sarebbero bastati solo per circa un mese.

Ulteriore fabbisogno di materiale medico

Le scorte e il fabbisogno di attrezzature mediche e materiale di protezione sono stati rilevati e monitorati costantemente. Non si trattava solo dei dispositivi di protezione, ma anche di altre attrezzature mediche, ad esempio i respiratori, anch'esse urgentemente necessarie. Sulla base dell'esperienza positiva è stata fatta un'altra richiesta alla Oberalp. Tuttavia, la Oberalp tramite il suo partner in Cina era in grado di organizzare solo la fornitura di grandi quantità di dispositivi di protezione come quelli già arrivati, ma non di altri prodotti medici. Chiarito questo, l'Asdaa ha inviato alla Oberalp la relativa richiesta di offerta, la quale è stata inviata il 2 aprile per e-mail dal direttore amministrativo Enrico Wegher a Christoph Engl insieme a un elenco dei dispositivi di protezione di cui si aveva bisogno. Poiché la pandemia si diffondeva sempre più rapidamente, si sperava di aver trovato tramite la Oberalp un canale per ottenere rapidamente i materiali urgentemente necessari. La Oberalp ha inviato all'Azienda sanitaria una bozza di contratto che il 7 aprile è stata trasmessa per la revisione ai collaboratori di competenza. Tuttavia, la bozza di contratto non è mai stata finalizzata, non c'è stata alcuna delibera in tal senso e quindi nessun incarico. Il 7 aprile è pervenuto dall'INAIL il parere negativo espresso dopo l'esame della documentazione. Ciò ha messo in discussione la possibilità di utilizzare i dispositivi già forniti dalla Oberalp e quindi non è stato possibile formalizzare il contratto. La corrispondenza tra l'Azienda sanitaria e la Oberalp su questa offerta si è conclusa il 7 aprile.

Dati i tempi strettissimi e la situazione di panico sul mercato mondiale, pur senza un ordine scritto, la Oberalp aveva già provveduto a ordinare altri dispositivi di protezione per un valore di circa 25 milioni di euro. Nelle circostanze di allora non era pensabile effettuare un bando di gara per affidare l'ordine. Con una delibera del Consiglio dei Ministri del 31 gennaio 2020 l'obbligo di indire una gara era stato sospeso per motivi di urgenza.

Controllo di qualità

Il 13 marzo 2020, la Commissione europea, in considerazione della situazione di emergenza a livello mondiale, ha sospeso l'obbligo di certificazione CE per il materiale di protezione (raccomandazione del 13 marzo 2020/403). Questa misura è stata presa per accelerare la fornitura dal mercato europeo di attrezzature e dispositivi di protezione individuale urgentemente necessari per il personale medico. Tra l'altro, queste raccomandazioni dell'UE sulle procedure di valutazione della conformità e di vigilanza del mercato nel contesto della minaccia rappresentata dalla COVID-19 prevedono che anche i DPI e i dispositivi medici senza marchio CE pos¬sano essere valutati e inclusi nelle procedure di acquisto organizzate dalle autorità competenti degli Stati membri. Ciò, tuttavia, a condizione che sia garantito che tali prodotti siano resi disponibili unicamente agli operatori sanitari per la durata dell'attuale crisi sanitaria e che non siano introdotti nei circuiti di distribuzione regolari e messi a disposizione di altri utilizzatori. Sebbene i prodotti forniti dalla Oberalp non fossero provvisti di certificazione CE, sono stati certificati da laboratori di prova autorizzati in Cina con riferimento agli standard ivi vigenti. È un fatto che queste mascherine sono provviste della certificazione KN95, riconosciuta a livello internazionale (paragonabile allo standard FFP2) e che all'epoca non erano disponibili altri prodotti.

Il controllo di queste certificazioni spettava ai singoli Stati membri. L'Italia è stato l'unico Stato membro a decidere di affidare all'INAIL questo controllo della documentazione, nonostante la deroga dell'UE. Tuttavia, anche l'Istituto nazionale per l'assicurazione contro gli infortuni sul la-

voro è rimasto sopraffatto dalla situazione e non è riuscito a fornire tempestivamente le perizie necessarie. Dopo che la fornitura Oberalp, nonostante tutte le difficoltà e i rischi, era finalmente arrivata a Bolzano il 24 marzo e la prima "richiesta di autorizzazione" era stata inviata all'INAIL il 26 marzo, l'INAIL ha impiegato più di dieci giorni per rispondere, contestando la mancanza della traduzione dal cinese. Tale traduzione è stata inviata il più presto possibile. Di nuovo sono passati giorni preziosi. Alla fine, il riconoscimento è stato negato adducendo a motivo che la documentazione non era completa. Ancora una volta bisogna sottolineare che l'INAIL ha svolto un esame della documentazione e non un'analisi dei materiali, e che peraltro avrebbe dovuto rispondere alla richiesta entro tre giorni. Va inoltre notato che il milione di mascherine chirurgiche, anch'esse facenti parte della fornitura, non sono state testate né sono state oggetto di contestazioni, poiché non sono considerate dispositivi di protezione individuale (DPI). Tuttavia, nel contesto dell'emergenza Covid ne è stato consentito l'utilizzo come tali ai sensi del decreto "Cura Italia" del 17 marzo 2020. Solo il 18 aprile è arrivata la risposta definitiva dell'INAIL, di tenore negativo nonostante l'ulteriore documentazione fornita. Il 3 agosto 2020 l'INAIL ha autorizzato l'utilizzo delle tute protettive sterili.

Nel frattempo, alcuni campioni della fornitura Oberalp erano già stati inviati da terzi a due istituti di certificazione (Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik, DEKRA) per le prove sui materiali. Domenica 29 marzo 2020, l'Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik ha fatto pervenire la sua perizia, parzialmente negativa, alla ditta Oberalp, che di seguito l'ha inoltrata per conoscenza all'Azienda sanitaria.

Comunicazione interna

Il giorno successivo, lunedì 30 marzo, si è svolto un incontro presso l'Azienda sanitaria per discutere della questione. Martedì 31 marzo è seguita la comunicazione scritta a tutti gli ospedali sotto forma di circolare inviata via e-mail dalla direzione a tutti i dipendenti per esortarli ad adottare particolari precauzioni per l'utilizzo dei dispositivi di protezione individuale. Un'ulteriore circolare è stata inviata via e-mail al personale dalla direzione generale il 6 aprile 2020, avvisando che i materiali dovevano essere utilizzati correttamente e raccomandando di non farne uso nell'area di massima sicurezza. "Il nostro gruppo ha molto apprezzato le tute protettive. Le hanno tenute per quasi un quarto d'ora sotto un getto d'acqua e hanno potuto constatare che erano impermeabili. Per quanto riguarda le mascherine, la cosa è più complicata. Noi non siamo degli esperti in materia. Non sono in grado di giudicare se si tratta di materiale di qualità o meno", ha dichiarato la dottoressa Irene Pechlaner, descrivendo la situazione nel distretto sanitario di Merano. A seconda delle possibilità e delle esigenze, la situazione è stata gestita in modo diverso nei vari distretti sanitari: alcuni utilizzavano i dispositivi solo nelle aree meno a rischio, mentre altri non li usavano affatto. Dopo la seconda risposta negativa da parte dell'INAIL del 18 aprile (vedi il paragrafo precedente), in un'altra circolare via mail del 19 aprile sono state date istruzioni di non distribuire più il materiale protettivo fornito dalla ditta Oberalp.

Conclusioni

Come la maggior parte delle strutture mediche di tutto il mondo, anche l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige è stata colta di sorpresa dalla gravità e dalla rapida diffusione della pandemia. Il sistema sanitario è stato ed è tuttora messo a dura prova, è stato sopraffatto dalla situazione ed è in parte giunto sull'orlo del collasso. Dopo Wuhan e la Lombardia, la provincia di Bolzano è stata una delle prime zone al mondo ad essere gravemente colpita dalla pandemia. La portata di questo pericolo non era ancora prevedibile all'epoca. Ovunque, soprattutto nella fase iniziale, mancavano indumenti protettivi e attrezzature mediche adeguate. La domanda di questi prodotti ha raggiunto livelli senza precedenti a livello globale. Sul mercato ci sono state reazioni allarmate e persino di panico. Questa situazione eccezionale ha naturalmente causato irregolarità negli ordini e nelle forniture della merce e in particolare delle mascherine protettive, data la grande richiesta a livello mondiale. Di conseguenza, nell'anno della pandemia sono venuti a galla, in molti Paesi, i cosiddetti "scandali mascherine", ad esempio in Germania e Austria, ma anche in Italia con il coinvolgimento della Protezione civile. Tuttavia, in provincia di Bolzano non ci sono stati casi dimostrati di contagio attribuibili all'uso dei dispositivi di protezione contestati. Secondo l'ISS (Istituto Superiore di Sanità) e l'OMS (Organizzazione Mondiale della Sanità), al di fuori delle aree a rischio le mascherine chirurgiche forniscono una protezione sufficiente. "Voglio ribadire che nessuno sa

per certo se le mascherine proteggano dal Covid. Questo dev'essere molto chiaro a tutti. Lo sapremo tra due anni, ma non nel 2020 nemmeno nel 2021. ... In linea di principio, qualsiasi mascherina è meglio della totale assenza di protezione. Ritengo che questo sia un fatto incontestabile." (Jörg-Timm Kilisch, amministratore delegato della DEKRA-Testing and Certification GmbH).
Rispetto al resto del mondo e date le circostanze, l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige ha affrontato bene questa situazione del tutto eccezionale, sebbene la Protezione civile nazionale non sia stata in grado di adempiere ai suoi compiti, tra cui quello di fornire il materiale di protezione. Come si può facilmente comprendere, non tutto è andato liscio e ci sono stati errori. A fronte del ritardo con cui si è reagito all'insorgere della pandemia in altri Paesi, come gli Stati Uniti e il Brasile, con gravi conseguenze che perdurano fino ad oggi, e del parziale collasso del sistema sanitario in regioni altrettanto gravemente colpite, il giudizio sull'operato dell'Azienda sanitaria non può che essere positivo.
Tali situazioni eccezionali di crisi rivelano sempre carenze e inadeguatezze nei sistemi e nei processi da cui si possono e si devono trarre insegnamenti per il futuro. E tali carenze e inadeguatezze non sono mancate nemmeno presso l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, come hanno confermato le audizioni. Ora è importante imparare dall'esperienza dell'anno passato.
Quindi i piani pandemici vanno urgentemente aggiornati e adattati per essere meglio preparati a simili calamità in futuro.
Le audizioni hanno anche evidenziato che la comunicazione interna in situazioni di crisi può e deve essere migliorata.
C'è stato grande rammarico in seno alla commissione d'inchiesta per quanto verificatosi in relazione al secondo ordine di dispositivi di protezione da parte della ditta Oberalp. Il blocco della stipula del contratto, imposto dal parere negativo dell'INAIL in merito alla merce oggetto della prima fornitura, e l'anticipo versato dalla Oberalp hanno messo l'azienda in serie difficoltà. Purtroppo, solo i tribunali potranno fare chiarezza su questa vicenda. L'azienda merita grande gratitudine, rispetto e riconoscimento per il suo impegno, di cui ha beneficiato tutta la popolazione della nostra provincia.
Per concludere, nonostante tutte le difficoltà, bisogna riconoscere che la Provincia autonoma di Bolzano e la stessa Azienda sanitaria si sono attivate per reperire il materiale di protezione in un momento di estrema emergenza. L'esempio di altre regioni italiane mostra cosa sarebbe potuto accadere se non si fosse agito di propria iniziativa, in modo rapido e senza intoppi burocratici.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Ich ersuche nun den Abgeordneten Ploner Franz um Verlesung des Minderheitenberichtes.

PLONER Franz (Team K): Herr Präsident, sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Kommissionsmitglieder der Minderheiten möchte ich euch den Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses vorstellen.

In der Sitzung vom 28. Mai 2021 wurde der Abschlussbericht des Präsidenten von der Mehrheit (Abg. Franz Locher, Abg. Rita Mattei) mit 18 Gegenstimmen, 1 Enthaltung (Abg. Josef Unterholzner) und 11 Ja-Stimmen (Abg. Sven Knoll, Abg. Andreas Leiter Reber, Abg. Diego Nicolini, Abg. Franz Ploner, Abg. Sandro Repetto) abgelehnt. Die Abg. Brigitte Foppa, die an der gesamten Sitzung online teilnahm, konnte wegen gestörter Online-Verbindung an der Abstimmung nicht teilnehmen. Daher konnten wir Sie leider auch nicht mitzählen.
Der technische Teil des Abschlussberichtes, verfasst durch das Rechtsamt des Landtages und der den ersten Teil des Abschlussberichtes des Präsidenten des Untersuchungsausschusses umfasst, wurde einstimmig von allen Mitgliedern am 28. Mai 2021 genehmigt.
In der Folge wird dieser Bericht als Minderheitenbericht von den unterzeichnenden Abgeordneten vorgelegt, die alle an der Erstellung des Berichtes mit Beiträgen mitgearbeitet haben.

1. EINLEITUNG

1.1. Anlass zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses (UA)

Mit Schreiben vom 8. April 2020 haben die Landtagsabgeordneten Sven Knoll, Myriam Atz Tammerle, Paul Köllensperger, Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder, Alex Ploner, Josef Unterholzner, Peter Faistnauer, Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba, Hanspeter Staffler, Andreas Leiter Reber, Ulli Mair, Diego Nicolini, Sandro Repetto und Alessandro Urzì die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Sinne des Artikels 25 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages beantragt, um den Ankauf und die Verwendung der Schutzmasken und der Schutzausrüstung im Rahmen der Covid-19 Pandemie zu prüfen.

Der Untersuchungsausschuss wurde laut Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages mit Dekret Nr. 78/20 vom 28. April 2020 durch den Landtagspräsidenten Josef Noggler eingesetzt und besteht aus den folgenden Mitgliedern, wobei jede Landtagsfraktion mit einem Abgeordneten vertreten ist.

1. 2. Landtagsabgeordnete

Brigitte Foppa (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda), Sven Knoll (SÜD-TIROLER FREIHEIT), Paul Köllensperger (Team K), Gerhard Lanz (SVP), Andreas Leiter Reber (Die Freiheitlichen), Rita Mattei (Lega Salvini Alto Adige Südtirol), Diego Nicolini (Movimento 5 Stelle – 5 Sterne Bewegung – Moviment 5 Steiles), Sandro Repetto (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten), Alessandro Urzì (damals L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia, nun Fratelli d'Italia) und Carlo Vettori (damals Alto Adige Autonomia, nun Forza Italia Alto Adige Südtirol) zusammengesetzt ist.

Gegenstand des Untersuchungsausschusses umfasst primär entsprechend dem Dekret des Landtagspräsidenten die Thematik der Schutzmas¬ken des Südtiroler Sanitätsbetriebes im Zeitraum der Corona-Pandemie.

Am 5. Mai 2020 fand die erste Sitzung des Ausschusses statt, im Laufe derer der Abg. Paul Köllensperger seinen Rücktritt als Mitglied des Ausschusses bekannt gab. Noch am selben Tag informierte der Abg. Paul Köllensperger den Präsidenten des Südtiroler Landtages schriftlich über seinen Rücktritt und bestellte den Abg. Franz Ploner zum neuen Vertreter seiner Fraktion.

Infolgedessen änderte der Präsident des Südtiroler Landtages das von ihm signierte Dekret Nr. 78/20 teilweise ab und erließ das Folgedekret Nr. 82/20 vom 7. Mai 2020. Darin wurde der Abg. Franz Ploner in Vertretung der Landtagsfraktion Team K zum Mitglied des Untersuchungsausschusses ernannt.

Am 15. Mai 2020 fand die konstituierende Sitzung des Ausschusses statt, in deren Rahmen der Abg. Franz Ploner zum Vorsitzenden, der Abg. Gerhard Lanz zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Abg. Brigitte Foppa zur Schriftführerin gewählt wurden.

In der darauffolgenden Sitzung, am 22. Mai 2020, wurden die Leitlinien diskutiert, die der Vorsitzende vorbereitet hatte. Am Ende der Debatte legte der Ausschuss einstimmig den Titel der Leitlinien und des Untersuchungsgegenstandes fest.

Titel des Untersuchungsgegenstandes

"Prüfung, Analyse und politische Bewertung des Ankaufs und der Verwendung von Schutzausrüstungen im Rahmen der COVID-19 Pandemie"

2. DIE HERANGEHENSWEISE DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES

2.1. Der Untersuchungsausschuss als politisches Gremium

*Der Untersuchungsausschuss ist ein vom Landtagspräsidenten auf Antrag von gewählten Landtagsmandataren*innen eingesetztes politisches Gremium, das keine Funktion einer gerichtlichen Bewertung innehat. Das politische Mandat richtet sich nach der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages im Sinne der Art. 25 und folgenden (Gesetzgebungsausschüsse). Der Untersuchungsausschuss sieht die Aufgabe darin, Fakten durch Studium der Dokumente und durch Anhörungen von ausgewählten Personen zu erheben, diese im Sinne des Auftrags zu analysieren und zu bewerten. Er hat sich in seinen Anhörungen mit den Fragen auseinandergesetzt, ob es bei der Bestellung und der Verwendung der fehlerhaften Schutzausrüstung aus China zu Fehlentscheidungen im Südtiroler Gesundheitswesen gekommen war, ob die Mitarbeiter*innen ausreichend über die mangelhafte Ausrüstung informiert wurden und ob es zu einer fahrlässigen Gefährdung der Gesundheit von Mitarbeiter*innen und "Patienten*innen" gekommen war.*

3. DIE ARBEIT DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES

3.1. Hauptgegenstand der Befragung

*Der Gegenstand des Untersuchungsausschusses umfasst den gesamten Bereich des Einkaufs, der Verwendung und des Informationsflusses mit den Mitarbeiter*innen im Südtiroler Sanitätsbetrieb und in den Alten- und Seniorenheimen betreffend die Schutzausrüstung (PSA) gemäß Antrag vom 8. April 2020. Der Untersuchungsausschuss konnte die von den einzelnen Dienststellen teilweise zur Verfügung gestellten Unterlagen, Dokumente und Akten konsultieren und bewerten. Die Kommission hat in der Zeit vom 12. Juni 2020 bis 7. Mai 2021 insgesamt 17 Anhörungssitzungen abgehalten und 79 Auskunftspersonen angehört. Die Anhörungen wurden mittels Tonträger aufgezeichnet und als Transkripte verschriftlicht.*

3.2. Die Arbeitsweise des Untersuchungsausschusses

In den ersten Sitzungen wurde durch den Vorsitzenden gemeinsam mit seinem Stellvertreter, der Schriftführerin und den Kommissionsmitgliedern in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt des Landtages die Sitzungen und die Zusammensetzung der anzuhörenden Personen so terminiert, dass ein zügiges und regelmäßiges Arbeiten möglich wurde. Die Anhörungen wurden bis auf eine Unterbrechung durch den Lockdown im März 2021 in zweiwöchigen Abständen einberufen.

Für die Anhörung der Personen und die Protokollierung der Gesprächsprotokolle gilt die Geschäftsordnung der ordentlichen Gesetzgebungsausschüsse des Landtages. Die Arbeiten der Sitzungen sind vertraulich.

Die Kommunikation nach außen verantwortet der Vorsitzende gemeinsam mit dem Vizepräsidenten und der Schriftführerin unter Einbindung des Presseamtes des Landtages.

3.3. Die Zielsetzung des Untersuchungsausschusses

*Der Untersuchungsausschuss des Landtages hat sich in seinen Anhörungen mit der Frage auseinandergesetzt, ob es bei der Bestellung und der Verwendung der vermeintlich fehlerhaften Schutzausrüstung aus China zu Fehlentscheidungen im Südtiroler Gesundheitsbetrieb gekommen war, ob die Mitarbeiter*innen des Gesundheits- und Sozialwesens ausreichend über die teils mangelhafte Ausrüstung informiert wurden und ob es zu einer Gesundheitsgefährdung derselben gekommen war.*

Der Untersuchungsausschuss war immer bestrebt, möglichst lückenlos und sachlich die Umstände aufzuklären, die bei der Beschaffung von Schutzmaterialien für den Südtiroler Sanitätsbetrieb und die Pflege- und Seniorenheime eine Rolle gespielt haben.

Das Ziel der Arbeit war, sich auf Basis der vorhandenen Dokumente und der Befragungen ein ausschließlich faktenbezogenes Bild über alle eingebundenen und betroffenen Akteure zu machen, bei gleichzeitiger Einordnung in die internationale Ausnahmesituation, die seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie nicht nur in Südtirol geherrscht hatte.

Die Analyse erfolgte anhand der Chronologie der Ereignisse zur Pandemie in und außerhalb Südtirols. Anhand der Chronologie konnte festgestellt werden, ob ausreichend Vorkehrungen von Seiten der öffentlichen Hand und der Behörden zur Verhinderung eventueller Versäumnisse in der Beschaffung von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) vorgenommen wurden.

Die Untersuchungen versuchten zu ergründen, ob mögliche Versäumnisse im Vorfeld der Zuspitzung der Beschaffungslage infolge der Pandemie SARS-CoV-2 zu verzeichnen waren bzw. ob auch ein verzögertes oder nicht gesetzeskonformes Agieren einzelner Akteure festgestellt werden konnte.

Der vorliegende Untersuchungsbericht stützt sich zum überwiegenden Teil auf der Rekonstruktion der Ereignisse auf der Grundlage der zahlreichen Anhörungen und zu einem geringeren Teil auf das Studium der zur Verfügung gestellten Dokumente, die selbst nach mehrfacher Aufforderung dem Untersuchungsausschuss nur lückenhaft übermittelt wurden. Als Begründung der Nichtaushändigung vieler Dokumente wurde das laufende Untersuchungsverfahren bei der Gerichtsbehörde angegeben.

Es ist einschränkend festzuhalten, dass auf Grund der zwischenzeitlich eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen manche Auskunftspersonen teilweise auf Anraten ihrer rechtlichen Beistände nicht erschienen sind bzw. keine Dokumente übermittelten.

Der Untersuchungsausschuss war stets bemüht, seinen Auftrag innerhalb seines gesetzlichen Rahmens zu erfüllen. Daher erfolgt die Bewertung der getroffenen Entscheidungen der

Führungspersonen im Südtiroler Sanitätsbetrieb und in den Alten- und Seniorenheimen, in der Südtiroler Landesverwaltung und der Südtiroler Landesregierung unter rein sachlichen und politischen Gesichtspunkten.
Ungeachtet dessen muss die politische Bewertung zwangsläufig auch unter dem Gesichtspunkt der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Covid-19 Notstandsituationen, die auf EU-, Staats- und Landesebene erlassen wurden und vor allem durch die Ausrufung des staatsweiten Notstandes und infolge des Erlasses der Notstandverordnung vom 31. Jänner 2020 auf Staatsebene ihren rechtlichen Rahmen erhalten hatten, erfolgen (Beschluss des Ministerrates vom 31. Jänner 2020 und Dekret Cura Italia vom 17. März 2020).
Am 5. März 2020 ruft das Robert Koch Institut (RKI) eine Reisewarnung für Südtirol auf der Basis der hohen SARS-CoV-2 Infektionszahlen aus. Am 9. März 2020 wird Italien unter den Lockdown gestellt. Zeitgleich erklärt die Landesregierung zusammen mit dem Hotel- und Gastwirte-Verband und den Betreibern der Seilbahnanlagen die Wintersaison für beendet.
4. ECKDATEN
4.1. Der Einkauf der persönlichen Schutzausrüstung durch die Firma Oberalp AG und die Prüfberichte
*Im März 2020 wurde das Gesundheitswesen in Südtirol wie viele andere Gesundheitswesen weltweit von einer nicht vorhersehbaren Katastrophe überrollt. Dies führte wegen der rasanten Ausbreitung der SARS-CoV-2 Infektion unweigerlich zu chaotischen Zuständen, da nicht ausreichend Schutzausrüstung zur Verfügung stand. Die damalige Situation wurde von den befragten Ärzten*innen als "kriegsähnlicher Zustand" beschrieben. Das stimmt zweifelsfrei, wenngleich wir in den Anhörungen mehrfach zu hören bekamen, dass es Vorwarnungen gab, wonach sehr frühzeitig auf zu erwartende Engpässe hingewiesen wurde, und zudem mehrfach nachgefragt wurde, ob Schutzausrüstung gesichert sei und in ausreichender Menge zur Verfügung stehe. Im Rahmen dieser Katastrophe trat schnell der Mangel an Schutzausrüstung zutage, und dieser Mangel wird als große Notlage beschrieben.*
*Der Einkauf der Schutzmaterialien für das Personal in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeeinrichtungen gestaltete sich wegen der Knappheit auf dem Weltmarkt sehr schwierig. Der drohende Mangel an Schutzausrüstungen war dem Zivilschutz bedingt durch die Informationen durch das tägliche Briefing über den staatlichen Zivilschutz bekannt. Ab dem 31. Jänner 2020 hätte der italienische Zivilschutz den Auftrag gehabt, Schutzausrüstung in ausreichender Menge anzulegen und den lokalen Zivilschutzzentren zur Verfügung zu stellen. Ähnliche Informationen erhielt die Geschäftsführung des Südtiroler Sanitätsbetrieb aus den Abteilungen für Einkäufe, denen es zunehmend schwerer fiel, das nötige Schutzmaterial auf dem staatlichen Markt und den ihnen bekannten Zulieferer zu erhalten. In dieser Situation griff man vermittelt durch den Südtiroler Unternehmerverband (UVS) auf Bekanntschaften im Unternehmersektor zurück (Firma Oberalp AG: Oberrauch, Engl). Die Firma Oberalp AG, die auf Grund ihrer internationalen Geschäftstätigkeiten gute Geschäftsbeziehungen nach China pflegte, war in kürzester Zeit imstande, Schutzausrüstungen zu organisieren. In diesem Zusammenhang muss festgehalten werden, dass auch in der ersten (1.) Pandemiewelle laut den Aussagen einiger Abteilungsleiter*innen der Einkaufsämter der Gesundheitsbezirke durch ihren persönlichen Einsatz keine unbeherrschbare Gefahr eines drohenden Mangels an Schutzmaterialen (PSA) zu erwarten war.*
Durch die Hilfestellung des Unternehmerverbandes Südtirols (UVS), die durch die Intervention des Landeshauptmannes und des Landesrates für Gesundheit in der ersten Märzhälfte 2020 zustande kam - Telefonat des Landesrates für Gesundheit am 11. März 2020 mit dem Präsidenten des UVS -, gelingt es dem Land Südtirol über die Firma Oberalp AG die benötigte Schutzausrüstung (1 Million chirurgische Masken, 250.000 FFP2/KN95 und 250.000 FFP3/KP95 Masken, 400.000 Schutzanzüge bzw. 30.000 Schutzanzüge für aseptischen Gebrauch) als persönliche Schutzausrüstung (PSA) auf dem Weltmarkt (China) einzukaufen. Diese Bedarfsliste wurde am 11. März 2020 durch den Covid-19 Task Force Leiter Dr. Kaufmann an Herrn Engl – CEO Oberalp AG übermittelt. Die entsprechende Auftragsbestätigung an die Firma Oberalp AG erfolgte am 13. März 2020 um 23.43 Uhr durch die Generaldirektion des Südtiroler Gesundheitsbetriebes, nachdem kurz vorher (13. März 2020 um 22.57 Uhr) das angeforderte Angebot an die Firma Oberalp AG an den Landeshauptmann, die zuständigen Landesräte und die Generaldirektion vom CEO

der Firmengruppe Oberalp unterbreitet wurde. Hier erhebt sich die Frage, warum gerade ein Textilunternehmen für den Ankauf von medizinischen Schutzmaterialien zum Zuge kam, welches keine unmittelbare Beziehung zu medizinischen Produkten und medizinischen Heilbehelfen im eigenen Firmenportfolio hat. War nur der drohende PSA-Notstand der alleinige entscheidende Grund für die Auftragserteilung oder bestand ein Naheverhältnis, damit ein Unternehmer rein auf Vertrauensbasis ohne offiziell abgeschlossene Verträge in finanzielle Vorschussleistung ging? Umso mehr wird dies untermauert, wenn aus den Anhörungen der Befragten folgende Befürchtung hervorgeht: "Überwältigt von zahlreichen Hilfsangeboten war es unmöglich, diejenigen, die von einem Geist der Menschlichkeit und Solidarität beseelt waren, von denen zu unterscheiden, die nur von der Aussicht auf einen großen und sofortigen Gewinn getrieben waren".

Der Einkauf der Schutzmaterialien erfolgte über den chinesischen Geschäftspartner der Firma Oberalp AG auf dem chinesischen Markt. Um den Einkaufsprozess zu beschleunigen, ging die Firma Oberalp nach mündlicher Rücksprache mit der Politik – Anruf des Firmenchefs Herrn Oberrauch bei Landeshauptmann am Sonntag, dem 15. März 2020 Abend, bei der die finanzielle Absicherung der Vorauskasse der Firma Oberalp AG gegenüber dem chinesischen Partner besprochen wurden -, in einem nicht unerheblichen Ausmaß in finanzielle Vorschussleistung. All diesen Prozessen gingen seit dem 8. März 2020 ein reger E-Mail-Verkehr und zahlreiche Anrufe zwischen den politischen Verantwortlichen, der Firma Oberalp AG und dem Südtiroler Sanitätsbetrieb voraus. Der Südtiroler Zivilschutz wurde dabei völlig außen vor gelassen, obwohl der Zivilschutz während eines "Katastrophenzustandes" eine weit freiere Hand für die finanzielle Abwicklung gehabt hätte.

Von der Generaldirektion des Südtiroler Sanitätsbetriebes wurde dann am 17.3.2020 der Beschluss, Prot.2020-A-000172 zur Lieferung von verschiedenen Schutzmaterialien (PSA) an den Sanitätsbetrieb zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie durch die Firma Oberalp AG gefasst. Am selben Tag wurde der Entwurf des Vertragsabschlusses an die Firma Oberalp AG (Prot. 0037456-BZ REG01 17/3/2020) übermittelt, in welchem die Stückzahlen mit Preisangabe und die Lieferbedingungen aufgelistet sind. Entsprechend dieses Vertragsentwurfes sind die Transport- und evtl. Zollkosten in den angeführten Preisen enthalten. Die Lieferung muss innerhalb der 13.Kalenderwoche 2020 erfolgen. Die gelieferte Ware muss in Menge und Qualität der jeweiligen Bestellung entsprechen. Dieser Vertragsentwurf wurde am 18. März 2020 vom Amt für den Ankauf sanitärer Verbrauchsgüter an die Firma Oberalp AG verschickt. Der von beiden Seiten (SABES und Oberalp AG) unterzeichnete Vertrag mit evtl. vorhandenen Vertragsänderungen, welcher am 18. März 2020 um 17.46 Uhr an das Amt für Ankauf sanitärer Verbrauchgüter und die Verwaltungsdirektion des Südtiroler Sanitätsbetriebes zurückgesandt wurde, wurde dem Untersuchungsausschuss (UA) vom Südtiroler Sanitätsbetrieb nicht übermittelt. Es ist nicht bekannt, ob es einen solchen unterschriebenen Vertrag gibt.

Die erste Lieferung der Schutzmaterialien (PSA) konnte mit Hilfe der Republik Österreich unter Vermittlung des österreichischen Bundeskanzleramtes und des österreichischen Verteidigungsministeriums aus China am 23. März 2020 mit Hilfe der AUA-Fluggesellschaft nach Österreich – Flughafen Wien-Schwechat eingeflogen werden und wurde dann auf dem Landweg am 24. März 2020 nach Südtirol gebracht; die Übergabe der Schutzmaterialien (PSA) an den Südtiroler Sanitätsbetrieb erfolgte medienwirksam am 25. März 2020. Ein Teil der Schutzmaterialien war für das Österreichische Rote Kreuz bestimmt, das eine lokale Sichtkontrolle der gelieferten Ware vornahm. Bereits bei der Sichtkontrolle wurde das Rote Kreuz "stutzig". Deshalb ließ das österreichische Wirtschaftsministerium eine Qualitätskontrolle der Ware durchführen (Amt für Rüstung und Wehrtechnik in Wien; Eingang des Untersuchungsmaterial am 28.3.2020; Freigabe des Prüfberichtes am 29.3.2020 und Dekra in Essen/Stuttgart; Eingang der Prüfmuster am 23.3.2020; Freigabe des Prüfberichtes am 27.3.2020). Die Prüfverfahren der Materialien (KN95; FFP1-FFP3) erfolgten entsprechend den Empfehlungen (EU) 2020/403 der Kommission vom 13. März 2020 über Konformitätsbewertungs- und Marktüberwachungsverfahren im Kontext der Covid-19-Bedrohung. Als Prüfnorm wurde die NORM EN 149:2009 angewandt.

Allerdings stellte sich relativ rasch bedingt durch die Untersuchungsberichte der Qualitätsprüfstellen heraus, dass diese Schutzausrüstungen (PSA) nicht die Sicherheitsvoraussetzungen für die reguläre Verwendung für das Sanitätspersonal in den Covid-19 Stationen der Krankenhäuser

und Sozialstrukturen mitbringen. Selbst mehrere Gutachten (DEKRA – Prüfbericht vom 27.3.2020, ARWT – Prüfbericht 29.3.2020, INAIL – Auftragsdatum der SABES vom 26.3.2020 und erster Validierungsbericht durch das INAIL am 1.4.2020, gefolgt von einem zweiten am 5.4.2020) erlaubten es nicht, die Ware für die Verwendung als Standardausrüstung für das exponierte Personal als unbedenklich zu erklären. Selbst der Geschäftsführer der Dekra hat im Untersuchungsausschuss berichtet, dass keine der geprüften Masken den Anforderungen entsprochen haben. Der wichtigste Parameter bei der Prüfung der Masken sei die Durchlässigkeit von flüssigen und festen Stoffen; im Falle der Masken der Oberalp AG – Lieferung wurde eine Durchlässigkeit zwischen 74 Prozent und 76 Prozent festgestellt, was der Geschäftsführer der Dekra folgendermaßen kommentierte: "jedes Taschentuch sei besser…" und weiter "Die Masken sind top unsicher für diese Anwendung".

Laut zweitem Dekra - Prüfbericht vom 29.5.2020 (Auftraggeber Südtiroler Sanitätsbetrieb) entsprechen die Atemschutzmasken ebenfalls nicht den SARS-CoV-2-Prüfanforderungen. Die eingereichten Masken zeigten in einer Packung gleicher Charge eine Sortenunreinheit, was auf eine Vermischung der Masken hinwies, so die Aussagen des Geschäftsführers der Dekra. Zusammenfassend sagte er: "Gleiche Verpackung – und ich kann das beschwören – unterschiedliche Masken, und zwar nicht vom Typ her, sondern von der Fertigung".

Der dritte Dekra - Prüfbericht vom 30.6.2020 ergibt wieder ein negatives Gutachten zu den Atemschutzmasken der von der Firma Oberalp AG importierten.

*Damit steht außer Zweifel, dass die Verwendung der Masken der Oberalp-Lieferung keinen ausreichenden Schutz für die Mitarbeiter*innen und Patienten*innen gewähren.*

*Wahrscheinlich hat die Sanitätsspitze bei Bekanntwerden der negativen Gutachten sich den Grundsatz zu eigen gemacht "Nur keine Panik" auszulösen, um Verunsicherung bei den Mitarbeitern*innen zu vermeiden. Man hat sich also entschieden, die vermeintliche Wahrheit und die gewonnenen Erkenntnisse zu verschweigen. Die häufenden Bedenken und Nachfragen wiegelte die Generaldirektion damit ab, dass die Passform der Masken schlecht sei. Diese defensive Haltung manifestiert sich in den immer wieder getätigten Aussagen "Hätten wir Müllsäcke verteilen sollen?" (ein gemeinsames Wording innerhalb der Spitze der Sanität). Eine derartige Haltung kann nachvollziehbar sein. Tatsache ist, dass kein einziger der Verantwortlichen je eine solche Überlegung zugegeben hat. Vielmehr blieb man dabei: Hätten wir Müllsäcke verteilen sollen? Und: Es war eine große Not.*

*In dieser Phase war das Verhalten der Geschäftsführung des Südtiroler Sanitätsbetriebes im höchsten Maße verantwortungslos und grob fahrlässig. Die Führung des Sanitätsbetriebes hat die Informationspflicht gegenüber den Mitarbeitern*innen, diese auf die teils fehlerhafte Schutzausrüstung unmittelbar nach Bekanntwerden der Prüfberichte aufmerksam zu machen und sie unmissverständlich die gesundheitlichen Gefahren hinzuweisen.*

4.2. Die versäumte Information des Personals durch die Sanitätsspitze über die Problematik der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) und die Gefahren für das Personal

Nachdem die negativen Prüfberichte (DEKRA und Amt für Rüstung und Wehrtechnik – ARWT) am Nachmittag des 29. März 2020 um 15:26 Uhr in der Generaldirektion des Sanitätsbetriebes (weitergeleitet von Christoph Engl – CEO Oberalp AG) eingetroffen waren und erste Informationen durch mediale Enthüllungen über das eingetroffene E-Mail, welches mit den Prüfberichten an einige Verantwortliche des Sanitätsbetriebes und ärztliche Direktoren in den Krankenhäuser weitergeleitet wurde, durchgesickert war, entstand das große Dilemma, dass die gelieferte Schutzausrüstung nicht mehr unbedenklich in den Krankenhäusern und Alten- und Seniorenheimen entsprechend den gesetzlichen Sicherheitsvorkehrungen ausgegeben werden dürfe.

Die eingelangte Information des E-Mails ist über die Einzelinitiative einer Angestellten nach entsprechender Rücksprache mit dem Verwaltungsdirektor des Sanitätsbetriebes Dr. Wegher an den Sanitätsdirektor, die Pflegedirektorin des Betriebes, den Leiter der Task Force Dr. Kaufmann und die ärztlichen Leiter der Krankenhäuser weitergeleitet worden. Es kam um 17:19 Uhr ein Anruf von Dr. Siller, Pflegedirektorin des Betriebes, dass allen mitzuteilen sei, diese Nachricht absolut vertraulich zu behandeln. Um 18:13 Uhr rief der Generaldirektor selbst an und monierte, dass dieses E-Mail mit dem Prüfbericht nicht hätte weitergeleitet werden dürfen, schon gar nicht in seinem Namen. Am selben Abend wurde noch eine Videokonferenz als Krisensitzung der

*gesamten Geschäftsführung des Betriebes, an der auch Prof. Dr. Wiedermann, der medizinische Geschäftsführer der Tirol Kliniken – Innsbruck, der Landesrat und der Ressortdirektor zugeschalten waren, einberufen. Um 21:16 Uhr zweiter Anruf des Generaldirektors, um zu erfahren, wer aller den Bericht erhalten habe, mit gleichzeitiger Aufforderung das E-Mail auszudrucken und anschließend zu löschen. Es wurde versucht, diese weitergeleiteten Informationen über die Generaldirektion rückgängig zu machen bzw. zu verschleiern. Den Adressaten*innen wurde das Gebot der Vertraulichkeit auferlegt. "Ein guter Geist hat dieses Mail geschickt", so die Aussage eines der angehörten Mediziner.*

*Die Chronologie dieser Ereignisse zeigt, dass die Führung des Sanitätsbetriebes in dieser Situation fahrlässig gehandelt hat, indem sie die Ergebnisse der Prüfberichte den Mitarbeitern*innen zu verheimlichen suchte. Dies wurde im Untersuchungsausschuss auch durch die Zeugenaussagen ärztlicher Leiter bestätigt, die sich der "Aufforderung zu Vertraulichkeit" aus Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Mitarbeiter*innen widersetzten und diese über die fehlerhafte Schutzausrüstung informierten sowie die Ausgabe der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) im Krankenhaus einfach eigenmächtig stoppten. Selbst der Verantwortliche im Sanitätsbetrieb für die Ausgabe der Schutzausrüstung hat gesagt, nicht über die negativen Prüfberichte informiert worden zu sein. Bedenken seinerseits wurden einfach ignoriert und entsprechende E-Mail-Anfragen an die Generaldirektion zuletzt nicht einmal mehr beantwortet.*

*Man muss sagen, dass der Informationsfluss aus der Generaldirektion des Südtiroler Sanitätsbetriebes über die Einsatzfähigkeit der gelieferten Schutzmaterialien der Oberalp AG spärlich floss und nicht in dem Ausmaß, um die Anwender*innen zu beruhigen. Die Informationen zu den vorhandenen Gutachten wurden nicht in einer transparenten Form an die Entscheidungsträger in den einzelnen Strukturen so weitergeleitet, um beruhigend zu wirken. Vor allem die Bezirksdirektoren*innen erfuhren anfänglich nur über die Veröffentlichung in den Medien bzw. von den ärztlichen Direktoren*innen über den Inhalt der vorhandenen Gutachten und über die Zuständigkeiten der zu treffenden Entscheidungen. Selbst den Mitgliedern der Covid-19-Task-Force wurden die negativen Prüfberichte vorenthalten.*

*In dieser Krisensituation mangelte es an einer einheitlichen und transparenten Vorgangsweise und an einer offenen Kommunikation. Besonders spärlich war anfänglich die Information zum Gebrauch der gelieferten Ware der Firma Oberalp AG an die Mitarbeiter*innen in den Alten- und Pflegeheimen. Klare Hinweise und schriftliche Empfehlungen zum Gebrauch der persönlichen Schutzausrüstung (PSA), die aus verschiedenen Produktionschargen mit unterschiedlicher Qualität stammten, erhielten sie erst am 19. April 2020 (Rundschreiben im Altenheim Bruneck).*

*Ungeachtet dessen wurden die Mitteilungen seitens der Betriebsdirektion laut den Ausführungen mehrerer Befragten dahingehend interpretiert, dass die persönliche Schutzausrüstung (PSA) aus der Bestellung der Firma Oberalp AG je nach Einsatzort in den Krankenhäusern mit Vorsicht und Achtsamkeit verwendet werden könne. In diesem Zusammenhang wurden von den Verantwortlichen der einzelnen Gesundheitsbezirke berichtet, dass teilweise wegen der bekannten negativen Gutachten, die medial veröffentlicht wurden, und der eigenen persönlichen Prüfung durch die Mitarbei¬ter*innen nur wenig persönliche Schutzausrüstung (PSA) der Fima Oberalp auf den COVID-19-Normalstationen bzw. auf den Intensivstationen zur Anwendung kamen. Die Verwendung des gelieferten Oberalp-PSA-Materials erfolgte in den einzelnen Gesundheitsbezirken in unterschiedlichem Ausmaß. Laut Aussagen einiger Personen wurden in mehreren Krankenhäusern und Bezirken kaum Schutzmaterialien der Firma Oberalp AG letztendlich verwendet.*

*Einige verantwortliche Personen haben bemängelt, dass der offizielle Informationsfluss zwischen der Führungsspitze des Sanitätsbetriebes und den eigenen Mitarbeitern*innen teilweise nur indirekt über die Medien erfolgte und bei ihnen zeitlich verzögert ankam. Dabei fehlte eine klare Instruktion vor Ort zur Handhabung der einzelnen PSA-Ausrüstung der Oberalp-AG-Lieferung. Erst am 31. März 2020 wurde von Seiten der Sanitätsdirektion und der Pflegedirektion ein Rundschreiben zur Handhabe der KN95-Masken an die Sanitäts- und Pflegekoordinatoren*innen und ärztlichen Leiter/Pflegedienstleiter der Krankenhäuser verschickt; in diesem wird auf die Handhabe der PSA der Oberalp-AG-Lieferung eingegangen. Vor allem die Mitarbeiter*innen der Alten- und Pflegeheime bemängelten, dass sie relativ spät offiziell über die technischen Mängel der gelieferten PSA informiert wurden. Erst mit der E-Mail vom 19. April 2020 kam die klare Anweisung*

an die Alten- und Pflegeheime, die Schutzausrüstung der Firma Oberalp AG nicht mehr zu verwenden. Dieser Anweisung ist das INAIL-Bewertungs- und Validierungsschreiben vom 18.4.2020 vorausgegangen, in welchem folgender Vermerk unterzeichnet vom Generaldirektor des INAIL steht: "Der Zentraldirektor des INAIL erklärt, in Übereinstimmung mit den im Covid-19-Notstand geltenden Normen und nach Kenntnisnahme des Antrags vom Südtiroler Sanitätsbetrieb und des Ergebnisses der durchgeführten Bewertungen, dass die betreffenden PSA nicht den geltenden Normen entsprechen und es verboten ist, diese zu verwenden."

Vor allem zu Beginn der Krise herrschte entsprechend den Ausführungen mehrerer Personen Unsicherheit, wer für die Belieferung der Schutzausrüstung (PSA) an die niedergelassenen Ärzte, die Alten- und Pflegeheime zuständig sei. So war man anfänglich der Auffassung, dass der Zivilschutz für die PSA-Ausstattung der Alten- und Pflegeheime verantwortlich sei und die niedergelassenen Basismediziner sich selbst zu versorgen haben. Der Sanitätsbetrieb sah sich anfänglich für die Belieferung der Alten- und Pflegeheime und der Basismediziner nicht verantwortlich. Das muss rückblickend als großer Fehler betrachtet werden. Gerade die Alten- und Pflegeheime wurden zu Beginn der Corona-Pandemie von den Verantwortlichen vergessen. Sie entwickelten sich zu den Hotspots der Südtiroler Coronakrise mit folgeschweren Nebenwirkungen für die Heimbewohner, Angestellten und letztendlich für die Krankenhäuser. Letztendlich wurde nach zeitlicher Verzögerung entschieden, dass der Sanitätsbetrieb auch für diese Bereiche die Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung (PSA) zu übernehmen habe, da nun ausreichend Schutzmaterial durch den Einkauf über die Firma Oberalp AG zur Verfügung stand und der staatliche Zivilschutz nicht die gewünschte Menge liefern konnte.

*Nach dem Eintreffen der negativen Gutachten und deren Veröffentlichungen stellten sich bei den Verantwortlichen in den Krankenhäusern und den Alten- und Pflegeheimen sowie bei den Ärzten für Allgemeinmedizin die Fragen der arbeitsrechtlichen Auswirkungen durch den Gebrauch der nicht offiziell zugelassenen persönlichen Schutzausrüstung (PSA) und der daraus sich ergebenden Gefahren einer allfälligen Infektion für die Mitarbeiter*innen. Laut Rechtsprechung obliegt es dem Arbeitgeber, für die Arbeitssicherheit der Mitarbeiter*Innen zu sorgen. Diese Überlegung wurde vom Rechtsamt des Sanitätsbetriebes bestätigt. Falls diese aus offensichtlichen Gründen (z. B. eine Pandemie?) nicht gewährleistet werden kann und der/die Angestellte einem besonderen Risiko ausgesetzt ist, so muss der Arbeitgeber jedenfalls die Angestellten über die mögliche Gefahr umgehend in Kenntnis setzen – damit sie darauf, wie auch immer, reagieren können. Genau das wurde nicht in ausreichender Form gemacht bzw. versäumt. Die Aussagen des Landesrates: "Aber der Schutz war gegeben und dies beweisen auch die Infektionszahlen" (Anhörung vom 9.4.2021) ist das zynische Gegenbeispiel zu einer verantwortungsvollen und transparenten Haltung, die gerade in schweren Zeiten besonders gefordert wäre.*

*Die verantwortlichen Krankenhausleiter*innen und Leiter*innen in den Alten- und Pflegeheimen erhofften sich gerade wegen der arbeitsrechtlichen Fragestellungen klare Anweisungen von der Führungsebene des Sanitätsbetriebes und dem Verband der Seniorenwohnheime zum Gebrauch der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) der Ober-alp-AG-Lieferungen aus China.*

Selbst die Betriebsabteilung für Recht und allgemeine Angelegenheiten hat nach Bekanntwerden der negativen Prüfberichte dem Generaldirektor dringend geraten, die Schutzausrüstung nicht mehr zu verwenden. Bedauerlicherweise wurde diese Empfehlung anfänglich von der Generaldirektion ignoriert; erst nach dem 18.4.2020 als das INAIL erneut einen negativen Bescheid zum Gebrauch der persönlichen Schutzausrüstung gab, wurde dieser Empfehlung Folge geleistet. Dadurch ist wertvolle Zeit verloren gegangen.

4.3. Die Bestimmung des Einkäufers der persönlichen Schutzausrüstung (PSA)

*Durch die sich anbahnende Pandemiekrise standen zweifelsfrei die politischen Verantwortungsträger und zuständigen Behörden und Verwalter*innen unter enormem Zeitdruck und waren zu raschem Handeln verpflichtet. Die Frage der Verbindlichkeiten der primären E-Mail-Aufträgen an die Firma Oberalp AG bedarf aber auch in Zeiten einer Pandemie einer kritischen Betrachtung. Auch in schwierigen Zeiten, wie es nun mal eine Pandemie darstellt, sollten die Rechtswege befolgt werden; dazu findet sich bei einem funktionierenden Verwaltungsapparat immer genügend Zeit auch in verkürzter, transparenter Form. Deshalb stellt sich unweigerlich die Frage, warum keine Besprechung mit der Einkaufsagentur des Landes vor allem im Hinblick zur rechtlichen*

Absicherung eines auf E-Mail beruhenden Auftrages stattfand. Leider findet sich im Rahmen der Anhörungen kein Hinweis einer eventuell stattgefundenen Diskussion zwischen der Einkaufsagentur, dem Rechtsamt des Landes und den einzelnen Behörden des Sanitätsbetriebes zur Beauftragung der Privatfirma Oberalp AG um Rechtssicherheit zum Auftragsverfahren zu haben. Auch in der Landesregierung gab es hierzu keine Besprechung – so die Aussage des Landeshauptmannstellvertreter und Landesrates Giuliano Vettorato. Garantierte der Beschluss des Ministerrates vom 31. Jänner 2020 dazu ausreichende Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen? Leider finden sich in den Unterlagen keine Rechtsgutachten der Anwaltschaft des Landes, die ein solches Vorgehen erlauben würde.

In dieser Notsituation wurde nach Kontakt der Landespolitik mit dem Unternehmerverband Südtirols (UVS) die Firma Oberalp AG vom Südtiroler Sanitätsbetrieb kontaktiert, ob es möglich sei, medizinische Schutzausrüstung auf dem chinesischen Mark zu besorgen. Angefragt wurde am 12. März 2020 für die erste Lieferung eine Million chirurgische Masken, 250.000 FFP2, 250.000 FFP3, 400.00 normale Schutzmäntel und 30.000 aseptische Schutzkleidung. Der Firma Oberalp wurde klar gemacht, dass es sich um eine absolute Dringlichkeit handle, da die Lager dieser Produkte in Kürze zur Neige gehen würden. Als Lieferzeitraum war die 13. Kalenderwoche entsprechend Vertragsentwurf geplant.

Die Firma Oberalp AG wurde sowohl zur Lieferung der Schutzmaterialien gebeten als auch zur Begleichung der Rechnung in Vorauszahlung, da nur unter diesen Konditionen Schutzmaterialien auf dem chinesischen Markt zu erhalten waren. Zur damaligen Zeit verabschiedete die Regierung Conte das Dekret "Cura Italia" vom 17. März 2020, das der öffentlichen Verwaltung die Möglichkeit erlaubte, zur Beschaffung von Schutzmaterialien auf dem Weltmarkt in Vorkasse zu gehen (Art. 5-quater und Art. 199, Absatz 9). Dieses Dekret der Regierung Conte fand in Südtirol keine Anwendung.

Trotz allem ist es schwer verständlich, wie das Unternehmen Oberalp bei mangelnder vertraglicher Absicherung – es gibt zur ersten Bestellung nur einen Beschluss des Sanitätsbetriebes (2020-A-000172) und einen Vertragsentwurf vom 17. März 2020 – eine solche Geldmenge in Vorkasse ausgeben konnte. Die Firma Oberalp AG hat in dieser Situation nach telefonischer Rücksprache und Absicherung beim Landeshauptmann dem Sanitätsbetrieb einen hohen Vertrauensvorschuss gewährt. In diesem Zusammenhang hat die Firma die Verantwortlichen des Sanitätsbetriebes darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie keine Experten in der Beschaffung von sanitären Materialien seien. In der E-Mail vom 12. März 2020 wird vom CEO der Firma Oberalp AG an den Einsatzleiter der Covid-19-Task Force nachgefragt, ob eine "medical qualification" für die EU notwendig sei. Leider findet sich keine Antwort in den Unterlagen auf diese Anfrage. Den Import der Schutzmaterialien aus China nahm die Firma Oberalp auf der Grundlage der EU-Empfehlung Nr.403 vom 13. März 2020 vor, die den Import ohne CE-Zertifikat in Europa bei Nachweis des Produktzertifikates im Ursprungsland regelt.

Succus dieser COM(EU) 403/2020 Verordnung vom 13. März 2020 ist: "Ein Hersteller (ggf. sein Bevollmächtigter) oder ein Importeur von Atemschutzmasken kann im Rahmen eines behördlich organisierten Beschaffungsprozesses entsprechend Punkt 8 besagter Empfehlung COM ein verkürztes Bewertungsverfahren als Alternative zum herkömmlichen EU-Konformitätsbewertungsverfahren durchführen. Dies ermöglicht den Mitgliedstaaten ein verkürztes Bewertungsverfahren für sich zu definieren".

Es ist unbestritten, dass die erste Lieferung an Schutzmaterialien, die am 25. März 2020 dem Sanitätsbetrieb von der Firma Oberalp übergeben wurde, der weltweiten Ausnahmesituation unter rechtlichen wie moralischen Gesichtspunkten vertretbar war. Während man die erste Bestellung der Schutzausrüstung noch nachvollziehen konnte, bleibt allerdings unverständlich, wie die zweite Bestellung erfolgen konnte. Noch bevor die erste Lieferung am 24. März 2020 in Bozen eintraf, beschloss der Sanitätsbetrieb oder jemand im Sanitätsbetrieb oder jemand in der politischen Führung des Landes, am Abend des 23. März 2020 eine weitere Bestellung in Auftrag zu geben. "Um 23:12 Uhr kommt von Dr. Kaufmann die Bestellung über einen weiteren großen Auftrag. Um 23:19 Uhr bestätigt Engl den Auftrag via Mail", so die Ausführungen von Heiner Oberrauch. Heute wird die zweite Bestellung von allen Beteiligten im Südtiroler Sanitätsbetrieb, im Ressort für Gesundheit und in der Landesregierung bestritten. Es gibt dazu auch kein offizielles

Dokument – ein solches wurde dem Untersuchungsausschuss auf Anfrage nicht vorgelegt. Innerhalb des Untersuchungsausschusses konnte bis zuletzt nicht geklärt werden, wie es zu dieser finanziell sehr teuren Bestellung im Ausmaß von mehr als 25 Millionen Euro gekommen ist. Die Aussage von Herrn Marc Kaufmann bei der Anhörung am 19.11.2020 lautet folgendermaßen: "Mein letzter Stand zu dieser zweiten Folgebestellung, das ist ja die Kernfrage, endet mit dieser Wunschliste oder besser Bedarfsliste, die ich abgegeben habe. Alles weitere weiß ich nicht. Da war ich nicht involviert. Ich kann deshalb keine schlüssigen Informationen dazu liefern". Von dieser zweiten Bestellung weiß weder der Generaldirektor des Sanitätsbetriebes, noch der Landesrat, noch der Leiter der Task-Force, noch die für die Beschaffung zuständigen Beamten, noch der Landeshauptmann etwas!

Deshalb besteht erheblicher Zweifel am rechtmäßigen Zustandekommen der zweiten Lieferung, da keine exzessive Dringlichkeit mehr bestand. Kann es Missverständnisse zu 25 Millionen Euro geben? Die Auftragserteilung zur zweiten Bestellung, von der nur E-Mails existieren, erfolgte innerhalb weniger Tage und noch vor dem Eintreffen der Gutachten am 29.3.2020. Es wird wieder vom Sanitätsbetrieb ein Beschaffungsprozess beschritten, der gänzlich von den üblichen Bestellungsmechanismen unter Normalzeiten abweicht. Den Auftrag erhielt dieselbe Firma mit identischer Ware, aber in einem wesentlich höheren finanziellen Umfang. Der Kommission liegen hierzu keine Beschlüsse und Verträge des Betriebes vor.

*Spätestens hier hätte man die zuständigen Beamten*innen für die Vergabe und den Einkauf des Landes und des Sanitätsbetriebes in den Ankaufsprozess einbinden müssen, da die geforderte Dringlichkeit nicht mehr gegeben war. Dadurch hätte man wenigstens Rechtssicherheit und Transparenz geschaffen. Die bereits beim Zustandekommen des ersten Auftrages an die Firma Oberalp AG geäußerten internen amtlichen Vorbehalte hätten die Geschäftsführung im Sanitätsbetrieb und in der medizinischen Einsatzleitung bei der Vergabe des zweiten, wesentlich umfangreicheren Auftrages nachdenklich stimmen sollen. Der rechtliche Rahmen war für diesen Auftrag in dieser Form nicht mehr gegeben. Warum für den zweiten Auftrag kein schriftlicher Auftrag und kein von beiden Seiten unterzeichneter Vertrag verfasst wurde, konnte im Rahmen der Befragung nicht geklärt werden. Lediglich durch ein E-Mail vom 23. März 2020 erhielt die Firma Oberalp AG einen zweiten Auftrag im Ausmaß von 28.490.000 €, der in der Sitzung zwischen Firma Oberalp AG und Sanitätsbetrieb vom 31. März 2021 auf Wunsch des Sanitätsbetriebes korrigiert und durch die Ajourierung der Bestellmenge auf 25.085.000 € reduziert wurde. Ebenfalls wurde am 31. März 2020 bei dem Treffen zwischen Vertretern der Firma Oberalp AG und dem Sanitätsbetriebes die operative Abwicklung, der Transport und die Logistik im Detail besprochen und vereinbart. Bereits zu diesem Zeitpunkt lagen die negativen Prüfberichte der DEKRA und dem Amt für Rüstung und Wehrtechnik (ARWT) dem Betrieb vor. Ebenso war das erste Sicherheitsschreiben der Sanitätsdirektion und Pflegedirektion des Sanitätsbetriebes zum Gebrauch der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) der Firma Oberalp AG am 31. März 2020 an die Mitarbeiter*innen des Sanitätsbetriebes versandt worden.*

Im Rahmen der Anhörung verneint die Betriebsführung (Generaldirektor, Sanitätsdirektor, Verwaltungsdirektor und Pflegedirektorin) die Auftragserteilung an die Firma Oberalp AG für die zweite Bestellung. Vom zweiten Auftrag ist bisher noch keine Ware nach Südtirol geliefert worden. Sie lagert weiterhin in China. Als Besitzer fungiert die Firma Oberalp AG, die für den Sanitätsbetrieb in finanzielle Vorleistung gegangen ist.

Das erste negative INAIL-Bewertungsschreiben zu der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) der Firma Oberalp AG (der Sanitätsbetrieb hatte eine solche Bewertung am 26. März 2020 beim INAIL beantragt) traf am 1. April 2020, gefolgt von einem weiteren negativen Bericht am 5. April 2020, ein. Am 18. April 2020 erklärt der Zentraldirektor des INAIL, dass in Übereinstimmung mit den im Covid-19-Notstand geltenden Normen und nach Kenntnis des Antrages des Südtiroler Sanitätsbetrieb und des Ergebnisses der durchgeführten Bewertungen, die betreffenden PSA nicht den geltenden Normen entsprechen und dass es verboten ist, sie in den Markt einzuführen. Erst ab diesem Zeitpunkt wurden die persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) der Firma Oberalp AG sowohl im Sanitätsbetrieb als auch in den Alten- und Pflegeheimen voll aus dem Verkehr genommen.

5. BEWERTUNG

Die Rekonstruktion der Ereignisse zeigt, dass bei den Entscheidungsträgern der Landesregierung, in der Führungsspitze des Südtiroler Sanitätsbetriebes Transparenz, offene Kommunikation und breite Einbindung von verantwortlichen Stellen in der öffentlichen Verwaltung nicht zum Standard gehören. In solch weitreichenden Entscheidungen auch bzw. besonders unter Pandemiebedingungen bedarf es standardisierter Prozesse, andernfalls vor allem Krisensituationen nicht professionell gemeistert werden können. Dies zeigt sich besonders bei der Auftragserteilung zur Beschaffung der Schutzmaterialien an die Firma Oberalp AG; bereits bei der ersten Bestellung findet sich kein gegengezeichneter Bestellungsvertrag – was unüblich für eine öffentliche Verwaltung ist. Auch in Krisensituationen können Verträge rasch ohne Zeitverlust, wenn entsprechende Prozessabläufe vorliegen, erarbeitet werden, da entsprechendes Fachpersonal sowohl in der Landesverwaltung als auch im Sanitätsbetrieb vorhanden ist. Dieser Schauplatz mit sehr bedauernswerten Folgen für das Unternehmen Oberalp AG lässt einen tiefen Blick in das Management und die politische Führung des Sanitätswesens in Südtirol zu. Im Rahmen der umfangreichen Befragungen wurden die organisatorischen Schwächen des Sanitätsbetriebes offenkundig. Auffallend ist, dass in den peripheren Gesundheitsbezirken klare Hierarchien mit zuordenbaren Verantwortungsbereichen erkennbar sind, während solche im Gesundheitsbezirk Bozen fehlen. Trotz eingehender Recherche konnte nicht geklärt werden, wer für die Verwendung, Verwahrung und Verteilung der persönlichen Schutzausrüstung im Gesundheitsbezirk Bozen verantwortlich ist. Überschneidende Kompetenzen und intrasparente Verwaltungsstrukturen führen dazu, dass sich sämtliche Befragten für nicht zuständig und folglich auch nicht für verantwortlich erachten.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass bei diesem doch heiklen Verfahrensablauf in der Südtiroler Landesverwaltung und im größten öffentlichen Betrieb des Landes vorwiegend das Mündlichkeitsprinzip und nicht das verbindliche Schriftprinzip fungierte.

Auch der Umgang mit den negativen Prüfberichten (DEKRA, ARWT), welche am 29. März 2020 in der Generaldirektion mittels E-Mail eintrafen, entspricht nicht einem professionell strukturierten Krisenmanagement eines organisatorisch gut strukturierten Sanitätsbetriebes. Gleiches gilt für die Bearbeitung des weitergeleiteten E-Mails mit Anhang an die verschiedenen Verantwortlichen im Betrieb und in den Krankenhäusern. Gerade in diesem wichtigen Mail fehlten Antworten und Empfehlungen zu den relevanten Fragen zur Sicherheit der Schutzmaterialien und zu den arbeitsrechtlichen Auswirkungen bei weiterem Gebrauch. Die Entscheidungen zum Gebrauch der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) wurden in dieser Anfangsphase weitestgehend den Verantwortlichen der mittleren Leitungsebene überlassen; sie setzten diese nach ihren Erfahrungen und ihrer Sensibilität in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeheimen unterschiedlich um. Gerade dies verursachte Unmut und Missmut unter den Angestellten in den Covid-19-Risikozonen.

*Im Rahmen der Anhörungen wurde von mehreren Personen immer wieder vermerkt, dass Entscheidungen, die von der medizinischen Einsatzleitung getroffen wurde, selbst dem leitenden Personal in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeheimen nicht offiziell mitgeteilt wurden – insbesondere was die Handhabung der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) betraf – und sie die Informationen in verspäteter Form oft über Umwege erfuhren. Diese Vorgangsweise wirkte hemmend auf die Motivation und das Vertrauen der Mitarbeiter*innen.*

Mit Bedauern muss daher festgehalten werden, dass Verantwortungsträger selbst in Leitungsfunktionen nur zögerlich in Entscheidungen eingebunden wurden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass, unabhängig der Dringlichkeit und der Notlage bedingt durch die Covid-19-Pandemie, weder das Rechtsamt des Landes noch die Agentur für öffentliche Auftragsvergabe in den Vergabeprozess an die Firma Oberalp AG, die zum Einkauf der PSA in finanzielle Vorauszahlung gehen musste, eingebunden wurden. Sie wären fachlich prädisponiert gewesen, den rechtlichen Rahmen und die Zahlungsmodalitäten, die durch das Conte Dekret geändert wurden, zu bewerten. Solche Prozesse sind auch in Notsituationen wie der Covid-19-Pandemie einzuhalten, um letztendlich nicht in rechtlich schwierige Situationen zu gelangen, in der sich die Landesverwaltung und der Gesundheitsbetrieb nunmehr gegenüber der Oberalp AG befindet.

Bewertet man den Prozessablauf im Bestellwesen des Betriebes, so fehlt dort die Wertschätzung der Qualität der mittleren Managementebene, welche über hohe Erfahrungen und große Einsatz-

bereitschaft verfügt. Gerade die Kenntnisse und Erfahrungen dieser Personen hätten bei der Erstellung der Verträge von großer Hilfe sein können. Im Rahmen der Anhörung konnte bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses der Eindruck nicht entkräftet werden, ob selbst die erste Lieferung an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) durch die Firma Oberalp AG bei vorausschauender Planung je notwendig gewesen wäre. In diesem Kontext macht sich das Fehlen eines aktuellen Pandemieplanes bemerkbar, der die Funktionen des lokalen Zivilschutzes in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Zivilschutz in einer Pandemie definieren würde. Der lokale Zivilschutz konnte seiner primären Aufgabe nicht gerecht werden.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Der Untersuchungsausschuss beabsichtigt nicht, ein Urteil über die einzelnen Führungskräfte, die als Zeugen geladen wurden und die während der Pandemie durch ihr professionelles Handeln ihr Bestes gegeben haben, abzugeben. Soweit an der Krisenbewältigung Kritik geübt wird oder Fehler aufgezeigt werden, geschieht dies vor allem, um eine Richtschnur für zukünftiges Handeln zu erarbeiten.

Der Untersuchungsausschuss hat aber sehr wohl die Aufgabe, Fakten zum Handeln der Landesregierung, des Assessorates für Gesundheit und jenes für Soziales, zur Führungskultur des Sanitätsbetriebes, des Zivilschutzes, der Alten- und Pflegeheime u.a.m. im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und der Beschaffung der Schutzausrüstungen zu analysieren und die getroffenen Entscheidungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Angemessenheit hin zu bewerten. Die Improvisation und die unzureichende Kompetenz im Management dieses Covid-19-Pandemie-Notstandes erfordern ein radikales Umdenken in der Führungsstruktur und im Auswahlverfahren der Führungsspitzen im Sanitätsbetrieb.

Die vorzunehmende Prüfung der Entscheidungsprozesse kann nicht erfolgen, ohne den überaus kurzen Weg der Pandemie und die anfängliche Unsicherheit in der Bewertung durch die Medizin zu berücksichtigen. Am 31.12.2019 wurde die WHO über Fälle der Lungenentzündungen mit unbekannter Ursache in Wuhan, China, informiert. Am 7.1.2020 identifizierten die chinesischen Behörden ein neuartiges Coronavirus, das in der Folge als "Covid-19-Virus" bezeichnet wurde. Die Erkenntnis, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragen wird, ist am 20.1.2020 bekannt geworden. Am 11.3.2020 erklärt die WHO den Ausbruch einer Pandemie. Das war sechs Wochen später, nachdem Ministerpräsident Conte am 31.1.2020 den nationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen hatte, welcher 22 Tage später durch den Gesundheitsminister durch weitreichende Verordnungen konkretisiert wurde.

Diese Entscheidungen der Zentralregierung hätten bei den Verantwortlichen in der Landespolitik, der Agentur für Bevölkerungsschutz, dem Südtiroler Sanitätsbetrieb frühzeitig einen Krisenmodus auslösen müssen, der unter den Vorgaben eines rezenten überarbeiteten Pandemieplanes hätte ab¬laufen müssen. Gerade das Vorhandensein eines modernen, umfassenden Pandemieplan, der nach den Vorgaben der EU hätte erarbeitet werden sollen, wäre in dieser Pandemie-Notsituation von großem Vorteil gewesen. Aus diesen Erfahrungen heraus müsste es die Aufgabe der Landesregierung sein, einen neuen, überarbeiteten den moder¬nen Erfordernissen angepassten Pandemieplan zu verfassen, der sich an die staatliche und europäische Gesetzgebung anlehnt und die Erkenntnisse der Covid-19-Krise mit berücksichtigt. Das Krisenmanagement sollte auf allen wichtigen Entscheidungsstufen des Landes, des Sanitätsbetriebes, der Agentur für Bevölkerungsschutz, der Alten- und Pflegeheime nach den Vorgaben des neuerarbeiteten Pandemieplanes etabliert werden.

*Wer Regierungsverantwortung hat und für den Südtiroler Sanitätsbetrieb und Südtiroler Zivilschutz politisch letztverantwortlich zeichnet hat die Aufgabe, alle verantwortlichen Führungskräfte so rasch als möglich zur Beratung einzubestellen und ein koordiniertes Vorgehen zu planen. Die Ergebnisse sind transparent zu kommunizieren. Es fehlte eine umfassende und lückenlose Koordination und eine transparente interne Kommunikation während des gesamten Schutzmaterialienprozesses. Gerade die Kommunikation hätte das Vertrauen der Bevölkerung und der Mitarbeiter*innen in die Wahrhaftigkeit der Behörden gestärkt. Die Verbreitung von unklaren Meldungen, die möglicherweise kurzfristig der Beruhigung dienen, setzt dieses wertvolle Gut aufs Spiel. Hier fehlt ein ganz klares Krisen- und Kommunikationsmanagement, das zum Standard eines*

*Sanitätsbetriebes mit beinahe 10.000 Mitarbeiter*innen gehören müsste und verantwortungsvoll gelebt werden sollte.*
Auch in Krisensituationen wie der Covid-19-Pandemie sind die normalen administrativen Prozesse im Bestellwesen einzuhalten. Die entsprechenden Ressourcen hat jedes größere Unternehmen und jede öffentliche Verwaltung. Verträge können auch innerhalb kürzester Zeit ausgehandelt und verschriftlich werden. Für einen rechtmäßigen Ablauf bei der Erstellung solcher Verträge müssen der Landesrat die politische und die Geschäftsführung des Sanitätsbetriebes die administrative Verantwortung übernehmen. Gerade bei der Bestellung des zweiten Auftrages ist es zu schweren Fehlern gekommen, die auf eine Verstrickung von politischen Interventionen, der Überschreitung der Kompetenzen und der Vermischung von per¬sönlichen Bekanntschaften mit Verwaltungsstrukturen zurückzuführen sind. Es ist nicht glaubhaft, dass eine Bestellung dieser Größenordnung ohne klare Absprachen und Vereinbarungen, nur mittels einer über E-Mails versandten "Wunschliste" des Leiters der Task-Force erfolgte, der für den verwaltungs-technischen Ablauf der Bestellung und deren Freigabe entsprechend seiner Funktion gar nicht zuständig und berechtigt sein konnte.
*Was den Umgang mit der gelieferten Schutzausrüstung anbelangt, nachdem durch die Prüfberichte festgestellt wurde, dass diese fehlerhaft sei, muss festgehalten werden, dass der Sanitätsbetrieb seiner Sorgfaltspflicht und Verantwortung verzögert nachgekommen ist und durch mangelhafte Kommunikation und versuchter Geheimhaltung der negativen Prüfberichte die Mitarbeiter*innen in Unkenntnis ließ und ihre Gesundheit gefährdete. Die Verantwortung liegt beim Generaldirektor, der von Beginn an über die mangelhafte Schutzausrüstung informiert war. Übereinstimmend wurden von den Zeugen im Ausschuss ausgesagt, dass sie unzureichend bis gar nicht informiert wurden, dass interne Kritik unerwünscht war und als Verbreitung von Panik abgetan wurde. Besonders schwerwiegend war die Situation für die Mitarbeiter*innen in den Alten- und Pflegeheimen.*
Innere Organisation: Die Wahrnehmung der politischen Verantwortung des Landesrates für Gesundheitspolitik und Gesundheitswesen ist bei Fehlentwicklungen notwendig.
Klare Führung, demokratisch hierarchisch gefestigte Abläufe, Transparenz und eindeutig übernommene Verantwortung zeichnen einen gut funktionierenden Gesundheitsbetrieb im Normalfall aus. Eine solche Kultur bewährt sich gerade und vor allem im Notfall. Davon kann, im Lichte der Anhörungen in diesem Ausschuss, für den Südtiroler Sanitätsbetrieb in der Causa Covid-19-Schutzausrüstung 2020 nicht die Rede sein. Dies weist auf die Schwächen der Führung des Sanitätsbetriebes hin.
Es wird dringend geraten, Detailkonzepte für ein Krisen- und Katastrophenmanagement auf allen Ebenen der involvierten Ämter der Landesverwaltung, des Südtiroler Sanitätsbetriebes, der Alten- und Pflegeheime und der Agentur für Bevölkerungsschutz zu erstellen. Dazu zählt auch der Aufbau von Methoden im Umgang mit einer Fehlerkultur. Diese Form der Bearbeitung von Fehlentwicklungen, die sich im Rahmen der Beschaffung der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) zeigte, wurde bei der Anhörung der Zeugen von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses nicht wahrgenommen.
Die Betriebe des Landes Südtirol müssen organisatorisch und von seinen Führungsfiguren her konsequenter auf weitere Stresstests vorbereitet werden. Das ist die übergeordnete und bleibende politische Lehre aus der Erfahrung der Einordnung und des Umgangs mit dem Oberalp AG Sachverhalt.

Nella seduta del 28 maggio 2021 la relazione finale del presidente è stata respinta dalla maggioranza (cons. Franz Locher, cons. Rita Mattei) con 18 voti contrari, 1 astensione (cons. Josef Unterholzner) e 11 voti favorevoli (cons. Sven Knoll, cons. Andreas Leiter Reber, cons. Diego Nicolini, cons. Franz Ploner, cons. Sandro Repetto). La cons. Brigitte Foppa, che ha partecipato all'intera seduta in modalità online, non ha potuto prendere parte alla votazione a causa del collegamento instabile.
La parte tecnica della relazione finale, redatta dall'ufficio legale del Consiglio provinciale e che include la prima parte della relazione finale del presidente della commissione d'inchiesta, è stata approvata all'unanimità dai/dalle componenti il 28 maggio 2021.

Di seguito viene presentata dai sottoscritti consiglieri e consigliere questa relazione di mino-ran¬za, alla cui stesura hanno contribuito tutti i firmatari.

1. PREMESSA

1.1. Motivo dell'istituzione della commissione d'inchiesta

Con lettera dell'8 aprile 2020 i consiglieri e le consigliere provinciali Sven Knoll, Myriam Atz Tammerle, Paul Köllensperger, Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder, Alex Ploner, Josef Unterholzner, Peter Faistnauer, Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba, Hanspeter Staffler, Andreas Leiter Reber, Ulli Mair, Diego Nicolini, Sandro Repetto e Alessandro Urzì hanno richiesto ai sensi dell'articolo 25 del regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano l'istituzione di una commissione d'inchiesta per verificare l'acquisto e l'impiego delle mascherine e dei dispositivi di protezione nel contesto della pandemia di Covid-19.

La commissione d'inchiesta è stata istituita dal presidente del Consiglio provinciale Josef Noggler con decreto n. 78/20 del 28 aprile 2020, ed è composta come di seguito indicato. Ogni gruppo consiliare è rappresentato nella commissione d'inchiesta da un consigliere o una consigliera.

1.2. Consiglieri e consigliere provinciali

Brigitte Foppa (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda), Sven Knoll (SÜD-TIROLER FREIHEIT), Paul Köllensperger (Team K), Gerhard Lanz (SVP), Andreas Leiter Reber (Die Freiheitlichen), Rita Mattei (Lega Salvini Alto Adige Südtirol), Diego Nicolini (Movimento 5 Stelle – 5 Sterne Bewegung – Moviment 5 Steiles), Sandro Repetto (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten), Alessandro Urzì (all'epoca L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia, ora Fratelli d'Italia) e Carlo Vettori (all'epoca Alto Adige Autonomia, ora Forza Italia Alto Adige Südtirol).

Ai sensi del citato decreto del presidente del Consiglio provinciale l'oggetto della commissione d'inchiesta riguarda principalmente il tema delle mascherine protettive dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige durante la pandemia di Covid.

Il 5 maggio 2020 ha avuto luogo la prima seduta della commissione, nel corso della quale il cons. Paul Köllensperger ha dato le dimissioni da componente. Lo stesso giorno il cons. Paul Köllensperger ha informato per iscritto il presidente del Consiglio provinciale sulle dimissioni e ha indicato il cons. Franz Ploner come nuovo rappresentante del suo gruppo consiliare.

Di conseguenza il presidente del Consiglio provinciale ha in parte modificato il proprio decreto n. 78/20 emanando il decreto n. 82/20 del 7 maggio 2020, con cui il cons. Franz Ploner è stato nominato componente della commissione d'inchiesta in rappresentanza del gruppo consiliare Team K.

Il 15 maggio 2020 si è tenuta la seduta costitutiva della commissione, durante la quale il cons. Franz Ploner è stato eletto presidente, il cons. Gerhard Lanz vicepresidente e la cons. Brigitte Foppa segretaria.

Nella successiva seduta del 22 maggio 2020 sono state discusse le linee guida elaborate dal presidente. Al termine della discussione la commissione ha approvato all'unanimità il titolo e le linee guida dell'inchiesta.

Titolo dell'oggetto dell'inchiesta

"Verifica, analisi e valutazione politica dell'acquisto e impiego di dispositivi di protezione nel contesto della pandemia di Covid-19".

2. APPROCCIO ADOTTATO DALLA COMMISSIONE D'INCHIESTA

2.1. La commissione d'inchiesta come organo politico

La commissione d'inchiesta è un organo politico istituito dal presidente del Consiglio provinciale su richiesta dei consiglieri e delle consigliere provinciali, il quale non ha il compito di esprimere una valutazione di tipo giudiziario. Il mandato politico si basa sull'articolo 25 e seguenti (commissioni legislative) del regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. La commissione d'inchiesta ne desume che il proprio compito sia quello di accertare i fatti tramite lo studio della documentazione e le audizioni di persone selezionate, per poi analizzare e valutare il tutto ai sensi del mandato ricevuto. Nelle audizioni, la commissione d'inchiesta del Consiglio provinciale ha affrontato le questioni se relativamente all'ordine e all'impiego dei dispositivi di protezione difettosi provenienti dalla Cina vi siano state decisioni sbagliate nell'ambito della sanità altoatesina, se i collaboratori e le collaboratrici siano stati sufficientemente informati sui dispositivi

inadeguati e se la salute di tali collaboratori e collaboratrici nonché dei/delle pazienti sia stata messa a rischio da condotte colpose.

3. I LAVORI DELLA COMMISSIONE D'INCHIESTA

3.1. Oggetto principale dell'indagine

Ai sensi della richiesta dell'8 aprile 2020, l'oggetto della commissione d'inchiesta comprende l'intero ambito dell'acquisto e dell'impiego dei dispositivi di protezione e dello scambio di informazioni su tali dispositivi (DPI) con i collaboratori e le collaboratrici dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige e delle residenze per anziani. La commissione d'inchiesta ha potuto consultare e valutare i documenti e gli atti contenuti nella documentazione messa a disposizione, anche se solo in parte, dai singoli servizi. Tra il 12 giugno 2020 e il 7 maggio 2021 la commissione ha svolto complessivamente 17 sedute dedicate alle audizioni e sentito 79 persone informate sui fatti. Le audizioni sono state registrate e trascritte integralmente.

3.2. Il modus operandi della commissione d'inchiesta

Durante le prime sedute, il presidente assieme al vicepresidente, alla segretaria e ai/alle componenti della commissione, in collaborazione con l'ufficio legale del Consiglio provinciale, è riuscito a calendarizzare le sedute e le audizioni in modo da consentire di procedere con i lavori in modo rapido e a intervalli regolari. Le audizioni, con l'eccezione di una sospensione durante il lockdown di marzo 2021, si sono svolte con cadenza bimensile.

Per quanto riguarda l'audizione delle persone e la stesura dei verbali di seduta è stato applicato quan¬to previsto dal regolamento interno per le normali sedute delle commissioni legislative. I lavori della commissione sono riservati.

La comunicazione verso l'esterno avviene sotto la responsabilità del presidente, del vicepresidente e della segretaria, con il coinvolgimento del servizio stampa del Consiglio provinciale.

3.3. Le finalità della commissione d'inchiesta

Nelle audizioni, la commissione d'inchiesta del Consiglio provinciale ha affrontato la questione se nell'ambito dell'ordine e dell'impiego dei dispositivi di protezione con presunti difetti, provenienti dalla Cina, vi siano state decisioni sbagliate all'interno dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, se i collaboratori e le collaboratrici dei servizi sanitari e sociali siano stati sufficientemente informati sui dispositivi in parte inadeguati e se tali collaboratori e collaboratrici siano stati esposti a rischi sanitari

La commissione si è sempre prefissa il compito di chiarire, nel modo più completo e oggettivo possibile, le circostanze che hanno avuto un ruolo determinante nell'approvvigionamento di materiali protettivi per l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige nonché per le case di cura e le residenze per anziani.

L'obiettivo dei lavori è stato quello di ottenere un quadro complessivo, esclusivamente basato sui fatti, di tutti gli attori coinvolti e interessati sulla base dei documenti disponibili e delle audizioni, collocando il tutto nel contesto dell'eccezionale situazione internazionale che si è venuta a creare, non solo in Alto Adige, in seguito al diffondersi della pandemia di Covid-19.

L'analisi si è basata sulla cronologia degli eventi legati alla pandemia in provincia di Bolzano e al di fuori di essa. La cronologia ha consentito di accertare se l'amministrazione e le autorità pubbliche abbiano preso sufficienti precauzioni per evitare possibili omissioni in fase di approvvigionamento dei dispositivi di protezione individuale (DPI).

Le indagini hanno cercato di individuare le possibili omissioni nella fase antecedente all'aggravarsi della situazione degli approvvigionamenti a seguito della pandemia di SARS-CoV-2, ed eventuali ritardi o violazioni di legge da parte di singoli attori.

La presente relazione della commissione d'inchiesta scaturisce per lo più dalla ricostruzione degli eventi basata sulle numerose audizioni e solo in parte minore dallo studio dei documenti messi a disposizione e trasmessi alla commissione d'inchiesta, peraltro solo in modo incompleto e dopo ripetute sollecitazioni. A giustificazione della mancata consegna di molti documenti sono state addotte le indagini in corso da parte dell'autorità giudiziaria.

Va comunque detto che a causa delle indagini nel frattempo avviate dalla Procura presso il tribunale di Bolzano alcune persone informate sui fatti, in parte su consiglio del proprio legale, non si sono presentate alle audizioni ovvero non hanno trasmesso i documenti richiesti.

La commissione d'inchiesta ha peraltro costantemente cercato di adempiere al proprio mandato nei limiti del relativo quadro normativo. Di conseguenza, la valutazione delle decisioni prese dai/dalle dirigenti in servizio presso l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, le residenze per anziani, l'amministrazione provinciale e la Giunta provinciale è prettamente oggettiva e politica.
A prescindere da tutto ciò, la valutazione politica non può non tenere conto del quadro normativo a livello europeo, statale e provinciale per l'emergenza dovuta al Covid-19, poi inserito nel contesto normativo statale con la proclamazione dello stato di emergenza su tutto il territorio italiano il 31 gennaio 2020 (delibera del Consiglio dei ministri del 31 gennaio 2020 e decreto Cura Italia del 17 marzo 2020).
Il 5 marzo 2020 l'Istituto Robert Koch (RKI) ha diramato l'allerta viaggi per l'Alto Adige in seguito all'alto numero dei contagi da SARS-CoV-2. Il 9 marzo 2020 è stato deciso il lockdown dell'Italia. Contemporaneamente la Giunta provinciale, assieme all'Unione albergatori e pubblici esercenti e ai gestori degli impianti di risalita, ha dichiarato chiusa la stagione turistica invernale.
4. PUNTI SALIENTI
4.1. L'acquisto di dispositivi di protezione individuale da parte della Oberalp Spa e le perizie
A marzo 2020 la sanità altoatesina, come molti altri sistemi sanitari in tutto il mondo, è stata travolta da una catastrofe non prevedibile. Ciò, a causa della rapida diffusione dell'infezione da SARS-CoV-2, che ha inevitabilmente creato situazioni di caos in quanto non era disponibile un numero sufficiente di dispositivi di protezione. Alle audizioni, i medici e le mediche hanno descritto la situazione di allora come paragonabile a una guerra. Questo è indubbiamente vero, anche se nel corso delle audizioni ci è stato detto più volte che c'erano state allerte, che con grande anticipo erano stati segnalati possibili futuri colli di bottiglia, che era stato chiesto se c'erano scorte di dispositivi di protezione e se questi fossero disponibili in una quantità sufficiente. Nell'ambito di questa catastrofe la scarsità di dispositivi di protezione è presto venuta a galla e questa mancanza viene descritta come una grande criticità.
L'acquisto di materiali di protezione per il personale degli ospedali, delle case di cura e delle residenze per anziani è risultato molto difficile a causa della carenza di questi materiali sul mercato internazionale. L'incombente carenza di dispositivi di protezione era nota alla Protezione civile in seguito alle informazioni che arrivavano dal briefing giornaliero con la Protezione civile statale. A partire dal 31 gennaio, la Protezione civile italiana avrebbe avuto il compito di munirsi di una quantità sufficiente di dispositivi di protezione e di metterli a disposizione dei centri locali della Protezione civile. Informazioni analoghe sono pervenute ai vertici dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige da parte degli uffici acquisti, ai quali risultava sempre più difficile reperire il materiale di protezione necessario sul mercato statale dai loro fornitori abituali. In questa situazione, attraverso Assoimprenditori Alto Adige si è fatto ricorso a delle conoscenze nel settore imprenditoriale (Oberalp Spa: Oberrauch, Engl). La Oberalp, che grazie alle proprie attività a livello internazionale intratteneva buoni rapporti commerciali con la Cina, è stata in grado di procurare i dispositivi di protezione in un tempo molto breve. In questo contesto va rilevato che anche nella prima ondata pandemica, in base a quanto dichiarato da alcuni responsabili degli uffici acquisti dei distretti sanitari, grazie al loro impegno non sembrava che l'incombente mancanza di dispositivi di protezione rischiasse di diventare un problema fuori controllo.
Grazie all'aiuto fornito da Assoimprenditori Alto Adige in seguito all'intervento del presidente della Provincia e dell'assessore alla salute nella prima metà del marzo 2020 – telefonata tra l'assessore alla salute e il presidente di Assoimprenditori dell'11 marzo 2020 – la Provincia di Bolzano tramite la Oberalp Spa è riuscita ad acquistare sul mercato mondiale (Cina) i dispositivi di protezione necessari (1 milione di mascherine chirurgiche, 250.000 mascherine FFP2/KN95 e 250.000 FFP3/KP95, 400.000 tute di protezione e 30.000 tute di protezione sterili). L'elenco del materiale necessario è stato inviato al signor Engl, amministratore delegato della Oberalp Spa, l'11 marzo 2020 dal direttore della task force Covid-19, dott. Kaufmann. Il relativo incarico alla Oberalp Spa è stato confermato dalla direzione generale dell'Azienda sanitaria altoatesina il 13 marzo 2020 alle ore 23.43, dopo che, poco prima (13 marzo 2020 alle ore 22.57) l'offerta richiesta alla Oberalp era stata sottoposta dall'amministratore delegato del gruppo Oberalp al presidente della Provincia, agli assessori competenti e alla direzione generale. Viene qui da chiedersi per quale ragione per l'acquisto di dispositivi medici di protezione si sia ricorso proprio a un'azienda del ramo tessile

che non ha legami diretti nel proprio portfolio con prodotti medicali e dispositivi medici. Il motivo unico e determinante per il conferimento dell'incarico è stata la grave emergenza DPI oppure la ragione che ha indotto un imprenditore ad anticipare del denaro sulla fiducia, in assenza di un contratto formalmente concluso, è una particolare vicinanza? Questo è stato ulteriormente confermato quando dalle dichiarazioni rese nelle audizioni è emerso il seguente timore: "Travolti da numerose offerte di aiuto, era impossibile distinguere coloro che erano animati da uno spirito di umanità e solidarietà da quelli che erano mossi solo dalla prospettiva di grossi guadagni in poco tempo."

L'acquisto dei materiali di protezione è stato effettuato attraverso il partner commerciale cinese della Oberalp Spa sul mercato cinese. Per accelerare il processo di acquisto, la Oberalp, dopo essersi consultata verbalmente con i politici – telefonata del titolare dell'azienda, Oberrauch, al presidente della Provincia la sera di domenica 15 marzo 2020, durante la quale è stata discussa la garanzia finanziaria per l'anticipo della Oberalp Spa al partner cinese –, ha anticipato un non trascurabile importo finanziario. Tutto ciò è stato preceduto da un fitto scambio di e-mail e di telefonate, a partire dall'8 marzo 2020, tra i responsabili politici, la Oberalp Spa e l'Azienda sanitaria dell'Alto Adige. La Protezione civile dell'Alto Adige è stata tenuta del tutto fuori, anche se essa avrebbe avuto un margine di manovra ben più ampio nella gestione finanziaria di uno "stato di calamità".

La direzione generale dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige ha poi autorizzato in data 17 marzo 2020 con la delibera prot. n. 2020-A-000172 la fornitura di svariati materiali di protezione (DPI) da parte della Oberalp Spa all'Azienda sanitaria per il contenimento della pandemia di Covid-19. Lo stesso giorno è stata trasmessa alla Oberalp Spa la bozza del contratto (prot. n. 0037456-BZ REG01 17/03/2020) con l'elenco delle quantità e dei relativi prezzi, e le condizioni di consegna. Secondo tale bozza di contratto i costi di trasporto e gli eventuali costi doganali erano inclusi nei prezzi indicati. La consegna doveva avvenire entro la 13° settimana di calendario del 2020. La quantità e la qualità della merce consegnata doveva corrispondere al relativo ordine. La bozza di contratto è stata inviata dall'ufficio acquisto beni di consumo sanitari alla Oberalp Spa il 18 marzo 2020. Il contratto firmato da entrambe le parti (Asdaa e Oberalp Spa) e comprensivo delle eventuali modifiche dello stesso, restituito all'ufficio acquisti beni di consumo sanitari e alla direzione amministrativa dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige il 18 marzo 2020 alle ore 17.46, non è stato trasmesso alla Commissione d'inchiesta dall'Azienda sanitaria dell'Alto Adige. Non si sa se un tale contratto firmato esista.

La prima fornitura dalla Cina dei dispositivi di protezione (DPI) è giunta in Austria – Aeroporto di Vienna-Schwechat – il 23 marzo 2020 grazie all'aiuto della Repubblica d'Austria e in particolare alla mediazione della Cancelleria federale austriaca e del ministero della difesa austriaco, e con l'assistenza della compagnia aerea AUA, ed è stata poi trasferita in Alto Adige via terra il 24 marzo 2020; i dispositivi di protezione (DPI) sono stati consegnati all'Azienda sanitaria altoatesina il 25 marzo 2020 con grande enfasi mediatica. Parte dei dispositivi di protezione era destinata alla Croce Rossa austriaca, che ha effettuato un controllo visivo in loco della merce consegnata. La Croce Rossa si è insospettita già nel corso dell'ispezione visiva. Il ministero dell'economia austriaco ha quindi disposto un controllo sulla qualità della merce (Amt für Rüstung und Wehrtechnik a Vienna; ricevimento del materiale da testare il 28 marzo 2020; rilascio della perizia il 29 marzo 2020 e Dekra a Essen/Stuttgart; ricevimento dei campioni da testare il 23 marzo 2020; rilascio della perizia il 27 marzo 2020). Le procedure di valutazione dei materiali (KN95; FFP1-FFP3) sono state eseguite secondo le raccomandazioni della Commissione (UE) 2020/403 del 13 marzo 2020 sulle procedure di valutazione della conformità e di vigilanza del mercato nel contesto della minaccia rappresentata dal COVID-19. La verifica si è basata sulla norma EN 149:2009.

Ben presto dalle relazioni redatte dagli enti di verifica della qualità è emerso che i dispositivi di protezione (DPI) non rispondevano ai requisiti di sicurezza richiesti per il loro regolare impiego da parte del personale sanitario nei reparti Covid-19 degli ospedali e delle strutture sociali. Anche diverse perizie (Dekra – perizia del 27 marzo 2020, ARWT – perizia del 29 marzo 2020, INAIL – richiesta dell'Asdaa del 26 marzo 2020 e prima relazione sulla validazione dell'INAIL dell'1 aprile 2020, seguita da una seconda del 5 aprile 2020) non hanno consentito di dichiarare il prodotto privo di rischi per l'uso come attrezzatura standard per il personale esposto. Lo stesso ammini-

stratore delegato della Dekra ha riferito alla commissione d'inchiesta che nessuna delle mascherine testate è risultata conforme. Il parametro più importante nei test sulle mascherine era la permeabilità alle sostanze liquide e solide; nel caso delle mascherine della fornitura Oberalp è risultata una permeabilità tra il 74% e il 76%, che l'amministratore delegato della Dekra ha commentato come segue: "un qualsiasi fazzoletto sarebbe meglio ..." e inoltre "le mascherine sono estremamente rischiose per questo utilizzo".

La seconda perizia della Dekra del 29/5/2020 (committente Azienda sanitaria dell'Alto Adige) ha rilevato che le mascherine non rispondevano nemmeno ai requisiti del test SARS-CoV-2.

Secondo le dichiarazioni dell'amministratore delegato della Dekra, le mascherine di una confezione dello stesso lotto sottoposte a prova mostravano delle impurità varietali indicative del fatto che erano state mischiate mascherine diverse. Riassumendo, ha dichiarato: "Stessa confezione – e posso giurarlo – mascherine diverse, e non per tipo, ma per produzione".

La terza perizia della Dekra – perizia del 30/6/2020 – ha prodotto un nuovo parere negativo sulle mascherine dalla Oberalp.

È quindi fuori dubbio che l'utilizzo delle mascherine della fornitura Oberalp non abbia garantito ai collaboratori e alle collaboratrici nonché ai/alle pazienti una protezione adeguata.

Probabilmente i vertici della sanità, una volta venuti a conoscenza delle perizie negative, hanno deciso di non scatenare il panico per evitare che i collaboratori e le collaboratrici si impaurissero. Si è quindi deciso di tacere quella che sembrava essere la verità e le informazioni ricevute. La direzione generale ha minimizzato le crescenti preoccupazioni e richieste dicendo il problema era la vestibilità delle mascherine. Questo atteggiamento difensivo emerge da quanto ripetuto in continuazione "Avremmo dovuto distribuire i sacchi per la spazzatura?" (una sorta di ritornello ai vertici della sanità). Un siffatto atteggiamento è incomprensibile. Il fatto è che non una sola persona tra i/le responsabili ha ammesso di aver fatto una tale riflessione. E così abbiamo continuato a sentire il ritornello: Avremmo dovuto distribuire i sacchi per la spazzatura? e: L'emergenza era grave.

In questa fase, la direzione dell'Azienda sanitaria altoatesina si è comportata in modo altamente irresponsabile e gravemente negligente. La direzione dell'Azienda sanitaria aveva il dovere di informare i collaboratori e le collaboratrici sui dispositivi di protezione parzialmente difettosi immediatamente dopo che erano state rese note le perizie e di indicare loro in modo inequivocabile quali fossero i rischi per la salute.

4.2. La mancata informazione del personale da parte dei vertici della sanità sui problemi legati ai dispositivi di protezione individuale (DPI) e sui rischi per il personale

Dopo che nel pomeriggio del 29 marzo 2020, alle ore 15.26, la direzione generale dell'Azienda sanitaria aveva ricevuto (inoltrate da Christoph Engl – amministratore delegato del gruppo Oberalp) le perizie negative (di Dekra e ARWT – Amt für Rüstung und Wehrtechnik) e dopo che nei media erano filtrate le prime informazioni sul contenuto della mail che era a sua volta stata inoltrata assieme all'esito delle perizie ad alcuni responsabili dell'Azienda sanitaria e ai direttori medici degli ospedali è sorto un dilemma, in quanto i dispositivi di protezione che erano stati forniti non potevano più essere distribuiti agli ospedali e alle residenze per anziani con la certezza che fossero conformi ai requisiti di sicurezza previsti dalla normativa vigente.

Le informazioni pervenute tramite posta elettronica sono state girate al direttore sanitario e alla direttrice tecnico-assistenziale dell'Azienda sanitaria, al dott. Kaufmann che dirige la task force Covid-19 e ai direttori medici dei vari ospedali su iniziativa personale di una dipendente che si era prima consultata con il direttore amministrativo dell'Azienda, dott. Wegher. Alle ore 17.19 è poi arrivata una telefonata della dott.ssa Siller, direttrice tecnico-assistenziale dell'Azienda sanitaria, in cui chiedeva di far sapere a tutti che la notizia era assolutamente riservata. Alle ore 18.13 il direttore generale ha chiamato personalmente lamentando il fatto che la mail con l'esito delle perizie non avrebbe dovuto essere inoltrata, e men che meno a suo nome. La sera stessa si è poi tenuta una riunione di emergenza in videoconferenza, a cui hanno partecipato l'intera dirigenza dell'Azienda sanitaria, il dirigente medico delle Tirol Kliniken di Innsbruck, prof. dott. Wiedermann, l'assessore e il direttore di dipartimento. Alle ore 21.16 è arrivata una seconda telefonata del direttore generale che voleva sapere a chi fosse stata inoltrata la perizia e nel contempo chiedere di stampare la mail e poi cancellarla. Si è così tentato, attraverso la direzione generale,

di mettere a tacere la questione ovvero di nascondere le informazioni ricevute, e ai destinatari/alle destinatarie della mail è stato imposto l'obbligo di riservatezza. "Questa mail l'ha mandata un'anima buona", ha affermato uno dei medici sentiti.
La cronologia degli eventi ci mostra che in questa situazione la dirigenza dell'Azienda sanitaria ha agito con negligenza, tentando di nascondere l'esito delle perizie ai collaboratori e alle collaboratrici.
Questo fatto è stato confermato alla commissione d'inchiesta anche dalle dichiarazioni rese dai direttori medici intervenuti all'audizione, che per senso di responsabilità nei confronti dei loro collaboratori e collaboratrici si sono opposti "all'invito alla riservatezza" e li hanno informati dell'esistenza di dispositivi di protezione difettosi, e di propria iniziativa hanno semplicemente bloccato la distribuzione di questi dispositivi nel loro ospedale. Persino il responsabile nell'Azienda sanitaria per la distribuzione dei dispositivi di protezione individuale ha affermato di non essere stato informato dell'esito negativo delle perizie. Le sue perplessità sono state semplicemente ignorate e alla fine le relative domande rivolte via mail alla direzione generale non hanno nemmeno ricevuto risposta.
Va anche detto che il flusso informativo della direzione generale dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige sull'efficacia dei dispositivi di protezione forniti dalla Oberalp è stato scarso e non sufficiente a tranquillizzare i destinatari di questi DPI. Le informazioni sulle perizie non sono state trasmesse in modo chiaro e trasparente ai responsabili delle singole strutture, così da riuscire a rassicurare. Soprattutto i direttori e le direttrici dei distretti hanno inizialmente appreso solo attraverso i media oppure dai direttori medici e dalle direttrici mediche il contenuto delle perizie e a chi spettasse prendere determinate decisioni in merito. Le perizie negative sono state nascoste persino ai componenti della task force Covid-19.
In questa situazione di emergenza sono mancate procedure uniformi e trasparenti e una comunicazione aperta. All'inizio sono state particolarmente carenti le informazioni date ai collaboratori e alle collaboratrici delle residenze per anziani e delle case di cura in merito all'utilizzo dei dispositivi forniti dalla Oberalp. Indicazioni chiare e raccomandazioni scritte sull'utilizzo dei dispositivi di protezione individuale che provenivano da lotti diversi e quindi mostravano differenze di qualità, le hanno avute solo il 19 aprile 2020 (circolare nella casa di riposo di Brunico).
Inoltre, secondo quanto affermato da diverse persone sentite nell'ambito dell'audizione, le comunicazioni della direzione dell'Azienda sanitaria sono state interpretate nel senso che i dispositivi di protezione individuale provenienti dall'ordine della ditta Oberalp si sarebbero potuti usare negli ospedali a seconda del luogo di utilizzo con le dovute cautele e precauzioni. I responsabili dei singoli distretti sanitari hanno riferito che, anche a causa delle perizie negative pubblicate nei mezzi d'informazione e della verifica individuale da parte dei collaboratori e delle collaboratrici, nei reparti Covid-19 e in quelli di terapia intensiva sono stati utilizzati solo pochi dispositivi di protezione individuale della fornitura Oberalp. I vari distretti sanitari hanno impiegato i DPI forniti dalla Oberalp in misura diversa. Secondo le dichiarazioni di alcune persone in vari ospedali e distretti, in ultima analisi, i DPI del gruppo Oberalp sono stati usati solo raramente.
Alcuni responsabili si sono lamentati del fatto che il flusso informativo ufficiale tra i vertici dell'Azienda sanitaria e i suoi dipendenti avveniva in parte solo indirettamente attraverso i media e che le informazioni arrivavano con uno scarto temporale. Inoltre, sono mancate chiare indicazioni su come maneggiare i singoli DPI forniti dalla Oberalp. Bisogna arrivare al 31 marzo 2020 per vedere la direzione sanitaria e quella tecnico-assistenziale spedire una circolare ai coordinatori e alle coordinatrici sanitarie e tecnico-assistenziali sull'utilizzo delle mascherine KN95 e in cui si parla anche dell'utilizzo dei DPI della fornitura Oberalp. Soprattutto i collaboratori e le collaboratrici delle residenze per anziani e delle case di cura hanno deplorato il fatto di essere stati ufficialmente informati solo relativamente tardi dei difetti tecnici che presentavano i DPI forniti. La chiara direttiva che i dispositivi forniti dalla Oberalp non potevano più essere utilizzati è pervenuta alle residenze per anziani e alle case di cura solo con la mail del 19 aprile 2020. Questa disposizione è stata preceduta da una nota dell'INAIL del 18 aprile 2020 sulla valutazione e validazione, con la seguente indicazione del responsabile dell'INAIL: Il responsabile della direzione centrale ricerca dell'INAIL, in conformità alle norme vigenti per l'emergenza Covid-19 e preso atto della richiesta

dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige e dei risultati delle valutazioni effettuate, dichiara la non rispondenza alle norme vigenti di detti DPI vietandone l'immissione in commercio.
Come dichiarato da varie parti, soprattutto all'inizio dell'emergenza regnava incertezza su chi fosse competente a fornire i dispositivi di protezione ai medici non ospedalieri, alle residenze per anziani e alle case di cura. Inizialmente si riteneva che la fornitura dei DPI alle residenze per anziani e alle case di cura fosse responsabilità della Protezione civile, mentre i medici di base dovevano provvedervi da soli. L'Azienda sanitaria non riteneva di doversi occu¬pare di fornire DPI alle residenze per anziani e ai medici di base. Con il senno di poi questo è stato un grave errore. Proprio le residenze per anziani sono state dimenticate dai responsabili all'inizio della pandemia. In queste si sono così sviluppati focolai con pesanti conseguenze per gli ospiti, per i dipendenti e in ultima analisi per gli ospedali. Con un certo ritardo si è poi finalmente deciso che l'Azienda sanitaria avrebbe dovuto provvedere alla fornitura dei DPI anche a queste categorie, visto che nel frattempo si poteva contare su una quantità sufficiente di materiale di protezione anche grazie a quelli acquistati tramite il gruppo Oberalp, e che la Protezione civile nazionale non ne forniva la quantità necessaria.
Dopo l'arrivo e la pubblicazione delle perizie negative, i responsabili degli ospedali, delle residenze per anziani e delle case di cura nonché i medici di base hanno iniziato a porsi delle domande sulle conseguenze dal punto di vista del diritto del lavoro di un utilizzo di DPI non formalmente approvati e sul pericolo conseguente di un eventuale contagio dei collaboratori e delle collaboratrici. Come confermato dall'ufficio legale dell'Azienda sanitaria, in base alla giurisprudenza, è responsabilità del datore di lavoro garantire la sicurezza dei collaboratori e delle collaboratrici sul posto di lavoro. Se questa non può essere garantita per evidenti ragioni (per esempio una pandemia?) e il collaboratore/la collaboratrice è esposto/esposta a un particolare rischio, il datore di lavoro deve in ogni caso informare immediatamente i dipendenti del possibile pericolo, in modo che possano reagire nel modo ritenuto opportuno. E proprio questo non è stato fatto in modo adeguato ovvero si è omesso di fare. L'assessore provinciale ha dichiarato: "Ma la protezione era data e lo dimostrano anche i numeri del contagio..." (vedi audizione del 9 aprile 2021): affermazione cinica, l'opposto di un atteggiamento responsabile e trasparente che sarebbe necessario mostrare soprattutto in tempi difficili.
Proprio con riferimento agli aspetti giuslavoristici, i direttori e le direttrici responsabili degli ospedali e i/le dirigenti delle residenze per anziani e delle case di cura speravano di ricevere chiare indicazioni dalla dirigenza dell'Azienda sanitaria e dall'Associazione delle residenze per anziani in merito all'uso dei dispositivi di protezione individuale forniti dalla Oberalp e provenienti dalla Cina.
Dopo la diffusione delle perizie negative, anche la Ripartizione legale e affari generali dell'Azienda sanitaria ha caldamente consigliato al direttore generale di non utilizzare più i dispositivi di protezione. La direzione generale ha purtroppo inizialmente ignorato questa raccomandazione e ha deciso di seguirla solo dopo il 18 aprile 2020, quando l'INAIL ha nuovamente rilasciato un parere negativo sull'utilizzo dei dispositivi di protezione individuale. Così facendo si è perso tempo prezioso.
4.3. Determinazione dell'acquirente dei dispositivi di protezione individuale (DPI)
Con la crisi pandemica alle porte, i responsabili politici, le autorità e gli amministratori competenti erano certamente sottoposti a un'enorme pressione in termini di tempo, e sono stati costretti ad agire rapidamente. La questione della natura vincolante dei primi incarichi inviati per posta elettronica alla Oberalp richiede una considerazione critica anche in un tempo di pandemia. Le vie legali vanno rispettate anche in tempi critici, come lo possono essere quelli di una pandemia; un'amministrazione funzionante trova sempre il tempo per farlo, anche adottando procedimenti abbreviati ma trasparenti. Sorge quindi inevitabilmente la domanda perché non vi sia stata un'interlocuzione con l'agenzia provinciale responsabile degli acquisti, in particolare per quanto riguarda le garanzie legali di un incarico per posta elettronica. Purtroppo, da nessuna audizione sono emerse indicazioni su un'eventuale interlocuzione tra l'agenzia per gli acquisti, l'ufficio legale della Provincia e le singole autorità dell'Azienda sanitaria relativamente all'incarico alla ditta privata Oberalp Spa per avere certezza giuridica in merito all'incarico. Stando alle dichiarazioni del presidente Kompatscher e del vicepresidente Vettorato, nemmeno all'interno della Giunta provin-

ciale ci sono stati colloqui in merito a tale questione. La delibera del Consiglio dei ministri del 31 gennaio 2020 forniva una base giuridica sufficiente per questa procedura? A questo proposito fra i documenti non si trova alcun parere giuridico dell'Avvocatura della Provincia che giustifichi una simile procedura.

In questa situazione di emergenza, in seguito ai contatti tra la politica provinciale e Assoimprenditori, l'Azienda sanitaria ha contattato la Oberalp Spa in relazione alla possibilità di procurare dispositivi medici di protezione sul mercato cinese. Per la prima fornitura il 12 marzo 2020 sono state richieste un milione di mascherine chirurgiche, 250.000 FFP2, 250.000 FFP3, 400.00 normali camici di protezione e 30.000 indumenti protettivi sterili. Alla Oberalp era stato chiarito che si trattava di una questione di assoluta urgenza, in quanto le scorte di tali prodotti si sarebbero presto esaurite. Nella bozza di contratto era previsto che la fornitura arrivasse nella 13° settimana di calendario.

Alla stessa Oberalp è stato chiesto sia di fornire i materiali di protezione, sia di pagare la fattura in anticipo, poiché solo a queste condizioni sarebbe stato possibile riuscire ad avere i materiali di protezione dal mercato cinese. In quel periodo, e più precisamente il 17 marzo 2020, il Governo Conte aveva adottato il decreto Cura Italia, che consentiva alla pubblica amministrazione di pagare in anticipo l'acquisto di dispositivi di protezione sul mercato mondiale (art. 5-quater e art. 199, comma 9). Questo decreto del Governo Conte in Alto Adige non ha trovato applicazione.

Nonostante tutto, è difficile comprendere come la Oberalp abbia potuto pagare una tale somma in anticipo in assenza di garanzie contrattuali – c'è solo una delibera dell'Azienda sanitaria (2020-A-000172) e una bozza di contratto datata 17 marzo 2020 per il primo ordine. In questa situazione, la Oberalp, previa consultazione telefonica e garanzia fornita da parte del presidente della Provincia, ha compiuto un grande atto di fiducia nei confronti dell'Azienda sanitaria. Al contempo, ha segnalato ai dirigenti dell'Azienda sanitaria di non essere esperta nell'acquisto di materiale sanitario. Nell'e-mail del 12 marzo 2020 l'amministratore delegato della Oberalp ha chiesto espressamente al responsabile della taskforce Covid-19 se fosse necessaria una "medical qualification" per l'UE. Purtroppo nei documenti non si trova risposta a questa domanda. La Oberalp ha importato i dispositivi di protezione dalla Cina in virtù della raccomandazione UE n. 403 del 13 marzo 2020, che regola le importazioni senza certificato CE in Europa previa dimostrazione della certificazione del prodotto nel Paese di origine.

La sintesi di questo regolamento COM(UE) 403/2020 del 13 marzo 2020 è la seguente: Un produttore (o un suo eventuale delegato) o un importatore di mascherine per la protezione delle vie respiratorie, nell'ambito di una procedura di appalto organizzata ufficialmente ai sensi del punto 8 della suddetta raccomandazione COM, può svolgere una procedura di valutazione abbreviata in alternativa alla tradizionale procedura di valutazione della conformità dell'UE. Ciò consente agli Stati membri di definire una propria procedura di valutazione abbreviata.

È fuori discussione che la prima fornitura dei dispositivi di protezione consegnata all'Azienda sanitaria dalla Oberalp il 25 marzo 2020 fosse giuridicamente e moralmente giustificabile data l'eccezionale situazione a livello globale. Se si potevano comprendere le ragioni del primo ordine di tali dispositivi, non è possibile farlo per quanto riguarda il secondo ordine. Ancora prima che la prima fornitura arrivasse a Bolzano il 24 marzo 2020, l'Azienda sanitaria o qualcuno nell'Azienda sanitaria, o forse qualcuno dei vertici politici della Provincia, ha deciso la sera del 23 marzo 2020 di effettuare un altro ordine. "Alle ore 23.12 arriva dal dott. Kaufmann l'ordine per un'altra grande fornitura." Alle ore 23.19 Engl conferma via mail l'incarico", ha dichiarato Heiner Oberrauch. Oggi, tutte le parti coinvolte nell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, nel dipartimento Salute e nella Giunta provinciale negano il secondo ordine. Anche su questo non c'è alcun documento ufficiale - alla commissione d'inchiesta non è stato fornito tale documento come richiesto. Fino al termine dei suoi lavori, la commissione non è riuscita a chiarire come si sia arrivati a questo ordine finanziariamente molto oneroso di importo superiore a 25 milioni di euro. Nella sua audizione del 19 novembre 2020 il signor Marc Kaufmann ha dichiarato quanto segue: "Le ultime informazioni che ho riguardo al successivo secondo ordine, che è in fondo la questione centrale, finiscono con questo elenco dei desideri, o piuttosto elenco delle necessità, da me consegnato. Tutto il resto non lo so. Non ero coinvolto. Pertanto, non posso fornire alcuna informazione rilevante in merito". Riguardo a quest'ordine, né il direttore generale dell'Azienda sanitaria, né l'assessore provinciale,

né il dirigente della task force, né i funzionari responsabili degli acquisti, né il presidente della Provincia sanno nulla!
Sussistono pertanto notevoli dubbi sulla legittimità della procedura relativa alla seconda fornitura, poiché non c'era più un'eccessiva urgenza. Ci possono essere equivoci su 25 milioni di euro? L'in¬carico per il secondo ordine, di cui esistono solo e-mail, è stato conferito nell'arco di pochi giorni e ancora prima che il 29 marzo 2020 arrivassero le perizie. Ancora una volta, l'Azienda sanitaria ha attuato una procedura di acquisto che si discosta completamente dai meccanismi dei tradizionali ordini in tempi normali. L'incarico è andato alla stessa azienda e per prodotti identici, ma ad un costo molto più alto. Riguardo a questo, la commissione non dispone di delibere o contratti dell'Azienda.
Al più tardi a questo punto avrebbero dovuto essere coinvolti nella procedura di acquisto i funzionari e le funzionarie addetti agli appalti e agli acquisti della Provincia e dell'Azienda sanitaria, poiché l'urgenza richiesta non sussisteva più. Questo avrebbe almeno generato certezza giuridica e trasparenza. Le riserve già espresse dagli uffici interni al tempo del conferimento del primo incarico alla Oberalp Spa avrebbero dovuto far riflettere la dirigenza dell'Azienda sanitaria e la direzione medica per l'emergenza Covid sull'assegnazione del secondo e ben più ampio incarico. Non c'erano più i presupposti giuridici per un incarico in questa forma. Nel corso delle audizioni non è stato possibile chiarire perché per il secondo ordine non siano stati redatti un incarico scritto e un contratto sottoscritto da entrambe le parti. La Oberalp Spa ha ricevuto un secondo incarico per 28.490.000 euro solo tramite l'e-mail del 23 marzo 2020, incarico poi corretto, su richiesta dell'Azienda sanitaria, nell'incontro tra la Oberalp Spa e l'Azienda sanitaria del 31 marzo 2021 e ridotto, aggiornando l'entità dell'ordine, a 25.085.000 euro. Nell'incontro del 31 marzo 2020 tra i rappresentanti della Oberalp Spa e l'Azienda sanitaria sono stati discussi e concordati in dettaglio la gestione operativa, il trasporto e la logistica. In quel momento, l'Azienda sanitaria già disponeva delle perizie negative della Dekra e dell'Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik (ARWT), e venivano inviate ai collaboratori e alle collaboratrici dell'Azienda sanitaria le prime lettere riguardanti l'uso dei dispositivi di protezione individuale (DPI) da parte della direzione sanitaria e della direzione tecnico-assistenziale dell'Azienda sanitaria (31 marzo 2020).
Nel corso dell'audizione, la dirigenza dell'Azienda (direttore generale, direttore sanitario, direttore amministrativo e direttrice tecnico-assistenziale) ha negato di aver dato incarico alla Oberalp Spa di effettuare il secondo ordine. Del secondo ordine non è ancora stata fornita alcuna merce. È ancora depositata in Cina e funge da proprietario la Oberalp Spa che ha anticipato i soldi per l'Azienda sanitaria.
La prima lettera di valutazione negativa dell'INAIL sui dispositivi di protezione individuale (DPI) della Oberalp Spa (l'Azienda sanitaria aveva richiesto all'INAIL una valutazione il 26 marzo 2020) è pervenuta il 1° aprile 2020, ed è stata seguita da un'altra relazione negativa il 5 aprile 2020. Il 18 aprile 2020, la direzione centrale dell'INAIL ha dichiarato che, conformemente alle norme in vigore per l'emergenza Covid-19, e vista la richiesta dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige e i risultati delle valutazioni effettuate, i DPI in questione non erano conformi alle norme vigenti e che ne era vietata l'immissione in commercio. Solo a questo punto sono stati ritirati i DPI della Oberalp Spa, sia nell'Azienda sanitaria, sia nelle residenze per anziani e nelle case di cura.
5. VALUTAZIONE
La ricostruzione degli eventi mostra come la trasparenza, la comunicazione aperta e l'ampio coinvolgimento delle strutture responsabili dell'amministrazione pubblica non siano la prassi né tra i responsabili delle decisioni prese a livello di Giunta provinciale, né ai vertici dell'Azienda sanitaria altoatesina. Quando si prendono decisioni di così ampia portata, anche e soprattutto in una situazione di pandemia, sono necessarie procedure standardizzate, altrimenti non è possibile gestire le situazioni di emergenza in modo professionale. Ciò è particolarmente evidente nel caso dell'incarico affidato alla Oberalp Spa per la fornitura di materiali di protezione; già dal primo ordinativo non c'è traccia di un contratto d'ordine controfirmato – cosa insolita per un'amministrazione pubblica. Anche in situazioni di emergenza, se esistono procedure standardizzate, è possibile redigere dei contratti in tempi brevi e senza perdite di tempo, dato che sia l'amministrazione provinciale, sia l'Azienda sanitaria dispongono di personale qualificato. Questo scenario, che ha avuto conseguenze del tutto deplorevoli per l'azienda Oberalp Spa, offre un eloquente spaccato

della gestione amministrativa e politica della sanità in provincia di Bolzano. Nel corso delle numerose e approfondite audizioni, sono emerse in tutta la loro evidenza le carenze organizzative dell'Azienda sanitaria. Colpisce il fatto che nei distretti sanitari periferici si riscontrino chiare gerarchie con l'attribuzione delle relative aree di responsabilità, mentre tali gerarchie sono assenti nel distretto sanitario di Bolzano. Nonostante ampie ricerche, non è stato possibile chiarire chi sia responsabile del¬l'uso, della custodia e della distribuzione dei dispositivi di protezione individuale nel distretto sanitario di Bolzano. La sovrapposizione di competenze e la scarsa trasparenza delle strutture amministrative hanno fatto sì che tutte le persone sentite nel corso delle audizioni si ritenessero non competenti e di conseguenza non responsabili.

È incomprensibile che in questo delicato iter procedurale dell'amministrazione provinciale e della più grande azienda pubblica della provincia abbia prevalso il principio degli accordi verbali piuttosto che quello della comunicazione scritta e vincolante.

Anche il modo in cui sono state gestite le perizie negative (Dekra, Amt für Rüstungs- und Wehrtechnik), pervenute alla direzione generale via e-mail il 29 marzo 2020, non corrisponde a una gestione professionale delle emergenze da parte di un'Azienda sanitaria che dispone di una buona struttura organizzativa. Lo stesso vale per il trattamento dell'e-mail inoltrata con allegato ai vari responsabili all'interno dell'Azienda e negli ospedali. Proprio in questo importante messaggio di posta elettronica mancavano risposte e raccomandazioni su questioni di rilievo riguardo alla sicurezza dei materiali di protezione e ai risvolti sul piano del diritto del lavoro qualora si continuasse a farne uso. In questa fase iniziale, le decisioni sull'uso dei dispositivi di protezione individuale (DPI) sono state in gran parte demandate ai responsabili del livello direttivo intermedio, che le hanno attuate in modo diverso negli ospedali, nelle residenze per anziani e nelle case di cura, a seconda della loro esperienza e sensibilità. Proprio questa circostanza ha suscitato risentimento e malcontento tra il personale delle aree a rischio Covid-19.

Nel corso delle audizioni, si è fatto notare più volte e da più parti che negli ospedali, nelle residenze per anziani e nelle case di cura le decisioni prese dalla direzione medica per l'emergenza Covid – in particolare per quanto riguarda la gestione dei dispositivi di protezione individuale (DPI) – non venivano comunicate ufficialmente nemmeno al per-sonale dirigente, che spesso riceveva le informazioni in ritardo e per vie traverse. Questo approccio ha minato la motivazione e la fiducia del personale.

Duole dover constatare che i responsabili, persino quelli in posizioni direttive, sono stati coinvolti solo con titubanza nei processi decisionali. È incomprensibile che, indipendentemente dalla situazione di urgenza e di emergenza dovuta alla pandemia di Covid-19, né l'ufficio legale della Provincia né l'agenzia per gli appalti siano stati coinvolti nel processo di aggiudicazione alla Oberalp Spa, che ha dovuto versare un anticipo in denaro per l'acquisto dei DPI. Sarebbero state queste le strutture preposte e dotate delle competenze necessarie a valutare il quadro giuridico e le modalità di pagamento modificate dal decreto Conte. Si tratta di procedure alle quali ci si deve attenere anche in situazioni di emergenza come la pandemia di Covid-19, per non ritrovarsi in situazioni difficili dal punto di vista giuridico, come quella in cui versano attualmente l'amministrazione provinciale e l'Azienda sanitaria nei confronti della Oberalp Spa.

Nel valutare l'iter procedurale dell'Azienda in materia di acquisti e forniture, si nota uno scarso apprezzamento della qualità, dell'esperienza e del grande impegno dimostrato dal personale direttivo di livello intermedio. Proprio queste persone con il loro know-how e il loro bagaglio di esperienze avrebbero potuto essere di grande aiuto nella stesura dei contratti. Le audizioni non sono servite a dissipare il dubbio, in seno alla commissione, che l'affidamento già della prima fornitura di dispositivi di protezione individuale alla Oberalp Spa si sarebbe forse potuto evitare se ci fosse stata una pianificazione lungimirante. In questo contesto si nota la mancanza di un piano pandemico aggiornato che definisca le funzioni della Protezione civile locale e le sinergie con la Protezione civile nazionale in caso di pandemia. La Protezione civile provinciale non è stata in grado di adempiere al suo compito primario.

6. IN SINTESI

La commissione d'inchiesta non intende esprimere un giudizio sui singoli dirigenti che sono stati chiamati a testimoniare e che hanno fatto del loro meglio operando con professionalità durante la pandemia. Se vengono mosse critiche alla gestione dell'emergenza o vengono evidenziati errori, ciò avviene innanzitutto al fine di stabilire una linea di condotta per il futuro.

Tuttavia, è compito della commissione d'inchiesta analizzare i fatti relativi all'operato della Giunta provinciale e degli assessorati alla sanità e al sociale nonché allo stile dirigenziale all'interno dell'Azienda sanitaria, della protezione civile, delle residenze per anziani e delle case di cura, ecc. nel contesto della pandemia di Covid-19 e in relazione all'acquisto di dispositivi di protezione, nonché valutare l'opportunità e l'adeguatezza delle decisioni prese. L'improvvisazione e la scarsa competenza dimostrate nella gestione di questa emergenza pandemica rendono necessario un radicale ripensamento della struttura dirigenziale e del proces¬so di selezione dei vertici dell'Azienda sanitaria.

Nell'analizzare i processi decisionali non si può non tener conto dell'evoluzione estremamente rapida della pandemia e delle iniziali incertezze nella sua valutazione da parte del mondo medico. Il 31 dicembre 2019, l'OMS fu informata di alcuni casi di polmonite con causa sconosciuta nella città di Wuhan, in Cina. Il 7 gennaio 2020, le autorità cinesi identificarono un nuovo tipo di coronavirus successivamente denominato "virus Covid-19". Il 20 gennaio 2020 fu reso noto che il virus si trasmetteva da persona a persona. L'11 marzo 2020 l'OMS dichiarò lo stato di pandemia. Sei settimane prima, il 31 gennaio 2020, il presidente del Consiglio Conte aveva dichiarato lo stato di emergenza sanitaria nazionale, ma solo 22 giorni più tardi erano stati presi dei provvedimenti concreti mediante decreti di vasta portata emanati dal ministro della salute.

Queste decisioni del Governo avrebbero dovuto innescare per tempo, tra i responsabili politici provinciali, presso l'Agenzia per la protezione civile e l'Azienda sanitaria altoatesina, un meccanismo di emergenza che avrebbe dovuto procedere secondo le linee guida di un piano pandemico recente e aggiornato. Proprio la disponibilità di un piano pandemico moderno ed esaustivo, che avrebbe dovuto essere elaborato secondo le linee guida dell'UE, avrebbe rappresentato un grande vantaggio in questa situazione di emergenza. Sulla base di questa esperienza, la Giunta provinciale dovrebbe farsi carico di redigere un nuovo piano pandemico riveduto e adeguato alle esigenze moderne, in linea con la legislazione statale ed europea e che tenga conto delle conoscenze acquisite durante l'emergenza Covid-19. La gestione delle emergenze dovrebbe essere instaurata a tutti i livelli decisionali di rilievo della Provincia, dell'Azienda sanitaria, dell'Agenzia per la protezione civile, delle residenze per anziani e delle case di cura in conformità con le previsioni del piano pandemico di nuova stesura.

Chi è al governo ed ha in ultima analisi la responsabilità politica dell'Azienda sanitaria nonché della Protezione civile provinciale, ha il compito di convocare al più presto tutti i dirigenti responsabili per consultazioni e per pianificare un approccio coordinato. L'esito di tali consultazioni va comunicato in modo trasparente. Durante tutta la procedura di acquisto dei materiali protettivi sono mancati un coordinamento organico e capillare e una comunicazione interna trasparente. Proprio la comunicazione avrebbe rafforzato la fiducia della popolazione e del personale nella correttezza dell'operato delle autorità. La diffusione di notizie vaghe può forse servire, in un primo momento, a tranquillizzare la popolazione, ma rischia di compromettere proprio questo bene prezioso. Sotto questo aspetto si nota chiaramente la mancanza di un sistema di gestione delle emergenze e della comunicazione, che in un'Azienda sanitaria con quasi 10.000 dipendenti dovrebbe rientrare nella prassi ed essere vissuto in maniera responsabile.

Anche in situazioni di emergenza come la pandemia di Covid-19, occorre attenersi alle normali procedure amministrative previste per l'affidamento di forniture. Ogni grande azienda e ogni amministrazione pubblica dispone delle risorse necessarie a tale scopo. I contratti possono essere negoziati e stipulati per iscritto anche in tempi rapidi. La responsabilità politica della legittimità delle procedure di stesura di tali contratti è in capo all'assessore provinciale competente, mentre la responsabilità amministrativa ricade sui vertici dell'Azienda sanitaria. In particolare in fase di ordinazione della seconda fornitura si sono verificati gravi errori, dovuti a un intreccio di interventi politici, al travalicamento di competenze e a una commistione fra rapporti personali e strutture amministrative. Non è pensabile che un ordinativo di questa portata sia stato fatto senza accordi

e intese chiare, solo per mezzo di una "lista dei desideri" inviata via e-mail dal capo della task force, che in virtù della sua funzione non poteva affatto essere responsabile del procedimento tecnico-amministrativo e nemmeno autorizzato a dare il via libera a un tale ordinativo.
Per quanto riguarda la gestione dei dispositivi di protezione forniti, dopo che le perizie hanno stabilito che erano difettosi, si deve affermare che l'Azienda sanitaria ha tardato ad adempiere al suo obbligo di diligenza e responsabilità e ha tenuto i dipendenti all'oscuro dei fatti mettendone a rischio la salute attraverso una comunicazione carente e il tentativo di occultare le perizie negative. La responsabilità di ciò ricade sul direttore generale, che era informato fin dall'inizio dell'inadeguatezza dei dispositivi di protezione. Infatti, i testimoni sentiti dalla commissione hanno dichiarato di non essere stati informati a sufficienza o per nulla, che le critiche interne non erano gradite e che sono state liquidate come tentativi di diffondere il panico. La situazione è stata particolarmente grave per il personale delle residenze per anziani e delle case di cura.
Organizzazione interna: se sono stati commessi degli errori, è necessario che l'assessore alla sanità se ne assuma la responsabilità politica.
Di norma un'azienda sanitaria efficiente è caratterizzata da una leadership ben definita, da processi stabiliti democraticamente e strutturati in modo gerarchico, dalla trasparenza e da una netta assunzione di responsabilità. Una cultura aziendale di questo tipo si rivela vincente proprio e soprattutto nelle emergenze. Ciò, tuttavia, non si può certo affermare nel caso dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige, stando a quanto emerso nel corso delle audizioni svolte da questa commissione in relazione alla vicenda del 2020 legata ai dispositivi di protezione dal Covid-19. Ciò evidenzia i punti deboli nella gestione dell'Azienda sanitaria.
Si raccomanda vivamente di elaborare piani dettagliati per la gestione delle emergenze e delle calamità a tutti i livelli degli uffici coinvolti dell'amministrazione provinciale, dell'Azienda sanitaria del¬l'Alto Adige, delle residenze per anziani, delle case di cura e dell'Agenzia per la protezione civile. Ciò include anche lo sviluppo di una "cultura del¬l'errore", ovvero di metodologie che consenta¬no di gestire gli errori nella prassi lavorativa. Nel corso delle audizioni i/le componenti della commissione d'inchiesta non hanno avuto modo di constatare una tale forma di gestione degli errori commessi nel contesto dell'acquisto di dispositivi di protezione individuale (DPI).
Le aziende della Provincia autonoma di Bolzano devono essere meglio preparate ad affrontare ulteriori prove di stress sia in termini di organizzazione che di dirigenza. Questo è il fondamentale insegnamento politico che dobbiamo trarre per il futuro dall'esperienza e dalla valutazione della vicenda legata alla Oberalp Spa.

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Ploner! Dichiaro aperta la discussione e do la parola alla consigliera Foppa. Ricordo che ogni consigliere ha diritto di parlare 10 minuti. Prego, consigliera Foppa.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente per la parola! Und weil es auf keinen Fall vergessen werden soll, danke ich gleich vorab dem Präsidenten, den Mitgliedern des Ausschusses und allen, die uns in diesem schwierigen Jahr zur Seite gestanden sind, dem Rechtsamt, dem Übersetzungsamt, der Mitschrift, aber auch dem Presseamt. Da war viel Arbeit dahinter, die nicht von uns Abgeordneten geleistet worden ist und wirklich gewürdigt werden muss. Ich bedanke mich auch bei jenen, die uns so viel über das Südtiroler Gesundheitssystem gesagt haben. Das Erste, das ich hier im Anschluss an den Minderheitenbericht, den wir ja unterzeichnet haben, sagen möchte, ist, dass der Einblick in das Gesundheitswesen ein sehr tiefer war. Das ist in diesem Jahr ermöglicht worden und man muss dazusagen: Es war der Einblick ins Gesundheitssystem im schwierigsten Moment, also im Moment der Krise, im Moment der Belastung und im Moment, in dem der größte Stress auf dieses System hinzugekommen ist, nicht ganz ungewarnt, das möchten wir auch sagen, und nicht ganz unvorbereitet. Es gab warnende Stimmen, die an die Verantwortlichen gegangen sind, die an die politische Ebene gegangen und nicht alle gehört worden sind. Aber es war ein Moment der Belastung, von dem wir ausgegangen sind. Wir haben in diesem Jahr vieles gesehen. Wir haben Mut gesehen, dieser Mut ist vor allem aus den unteren Ebenen gekommen. Das möchte ich für meine Person ganz sicher sagen. Der Mut kam hauptsächlich aus den unteren Rängen. Die oberen Ränge haben sich sehr viel Verantwortung hin- und hergeschoben. Zu einigen Fällen, zu einigen Fakten und zu einigen

Vorfällen haben wir bis zuletzt keine eindeutige Aussage gekriegt und auch keine eindeutige Verantwortlichkeit feststellen können. Was wir aber schon gesehen haben, ist, dass es innerhalb des Managements ein gemeinsames Wording gegeben hat. Und das – ich war ja Schriftführerin dieses Ausschusses – war auffallend. Ein zentraler Satz – der Kollege Präsident Ploner hat ihn vorgelesen -, der immer wieder gefallen ist - deshalb klag er auch nach einer bereits vorbereiteten, untereinander geteilten und ausgetauschten Erzählung -, war der Satz: "Hätten wir denn Müllsäcke verteilen sollen?" Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, es ging eben nicht darum, was verteilt hätte werden sollen. Es ging darum, was gesagt hätte werden sollen. In diesem einen Satz würde ich das Fazit des Untersuchungsausschusses sehen. Es ging nicht darum, was verteilt hätte werden sollen. Es war klar, dass man das verteilt hat, was da war. Aber es hätte es etwas anderes gesagt werden müssen. Und das ist das Herzstück und das Zentrum der Arbeiten des Ausschusses, und das ist das Zentrum und das Herzstück dieser Thematik. Was hätte man sagen sollen? Man hätte ganz klar sagen sollen: "Achtung, das Material entspricht nicht den Standards!" Das hätte von ganz oben gesagt werden müssen, nicht durch diesen guten Geist, der die Mail geschickt hat, wie uns einer der Mediziner gesagt hat. Gerade in Not- und Stresssituationen und in so komplexen Systemen, wo es um sehr viele Menschen und um die Gesundheit von sehr vielen Menschen geht, geht es nicht an, dass so wesentliche Dinge über Zufälle passieren. Das ist das, was mich als Mitglied dieses Ausschusses am nachhaltigsten betroffen gemacht hat, denn es war ein Zufall, ein guter Geist und die mutige Aktion einer Person, die dafür nicht den Auftrag hatte. Das ist das Problem, denn das lässt sehr tief blicken, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Gesundheitssystem. Diejenigen, die die Anhörungen nicht verfolgt haben, werden uns glauben, dass die Kommandokette bis zum Schluss nicht klar war. Sie war in einigen Strukturen klarer definiert, hat auch zu deutlicher Verantwortungsübernahme geführt, aber in anderen eben überhaupt nicht. Ich denke mir, da ist anzusetzen, denn wenn niemand weiß, wer zuständig ist, dann können keine klaren Entscheidungen fallen. Diese klaren Entscheidungen können dann auch nicht kommuniziert werden. Die hängen irgendwo in der Luft und hängen an den Aktionen von Einzelpersonen. Wir haben von den Aktionen von Einzelpersonen – und davon sind einige sehr bewundernswert – gehört, dass da Menschen einfach auch Handlungen vorgenommen haben, die sinnvoll und wichtig waren und dann auch die Reaktion des großen Gesundheitssystems und des oberen Managements mit sich gezogen haben. Das muss man sich auch erst einmal vorstellen, aber das kann nicht System sein. Das ist das, wo sicher auch die Staatsanwaltschaft noch dem nachzugehen hat, aber das ist etwas, wo abzuleiten ist, wenn wir daran denken müssen, was an diesem System verbessert werden kann, denn wir haben es immer wieder gesagt und es ist auch hier in dieser Zusammenfassung noch einmal zu sagen: Die Verpflichtung, die arbeitende Person mit geeigneten und gesicherten Ausrüstungen zu schützen, liegt beim Arbeitgeber. Dieser Pflicht ist zumindest laut dem Dafürhalten nach einem Jahr Anhörungen, was mich betrifft, nicht nachgekommen worden. Dieser Pflicht ist beiläufig nachgekommen worden. Eigentlich auf Veranlassung, die von einem Zufall ausgegangen ist, oder von der Aktion einer Einzelperson, aber das geht nicht an! Da sind Hunderte von Menschen betroffen gewesen. Wenn der Landesrat uns dann gesagt hat: "Wir haben ja keine Krankheitsfälle gehabt", dann das erst einmal noch zu bestätigen. Wenn wir uns die Statistiken anschauen, wie viele Arbeitsunfälle bzw. Krankheitsfälle es gerade in den sanitären und sozialen Einrichtungen im Vorjahr gegeben hat, dann können wir uns auch ruhig fragen, wie viel da mit den Ausrüstungen zusammenhing. Wir fußen hier auf Korrelationen, wir haben hier keine Kausalzusammenhänge, deswegen wollen wir hier auch keine Aussagen in diesem Sinne treffen. Aber es ist wichtig, dass die Verantwortung übernommen wird, über die Menschen, die im Betrieb arbeiten, über die Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten. Da haben wir den ersten zentralen Punkt dieses Themas gehabt.

Der zweite Punkt betrifft die Gründe für dieses Verhalten, warum man das den Mitarbeitenden nicht sofort gesagt hat. Wir haben wirklich lange versucht, dem nachzugehen und ich komme zu zwei Hypothesen. Eine Hypothese ist die, dass man die gesamte Aktion "Beschaffung der Schutzmasken" dermaßen aufgeblasen hatte – ich sage es jetzt sehr flapsig -, dass es danach keinen guten Eindruck macht, wenn man sagen muss: "Achtung, das Material entspricht nicht den Standards!" Da hat sich manch einer dieser Verführung des Helden nicht entzogen. Und ich erinnere auch an die Zeit bzw. an das Vokabular dieser Zeit, diese Kriegsmetaphorik, die vorgeherrscht hat, nicht nur bei uns. Zum Teil sitzt sie immer noch in den Erzählungen. Aber wenn ihr euch erinnert, dann gab es da diese Luftbrücke. Man hat mit einer Luftbrücke die Masken gebracht. So einen Terminus zu verwenden und danach ist das Material nicht standardgemäß, das ist ein hoher Fall, den man da preisgibt. Ich glaube, das war die erste Verführung. Die zweite ist etwas praktischer, aber ich glaube, dass die beiden sich überlagert haben. Die zweite Verführung wird die gewesen sein, dass man sagt – und einige haben das auch so erklärt -: Man wollte nur keine Panik ausbrechen lassen. Da gibt es immer

zwei Ansätze. Entsteht Panik, weil man zuviel weiß oder weil man zu wenig weiß? Ich bin der Meinung, dass man in Panik gerät, wenn man zu wenig weiß. Aber man kann auch – und das ist ein sehr paternalistischer bzw. auch ein wenig autoritärerer Ansatz – davon ausgehen, dass die Leute in Panik geraten, wenn sie zuviel wissen. Wie gesagt, ich finde das nicht einen demokratischen Ansatz und die Zeit war schwer, aber den Menschen zu sagen, womit sie sich schützen oder eben nur zum Teil schützen, wäre die wesentliche Aufgabe gewesen.

Es bleibt uns noch der letzte Punkt offen, die Zeit ist quasi um. Deswegen mache ich es ganz kurz. Was wir nicht geklärt haben, ist, wie es zu dieser 25-Millionen-Bestellung kommen konnte. Das bleibt weiterhin ein enormes Rätsel in der Geschichte unseres Landes, denn es wird schon Zufälle geben und es wird auch Missverständnisse geben, aber Missverständnisse zu 25 Millionen Euro sind doch etwas eigenartig und lassen wahrscheinlich auf ein großes Nahverhältnis schließen. Aber dazu wissen wir hier zumindest nach diesen Anhörungen ganz sicher zu wenig, das konnte nicht geklärt werden. Diese drei Punkte sind für mich die Kernstücke der Arbeiten in diesem Jahr. Ich glaube, wenn man jetzt ehrlich, transparent und demokratisch ist sowie Verantwortung übernimmt, dann könnte man jetzt auch einiges davon ableiten für andere schwere Zeiten, die uns womöglich auch noch einmal bevorstehen. Danke schön!

RIEDER (Team K): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Südtiroler Landtag und geschätzte Bürgerinnen und Bürger im Livestream! Fast genau ein Jahr lang arbeitete der Untersuchungsausschuss des Landtages unter dem Vorsitz unseres Landtagsabgeordneten Dr. Franz Ploner. Es gab viele Sitzungstage und Anhörungen von sage und schreibe fast 80 Auskunftspersonen. Und auch ich möchte allen, die im Untersuchungsausschuss in irgendeiner Weise mitgearbeitet haben, hier einfach nur danke sagen, für diese wertvolle Arbeit!

Kollege Ploner leitete den Untersuchungsausschuss von Anfang an vertrauensvoll - und wie er selbst kürzlich öffentlich zugab - mit der leisen Hoffnung, dass es zum Wohle der Sanitätsangestellten, der Bediensteten in den Pflege- und Seniorenheimen, zum Wohle ihrer Familien und zum Wohle der Südtiroler/innen möglich sein muss, auf Versäumnisse hinzuweisen und Lehren für die Zukunft zu ziehen, denn die Bürger/innen müssen die Gewissheit haben, dass sich Politik und Verwaltung ausschließlich dem Wohl der Bevölkerung verpflichtet fühlen. Ich glaube, Franz Ploner hat das bewiesen in dieser Zeit. Er war immer bemüht, unabhängig und neutral zu bleiben, in der Hoffnung, dass der Ausschuss gemeinsam, Mehrheit und Opposition, zu einer politischen Bewertung kommen würde. Aber nein, es hat nicht sollen sein. Oder vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP-Lega-Regierungsmehrheit, hat es nicht sein dürfen?

Herr Kollege Locher, ich war mehr als verwundert über Ihre Aussage als Stellvertreter des Präsidenten. Ich zitiere Sie: "*Wir lehnen als SVP den Bericht des Präsidenten ab, auch wenn wir ihn noch nicht kennen.*" Diese Aussage spricht Bände über den Respekt, den Sie dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses entgegenbringen. Die Aussage zeigt ja auch, dass Sie und daher die Mehrheit aus SVP und Lega kein Interesse an einer sachlichen Aufklärung hatten und diese auch bis heute nicht haben. Ich weiß nicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sich gefühlt haben, nachdem Sie den Bericht des Präsidenten gelesen und heute hier gehört haben?

Ich will und darf Ihnen als Person, die 32 Jahre lang im Südtiroler Sanitätsbetrieb tätig war, sagen, dass die politische Bewertung rund um die Beschaffung von Schutzausrüstung bei mir persönlich einerseits großes Unverständnis getroffen ist, andererseits aber genau das bestätigt hat, was ich in den letzten Jahren in meiner täglichen Arbeit im Sanitätsbetrieb immer wieder erlebt habe: unklare Zuständigkeit und Entscheidungsketten, Mangel an klarer Kommunikation und Transparenz von oben nach unten, Informationen nur dann, wenn es gar nicht mehr anders geht. Und die Folgen? Verunsicherung und mangelndes Vertrauen bei den Mitarbeiter/innen im Sanitätsbetrieb und natürlich in der Folge auch bei der Bevölkerung draußen. Ich musste mir definitiv die Augen reiben, als ich hörte, wie die Beschaffung von Schutzmaterialien durchgeführt wurde.

Folgende Fragen muss sich die oberste Führungsspitze der Sanität zweifelsohne gefallen lassen. Ja, und ich schaue auch zu Ihnen, Herr Landesrat Widmann, auch wenn Sie gerade nicht zuhören, denn zu Herrn Zerzer kann ich diesem Moment nicht schauen. Die Fragen sind: Ein einziger privater Anbieter hat einen "Direktauftrag" bekommen, die Firma Oberalp. Und diese Firma hat in ihrer gesamten Geschichte als Textilunternehmen keinen einzigen Schutzkittel oder sonstigen Textilartikel an die 7 Krankenhäuser oder der 76 Alten- und Seniorenpflegeheime geliefert. Die Frage ist: Warum hat ausgerechnet die Oberalp-AG den wohl größten Einzelauftrag in der Geschichte des Südtiroler Sanitätswesens erhalten? Natürlich ist die große Frage auch das Wie, wie dieser Auftrag zustande kam. Ich frage mich: Wie ist es möglich, dass der Sanitätsbetrieb, wo

kein Pflaster, kein Kugelschreiber, ja, kein Putzmittel ohne öffentliche Ausschreibung eingekauft werden darf, einen millionenschweren Auftrag erst mündlich bzw. per E-Mail erteilt, ohne dass dafür ein Vertrag oder ein Beschluss vorliegt?

Verstecken Sie sich hier bitte nicht hinter der Aussage, die der Vizepräsident in den letzten Wochen hier gebetsmühlenartig wiederholt hat. "Es war eine Notsituation und weltweit gab es kaum Schutzausrüstung." Notstand kann und darf nicht alles rechtfertigen, schon gar nicht, dass die für die Einkäufe zuständigen Abteilungen im Sanitätsbetrieb de facto nicht einbezogen wurden. Das, sehr geehrter Herr Zerzer, können Sie nicht schönreden und auch Sie nicht, Herr Landesrat Widmann! Ich frage Sie: Wollten Sie oder - schlimmer noch - durften Sie in jenen dramatischen Wochen nicht mehr auf ihre eigenen Mitarbeiter/innen zurückgreifen? Denn in beiden Fällen zeigt sich hier ein nie dagewesenes Misstrauen gegenüber den Führungskräften und Mitarbeiter/innen der zuständigen Abteilungen des Sanitätsbetriebes.

Das Schicksal meinte es natürlich nicht gut mit der Sanitäts- und Landesspitze. Wir sind uns auch der Schwierigkeiten bewusst, denn wer hätte ahnen können, dass AUA-Passagiermaschinen dann zum Schluss Ramschware nach Südtirol liefern würden? Nein, der von Ihnen mantraartige Sager – und ich wiederhole es, wir haben es vorher schon gehört -: "Hätten wir Müllsäcke nehmen sollen?" war nicht die einzige Alternative zu einer Operation, bei der man aufs Geratewohl einem Unternehmer allein die Verantwortung aufgebürdet hat, Millionen Euro aus dem Fenster zu werfen. Es hätte Menschen mit juristischen Sachverstand im Umfeld von Herrn Zerzer, Herrn Widmann oder dem Landeshauptmann geben müssen, die hätten sagen können oder sagen müssen: Nein, das Land und nicht die private Oberalp-AG kann hier in Vorkasse gehen.

Kollege Locher, Ihr Bericht, hingegen, spart gerade all das aus, wovon ich jetzt gesprochen habe. Alles, was total schiefgelaufen ist, erwähnen Sie nicht! Aber, liebe politische Mehrheit, es kam dann auch noch schlimmer. Denn plötzlich stand nicht nur die Frage nach der Beschaffung des Materials im Raum, sondern auch der unfassbare Verdacht, der dann zur traurigen Gewissheit wurde, dass die Schutzmaterialien keinen ausreichenden Schutz vor Covid-19-Infektionen bieten würden. Und was fiel der Sanitätsspitze in dieser akuten Bedrohungslage für die Sicherheit von Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenhäusern und in den Alten- und Seniorenpflegeheimen ein? Mauern, vertuschen und schönreden und immer wieder als Rechtfertigung die Aussage: "Hätten wir Müllsäcke nehmen sollen?"

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, jetzt wende ich mich noch direkt an Sie: Haben Sie nicht schon einmal für weit geringeres Managementversagen einen Generaldirektor aufgefordert, seinen Auftrag zurückzulegen? Damals ging es um die "verschwitzte" Verlängerung von Versicherungspositionen. Hier geht es um viel mehr und der Minderheitenbericht ist auch diesbezüglich sehr eindeutig. Ich zitiere: "*Die Chronologie dieser Ereignisse zeigt, dass die Führung des Sanitätsbetriebes in dieser Situation fahrlässig gehandelt hat*." und weiter: *"Die Informationen zu den vorhandenen Gutachten wurden nicht in einer transparenten Form an die Entscheidungsträger in den einzelnen Strukturen weitergeleitet, um beruhigend zu wirken. Vor allem die Bezirksdirektionen erfuhren anfänglich nur über die Veröffentlichung in den Medien bzw. von den ärztlichen Direktoren/innen über den Inhalt der vorhandenen Gutachtens.*" Zitatende.

Ich muss Ihnen sagen: Es ist für jeden Betrieb beschämend, wenn sich die Spitze nicht schützend vor die eigene Belegschaft stellt und eigene Fehler nicht zugeben kann und will. Durch die verspätete Information wurden die Angestellten einem enormen Risiko ausgesetzt. Es gab keinen offenen Umfang mit den negativen Prüfberichten für die Schutzbekleidung. Man kann hier eigentlich von Glück sprechen, dass der Sanitätsbetrieb über einen robusten Zwischenbau im mittleren Management verfügt. Denn es waren vor allem die einzelnen Gesundheitsbezirke, die vor Ort die richtigen Schlüsse zur Qualität der Oberalp-Lieferungen zogen und die sich – und ich zitiere noch einmal aus dem Bericht – "*der "Aufforderung zu Vertraulichkeit" aus Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Mitarbeiter/innen widersetzten ...*"

Und ich schließe mit den Worten aus dem Abschlussbericht, der nicht nur aufzeigt, was falsch war, sondern auch zeigt, wie man es vielleicht zumindest in Zukunft besser machen sollte oder wie es hätte besser laufen können. "*Wer Regierungsverantwortung hat und für den Südtiroler Sanitätsbetrieb politisch letztverantwortlich zeichnet, hat die Aufgabe, alle verantwortlichen Führungskräfte so rasch wie möglich zur Beratung einzubestellen und ein koordiniertes Vorgehen zu planen.*"

Sehr geehrter Herr Landesrat Widmann - lassen Sie mich noch kurz abschließen, Frau Präsidentin –, setzen Sie jetzt, wenn Sie diese Berichte gehört haben, vielleicht ein Zeichen und übernehmen Sie die Verantwortung für die Fehler, die ohne Zweifel gemacht worden sind! Die Anhörungen von über 80 Personen haben genau das gezeigt. Wer bei der Verlesung des Minderheitenberichtes genau hingehört hat, weiß jetzt, es wurden Fehler begangen und es wurde versucht, diese zu vertuschen. Landesrat Widmann, im Namen des

Team K und der Menschen in diesem Land, die von den Fehlentscheidungen betroffen waren, fordere ich Sie auf: Übernehmen Sie die politische Verantwortung für das Desaster und treten Sie zurück! Herr Landeshauptmann Kompatscher, wir bitten Sie, ziehen Sie die richtigen Konsequenzen aus dem vorliegenden Bericht! Bilden Sie die Landesregierung um, die Menschen in diesem Land vertrauen auf Sie! danke schön!

PRESIDENTE: Grazie, consigliera Rieder. Chiedo cortesemente di attenersi al tempo. 10 minuti ritengo siano un tempo sicuramente utile per esprimere le proprie idee. Grazie.

Consigliere Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Untersuchungsausschuss hat sich von Anfang an mit der Thematik des Maskenskandals auseinandergesetzt und es ging bei diesem Maskenskandal von Beginn an um drei Themenbereiche. Es ging um eine juridische Verantwortung, es ging um eine politische Verantwortung. Aber es ging auch um eine moralische Verantwortung. Es war nicht die Aufgabe des Untersuchungsausschusses, die juridische Verantwortung zu klären. Das ist die Aufgabe der Gerichte. Das hat uns als Ausschuss nicht primär interessiert. Uns ist es um die politische Verantwortung gegangen und in diesem Zusammenhang natürlich auch um die moralische Verantwortung. Beginnen möchte ich mit meinen Ausführungen nicht in Südtirol, sondern in Großbritannien. Diese Woche hat der britische Gesundheitsminister Matt Hancock seinen Rücktritt angekündigt. Warum? Weil er in der Öffentlichkeit fotografiert wurde, wie er mit einer Mitarbeiterin den Mindestabstand nicht eingehalten hat, zu einer Zeit, als die Bevölkerung den Mindestabstand einhalten musste. Er musste zurücktreten, weil das kein gutes Vorbild war. Das ist eine gelebte Verantwortung übernehmen. In Südtirol haben wir aber einen Generalsekretär des Gesundheitswesens, der weiterhin im Amt ist, obwohl er die Anweisung gegeben hat, zu verheimlichen, dass den Mitarbeitern eine Gefahr drohen könnte, weil die Schutzausrüstung, die ihnen zur Verfügung gestellt wurde, nicht den Schutz bietet, der auf der Verpackung steht. Wer wenn nicht ein solcher Generaldirektor wäre dann sofort seines Amtes zu suspendieren und mehr als rücktrittsreif, wenn sogar ein Gesundheitsminister in Großbritannien zurücktreten muss, nur weil er einen Mindestabstand nicht eingehalten hat? Er übernimmt Verantwortung und tritt zurück und unser Herr Zerzer in Südtirol, der das Leben von Mitarbeitern gefährdet hat, weil er ihnen die Wahrheit verschweigen wollte, arbeitet weiter. Das ist nicht politische und moralische Verantwortung übernehmen, meine Damen und Herren. Wir wurden ganz oft gefragt: Was hätte man denn bitte schön machen sollen? Es war nicht die Schuld der Landesregierung, dass das Material, das man aus China bekommen hat, fehlerhaft war. Das war auch nicht die Schuld des Gesundheitsbetriebes und schon gar nicht die Schuld der Firma Oberalp, die hier helfen wollte. Das muss man wirklich einmal ganz klar unterstreichen: Hier ging es nicht darum, dass sich ein Betrieb bereichern wollte, sondern es ging darum, dass ein Betrieb helfen wollte. Das muss man auch ganz klar einmal sagen. Aber diese Schutzausrüstung war fehlerhaft und das hätte man den Mitarbeitern einfach ganz klar sagen müssen. Man hätte sich hinstellen und sagen müssen: Liebe Leute, schaut bitte her! Wir haben hier Schutzmaterial bekommen, das nicht fehlerfrei ist. Passt bitte auf, tragt vielleicht diese Masken doppelt oder achtet darauf, dass die Passform genau ist. Oder passt auf, wenn ihr in den Covid-Bereich geht, dass ihr euch schützt. Es ist ein Unterschied, wenn ich eine Maske bekomme und im Glauben bin, dass sie den maximalen Schutz bietet, oder eine Maske bekomme, bei der gesagt wird: Pass bitte auf, weil es sein könnte, dass die nicht ganz perfekt ist. Dann gehe ich ganz anders damit um. Und der Mitarbeiter der Firma Deka hat uns das ja ganz klar gesagt: "Die größte Gefahr geht eigentlich davon aus, wenn ich den Mitarbeiter im Glauben lasse, dass dieses Ding gut ist", aber in Wirklichkeit war es so – und jetzt zitiere ihn weiter –, "dass jedes Taschentuch mehr Schutz geboten hätte". Das hat der Mitarbeiter der Firma Deka im Untersuchungsausschuss gesagt. Den Mitarbeitern im Gesundheitswesen hat man aber vermittelt, dass diese Masken einen FFP3-Standard haben, obwohl jedes Taschentuch besser gewesen wäre. Das hat man den Mitarbeitern verheimlicht. Die Sekretärin des guten Herrn Zerzer hat uns hier sogar noch gesagt, dass sie "zusammengestaucht" wurde, weil sie diese Nachricht weitergegeben hat. Und die Verantwortlichen in den Bezirkskrankenhäusern haben sich der Weisung von Dr. Zerzer widersetzt, weil sie gesagt haben, sie hätten es gegenüber ihren Mitarbeitern nicht verantworten können, diese Information geheim zu halten. Da frage ich mich noch einmal: Ist so jemand an der Spitze unseres Sanitätsbetriebes zu rechtfertigen? Ich glaube nicht. Wir haben erlebt, wie hier auch innerhalb des Sanitätsbetriebes mit Kritik umgegangen wird. Wir hatten die Aussage eines Arztes, der hier im Ausschuss gesagt hat, dass er von den Führungsriegen im Sanitätswesen bedroht wurde, wenn er seine Kritik nicht zurücknehmen würde. Wir haben Pfleger gehört, die sich nicht getraut haben, hier in den Ausschuss zu kommen, weil ihnen im Grunde genommen auch mit Konsequenzen gedroht wurde. Das zeigt schon sehr viel,

wie intern im Sanitätsbetrieb auch mit Kritik umgegangen wird. Wir haben hier im Ausschuss in diesem Plenarsaal einen Dr. Zerzer erlebt, der gesagt hat, er verweigert hier einem Abgeordneten die Aussage, weil der sich hier im Landtag einmal kritisch geäußert hatte. Also so quasi wenn ich kritisiert werde, dann werde ich gar nicht darauf antworten. Gerado so, als ob man sich in einem Untersuchungsausschuss aussuchen könnte, wem ich jetzt antworte, den Grünen, der Südtiroler Freiheit oder wem es gerade passt. Das ist derselbe Mann, der die Verantwortung für die Entscheidungen in unserem Sanitätsbetrieb hat. Das zeigt leider auf sehr eklatante Weise, wie mit Kritik umgegangen wird. Kritik ist nicht zu verstehen als etwas schlechtreden, sondern als etwas auf Fehler aufmerksam zu machen. Darum ging es uns auch im Untersuchungsausschuss. Es ging nicht darum, Leute an den Pranger zu stellen oder den Landesrat schlecht zu machen oder die Entscheidungen des Landeshauptmannes schlechtzureden, die bestimmt alle im guten Glauben gehandelt haben. Das will ihnen niemand in Abrede stellen. Aber es geht auch darum, aus den Fehlern zu lernen und dafür zu sorgen, dass sich derartige Dinge nicht noch einmal wiederholen. Wir haben erlebt, dass Mitarbeiter im Sanitätswesen Angst hatten, jeden Tag zur Arbeit zu gehen, und noch die größere Angst hatten, jeden Tag nach der Arbeit nach Hause zu gehen, weil sie nicht wussten, ob sie sich bei ihrer Arbeit anstecken oder ob sie sich bei ihrer Arbeit infizieren und diese Infektion mit zu ihren Angehörigen, zu ihren Partnern, zu ihren Kindern oder zu den eigenen Eltern mit nach Hause bringen, nur weil sie in Unsicherheit gelassen wurden, ob diese Schutzausrüstung Schutz bietet. Auf die eindeutige Nachfrage hin haben sie keine Antwort bekommen. Im Gegenteil, die leiseste Kritik wurde als Panikmache und Schlechtrederei abgetan, als Nestbeschmutzung im wahrsten Sinne des Wortes. Sie mussten alle Informationen aus den Zeitungen erfahren. Da müssen wir uns die Frage stellen, ob das ein moderner Umgang mit Mitarbeitern und auch ein moderner Umgang in Krisensituationen ist. Und abschließend - und das ist auch eine Erkenntnis und das gebe ich als Information einfach an die Landesregierung weiter – ist der unterschiedliche Umgang zwischen den Bezirkskrankenhäusern und dem Krankenhaus Bozen anzumerken. Man hat ganz klar feststellen können, dass in den Bezirkskrankenhäusern eine ganz klare Hierarchie und Struktur da ist. Da weiß man, wer die Masken entgegengenommen hat, wer sie sozusagen eingelagert hat, wer für die Austeilung der Masken verantwortlich gewesen ist. Da hat es eine ganz klare Hierarchie gegeben. In Bozen herrscht das blanke Chaos. Da ist jeder für alles und niemand für nichts verantwortlich. Wir haben es in einem Jahr Untersuchungsausschuss nicht geschafft, von den geladenen Zeugen eine Information zu erhalten, wer für die Annahme, für die Einlagerung und für die Ausgabe der Masken verantwortlich ist. Wir haben erlebt, wie uns Ärzte hier gesagt haben, dass sie nachts in den Operationssaal gehen mussten und keine Schutzausrüstung mehr mit hatten, weil der Zuständige, der dieses Kämmerlein betreut, wo die Schutzausrüstung drinnen liegt, nach seiner Arbeit einfach den Schlüssel mitgenommen hat und dann niemand mehr Zugang zur Schutzausrüstung hatte. Wir haben erlebt, dass Ärzte gesagt haben, dass zu Anfang der Pandemie diese Schutzausrüstung nicht einmal verwahrt wurde, sodass sich das Putzpersonal kistenweise Schutzausrüstung einfach mit rausgenommen hat, um es wahrscheinlich irgendwo selber zu verscherbeln. Das sind die Zustände im Krankenhaus Bozen. Da reden wir nicht von einem Dritte-Welt-Land von irgendwo in Afrika, da reden wir von Bozen, der Hauptstadt unseres Landes, dem Landeskrankenhaus. Das sind Zustände, wo wir uns schon die Frage stellen müssen, ob wir diese Zustände auch in Hinkunft akzeptieren wollen oder ob wir nicht die Erkenntnisse, die dieser Untersuchungsausschuss ans Licht gebracht hat, nutzen wollen, um mit diesen Missständen einmal aufzuräumen. Wenn die Hierarchien und die Verantwortungsbereiche in den Bezirkskrankenhäusern ganz klar sind, dann erwarten wir uns das auch vom Krankenhaus in Bozen.

Nachdem die 10 Minuten jetzt um sind, möchte ich auch zum Abschluss dieses Untersuchungsausschusses noch einmal allen Mitgliedern im Ausschuss danken. Ich möchte vor allem auch den Mitarbeitern des Landtages danken. Diese unglaubliche Arbeit, die geleistet wurde, die vielen Protokolle, all das ist eine unglaubliche Arbeit, die man sich nicht vorstellen kann. Ich hoffe, dass die Mehrheit diesen Untersuchungsausschuss nicht als etwas Lästiges ansieht, den man jetzt quasi über die Bühne gebracht hat, sondern dass man den Mehrwert daraus zieht, aus den Fehlern, die begangen worden sind, wissentlich und auch unwissentlich, dass man bereit ist, aus den Fehlern zu lernen, dass man aber auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen gegenüber der Bevölkerung im Land, gegenüber den Mitarbeitern und auch die entsprechenden Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zieht. Die können meiner Meinung nach nur die sein, dass ein Generaldirektor Zerzer in seiner Position nicht mehr tragbar ist.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa.

ORE 13.03 UHR

ORE 14.35 UHR

Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Proseguiamo il dibattito sulle relazioni finali della commissione d'inchiesta "Mascherine protettive". Si era prenotato il consigliere Nicolini, ne ha facoltà.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Mi dispiace che manchi l'assessore alla sanità al quale mi volevo rivolgere prima di tutto, comunque parto con qualche osservazione.

Innanzitutto vorrei fare un ringraziamento al presidente della commissione, perché ha fatto un lavoro certosino di analisi, un lavoro di verità, un lavoro di trasparenza che ogni cittadino della nostra provincia dovrebbe leggere per farsi un'idea sulla cultura politica dominante all'interno delle nostre istituzioni e anche all'interno dell'Azienda Sanitaria.

Noi facciamo sempre tanti appelli contro il *mobbing*, contro i trattamenti ingiustificati verso i dipendenti e ci accorgiamo invece che anche all'interno delle nostre strutture, dove abbiamo una responsabilità diretta, regna un po' uno stato di oppressione per quanto riguarda i dipendenti, e regna anche una certa impunità, se si commettono degli errori in nome magari di un'emergenza superiore e magari vengono anche allontanate delle persone che invece vogliono fare il proprio dovere come si deve.

Diciamo che in questa commissione sono stato un po' deluso, forse anche ingenuamente, perché pensavo che il ruolo delle parti dovesse essere messo da parte, noi eravamo tutti dei membri di questa commissione e il nostro scopo era di cercare la verità attraverso i fatti, cercare di analizzare un po' questo fatto grave della fornitura dove sono stati sprecati tanti soldi, dove non siamo riusciti a dare una protezione adeguata, mentre da parte della maggioranza è stata un po' usata una clava, una chiara chiave difensiva, cercando di approfittarsene un po' di questo stato di emergenza per giustificare qualsiasi errore e qualsiasi cosa sbagliata, non cercando invece dove si sono commessi degli sbagli e dove si poteva intervenire.

È chiaro che sbagli, errori e scandali ci sono stati dappertutto, a livello nazionale, a livello internazionale, questa è stata una pandemia dove abbiamo visto che il comportamento e anche la reazione è stata uguale un po' in tutto il mondo e questo forse è stato anche l'assunto sbagliato iniziale dove mi è sembrato, soprattutto all'inizio, che ci fosse un po' un'ansia da prestazione da parte della nostra politica locale per sbarcarsi rispetto a quelle che erano le direttive nazionali o anche internazionali e far vedere che qui le cose funzionano meglio.

Come è stato detto, è stata fatta un'operazione trionfale per portare questi mezzi dalla Cina, poi quando le cose sono andate male, e purtroppo c'è da dire che sono andate male non per colpe dirette della classe politica o anche dell'Azienda Sanitaria, ma perché sono andate male un po' dappertutto, però si è cercato di trovare subito il colpevole individuandolo da altre parti, magari nella Protezione civile o nell'INAIL, senza fare un'autocritica, senza vedere cosa non ha funzionato in casa nostra, perché la narrazione andrà anche bene, però poi il tonfo che c'è stato è stato ancora più rumoroso, ci si è resi conto di quante mancanze nonostante la buona volontà di tutti gli operatori coinvolti e quali sono stati i limiti del nostro apparato decisionale, politico e sanitario.

Questo *fil rouge* che abbiamo sentito sempre che da altre parti usavano i sacchi per le immondizie, non so perché sia stato usato continuamente questo *refrain* dove ci sono da aggiungere anche due cose, che qualche sacco per le immondizie si è visto anche nella nostra provincia, come ha detto qualche audito riferendosi a un fatto successo a Merano, e poi si è un po' speculato sul fatto che laddove sono stati usati questi mezzi di emergenza l'aggressività della pandemia era molto più alta rispetto a qui, quindi è stata fatta anche un po' una speculazione su questo.

Per ultimo ricordo anche che l'assessore responsabile della regione dove le cose non hanno funzionato e dove sono stati proprio usati questi mezzi si è dimesso, da altre parti le persone si sono dimesse, si sono accorte degli errori, perché appunto c'è questa cultura dell'errore, si è cercato di riconoscere e si è cercato anche di darne una conseguenza morale.

Io sono poco fiducioso che accadrà qui, perché leggendo bene questa relazione ci si accorge di come il sistema non sia tanto attento al rispetto delle regole, ma cerchi più di sopravvivere nascondendo sotto il tappeto le cose che non vanno e cercando di cavarsela in qualche modo dando la colpa a qualcun altro e cercando sempre un modo per non pagare.

Adesso la faccenda è ancora grave e ancora aperta, perché da una parte ci sono i fatti, una cosa sono le opinioni e la propaganda, però i fatti sono che noi abbiamo speso tantissimo per questa emergenza pandemica. È vero, siamo stati colpiti fortemente come la media nazionale, come il nord Italia, però abbiamo speso molto di più, abbiamo avuto molti più giorni di *lockdown* e ne siamo anche usciti per ultimi, per cui se noi facciamo un bilancio dell'efficienza, vediamo che c'è qualcosa che non va e sentirsi sempre dire che è colpa degli altri perché qua ha funzionato tutto bene, è andato tutto liscio, fa giudicare le affermazioni di chi dice queste cose.

Io spero che ci sia un rigurgito di moralità e che si prendano dei provvedimenti anche drastici per risolvere questa situazione e per metterci mano, perché probabilmente è possibile che in futuro ci sia qualche altro evento e dunque non vorremmo ritrovarci di nuovo in questa spiacevole situazione.

Nonostante uno squarcio di trasparenza e di verità in questa relazione, è ancora insufficiente, ancora tantissimi lati sono oscuri, dal buonsenso alla normale pratica commerciale ci sono ancora tante cose che non si capiscono su questi fantomatici pagamenti di 9 milioni, 25 milioni. Dov'è la controprestazione? Chi pagherà? Come si risolve questa vicenda?

Io spero che ci sia la massima trasparenza perché, come detto, all'inizio non c'è stata e questa forse è la cosa più grave, si è cercato di nascondere i difetti e le mancanze che aveva questo materiale, sulle spalle di persone che lavoravano quotidianamente per combattere questa pandemia.

La cosa che mi lascia più amarezza è il fatto che l'unica persona che finora ha pagato è stata una dipendente che è venuta in audizione, voleva fare il suo dovere, voleva fare il contratto come andava fatto, avrebbe fatto sì che avremmo evitato di spendere tanti soldi inutilmente se si fosse dato ascolto a questa signora, e invece lei ne ha pagato le conseguenze. Questo non è un buon segno di come funzionano le cose, adesso io non voglio neanche chiedere delle dimissioni *ad personam,* già in campagna elettorale avevo fatto una battaglia contro la Sanità, secondo me gestita in modo non efficiente e con una forte ingerenza della politica, che tra l'altro continua a perpetrarsi perché sappiamo bene che è stato fatto un ricorso anche sui concorsi dei primariati, perché qui non si vuole accettare che la politica deve lasciare in pace la Sanità, questo è un altro settore.

Mi auguro che questo sia un piccolo passo almeno sull'opinione pubblica per far capire che certi meccanismi non possono più continuare a funzionare in questo modo. Grazie!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente! Intanto volevo ringraziare il presidente e tutto lo *staff* e naturalmente la segretaria, che hanno lavorato in modo molto proficuo su questa commissione d'inchiesta che è durata più di un anno e ha prodotto alla fine due documenti importanti, due relazioni, una di minoranza e una da parte della maggioranza, in merito a questa situazione legata alla questione di questo acquisto di materiale che non è risultato idoneo.

Io volevo partire con una premessa, legata alla pandemia nel suo complesso, qui abbiamo trovato un'impreparazione da parte della Sanità non solo locale, ma mondiale in funzione di una pandemia di queste dimensioni, perché si ricordava solo una pandemia del 1918, l'influenza spagnola, ma in realtà nel 2005 esisteva già un documento specifico del Ministero degli esteri degli Stati Uniti in cui si paventava un rischio di pandemia e di come avrebbero potuto reagire la popolazione e i Governi a livello mondiale legati alla Sars del 2003 che poteva creare delle ripercussioni sull'economia, cosa che poi è avvenuta attraverso questa del Covid, perciò sto a dire che l'Organizzazione Mondiale della Sanità e quant'altro non erano pronte e preparate ad affrontare questo tipo di pandemia e a cascata raggiungiamo anche la nostra Sanità locale.

Al di là di questa premessa, io volevo partire dalla tempistica, questa prevede che il 31 gennaio 2020 dal presidente del Consiglio Conte viene dichiarata un'emergenza sanitaria e verso la fine di febbraio scoppiano i casi qui da noi, in val Gardena, a Terlano e quant'altro. Il 5 marzo in quella zona dove il consigliere Lanz sta parlando con l'assessore Widmann c'è stato un forte conciliabolo tra il presidente Kompatscher, gli

assessori Widmann e Schuler che davano proprio l'impressione che la situazione stesse precipitando e la situazione era già precipitata, questo era il problema vero perché c'era la ricerca spasmodica di materiale adatto per proteggere la parte sanitaria nei confronti di questo Covid.

Nel momento in cui c'era questa ricerca si è arrivati al famoso primo ordine legato alla Oberalp. Se vogliamo fare un beneficio d'inventario del momento estremamente delicato, convulso e quant'altro, possiamo dire che il primo ordine è partito in quel modo per individuare e trovare una soluzione in una direzione in cui ci fossero delle protezioni, ma quello che a me veramente meraviglia in tutta questa vicenda è la questione del secondo ordine.

Recentemente io ho letto su salto.bz un'intervista al presidente Oberrauch in cui si chiede del suo nuovo incarico, ma poi si scivola nella vicenda di questi 25 milioni e in questa intervista lui dice "Il secondo ordine di 25 milioni, che io ho anticipato, come il primo ordine, mi è stato richiesto da Zerzer, dall'assessore Widmann, da Kompatscher e quant'altri, cioè io pensavo che ci fosse una logica come era nel primo ordine."

Nella relazione di maggioranza questa cosa non viene minimamente citata, cioè del secondo ordine, caro collega Locher, non c'è minimamente un accenno e questa è una situazione che a mio modo di vedere è centrale in tutta questa commissione d'inchiesta, perché posso produrre tutta la documentazione di questa intervista: "La situazione era disperata e dopo un breve consiglio di famiglia abbiamo deciso di prefinanziare gli ordini della Sabes e di spedire i soldi in Cina. Così parte il primo ordine di 7 milioni di euro anticipato pienamente dalla Oberalp per conto della Provincia. E poi che succede? Me lo chiedeva Zerzer, me lo chiedeva in persona Widmann, mi spiegavano che la Provincia anche per questa seconda richiesta non poteva pagare né in anticipo né dopo un contratto, e per fare il contratto occorrerebbero come minimo settimane e non c'era tempo in un'emergenza assoluta. E a questo punto Kompatscher in persona le dà rassicurazioni? Assolutamente, e l'ha anche confermato in Tv. Devo precisare che gli ho telefonato per rassicurarmi del primo ordine ma per me era ovvio che per il secondo ordine valeva la stessa procedura in quanto il materiale della Cina era arrivato a Bolzano, e la sanità l'aveva in mano e l'aveva valutato utilizzabile. Nulla di scritto, comunque? No, ma qui da noi in Alto Adige la parola ha un valore, come per il primo ordine, le carte si sarebbero redatte dopo e doveva bastare una e-mail che elencava il fabbisogno. Dopo oltre una settimana per il primo ordine era arrivato anche un contratto che aveva formalizzato il ritorno dei soldi anticipati alla Oberalp. La procedura uguale sarebbe stata applicata anche per la seconda richiesta, di questo ero sicuro e non potevo avere nessun dubbio. Dunque, parte il secondo ordine: stavolta di quanto? Di altri 25 milioni, dopo una e-mail con lista formulata dal dott. Kaufmann, il quale dice che era una lista desiderata. Altra grana, la Provincia non vi paga, non le restituisce i milioni anticipati. Ma mi dica una cosa: lei sta sentendo Zerzer e Kompatscher per il saldo? Cosa le dicono? Mi dicono, e dicono ai miei avvocati, che stanno lavorando per una soluzione."

Dopo questo estratto dell'intervista, a questo punto io chiederei di sapere se effettivamente le situazioni stanno così oppure no, si parla di 25 milioni, si parla di una cifra considerevole e qui il presidente Oberrauch è sicuro che gli arriveranno, vorremmo capire come e perché, questa secondo me è la parte centrale di questa commissione al di là del materiale inidoneo, perché se fosse stato idoneo non saremmo qui a parlarne e questa cosa, a mio modo di vedere, supera anche la questione di tutto ciò che è stato fatto successivamente.

Secondo me qui dobbiamo avere delle risposte in questa direzione e, come dico, questa è un'intervista che naturalmente è stata pubblicata, io ho chiesto al giornalista se potevo leggerla in quest'Aula e se aveva un valore e lui mi ha detto "sì, guarda che ha un valore in questa direzione", per cui io chiedo alla Giunta provinciale, a chi ha questa delega, se si può confermare quello che si dice e come si pensa di andare incontro all'imprenditore che ha anticipato 25 milioni di euro.

La conclusione di questa commissione d'inchiesta a mio modo di vedere da un lato può avere questo aspetto legato al fatto che c'è un problema, sicuramente la pandemia ha colto di sorpresa tutti, dall'altro lato, però dà anche la dimostrazione in modo molto chiaro che ci deve essere un maggiore coordinamento da parte della Sanità, da parte di tutti i Comprensori sanitari, non è una novità che da parte nostra riteniamo che i Comprensori sanitari ogni tanto vanno ognuno per la propria strada, non c'è un coordinamento che va in questa direzione, senza nulla togliere ai Comprensori di periferia rispetto al Comprensorio di Bolzano, sapete che c'è una polemica da tanti anni che è in questa direzione, ci vuole un coordinamento.

Ieri sera io ho visto alla televisione una serie, "Alfredino", una storia italiana, in quell'occasione è nato il coordinamento, il presidente Pertini istituì il Ministero della Protezione Civile, ecco, io penso che questa situazione ci consenta di riflettere in modo molto chiaro che situazioni di emergenza devono avere una loro regia, una regia politica, una regia amministrativa e questo ci dà l'insegnamento, noi dobbiamo uscire con un aspetto positivo da questa vicenda, purtroppo abbiamo visto morti, abbiamo visto situazioni incresciose, persone che

hanno sofferto tantissimo, tutti noi stiamo soffrendo ancora non solo sotto il profilo economico, ma anche soprattutto a livello sociale e avremo ancora delle sofferenze in futuro, ma questo ci consente, attraverso queste due relazioni, di individuare e capire in modo molto chiaro come bisogna lavorare nel prossimo futuro.

Io non chiedo dimissioni di nessuno, io chiedo solo una riflessione, un modo di operare nel prossimo futuro che ci consenta di superare anche situazioni di emergenza come queste, oltre naturalmente di conoscere in quest'aula la verità su questo secondo ordine e su questi 25 milioni.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Unterholzner, prego.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Danke, Frau Präsidentin! Von meinen Vorrednern wurde sehr, sehr viel gesprochen und der Minderheitenbericht von Kollegen Ploner ist ja sehr, sehr aufschlussreich und sagt eigentlich alles. Daher gehe ich Detail nicht mehr darauf ein. Worauf ich aber sehr wohl eingehen will und muss, ist der Kern der ganzen Geschichte. Der Kern ist die Kommunikation. Das Ganze hat sich zwischen dem 10. März und Anfang April abgespielt. Wie wurde kommuniziert, wann wurde kommuniziert und was wurde kommuniziert? Wenn Sie jetzt die Frage stellen, ob es diesen Untersuchungsausschuss überhaupt gebraucht hätte, dann sage ich Ihnen Nein. Wenn diese Kommunikation transparent, ehrlich, zur rechten Zeit, inhaltlich und sachlich gemacht worden wäre, dann hätten wir uns all das ersparen können. Es geht nicht um die Lieferung der Firma Oberalp oder um die Bestellung, es geht vor allem um die Kommunikation. Was ist am 29. oder am 30. März passiert, als das von bestimmten Medien gelüftet worden ist? Es kann passieren, dass man eine unvorhergesehene Bestellung machen bzw. eine Firma beauftragen muss, all das ist nicht so gravierend. Aber was eben nicht funktioniert, ist die Kommunikation. Von daher stellt sich eine Frage. Ich würde sehr viele Entscheidungen nicht als Fehler bezeichnen, vielmehr würde ich sie als mangelhafte Führungs- und Verantwortungskompetenz bezeichnen. Wenn Sie das in der Privatwirtschaft oder im Sport beobachten, beispielsweise im Fußball, was ja derzeit top aktuell ist, dann sehen sie, dass, wenn eine Mannschaft verliert, der Trainer sehr schnell suspendiert wird. So wie sich die Kommunikation wie ein roter Faden durchzieht, ist das auch ganz klar bei allen Angehörten im Untersuchungsausschuss hervorgegangen. Das hat nicht einer, sondern das haben sehr viele beanstandet. Die Kommunikation hat sich wirklich wie ein roter Faden durchgezogen. Deshalb sollte die Kritik oder das Aufzeigen von Fehlern oder Mängeln eigentlich dazu verstanden werden, um Änderungen anzusteuern, um eine Fehlerkultur zu akzeptieren, um eine Fehlerkultur zu leben und aus Fehlern zu lernen. Aus meiner Sicht – das geht vielleicht nicht so klar aus dem Bericht hervor - hätte man sich all das ersparen können, wenn die Führungsspitze … Und dazu zähle ich ganz klarerweise den Herrn Generaldirektor Dr. Florian Zerzer, auch den Wirtschaftslandesrat und allen voran natürlich unseren Landeshauptmann, weil – das habe ich sogar einmal gesagt – er das eigentlich zur Chefsache machen sollte. Man kann natürlich nicht alles zur Chefsache machen. Ein Gütertransport oder ein Warentransport von China nach Südtirol ist auch nicht Chefsache, wurde aber vom Chef eingesteuert, weil er es für notwendig gehalten hat. Genau so sehe ich es, dass man ab und zu die Verantwortung vom Chef wahrnehmen muss und sollte. Ab und zu muss man sich als verantwortlicher Chef in bestimmte Themen einbringen und gegebenenfalls auch unangenehme Entscheidungen treffen. Von daher sollte man daraus lernen, Schlüsse ziehen und Entscheidungen treffen. Lernen kann man vom Sport, vom Business oder von der Wirtschaft. Es ist überfällig, dass man so etwas auch bei uns in öffentlichen Betrieben - dies jetzt angesprochen bei der Sanität – umsetzt, damit nicht immer alles auf Kosten des Steuerzahlers sitzen bleibt. Wenn Sie jetzt mit Suspendierungen der sehr geschätzten und wertvollen Mitarbeiter beginnen, dann sollten Sie bei Herrn Dr. Zerzer beginnen, inklusive Widmann. Herr Landeshauptmann, mit diesen Suspendierungen sollten Sie beginnen, dann machen Sie einen richtigen Schachzug. Danke!

URZÌ (Fratelli d'Italia): La ringrazio presidente! La parola è consegnata a un rappresentante di questo Consiglio di una forza politica che infine ha deciso di non partecipare ai lavori della commissione e credo che questa possa essere l'occasione giusta anche per fare un minimo di chiarezza su questo aspetto che è più squisitamente tecnico e regolamentare, presidente, che politico.

Mi limito ad affermare un fatto che apparirebbe abbastanza ovvio, ossia come da un punto squisitamente politico, presidente, partendo quindi dalla nostra prospettiva, intendo dire comune, di tutte le parti che qui siedono in questo Consiglio, che un'inchiesta politica, perché un Consiglio provinciale non può che svolgere una propria inchiesta su un piano squisitamente di analisi politica e non certamente giudiziario, un'inchiesta politica ha una ragione forte e solida di esistere, quando non esiste alcuna inchiesta giudiziaria e se ne

vuole provocare eventualmente una. E allora c'è la necessità che la politica, certo, la politica, apra un processo che manifesti quegli elementi tali sui quali poi solo ed esclusivamente la giustizia possa esprimere un definitivo parere legato a una sentenza, a un pronunciamento.

Noi abbiamo intrapreso una strada che credo vada un po' controcorrente che è quella invece di aspettare che le inchieste della magistratura ci siano – attenzione, sia beninteso, io per solidarietà ho firmato la richiesta di convocazione della commissione d'inchiesta – l'errore è di aspettare che le iniziative della magistratura si avviino e poi sul medesimo tema avviare una commissione d'inchiesta politica che evidentemente, presidente, non può che andare ad arenarsi nelle sabbie mobili dell'inchiesta giudiziaria che è l'unica titolare del diritto al pronunciamento definitivo della sentenza di condanna rispetto ai comportamenti, ovviamente su un piano giudiziario, che ben altra cosa è ovviamente rispetto a un pronunciamento su un piano politico, questo non ci sfugge e non sfugge nemmeno al sottoscritto.

Però con tutta franchezza, presidente, credo che non fosse nemmeno necessaria questa commissione d'inchiesta per pronunciare quella sentenza che le diverse forze politiche di opposizione avevano già espresso nel corso di questi ultimi mesi in maniera nitida e precisa rispetto alla gestione dell'emergenza e alle pratiche che poi hanno portato ai diversi passaggi che pure sono stati oggetto di questa commissione d'inchiesta.

In queste mie parole, sia ben chiaro presidente, non c'è alcun atto di presunzione da parte mia nel dire "beh, guardate, io avevo capito e avete fatto male a fare la commissione di inchiesta", no, anzi, io apprezzo lo sforzo e apprezzo *in primis* lo sforzo perché l'ho seguito con puntualità e attenzione da parte del presidente della commissione, che non solo è stato presidente equo e giusto, ma ha manifestato e dato dimostrazione pratica di come significhi lavorare con metodo in ogni caso, con rigore e con rispetto e io questo lo devo al presidente e lo devo ai componenti della commissione tutti, ma qui, presidente, credo che noi abbiamo il dovere di darci una regola anche per il futuro, perché io vorrei che soprattutto le forze politiche di opposizione aprissero questo palazzo come una scatoletta di tonno, lo aprissero e potessero veramente provocare le inchieste della magistratura laddove ce ne sia effettivamente ragione e necessità e non il contrario, ossia seguire le inchieste e sostanzialmente riprodurre un giudizio politico in corso, perché peraltro le inchieste sono ancora aperte e quindi non ne sappiamo l'esito e ovviamente ci atterremo al giudizio supremo e indiscutibile della magistratura.

Collega presidente, c'era bisogno secondo Lei proprio di un'analisi così puntuale per maturare un giudizio politico sulla gestione deficitaria di questa emergenza da parte della maggioranza? E non è il gioco delle parti, la maggioranza deve essere messa sotto accusa a prescindere, da parte dell'opposizione, non è il gioco delle parti, è la presa d'atto di una difficoltà che ha seguito un incedere di soluzioni talvolta azzardate, altre volte ardite, altre volte palesemente errate, altre volte, posso dirlo, presupponenti, altezzose, non ambiziose, ma presuntuose, questo sì, ma è per la presunzione a cui, ha fatto riferimento più di un collega, qualcuno ha detto peraltro che questo è il luogo in cui gli accordi si fanno con una stretta di mano. Anche in Sicilia, la terra da cui deriva mio padre, si fanno gli accordi con una stretta di mano, vedete che se l'Italia è una e usa gli stessi metodi, la stretta di mano basta in Sicilia come a Bolzano ed è giusto, quegli interrogativi che sono lasciati sospesi dall'intervista citata … poi arriveremo a capire il modo in cui i debiti potranno essere ripagati, perché c'è un momento in cui …

Ecco, forse è su questo che la politica deve organizzarsi in maniera tale da essere incisiva, fiato sul collo, lo siamo, permettetemi di parlare non in *pluralis maiestatis* riferito solo alla mia forza politica, ma per onestà intellettuale riferito alla forza, al carattere di tutte le componenti politiche di minoranza che in questo Consiglio esercitano la loro azione ispettiva con forza, coerenza, costanza e obiettivi chiari che sono quelli della giustizia sociale, vista ovviamente ciascuno dalla propria prospettiva, e del rispetto della legge.

Ma è nel regolamento stesso che è insito il vizio, perché se il regolamento prevede che la commissione d'inchiesta si istituisce se tutti sono d'accordo, è evidente di per sé che nel momento in cui si istituisce, la maggioranza se aderisce sa già che non esprimerà una sentenza di condanna e allora alla fine verranno fuori, come sono sempre venute fuori, le due relazioni, una di maggioranza e una di minoranza, una dice che l'operato è stato perfetto – ma ci mancherebbe altro, pensiamo veramente che qualcuno all'interno della maggioranza ponesse il tema della fiducia rispetto a parte della maggioranza provinciale? Io francamente no! – e la minoranza alla fine, non potendo esprimere una sentenza giudiziaria, perché non lo può fare, esprime un parere politico che non è nient'altro che il parere espresso in corso di legislatura.

È quindi su questo che noi dobbiamo ragionare, è il regolamento che non regge, perché già scrive che una commissione d'inchiesta istituita in Consiglio provinciale non potrà provocare di fatto una sentenza unanime o un impulso unanime a una verifica oltre la politica, quindi di carattere giudiziario, perché la commissione

d'inchiesta stimola questo tipo di slancio ideale, su un certo tipo di situazione amministrativa, e allora usiamole con parsimonia, attenzione, perché rischiamo altrimenti di riprodurre lo schema, la maggioranza si compatta e dice che va tutto bene, c'è qualcuno che se ne fa portavoce e a nome di tutti, dice "meglio di così non si poteva fare" e la minoranza che dice il contrario.

Quindi presidente, ringraziando comunque per l'impegno prodigo, dico però che non ho cambiato idea sulla presunzione con cui questo Consiglio, e la maggioranza in particolare, ha operato nella gestione dell'emergenza su tutti i fronti, e anche il Consiglio ha la sua responsabilità attraverso l'approvazione della legge dell'8 maggio 2020, con cui sostanzialmente si è indicata quella strada che poi è stata la generatrice di una serie di comportamenti, di atteggiamenti, di sfide istituzionali che tutt'altro obiettivo avevano che la gestione dell'emergenza. Ne siamo entrati per primi, ne siamo usciti per ultimi e forse più affaticati di tanti altri. Grazie presidente!

LOCHER (SVP): Frau Präsidentin, gerne möchte ich mich auch hier noch einmal zu Wort melden und ich möchte schon sagen: Ich bin ganz erstaunt, wie viele Abgeordnete hier im Landtag mehr wissen als wir bei über 80 Anhörungen. Darüber bin ich schon ein bisschen verwundert und erstaunt. Entweder ist es ein so gutes Feeling oder man weiß über vieles so gut Bescheid. Man weiß es wahrscheinlich auch zu schätzen, dass man eine Meinung hat, die eine vermutliche Meinung ist, aber keine Meinung als solche. Kollegin Rieder, eines möchte ich schon sagen: Der Unternehmerverband wurde angerufen, sich um die Sachlage zu kümmern, und der Unternehmerverband hat danach ein Rundschreiben an die Unternehmen gemacht, mit der Frage: Wer kann uns in dieser schwierigen Situation, ganz gleich, ob mit Büchern oder mit Masken, helfen? Dann ist die Idee aufgekommen, zu fragen, ob die Firma Oberalp nicht die Möglichkeit hat, Stofftücher zu machen, weil man ja sonst nichts bekommt. Sie gehen her und fragen: "Warum hat der Sanitätsbetrieb mit der Firma Oberalp geredet und einen Direktauftrag für die Beschaffung des Schutzmaterials erhalten?" Der Weg ist anders verlaufen, das hat uns die Firma Oberalp zweimal ganz klar und deutlich bestätigt.

Zum Bericht! Hier war ich, Kollege Ploner, sehr kollegial. Wir werden wahrscheinlich nicht mit allem einverstanden sein. Das ist, Kollege Ploner, sehr kollegial. Das müssen Sie auch einmal verstehen. Wir hätten bei der letzten Sitzung auch nicht zustimmen können. Warum waren von den 16 Mitgliedern, die in der Minderheit sind, nur 11 bereit, zuzustimmen? Es waren ja nur 11. Das steht genau in diesem Protokoll drinnen. Deshalb wundert es mich, dass man hergeht und sagt: Aus den eigenen Reihen waren nicht einmal alle einverstanden. Das muss ich schon sagen. Hier redet man schon ein bisschen an der Thematik vorbei. Ich war immer verwundert und habe mir diesen Prüfbericht ganz oft durchgelesen. Ich verstehe eines nicht. Die Virologin Lass-Flör aus Innsbruck hat zum Schluss gesagt: "Eigentlich haben wir diese Schutzmasken sortiert und sie für verschiedene Bereiche verwendet." Auf der anderen Seite steht im Prüfbericht drinnen, dass es für die verschiedenen Angelegenheiten nicht ganz geeignet wäre. Lass-Flör sagt, dass man diese Schutzmasken sehr wohl sortiert und für verschiedene Bereiche verwendet hat. Wir müssen einmal ein bisschen ehrlich sein. Kollege Widmann, wir müssen auch ein bisschen ehrlich sein, es war nichts mehr. Es ging darum, wie man diese Personen schützen kann und was wir machen können, damit man hier für die notwendige Ausrüstung sorgen kann. Ich glaube, das war sehr, sehr wichtig. Man hat wirklich versucht, das Notwendigste zu machen. Ich möchte noch einmal betonen, dass die Sabes nicht mit Oberalp in Kontakt stand, sondern die Sabes mit dem Unternehmerverband und der Unternehmerverband mit Oberalp. So hat man das organisiert. Man hat sich nicht direkt an diese Firma gewandt. Wie soll man denn in Vorleistung gehen für Schutzmasken, wo man das Produkt nicht einmal hier hat, und nicht weiß, wie es ausschaut. Als öffentliche Hand ist das nicht ganz in Ordnung, weil die Ausschreibung erst mit 13. März ausgesetzt wurde. Ich glaube, dass die Bestellung dieser Schutzmasken sehr kollegial war und sehr, sehr verlässlich gehandelt wurde. Ich habe nur einmal am Nachmittag gefehlt, nachdem ich Kollege Lanz ersetzt hatte. Ich habe sehr aufmerksam mitgeschrieben und mitgehorcht, was diese Personen alle zu dieser Situation gesagt haben. Hier widersprechen sich verschiedene Dinge, auch zum Deka-Prüfbericht und zu den Aussagen von Deka. Deka hat dann irgendwann einmal gesagt, dass sie das nicht genau wissen. Es ist nicht bewiesen, wie viel eine Schutzmaske gegen das Virus schützt. Das weiß man wahrscheinlich erst in ein paar Jahren. Man weiß, dass eine Schutzmaske ein Vorteil ist und schützt. Das war von mir aus gesehen einer der entscheidenden Punkte, der im Untersuchungsausschuss herausgekommen ist.

Kollege Knoll, vor allem von Ihnen wird immer wieder angeprangert, dass man es Ihnen vorenthalten hat. Jetzt komme ich noch einmal zurück: Wenn man diesen Bericht genau durchschaut und die Aussage vom Sanitätsbezirk Meran, was Frau Pechlaner gesagt hat, dann sieht man, dass wir das genauestens überprüft

und dieses Schutzmaterial aussortiert haben, so wie es auch Innsbruck gemacht hat. Das, was für gut befunden wurde, wurde auch zum Schutz für das Sanitätspersonal verwendet. Was hätten wir denn nehmen sollen? Es gab sonst nichts. Wenn Sie sich an Bergamo erinnern, dann muss ich auch ganz klar sagen, Kollege Repetto, hätten Ihre Kollegen in der Regierung in Rom auch etwas machen können. Was haben die denn mit dem nationalen Zivilschutz getan? Nichts ist herausgekommen, und dieser Untersuchungsausschuss wurde ja im Rahmen für diese erste Bestellung der Schutzmasken einberufen. Kollegin Rieder, Sie fordern den Rücktritt des Landesrates. Ich muss schon sagen, dass der Landesrat, die Landesregierung und der Landeshauptmann in dieser Situation den Kopf hingehalten haben. Man muss bedenken, dass das Gesundheitssystem um 80 Prozent hinuntergefahren werden musste, dass nur mehr 20 Prozent in den Spitälern aktiv sein durfte, damit man eigentlich keine Übertragungen und so wenig Kontakt wie möglich hatte. Es war eine außerordentlich schwierige Situation. Seien wir ganz ehrlich! Hier in Südtirol waren sehr, sehr viele Covid-Fälle. Es waren sehr viele Touristen hier. In der Faschingszeit hat sich das Virus leicht übertragen. Man hat am Anfang noch nicht genau gewusst, worum es hier geht, das haben Sie uns auch aus den verschiedenen Bereichen berichtet. Man hat gehört, dass die Betroffenen mit Fieber im Bett liegen. Tee und Verpflegung wurde aufs Zimmer gebracht. Im Grunde genommen hat noch niemand geahndet, dass hier sehr, sehr viele Covid-Fälle in Südtirol waren. Es war keine einfache Situation nach der Faschingszeit. Das, was aus diesen 79/80 Anhörungen herausgekommen ist, war mit sehr viele Emotionen verbunden. Mich hat es damals ganz gerührt, was Pflegedienstleister Tratter gesagt hat, wie er versucht hat, das Pflegepersonal zu motivieren, wie viele Freiwillige auch zurückgekommen sind, pensionierte Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, die sich zur Verfügung gestellt und gesagt haben: "Wenn Hilfe gebraucht wird, kommen wir gerne, um zu helfen." Es wird nie gesagt, was positiv verlaufen ist. Sobald die Schutzausrüstung angekommen und verwendet wurde, sind die Covid-Infizierten zurückgegangen, das ist Klartext. Ich verstehe die Opposition, die jetzt einmal draufhauen muss und die Gelegenheit nutzt, einmal richtig auszuteilen. Das verstehe ich schon, aber dass beim Landeshauptmann so massiv auf Rücktritte pocht, das würde ich nie im Leben machen. Sie haben mit Widmann einen Kollegen in der Landesregierung, der wirklich eine sehr gute Arbeit leistet und auch Schneid hat. Er hat sehr viel Idealismus und versucht in dieser außerordentlich schwierigen Situation das Bestmögliche für unser Land zu machen. Wir müssen nur die Situation von Ischgl auch hernehmen. Darüber möchte ich jetzt nicht urteilen. Ich verweise auf all das, was hier geschehen ist, wie lächerlich das ganz Europa und vor allem auch einige Premierminister oder führende Staatspersonen angesehen haben - nehmen wir England oder Argentinien her -, aber wie hart dann diese Länder getroffen wurden, wie viele Personen verstorben sind und welches Elend hier ausgelöst wurde. Das wird nämlich nie gesagt, dass man hier wirklich das Beste gemacht hat. Es ist wirklich sehr vage, Urteile zu geben, die nicht stimmen, das würde ich nicht machen. Ich möchte hier nur sagen, dass ich sehr froh bin, dabei gewesen zu sein, dass es eine interessante Zeit war und dass nach all diesen Anhörungen Freundschaften, aber auch keine Freundschaften entstanden sind. Ich kann mich nur an eine Aussage erinnern - ich werde den Namen jetzt nicht nennen -, dass sonst alle Bezirke, alle Altersheime und Hausärzte das selber organisiert haben. Wenn man nun dem Landtag bzw. der Landesregierung den Vorwurf macht: "Wir haben nichts bekommen", obwohl im Vertrag drinnen steht, dass sie die Aufgabe haben, sich mit Räumlichkeiten, Personal, Hilfspersonal, Schutzbekleidung, Arbeitsbekleidung selber auszurüsten, solche Vorwürfe kann ich absolut nicht gelten lassen. Sehr vieles wurde hier gut gemacht und war sehr positiv. Wir können doch froh darüber sein, dass wir halbwegs gut über die Runden gekommen sind. Leider sind sehr viele an dieser Krankheit verstorben. Es hat niemand gesagt, dass die Landesregierung schuld daran wäre, denn sie hat das Bestmögliche für unsere Bevölkerung und vor allem für unseren Sanitätsbetrieb getan. Danke schön!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, und ich weiß auch nicht, wie es den Bürgern geht, wenn sie diese Debatte verfolgen bzw. auch die beiden Berichte, sprich den offiziellen Bericht des Untersuchungsausschusses und den Minderheitenbericht, lesen. Ich jedenfalls komme mir verhöhnt vor von Worten, die gerade vonseiten der Mehrheit gefallen sind. Ein Jahr lang hat dieser Untersuchungsausschuss gearbeitet; er war in der Geschichte des Südtiroler Landtages mit großem Abstand der umfangreichste Untersuchungsausschuss, in dem zwei zentrale Sachen zur Causa aufs Tapet gekommen sind. Es geht nicht darum, dass die China-Masken nicht in Ordnung waren. Das war nie ein Vorwurf, den wir gestellt haben. Halb Europa ist mit schlechtem Material versorgt worden, das steht gar nicht zur Debatte. Aber es geht um die mangelnde Information. Wenn ein Sanitätsbetrieb auch nur – egal, welches Gutachten von welcher Seite auch immer kommt – den Verdacht hegt, dass die

Materialien nicht den entsprechenden Schutz bieten, müssen die Mitarbeiter informiert werden. Wir reden hier vom März 2020, als wir noch wenig wussten bzw. nur, dass wir mit der Situation überfordert sind. Ich rede jetzt immer für das Sanitätspersonal, das in direkten Kontakt mit Covid-Patienten arbeitet, das dann jeden Tag nach Hause zur Familie geht. Das wird immer außer Acht gelassen. Der Sanitätsbetrieb war nicht imstande, den Leuten zu sagen: "Achtung, wir haben den Verdacht, dass diese Masken nicht sicher sind! Verwendet bitte zuerst anderes Material bzw. achtet einfach darauf, euch zu schützen! Wir werden prüfen lassen, inwieweit dieser Verdacht stimmt oder ob diese Prüfberichte bzw. auch das Gutachten von der Wehrtechnik in Wien usw. in Ordnung sind oder nicht." Das Gegenteil ist passiert, man hat zugedeckt, man E-Mails gelöscht, man hat archiviert und einen Maulkorb verpasst: Niemand ist zu informieren! Wir sitzen das aus, wir schweigen das aus. Erst als dann die Medien bzw. ein kritisches Medium darüber berichtet hat, wurde man aktiv. Das ist einer der zentralen Vorwürfe und der andere betrifft Landesrat Widmann. Ich bitte Sie wirklich gerade bei dieser Debatte aufmerksam zu sein. Ich weiß nicht, ob die Mehrheit Besseres zu tun hat. Das ist berechtigt, aber das zeigt ja auch, wie ernst ihr das Thema nehmt und wie ernst ihr den ganzen Untersuchungsausschuss sowie die ganze Arbeit im Südtiroler Landtag diesbezüglich nehmt. Landesrat Widmann, bei der Bestellung - und wir können noch so viel darüber sprechen, dass es eine Notsituation war – muss man sich auch in einer Notsituation - wenn man einen Sonderweg geht – absichern. Es ist völlig richtig, dass man auf dem Markt Materialien sucht, die wir benötigen, aber sich nicht abzusichern und solche handwerklichen Fehler zu machen, kann es doch nicht sein! Bei einer solchen Bestellung muss man sich doch mit der Einkaufsagentur auseinandersetzen, sich mit dem Zivilschutz absichern, indem man sich fragt: Wie machen wir das am besten? Dass man das auf die Schnelle hemdsärmelig macht, indem Oberalp vorstreckt und wir einfach danach bezahlen, da enttäuschen Sie mich, weil ich immer gedacht habe, dass Sie ein Macher sind. Sie kommen aus der Wirtschaft und müssten eigentlich die Abläufe diesbezüglich wissen. Das eine ist, dass der Privatunternehmer jetzt hängt bzw. eine ganze Firma irgendwo auf dem Spiel steht, und das andere ist, dass Sie damit durchkommen, das ist das, was mich an Südtirol einfach stört. Denn ich liebe dieses Land, aber das sind genau Momente - diese Stunde heute –, bei denen ich einfach sage: Das ist es, was in Südtirol abgestellt werden muss, diese Art von Politik, diese Art von einer bestimmten politischen Arroganz, die man an den Tag legt, auch dem Untersuchungsausschuss gegenüber. Erinnern wir uns daran, als die Mitglieder der Landesregierung einfach nicht zu den Terminen gekommen sind, wo ihr nicht nur uns geringschätzt, sondern auch die Institution Landtag, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geringschätzt, die da warten, während Sie einfach nicht erscheinen. Kollege Locher, wenn du hier den Prellbock für die SVP spielst und dann sagst, wir müssen auch einmal ein bisschen ehrlich sein, dann sage ich: Ein bisschen ehrlich hilft nichts! Entweder seid ihr endlich ehrlich oder ihr lasst es! Das ist es, was eurem Bericht fehlt. Die zentralen Sachen fehlen, ihr klammert das komplett aus. Das ist euer Verständnis "ein bisschen ehrlich". Damit die Kirche im Dorf bleibt, gebt ihr zu, dass nicht alles ganz gut gelaufen ist. Das ist eure Art Politik zu machen. Unsere Aufgabe ist es, die Bürger zu informieren und Transparenz in die Dinge hineinzubringen. Es zeugt einfach davon, dass es keine Fehlerkultur und keine Rücktrittskultur in diesem Land gibt. Das Schlimme ist, dass ihr alle - wie ihr hier sitzt - damit durchkommen werdet. Ihr kommt damit durch, weil große Medien euch diesbezüglich auch in Ruhe lassen. Man hat es bei den Presseaussendungen der Opposition gesehen, wie viele kritische Aussendungen in Richtung Landesrat Widmann abgedruckt wurden. Schaut einmal nach bei euch, wie viel ihr ausgesendet habt und wie viel dann auch abgedruckt worden ist. Es zeugt meines Erachtens von einem eigenartigen Politikverständnis, wenn man nach diesen ganzen Jahren, nach diesen Erkenntnissen, die auch da sind, hergeht und einfach sagt: Wir haben alles richtig gemacht, und verweist auf die Müllsäcke. Tatsache ist, dass jetzt 7 Millionen aus einem Landeshaushalt, aus der Landeskassa versenkt worden sind, die ausgegeben worden sind, für die sich anscheinend niemand rechtfertigen muss. Wäre die Lieferung gekommen und wäre alles bezahlt worden, dann würden wir von insgesamt über 30 Millionen Euro sprechen. Es ist für die Mitglieder der Landesregierung anscheinend normal in diesem Land, hier einfach einige Millionen in Rauch aufgehen zu lassen, damit hat man kein Problem. Bei anderen Sachen wird gestrichen. Dass Sie dann auch noch die Schneid besitzen, immer mit den Müllsäcken zu kommen, "ja hätten sie Müllsäcke tragen sollen?", ist ein starkes Stück. Es hat geheißen, dass wir keine Masken haben. Es hat diese zwei riesigen Bestellungen gegeben, die zweite haben wir noch in China, die von der ersten sequestriert, das heißt, dass keine dieser Materialien bei den Leuten angekommen sind, aber der Witz ist, dass wir nie den Notstand mit den Müllsäcken hatten. Da frage ich mich, ob mit der Rechnung etwas nicht stimmen. Es kam immer die Begründung, dass wir sonst den Notstand haben. Sonst hätten wir den Müllsack um den Mund oder um den Fuß oder wo auch immer. Obwohl diese großen Bestellungen hemdsärmeliger Art und Weise gemacht wurden und die Bestellungen nicht einmal angekommen sind,

hat es diesen Notstand in keinem einzigen Krankenhaus gegeben. Dass wir am Limit waren, will ich nicht bestreiten. Man kann doch nicht hergehen und in diesem Ausmaß Einkäufe tätigen, Verträge umbenennen bzw. nur eine Liste per E-Mail verschicken - Vertrag hat es ja keinen gegeben. Und ein erfahrener Unternehmer bestellt so hopplahopp Schutzausrüstung für 25 Millionen Euro einmal aus Gaudi, weil ein E-Mail mit einer Liste gekommen ist, aber keine effektive Bestellung. Das glaubt ihr doch selber nicht! Aber ihr erzählt es uns. Ihr habt das Glück, dass auch von medialer Seite hier kaum Kritik erfolgt und kaum investigativ darüber berichtet wird. Man hört jetzt die große Glocke der Mehrheit, die übers Land klingt, dass alles gut war und wir es nicht besser machen konnten. Danke der Landesregierung für alles, was ihr tut! Das entnehme ich den Worten von Franz Locher und auf der anderen Seite nimmt die Opposition eine andere Meinung dazu ein. Fein ist, dass wir über 30 Grad haben, die Fußballeuropameisterschaft läuft, das Leben weitergeht und wir das sozusagen aussitzen. Wir kommen dann zu den nächsten Landtagswahlen, wo sich keiner mehr daran erinnert. Das ist eben das Typische, was einem an Südtirol einfach den Glauben an die Demokratie und an die politische Glaubwürdigkeit madig macht. Danke!

PLONER Franz (Team K): Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach 15 Monaten Untersuchungsausschuss ist es an der Zeit, diesen nun offiziell zum Abschluss zu bringen. Es war dies – das muss ich ehrlich sagen - eine wahrlich intensive und anstrengende Zeit für uns alle! Als Präsident darf ich mich nochmals bei euch allen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der politischen Mehr- und Minderheit, für einen entbehrungsreichen, aber durchaus auch sehr spannenden Einsatz bedanken. Ich bedanke mich bei meinem Vizepräsidenten, Franz Locher, aber besonders auch bei dir, liebe Brigitte, die immer zu meiner linken Seite war und die einzelnen Wortmeldungen sehr genau mitgeschrieben hat. Wir haben uns immer wieder getroffen und es war wichtig, dass wir uns gegenseitig geschützt haben. Danke, leider kann ich dir keine Blume bringen. Auch Ihnen, geschätzter Generaldirektor Zelger, danke ich für die tolle Unterstützung durch das Team des Landtages mit dem Rechtsamt, allen voran mit Dr. Obwexer und insbesondere Frau Dr. Mitolo, der ich für die rechtliche Begleitung sehr verbunden bin. Sie hat uns geführt, bitte geben Sie das weiter! Aber gleichzeitig möchte ich mich auch bei all jenen bedanken, die im Hintergrund gearbeitet haben, insbesondere bei der Technik, es war nicht einfach. Wir haben Großteils in Videokonferenzen gearbeitet und es hat immer gepasst. Ich bedanke mich ebenso bei den Übersetzungen und all jenen, die die Protokolle niedergeschrieben haben, die wir immer zeitgerecht bekommen haben. Es war eine große Arbeit und nicht einfach. Wir haben jetzt fast über 1.000 Seiten an Protokollen, über die vielleicht mal jemand – wenn sie freigegeben werden – eine Diplomarbeit schreiben könnte. Das würde sich lohnen.

Auch gilt mein großer Dank dem Presseamt des Landtags mit Frau Seehauser und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für den Umgang mit den Medien, die - ich gebe zu – wir als Untersuchungsausschuss aus gutem Grund wahrlich mit Informationen für die Dauer der einzelnen Untersuchungsausschusssitzungen nicht überversorgt haben. Wir haben uns zurückgehalten.

Ich glaube in meiner Rolle sagen zu können, trotz gegenteiliger Einordnung der Ereignisse, vielleicht auch trotz unterschiedlicher Gewichtung der Schwere von Versäumnissen, Fehlern und rollenspezifischen Unzulänglichkeiten, die wir offenlegen konnten, dass allein der Umstand eines Untersuchungsausschusses eine wichtige Botschaft nach draußen war und in die Südtiroler Bevölkerung hinein, und dies zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt, nämlich der Pandemie mit den vielen persönlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen.

Es ist mir allerdings ein großes Anliegen, klarzustellen, dass nicht nur ich jede sich anbietende Instrumentalisierung des Untersuchungsausschusses von vornherein ausgeschlossen und in meinem Rollenverständnis als Präsident abgelehnt habe. Nein, ich will ausdrücklich festhalten, dass all die Monate niemand der Mitglieder an mich herangetreten ist, ihn für genau diese Übervorteilung für die Opposition zu eigen zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns als Untersuchungsausschuss immer wieder versichert, unabhängig laufender Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, nicht Richter zu spielen. Wir wollten Klarheit finden in den Themen. Das ist auch in den Untersuchungsausschussbericht der Minderheiten eingeflossen.

Freilich, es gab Momente – das muss ich ehrlich sagen -, in denen wir auch zur Bewältigung unserer Aufgaben Grund zur Entmutigung gehabt haben angesichts der de facto nicht erwähnenswerten Lieferung mehrfach und bei verschiedenen Stellen angefragter Dokumente. Das muss ich aus Wehmut sagen. Wir haben leider Gottes zu einigen Dokumenten keinen Zugang und deswegen muss ich auch den Bericht als rudimentär betrachten, weil viele Inhalte fehlen.

Aber gerade diese Einschränkung bei unserer Arbeit erlaubt uns, ein Fazit zu ziehen, das genau das Gegenteil dessen rechtfertigt, was oftmals den Ausschlag für den Ausgang heikler Gerichtsprozesse gibt. Ich möchte es jetzt in Latein sagen: "*Quod non est in actis, non est in mundo!* " Übersetzt heißt das: Was in den Akten nicht existiert, existiert auch sonst nicht.

Wir alle machen Fehler, aber aus den Fehlern können und sollten wir lernen. Dazu aber ist es unerlässlich, Fehler auch einzustehen. Diese Kultur sollten wir uns aneignen. Es geht hier vor allem um Vertrauen, denn die Krise ist leider noch nicht vorbei. Zwar wird das Licht am Ende des Tunnels heller, aber wir müssen alles daran setzen, dass wir vor der vermeidbaren Heftigkeit einer vierten Welle in Südtirol bewahrt bleiben. Das muss in den nächsten drei, vier Monaten unser Ziel sein.

Nun ist leider Gottes der Landeshauptmann nicht da, ich wollte an ihn sprechen: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, als Präsident dieses Untersuchungsausschusses habe ich einen eindringlichen Wunsch an Sie. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Sommer nutzen, so wie es auch der Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Ereignisse des letzten Jahres getan hat, um gemeinsam Handlungsempfehlungen für die Bürger und Bürgerinnen zu entwickeln, damit wir alle gemeinsam sagen können, entweder weil wir aus all den Fehlern der Vergangenheit gemeinsam gelernt haben, hat uns das Virus nicht mehr kalt erwischt oder obwohl wir aus all den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und eine schonungslose Analyse betrieben haben, ist alles Menschenmögliche getan worden, damit wir noch das Heft des Handels in der Hand bewahren, selbst wenn es aufs Neue sehr große Herausforderungen mit sich bringt.

Nun, die Corona-Krise ist nicht vorbei, sondern wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen – und das ist mir ganz wichtig -, die den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit aller erfordert.

Ich bedanke mich bei allen für das Vertrauen – das ist mir ganz wichtig -, das ihr mir als Präsident dieses Untersuchungsausschusses gewährt habt. Ich hoffe, dass ich euch nicht enttäuscht habe. Vielen Dank!

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei

PRESIDENTE: Abgeordneter Lanz, Sie haben das Wort, bitte sehr.

LANZ (SVP): Danke, Herr Präsident! Ich muss sagen, dass mich vor allem die letzte Stellungnahme jetzt verwirrt hat, wenn aus der gleichen Ecke, wo vor wenigen Minuten noch massive Rücktrittsforderungen an den Landesrat kommen, jetzt die Aussage kommt: Lasst uns doch gemeinsam arbeiten! Entweder ist es effektiv die afrikanische Hitze, die jetzt auch angekommen ist, oder wir haben ein Problem in der Kommunikation hier bei uns. Im Minderheitenbericht ist mir ein Satz aufgefallen, und zwar – ich möchte ihn zitieren, um nicht falsch verstanden zu werden -: "*Es ist unbestritten, dass die erste Lieferung an Schutzmaterialien, die am 25. März 2020 dem Sanitätsbetrieb von der Firma Oberalp übergeben wurde, der weltweiten Ausnahmesituation unter rechtlichen wie moralischen Gesichtspunkten vertretbar war.*" Eine Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Warum haben Sie dann am 8. April den Untersuchungsausschuss einberufen? Wussten Sie mehr als Südtirol wusste? Wussten Sie mehr als die Betroffenen wussten? Wussten Sie irgendetwas oder hofften Sie auf irgendetwas? Hofften Sie, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, dass es ja doch hätte funktionieren können? Ich möchte nicht eingehen auf die Situation – das haben schon andere vor mir gemacht - und auf die Umstände, die ja schwierig waren, aber ich frage mich auch als Bürger in Südtirol: Ist es richtig, in dem Moment, wo das Haus in Vollbrand steht und die Feuerwehr kommt, darüber zu diskutieren, ob der Anfahrtsweg der richtige war und ob der Schlauch die richtige Größe hat oder wollte man von Beginn an nur das Problem suchen? Man hatte dann – wie man so schön sagt – einen Dreizehner im Totocalcio oder einen Sechser im Lotto, dass doch etwas schief gegangen ist. War das von Beginn an die Absicht oder war es etwas anders? Wenn Sie hier von Transparenz und von Klarheit reden und dann einen Befragten des Untersuchungsausschusses zitieren, der gesagt hat, er wäre unter Druck gesetzt worden, der in der gleichen Stellungnahme gesagt hat – und ich zitiere auch hier –: "Ich kann mich auf kein Datum festlegen, ob es der 29. März war oder nicht, aber das Rund-E-Mail ist gekommen." Im Satz vorher hat er gesagt: "Ich möchte mit etwas Positivem beginnen oder starten, und zwar hat sich der Sanitätsbetrieb sehr viel Mühe gegeben, mit Informationen an uns heranzutreten." Im Übrigen handelt es sich um eine Person, die von der Opposition als Leiter einer Covid-Abteilung nominiert worden ist, wo wir dann in der Untersuchung gemerkt haben, dass er mit Covid überhaupt nichts zu tun hatte. Da frage ich mich: Was war der Sinn? Wir hatten von Beginn an gesagt: Wenn der Untersuchungsausschuss kommt, dann haben wir kein Recht als Mehrheit, den zu verneinen bzw. diesen abzulehnen. Wir möchten aber an diesem Prozess auch teilhaben, dass wir etwas damit

machen, dass wir nicht Politik in dem Sinn betreiben, sondern hier geht es um etwas, wie viele gesagt haben, zu analysieren, zu bewerten und aus den Situationen zu lernen. Ich habe gelernt, dass ich in Krisensituationen die Menschen arbeiten lasse und dass ich mir dann die Zeit nehme, mich hinzusetzen, aber nicht in dem Moment, wo die Strukturen am Anschlag sind. Das waren sie nämlich nicht nur in Südtirol, Kollege Nicolini, auch in Rom, und nicht nur in Rom, sondern auch im restlichen Europa, auf der ganzen Welt. Überall waren die Probleme da. Deswegen war es richtig, diese Strukturen arbeiten zu lassen, versuchen mitzudenken, mitzuhelfen und mitzugestalten, damit diese schwierige Situation, wo noch niemand eine Blaupause hatte, auch eine Lösung finden kann. Ich habe das gelernt. Und dass wir uns dann hinsetzen und die Themen diskutieren, ja, aber dann bitte korrekt und nicht unter dem Vorwand: Jetzt treten wir euch mal eine zwischen die Beine. Das ist zwar eine schwierige Aussage in Zeiten wie diesen, weil es dann ja persönlich von jemanden genommen werden kann, aber so fühlt man sich. Zuerst hauen wir euch mal links und rechts eine runter und dann wollen wir gemeinsam arbeiten. Das haben Sie 1,5 Jahre lang nicht gemacht. 1,5 Jahre lang wurde jede Maßnahme zuerst kritisiert, um einen Weg der Verbesserung einzuschlagen. Es wurde nicht der Weg genommen, dass man gesagt hat: Können wir darüber reden, können wir uns zusammensetzen? Es wurde kritisiert, gezweifelt und dazu beigetragen, dass die Menschen verunsichert werden. Es wurde dazu beigetragen, dass noch mehr Unsicherheit entsteht, um dann genau das Gegenteil vorzuschlagen. Einmal sind es weniger Tests, einmal mehr usw. Das hat sich durch das ganze Jahr durchgezogen. Der Untersuchungsausschuss war nichts anderes, er war inszeniert. Und ich möchte noch etwas sagen, denn es gehört dazu, wenn wir schon von Transparenz reden. Ich nehme den Begriff der Müllsäcke, das vergleichende Beispiel her. Landesrat Widmann hat in einem Zeitungsartikel zu Beginn der Pandemie gesagt, dass wir etwas machen mussten, denn sonst hätten wir Situationen gehabt wie in der Lombardei. Wir können uns alle an diese Bilder erinnern, wo effektiv das Sanitätspersonal mit Behelfsmaterialien, unter anderem auch mit Müllsäcken, ausgestattet war und sich geschützt hat. Es waren Personen, die sich das an den Beinen herumgewickelt haben, an den Händen, an den Oberarmen, ins Gesicht nicht, so dämlich war niemand. Aber das war diese Aussage, die getätigt worden ist. Im Untersuchungsausschuss war es niemand von der bösen SVP, der diesen Begriff der Müllsäcke gebracht hat. Es war der Chefankläger der Opposition, der das gebracht hat, der Journalist Franceschini. Deswegen seien wir doch einmal ehrlich bei diesen Themen und sagen wir, worum es Ihnen ging! Es ging Ihnen darum, aufzuzeigen, dass etwas nicht sein kann, was nicht sein darf.

PRÄSIDENT: Das sagte auch Trapattoni als Manager der Bayern.
Abgeordnete Amhof, Sie haben das Wort, bitte.

AMHOF (SVP): Vielen Dank, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war selbst nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses, aber ich möchte doch noch einmal an die Situation vor etwas mehr als 1,5 Jahren zurückerinnern und kurz aus der Sichtwarte, wie ich es damals erlebt habe und wie es mir damals gegangen ist, berichten. Ich wurde in dieser Woche, in der alles zugemacht wurde, zum Beispiel vom Krankenhaus Brixen persönlich kontaktiert, mit der Bitte, doch zu helfen, Schutzmasken zu organisieren. Sie hätten nichts mehr, sie wüssten nicht mehr, wo sie noch Zeug herbekommen können. Sie hätten gerade noch Material für den nächsten Tag. Daraufhin habe ich mich mit Gesundheitslandesrat Thomas Widmann zusammengehört, der mir gesagt hat: "Es tut mir leid, wir haben selbst nichts mehr. Wir haben alles kontingentiert und schicken den einzelnen Krankenhäusern und Einrichtungen immer nur noch Material für einen Tag, weil wir nicht wissen, woher wir noch Material, Schutzausrüstung bekommen können. Wir haben nichts mehr." Daraufhin hat er mir auch noch etwas anderes gesagt: "Wir sind aber dabei - weil Wissenschaft und Mediziner uns gesagt haben, dass wir Beatmungsgeräte brauchen.-, Beatmungsgeräte anzukaufen. Die sind zur Zeit noch auf dem Markt verfügbar." Alles andere war leergefegt. Es gab gar nichts mehr. Dieselbe Situation hat sich auch im Hochpustertal genau so zugetragen. Gute Freunde von mir, die gut vernetzt sind, wurden ebenfalls vom Krankenhaus Innichen kontaktiert, mit der Bitte doch zu helfen. Das haben wir gemacht. Wir waren bei Betrieben und Handwerksbetrieben. Wir haben die Schuldirektoren der einzelnen Berufsschulen kontaktiert mit der Bitte: "Schaut nach, was ihr noch habt. Habt ihr Schutzmasken?" Jede Schutzmaske, die wir finden konnten, haben wir in die Spitäler getragen, jede einzelne. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, in welcher Situation wir damals waren. Wir haben Schlauchtücher organisiert. Der Südtiroler Landtag hat dann Schlauchtücher für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die Schutzmasken gingen in die Spitäler. Die Situation war dramatisch. Wir wussten nicht genau, wie ansteckend diese Krankheit ist. Wir wussten die Situation nicht einzuschätzen. Es wurde alles getan, um den Menschen, die vor Ort an exponierter Stelle arbeiten, einen

Schutz zu geben, egal welchen, Hauptsache einen, damit sie sich nicht ungeschützt diesen Situationen aussetzen müssen. Deswegen finde ich es zum Teil auch etwas anmaßend. Kollege Lanz hat vorhin ein Bild gebraucht, das mir sehr gut gefallen hat, nämlich, dass wir einen Vollbrand hatten. Es wurde an allen Ecken und Enden gelöscht. Dieser Brand ist ständig wieder an einer oder der anderen Ecke neu aufgeflammt und wieder hat man versucht, ihn unter Kontrolle zu bringen. Jetzt sobald der Brand unter Kontrolle ist, gehen wir her und debattieren darüber, wie man schneller von einem Ort zum anderen fahren hätte können oder wo man wohl besser mit diesem Schlauch oder mit einem anderen Schlauch gelöscht hätte. Oder wäre die Photovoltaikanlage vorher noch wegzubringen gewesen? Ich empfinde ich es als eine solche Diskussion. Ich war immer dafür, dass wir diesen Untersuchungsausschuss machen, weil ich auch der Auffassung bin, dass wir nichts zu verstecken haben. Aber ich erinnere noch einmal daran, dass es diese Situation nicht nur hier bei uns gegeben hat. Wir wissen, dass die Parlamente in Europa in fast allen Staaten in dem Moment genau die gleichen Diskussionen führen. Überall wird versucht, einen Schuldigen zu suchen. Wissen wir, was wir vor 1,5 Jahren erlebt haben? Es muss auch nicht immer ein Schuldiger gefunden werden. Ich finde, dass hier verantwortungsbewusst gearbeitet wurde und Kollege Franz hat es gerade vorhin auch noch einmal erwähnt: Die Verbindung war zwischen Sanitätsbetrieb und Unternehmerverband. Da hat man versucht, Schutzausrüstung zu besorgen. Das hat auch geklappt. Und noch etwas: Diese Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir stecken mittendrin. Die Auswirkungen dieser Delta-Variante kennen wir auch noch nicht. Dann jetzt hergehen und hier Rücktrittsforderungen zu deponieren, finde ich verantwortungslos und nichts anderes. Vielen herzlichen Dank!

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei

PRESIDENTE: Do la parola al consigliere Vettori, prego.

VETTORI (Forza Italia Alto Adige Südtirol): Direi che oggi arriviamo al sunto di un braccio di ferro che viene portato avanti da un anno a questa parte, un braccio di ferro puramente ideologico tra maggioranza e opposizione, questo perché io penso, come hanno già detto anche il consigliere Lanz e il collega Locher, che tutto ciò che è stato fatto in quest'anno sia stato fatto esclusivamente per screditare un lavoro che nessuno avrebbe saputo fare meglio, perché questo è utile rimarcarlo.

In una pandemia mondiale come quella che abbiamo vissuto, che ha creato problemi a livello nazionale, sembra che tutti siano stati bravi, tranne in Alto Adige, però ci ricordiamo tutti, come ha detto il consigliere Lanz, che c'è questo spaccato in cui da una parte si chiedono le dimissioni di un assessore e dall'altra parte si chiede maggiore collaborazione e voglia di lavorare tutti quanti insieme e le due cose naturalmente sono in antitesi.

Il problema di questa commissione d'inchiesta, che vale zero per quello che ha operato per il semplice fatto che chi ha veramente il boccino in mano è la Procura con le indagini che sta portando avanti, quindi tutte le nostre elucubrazioni mentali sono di valore nullo rispetto a quello che poi deciderà la magistratura, tanto è vero che da un certo punto di vista possono anche essere intese come un atto di forzatura atto a fuorviare l'opinione pubblica e lo abbiamo visto benissimo quando in molti interventi si chiede l'aiuto del pubblico con "Grazie presidente", "Gentili consiglieri e stimati cittadini che ci guardate da casa in *streaming*", non ho mai sentito questa frase in due anni e mezzo di consiliatura, oggi di punto in bianco scopriamo di avere pure il pubblico a casa, pubblico che è stato volutamente formato in questo anno di commissione, facendo trapelare notizie di una commissione che fino a oggi doveva essere riservata, quando invece abbiamo visto una fuoriuscita di notizie aberrante da parte di stessi membri della commissione, con la stampa che era ben preparata e aggiornata sui lavori ancora prima dei nostri colleghi di maggioranza e opposizione che in commissione non sedevano e non lavoravano. Quindi è inutile continuare con questi scambi tra maggioranza e opposizione che sono atti soltanto a voler fare un teatrino di comunicazione per rimarcare delle rendite di posizione tra maggioranza e opposizione che non portano da nessuna parte, perché alla fine nonostante le nostre chiacchiere – io naturalmente in difesa della maggioranza e l'opposizione in discredito della maggioranza – chi ci ha messo la faccia è stata la Giunta, sono stati i tecnici che comunque hanno lavorato negli ospedali e nelle postazioni di primo intervento quando noi eravamo praticamente inutili, se non ingombranti in quel periodo e quindi l'unica cosa che va fatta è rimarcare la solidarietà a chi ci ha messo la faccia in questo periodo, con evidenti stress anche personali, perché una pandemia come questa due anni fa, nel 2018, quando abbiamo fatto la campagna elettorale, nessuno avrebbe pensato di doverla affrontare e ha cambiato completamente il nostro modo di vedere il mondo e anche le priorità politiche per la nostra terra da portare avanti da oggi fino al futuro. Grazie!

PRESIDENTE: Le ricordo che, come era già stato detto altre volte anche nelle riunioni di capigruppo, per cortesia di evitare di avere i simboli di partito durante gli interventi. Chiaramente Lei non è in aula, è nel Suo ufficio però basta girare il computer dall'altra parte il problema si risolve. Grazie!

Ha chiesto di intervenire l'assessore Schuler, ne ha facoltà.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Danke, sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass wir uns sehr bemüht haben, nicht nur zu Beginn dieser Pandemie, sondern auch in der Folge. Auch heute noch ist es so, dass wir dauernd Entscheidungen treffen müssen, und zwar immer im Lichte der aktuellen Situation und im Lichte dessen, was man zur Zeit an Kenntnissen hat. Es waren sicher schwierige Entscheidungen, weil mit einer solchen Situation, mit einer Pandemie in diesem Ausmaß ist weltweit nicht gerechnet worden. Nicht nur wir in Südtirol hatten entsprechende Schwierigkeiten in der Beschaffung von Schutzausrüstung und vielen anderen Dingen mehr, sondern anderen Ländern und anderen Regionen ist es auch so ergangen, weil einfach die Verfügbarkeit von Schutzausrüstung nicht da war. Heute ist auch schon mehrere Male auch in den verschiedenen Berichten betont worden: Es hat einen Wettlauf um die wenigen Masken gegeben, Schutzanzüge, was auch immer, die zur Verfügung standen. Ich bin davon überzeugt, dass wir das nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf Verwaltungsebene gemacht haben, was wir zu dieser Zeit an Wissen gehabt haben und für richtig befunden haben. Wir alle waren bemüht, das Möglichste zu tun, um den Schutz des Personals und der Südtiroler Bevölkerung bestmöglich garantieren zu können unter diesen sehr schwierigen Voraussetzungen. Wir haben gesehen, dass auch die Wissenschaft hier einiges dazulernen musste, dass auch die Wissenschaften, die Spitzenvirologen Europas immer wieder ihre Empfehlungen geändert haben, weil es in einer solchen Situation keine Blaupause gegeben hat und man erst aus diesen Situationen lernen musste. Heute können wir die Dinge aus einem anderen Lichte, aus einer anderen Perspektive von damals betrachten, aber wir müssen uns auch in eine Zeit zurückversetzen, wie sie damals war und wie die Voraussetzungen waren, nach denen wir entscheiden mussten.

Ich habe mich hauptsächlich zu Wort gemeldet, um etwas hier noch nachzustellen, das aus den Berichten irgendwo hervorgegangen ist. Man hat immer wieder aus den Diskussionen hört, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn der Südtiroler Zivilschutz bzw. die Agentur für Bevölkerungsschutz hier diese Anschaffungen getätigt hätte. Es ist auch davon die Rede gewesen, ob die Agentur Südtirols den Aufgaben nicht gerecht geworden ist, und hier möchte ich folgendes klarstellen: Die Lieferung, Bestellung der persönlichen Schutzausrüstung würde eigentlich im Zusammenhang mit der Pandemie dem Staat obliegen, das heißt damals dem staatlichen Zivilschutz, der auch versucht hat, bestmöglichst Schutzausrüstung zu besorgen und damit auch die Regionen und die autonomen Provinzen in unserem Fall mit Schutzausrüstung zu versorgen. Dass es nur schwer gelungen ist, wissen wir, weil die Verfügbarkeit auch für den Staat die war, die sie eben damals war. Um hier selbst tätig werden zu können, hat es ein Gutachten des staatlichen Zivilschutzes gebraucht, spricht, um hier selbst Schutzausrüstung ankaufen zu dürfen. Damit wird nicht nur die Art und Weise festgelegt, sondern vor allem auch eine eventuelle Rückerstattung der Kosten gewährleistet, wenn man entsprechend Rücksprache behalten oder das Gutachten des staatlichen Zivilschutzes eingefordert hat. In der Folge dann – das möchte ich hier präzisieren – ist es dann irrelevant, wer diese Bestellungen vornimmt, ob das der Sanitätsbetrieb ist, ob das die Agentur Bevölkerungsschutz oder das deutsche Bildungsinstitut ist. Wir haben dieselben Regeln einzuhalten und deshalb hätte hier der Südtiroler Zivilschutz bzw. die Agentur keine weiteren zusätzlichen Möglichkeiten der Beschaffung gehabt, sondern wir hätten uns genauso an die Richtlinien und Bestimmungen halten müssen, wie es der Sanitätsbetrieb getan hat und wie es auch andere Abteilungen des Landes tun müssen. Das wollte ich in diesem Zusammenhang noch einmal präzisieren. Danke!

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Breitband, Genossenschaftswesen - SVP): Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Folgendes: Zuerst einmal danke für die vielen Wortmeldungen. Sehr interessant ist die unterschiedliche Art der Wortmeldungen. Was mir wichtig ist, Kollege Ploner, Sie haben es gesagt: Was war das Wesentliche? Der Schutz der Mitarbeiter und dass das Gesundheitssystem nicht zusammenbricht. Das waren die wesentlichen Ziele, die wir uns am Anfang der Pandemie gestellt haben. Wir haben vor allem die Bilder von Bergamo vor Augen. Wenn man da jetzt so tut, als ob das nicht gemacht wurde, dann muss ich sagen, verwundert mich das schon ein bisschen, wenn Sie das als Arzt, der bis vor Kurzem im Betrieb tätig war, bemängeln. Es sind ja technische Entscheidungen getroffen worden. Es geht hier nicht um

mich, sondern um das, was ein Markt kauft. Pierpaolo Bertoli, Florian Zerzer, Erne, Pagani haben entschieden, was gemacht wird. Ich bin stolz, dass ich dafür zuständig bin, was sie entschieden und gemacht haben. In vielen Bereichen sind wir Vorzeigemodell für ganz Europa gewesen, wie schnell wir reagiert haben. Dass Sie Ihren Kollegen Marc Kaufmann, ihren Schüler, einen engen Vertrauten fast in die Pfanne hauen, als ob Sie nichts getan hätten, das finde ich nicht korrekt. Sie wissen ganz genau, wie die Situation wirklich war und in welch kurzen Abständen man entscheiden musste. Wenn man da so tut, als ob man wochenweis nicht informiert hätte, dann liste ich danach die Chronologie, die Sie mir gegeben haben, noch einmal für die Bevölkerung auf, weil sonst könnte man meinen, dass wochenweise nichts getan worden wäre, als ob wir daumengedreht und danach weitergeschaut hätten. Auf jeden Fall sind die Ziele erfüllt worden, das System ist nicht zusammengebrochen. Jeder von uns hat noch die Bilder von Bergamo vor Augen. Wann bricht das System zusammen? Wenn wir zu viele Mitarbeiter infiziert haben und wenn wir Tote, die wir nicht mehr behandeln können, auf den Gängen herumliegen haben. Das war die Angst, die wir gehabt haben. Wir waren die Dritten auf der Welt, die die Pandemie bekommen haben. Nach China und Bergamo waren wir dran. Deswegen war der Erfahrungswert sehr gering. Und Sie wissen ganz genau, der Korrektheit halber, dass die Ausschreibungen in ganz Europa ausgesetzt wurden, weil Notstand war, dass die Zertifizierungen in ganz Europa ausgesetzt waren, weil Notstand war. Nur Italien hat die INAIL nicht ausgesetzt und die INAIL ist keine Materialprüfung, sondern eine Dokumentprüfung, auch das ist zu sagen. Ich möchte jetzt die Chronologie darstellen: Am 26. März ist die Ware gekommen, am 26. ist die Autorisierung an die INAIL geschickt worden. Drei Tage hätten sie dafür Zeit gehabt. Am 29. – Sonntag-Abend – wurden diese Tests von der Heeresschutzbehörde weitergeleitet, weil Salewa auch draußen angeboten hat, dass es Bedenken beim Material und vor allem bei der Passform gibt. Am Abend von diesem besagten Tag hat Florian Zerzer informiert, hat sich mit Experten zusammengesetzt und am 31. ist ein Rundmail an die Mitarbeiter für die Verwendung der Schutzausrüstung hinausgegangen, genau ein 24-Stunden-Arbeitstag. Dann sagen Sie, das ist das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, dass man streitet, ob es 8 Stunden früher besser gewesen wäre oder 2 Stunden später. Sie werfen unseren Leuten vor, die tagtäglich an der Front waren, im totalen Druck rund um die Uhr gearbeitet haben, 24 Stunden Information, bevor man sie mit Experten in Nordtirol und überall zusammentut, um zu sagen, ob es gut oder nicht gut ist, ob wir es verantworten können oder nicht. Alle haben gesagt, es ist ein Material, das in Ordnung ist und hinausgeht. Sie wissen ganz genau, dass Ausschreibungen in dieser Situation nicht möglich waren. Alle können sich daran erinnern, wie es war. Wir haben noch für wenige Tage im Magazin die Schutzausrüstung gehabt, die Alternative war nur ohne oder mit Schutzausrüstung. Das ist immer wieder zu sagen. Wir brauchen nicht so zu tun, als ob in Mengen Zeit für die Ausschreibung, für die Materialprüfung usw. gewesen wäre. Das ist Irreführung der öffentlichen Meinung.

Das Zweite, Kollegin Rieder, es ist schon fast peinlich, welch kurzes Gedächtnis Sie haben. Wenn Sie sagen, verstecken Sie sich nicht dahinter, dass keine Masken waren. Ich kann nur sagen, dass sich Magdalena Amhof noch recht gut daran erinnern kann, wie die Situation damals war, Sie offensichtlich nicht mehr. Sie tun so, als ob wir die Zeit für eine Ausschreibung der Masken gehabt hätten. Sie empfehlen sogar, dass wir die Ausschreibung machen und auf die Mitarbeiter hören hätten sollen, sie hätten bessere Verträge und noch tiefere Verträge. Es war Not am Mann und an der Frau. Entweder war die Situation jene, das Personal ohne Schutzausrüstung an die Front zu schicken oder mit Schutzausrüstung. Es gab keine andere Alternative. Da haben meine Leute, Damen und Herren, verantwortungsvoll und bewusst mutig und schnell gehandelt. Das Ergebnis ist, das wir deshalb keinen Zusammenbruch im System hatten, worauf Sie nicht verweisen. Sie müssten es eigentlich wissen. Ich bin überzeugt, dass es im Untersuchungsausschuss vorliegt. Es gibt eine interne genaue Aufarbeitung, dass mit diesen Masken – ich sage nicht wegen der Maske, aber mit diesen Masken - die Infektionslage in den Krankenhäusern signifikant zurückgegangen ist. Tun Sie nicht so, als ob sich über diese Masken viele Leute infiziert hätten! Das wissen Sie ganz genau, Kollege Ploner, Sie sind zu viel Wissenschaftler, um das nicht zu wissen. Sie haben mit den Kollegen gesprochen. Die Infektionszahlen sind hinuntergegangen. Sie verkaufen aber der Öffentlichkeit, dass sich viele infiziert haben. Das ist wissenschaftlich und ethisch nicht korrekt und ganz unfair Ihren Kolleginnen und Kollegen gegenüber. Deshalb bitte ich Sie, Kollegin Rieder, schauen Sie sich die Zeitungen an, wenn Sie sich wirklich nicht mehr erinnern! Wenn Sie sich die Berichterstattung von Mitte/Ende März anschauen, werden Sie sehen, dass die Situation damals eine andere war. Es war nicht die Zeit, irgendwo links oder rechts. Deshalb möchte ich nochmal sagen: Mir ist es wichtig, wie die Situation war. Ich persönlich bin froh, was diese Leute geleistet haben. Wir haben die Ziele absolut erreicht, es gab keinen Zusammenbruch des Systems. Wir sind im europäischen Schnitt nicht die Besten, aber auch nicht die Schlechtesten. Wir sind irgendwo zwischendrin, also haben alle ähnliche Probleme

gehabt. Wir haben nie gesagt, dass wir alles richtig gemacht haben. Im Nachhinein wären wir alle gescheiter. Wir würden viele Sachen anders machen, aber im Nachhinein ist es immer leichter, groß zu reden. Kollege Ploner, Kollegin Rieder, ich habe in dieser Runde auch von Kollegin Rieder keinen einzigen Vorschlag gehört, wie man es machen müsste. Ich habe nur gehört, was falsch ist, das ist schon relativ billig. Ich danke Ihnen trotzdem für die Arbeit, aber wenn herausgekommen ist, dass das Ergebnis der verspäteten E-Mail sein soll, dass die Kommunikation nicht gepasst hat und die Mitarbeiter zu spät informiert worden sind, dann sage ich, dass man es vielleicht nach 6 Stunden machen hätte können. Aber führen Sie bitte nicht die Öffentlichkeit in die Irre, dass die Ziele nicht erreicht worden wären. Ich bin froh, dass ich dafür verantwortlich bin, was meine Damen und Herren, für die ich zuständig bin, geleistet haben, Ihre Kolleginnen und Kollegen.

PRESIDENTE: Grazie, assessore Widmann. Se non ci sono altri interventi, direi concluso questo punto all'ordine del giorno.

Proseguiamo nella trattazione dei punti all'ordine del giorno da trattare nel tempo riservato all'opposizione.

Punto 4) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 15/20 del 10/3/2020, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante l'Italia ha bisogno di una legge sulle filiere: per il settore tessile, ma non solo."**

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 15/20 vom 10.3.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Italien braucht ein Lieferkettengesetz: Für Textilien, aber nicht nur."**

L'Italia ha bisogno di una legge sulle filiere: per il settore tessile, ma non solo

L'origine di un prodotto è diventata un aspetto importante per molti consumatori e consumatrici quando fanno acquisti. Soprattutto quando si tratta di generi alimentari, molte persone prediligono i prodotti locali. Per molti altri prodotti, la questione della regionalità è invece un po' più complessa: una borsa, una camicia, un aspirapolvere ecc. provengono veramente dal Paese indicato sull'etichetta "Made in ..."? In altre parole, la produzione è avvenuta davvero interamente nel Paese indicato, dall'estrazione della materia prima fino all'ultima rifinitura? Sotto sotto, sappiamo tutti che ciò è assai improbabile. Il cotone non cresce in Veneto e il litio per le batterie dei nostri apparecchi elettrici non viene certo dal Tirolo. L'etichetta con la dicitura "Made in ...", che troviamo sui nostri capi di abbigliamento, ma non solo, si limita a indicare il Paese in cui è stato dato il tocco finale al prodotto. Questo è il Paese che viene poi dichiarato come luogo di produzione.

La tipica domanda che viene da porsi è quindi la seguente: che viaggio ha fatto, ad esempio, una maglietta con la scritta "Made in Italy" o "Made in Germany"? Come si svolge la filiera dalla produzione del cotone fino al prodotto finito?

Secondo la Fair Fashion Guide, un'iniziativa sostenuta dall'Ufficio federale tedesco per la cooperazione e lo sviluppo economico, la produzione di una maglietta di cotone attraversa le seguenti fasi:

la "genesi" di un prodotto comincia sempre dalla materia prima. Nel caso di una maglietta, molto spesso si tratta di cotone. Il cotone si coltiva soprattutto nelle zone subtropicali dell'Africa o lungo le sponde del lago d'Aral, tra il Kazakistan e l'Uzbekistan. Da lì il cotone viene trasportato in una filanda, che in molti casi si trova in India. In una terza fase, il filato viene poi trasformato in tessuto, di solito in Cina, dove viene anche sbiancato e tinto. In Bangladesh o nell'Europa dell'Est, i capi vengono poi cuciti. Infine la nostra maglietta viene spedita verso la sua destinazione finale, nel nostro caso l'Italia, dove viene venduta al dettaglio. Queste fasi intermedie sono fino a un certo punto inevitabili. Per molti articoli di uso quotidiano è praticamente impossibile gestire a livello locale l'intera catena produttiva dalla A alla Z. Ciò non significa tuttavia che le aziende che commissionano e, alla fine, distribuiscono il prodotto finale possano sottrarsi alle loro responsabilità. Purtroppo però in Italia e in molti altri Paesi europei esse riescono a farlo fin troppo facilmente. Queste aziende sono solite scaricare sui loro fornitori la responsabilità dello sfruttamento delle persone e dell'ambiente. Occhio non vede, cuore non duole. Questo spiega come sia possibile che il lago di Aral si sia ridotto a meno della metà delle sue dimensioni originali a causa delle

enormi quantità d'acqua consumate per la coltivazione del cotone. O ancora, come sia possibile che, a causa dello spargimento di pesticidi sui campi di cotone che circondano il suddetto lago, quella regione abbia il più alto tasso di tumori all'esofago a livello mondiale, come denunciava il settimanale "Der Spiegel" già nel 2004. Per non parlare poi delle numerose violazioni dei diritti umani nelle filande e nei vari sweatshop in Cina e in Bangladesh. Quando poi si verifica un tragico incidente come il crollo dell'edificio Rana Plaza in Bangladesh, le aziende occidentali promettono all'unisono di migliorare e di innalzare gli standard. Nell'edificio in questione erano presenti anche catene di moda italiane. Purtroppo da allora nulla è cambiato.
Sempre più Paesi europei si stanno rendendo conto che devono assumersi le proprie responsabilità e che le aziende devono impegnarsi a garantire il rispetto dei diritti umani e degli standard ambientali lungo tutta la loro filiera. Così è avvenuto, ad esempio, in Francia nel 2017 con la legge sulle due diligence aziendali ("Loi relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordre"). Questa legge mira a obbligare le imprese francesi a identificare i rischi di violazione dei diritti umani e di danni ambientali lungo le loro filiere. Inoltre esse sono tenute a prevenire questi rischi e a rendere conto del loro operato all'opinione pubblica. In caso di mancato rispetto di tali obblighi, sono previste pesanti sanzioni pecuniarie. Si tratta fino ad oggi di una legge unica nel suo genere.
Ma anche altri Paesi stanno seguendo l'esempio: il Belgio, i Paesi Bassi e la Finlandia hanno promosso normative di questo tipo per singoli settori economici come la produzione del cacao o per reati specifici come il lavoro minorile.
Proprio perché viviamo in un mondo globalizzato, dobbiamo agire in modo responsabile. A questo punto, spesso si fa appello ai consumatori e alle consumatrici finali, che con le loro scelte hanno il potere e il dovere di indirizzare il mercato in una o nell'altra direzione. Tuttavia ciò è possibile solo a condizione che i consumatori e le consumatrici siano in grado di seguire passo dopo passo una complessa catena produttiva e che possano contare su standard di sicurezza affidabili.
Per questo motivo è giunto il momento che lo Stato italiano agisca ed elabori una propria legge sulle filiere al fine di prevenire le violazioni dei diritti umani e i crimini contro l'ambiente.
Pertanto

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
sollecita

Governo e Parlamento

1. *a elaborare una legge sulle filiere per le imprese italiane che le obblighi a garantire il rispetto dei diritti umani e della natura lungo tutta la loro catena di approvvigionamento, dal reperimento della materia prima fino alla realizzazione del prodotto finale;*
2. *a prevedere esplicitamente, in fase di stesura di tale legge, che si tenga conto del rispetto dei diritti umani e della natura.*

Italien braucht ein Lieferkettengesetz: Für Textilien, aber nicht nur

Die Herkunft einer Ware ist für viele Konsumentinnen und Konsumenten beim Einkauf mittlerweile ein wichtiger Aspekt geworden. Vor allem bei Lebensmitteln legen viele Menschen Wert auf regionale Herkunft. Bei vielen anderen Produkten verhält sich das mit der Regionalität etwas komplizierter: Kommt eine Handtasche, ein Hemd, ein Staubsauger usw. tatsächlich aus dem Land, auf welches das "Made in …"-Label verweist? Will heißen, wurde das Produkt von der Rohstoffgewinnung bis zur Anbringung des letzten Fadens oder Drahtes dort produziert? Unterbewusst weiß man, dass das nur schwer möglich ist. Baumwolle wächst nicht im Veneto und das Lithium für unsere batteriebetriebenen Geräte bekommen wir auch nicht aus Tirol. Das oben zitierte Label mit dem "Made in …"-Kennzeichen, das wir in unseren Kleidungsstücken – aber nicht nur – finden, verrät lediglich, in welchem Land eine Ware den letzten Schliff erhalten hat. Dieses Land wird dann als Produktionsort angegeben.
Es bleibt also die exemplarische Frage: Welche Reise hat etwa ein T-Shirt mit der Aufschrift "Made in Italy" oder "Made in Germany" hinter sich? Wie sieht die Lieferkette von der Baumwollgewinnung bis zum fertigen Endprodukt aus?

Laut Fair Fashion Guide, einer Initiative unterstützt vom Deutschen Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sieht der Werdegang eines Baumwoll-Shirts folgendermaßen aus:
Jedes Produkt beginnt seine Laufbahn mit einem Rohstoff. Bei einem T-Shirt ist dies sehr oft die Baumwolle. Diese wird vielfach in den subtropischen Zonen Afrikas oder um den Aralsee, zwischen Kasachstan und Usbekistan, gewonnen. Von dort geht es weiter zu einer Spinnerei, die sich in vielen Fällen in Indien befindet. Die Fäden werden dann in einem dritten Schritt meist in China zu Stoff weiterverarbeitet, wo sie auch gebleicht und gefärbt werden. In Bangladesch oder Osteuropa findet sodann das Zusammennähen der Kleidungsstücke statt. Jetzt wird unser T-Shirt auf seine letzte Reise an seinen Bestimmungsort, in unserem Fall Italien, geschickt, wo es letztendlich im Einzelhandel verkauft wird. Diese Zwischenschritte sind bis zu einem gewissen Punkt auch unvermeidbar. Viele Gebrauchsgegenstände können schlicht nicht von A bis Z regional hergestellt werden. Dies bedeutet aber nicht, dass sich Unternehmen, welche die Endprodukte in Auftrag geben und letztendlich auch vertreiben, ihrer Verantwortung entziehen sollen.
Leider wird ihnen das heute in Italien und vielen anderen europäischen Ländern nur allzu leicht gemacht. Die Verantwortung für Ausbeutung von Mensch und Umwelt wälzen diese Unternehmen gerne an ihre Zulieferer ab. Wissend oder nicht verschließt man die Augen. Und so kann es sein, dass der Aralsee wegen des enormen Wasserverbrauchs der Baumwolle inzwischen auf weniger als die Hälfte seiner ursprünglichen Größe geschrumpft ist. Oder dass wegen der Pestizidausschüttung über den Baumwollfeldern an besagtem See die Speiseröhrenkrebsrate in der Region einen weltweiten Spitzenrekord erreicht hat, wie das Magazin "Der Spiegel" bereits im Jahr 2004 berichtete. Von den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in Spinnereien und den diversen Sweatshops in China und Bangladesch gar nicht zu reden. Passiert dann ein aufsehenerregendes Unglück wie jenes des Zusammenbruchs des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch, geloben westliche Unternehmen unisono Besserung und verpflichten sich zur Erhöhung der Standards. In dem Gebäude waren auch italienische Modeketten vertreten. Passiert ist leider nichts.
Immer mehr europäischen Ländern wird bewusst, dass sie sich ihrer Verantwortung stellen- und Unternehmen dazu verpflichten müssen, entlang ihrer gesamten Lieferkette dafür Sorge zu tragen, Menschenrechts- und Umweltstandards einzuhalten. So geschehen beispielsweise 2017 in Frankreich mit dem Gesetz über unternehmerische Sorgfaltspflichten ("Loi relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordre"). Mit diesem Gesetz sollen französische Unternehmen dazu verpflichtet werden, Risiken für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden entlang ihrer Lieferkette zu identifizieren. Zudem sollen sie diesen Risiken vorbeugen und der Öffentlichkeit darüber Rechenschaft ablegen. Kommen sie diesen Verpflichtungen nicht nach, sind hohe Bußgelder fällig. Ein solches Gesetz ist bislang einzigartig.
Doch auch andere Länder ziehen nach: Belgien, die Niederlande oder Finnland haben Regulierungen solcher Art für einzelne Wirtschaftssparten wie den Kakao oder spezifische Vergehen wie Kinderarbeit vorangebracht.
Gerade weil wir in einer globalisierten Welt leben, müssen wir verantwortungsvoll handeln. An diesem Punkt wird oft auf die Endverbrauchenden verwiesen, die mit ihrem Einkaufsverhalten den Markt in die eine oder andere Richtung lenken können und sollen. Das ist allerdings nur möglich, wenn die VerbraucherInnen in der Lage sind, eine komplexe Lieferkette zu durchschauen bzw. sich auf Unbedenklichkeitsstandards verlassen zu können.
Aus diesem Grund ist es an der Zeit, dass der italienische Staat handelt und ein eigenes Lieferkettengesetz ausarbeitet, mit dem Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen an der Umwelt vorgebeugt werden sollen.
Daher

fordert
der Südtiroler Landtag

das italienische Parlament und die italienische Regierung auf,

1. *ein Lieferkettengesetz für italienische Unternehmen auszuarbeiten, dass diese dazu verpflichtet, entlang ihrer gesamten Lieferkette dafür Sorge zu tragen, dass vom Gewinn des Rohstoffs*

bis zum Entstehen des endgültigen Produktes die Rechte von Mensch und Natur gewahrt bleiben;

2. *bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes explizit darauf zu achten, dass sowohl auf die Rechte der Menschen als auch auf die Rechte der Natur Rücksicht genommen wird.*

E' stato presentato un **emendamento** dai consiglieri Foppa e Lanz, che segue:

"La parte dispositiva è così sostituita:

1. ad adottare provvedimenti legislativi per impedire, in collaborazione con le associazioni imprenditoriali e quelle dei consumatori, il dumping salariale, sociale e ambientale nelle importazioni di materie prime, prodotti, beni commerciali e servizi."

"Der beschließende Teil erhält folgende Fassung:

1. gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um in Zusammenarbeit mit Unternehmen- und Konsumentenverbänden, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping beim Import von Rohstoffen, Produkten, Handelswaren und Dienstleistungen zu unterbinden."

La parola alla consigliera Foppa per l'illustrazione, prego.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente! In dieser Zeit – in Europa werden sie es mitverfolgt haben - wird über die Einführung von sechs neuen Grundrechten gesprochen. Und Ferdinand von Schirach hat in diesen Zusammenhang – er ist ein Promotor dieser sechs Grundrechte – auch darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig Verfassungen sind und welche Kraft in Verfassungen und in Grundrechten steckt. Deswegen ist es so wichtig, diese Debatte zu führen. In einem dieser Grundrechte, dem Grundrecht Nr. 5, geht es um die Globalisierung. Globalisierung ist etwas, wo wir ja so oft von regionalen Kreisläufen sprechen, wo wir zunehmend auch einen sehr kritischen Blick darauf haben. Das ist richtig so, denn Globalisierung ist die Zusammenfügung in einem Weltmarkt, wo die verschiedenen Herstellungsschritte, die Vermarktungsschritte sich auf sehr viele verschiedene Länder verteilen. Das bringt natürlich kritische Faktoren mit sich, gerade aus Umwelt- und Klimasicht. Das Grundrecht Nr. 5 sagt entsprechend, dass das Recht der europäischen Bürgerinnen und Bürger besteht, dass in dieser Kette der Globalisierung keine Menschenrechte verletzt werden. Das Ganze hat mit unserem Konsum zu tun. Wir können vom Beispiel der Textilien ausgehen. Wir haben in der letzten Woche im Regionalrat reichlich über Textilien diskutiert, aber wenn wir von unseren eigenen Textilien ausgehen, die wir anhaben, dann können wir uns überlegen, woher die stammen. Vielleicht sind sie "Made in Italy", "Made in Germany", also aus einem Land, zu dem wir gehören oder das uns naheliegt, aber in Wirklichkeit wird dieses Kleid oder dieser Anzug nur zu einem geringen Teil in Italien oder in Deutschland gemacht. Wenn wir das Ganze anschauen, von der Produktion über die einzelnen Schritte bis zum Verkauf, dann werden wir wahrscheinlich sehen, dass dieses Kleid in vielen Ländern hergestellt worden ist. Wir können davon ausgehen, dass die Baumwolle zum Beispiel in Kasachstan angepflanzt, in Indien versponnen und in China gefärbt oder gebleicht worden ist. Sie ist vielleicht in Osteuropa oder in Bangladesch zum Anzug oder zum Kleid vernäht worden, das wir gerade tragen, und dann ist es in Italien oder in Südtirol verkauft und vermarktet worden. Und auf all diesen Etappen, auf all diesen Stationen besteht die Möglichkeit, nein, da besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, dass irgendwo Menschenrechte verletzt worden sind. Das ist für uns wichtig zur Kenntnis zu nehmen, denn wir haben gerade hier in Südtirol oft das Gefühl, dass wir so eine glückliche Insel sind. Aber wir sind wie jede andere Region Teil einer großen Kette, eines großen Weltmarktes und wir sind dafür verantwortlich, was in den anderen Ländern geschieht, wenn wir ein Produkt kaufen. Diese Verantwortung ist allerdings sehr schwer wahrzunehmen. Das müssen wir auch ehrlich zugeben. Wenn wir jetzt diese Mutmaßung haben, die ich bei diesem Beispiel gerade gesagt habe, dann ist und bleibt das eine Mutmaßung. Ich kann mich für einen fairen Einkauf, für einen bewussten Einkauf entscheiden, für einen kritischen Konsum kann ich alles machen. Trotzdem ist in jedem Produkt, das wir kaufen, eine unkontrollierbare Kette dahinter, und überall ist es möglich, dass Menschenrechte verletzt worden sind. Wovon sprechen wir, von welchen Menschenrechten? Wir sprechen vom Recht auf eine gesunde Arbeit, sehr oft nicht gegeben. In manchen Regionen der Erde arbeiten Menschen mit sehr giftigen und gefährlichen Chemikalien. Sie arbeiten unterbezahlt, sie arbeiten zum Teil in Zwangsarbeit. Das ist ein Aspekt, den wir vielleicht selten bedenken, gibt es auch und ist verbreitet. Es besteht die Möglichkeit der Kinderarbeit. All das fließt in unseren Konsum mit ein. Um die Verantwortung dafür besser wahrnehmen zu können, hat man sich in einigen Ländern schon auf den Weg gemacht. Der Ansatz ist der, dass man die Sorgfaltspflicht auferlegt. Meistens aus den bisherigen

Erfahrungen - und ich beziehe mich hauptsächlich auf das Sorgfaltsgesetz von Frankreich und Deutschland, wo es gerade erst diskutiert worden ist - wird den Unternehmen - normalerweise den eher größeren Unternehmen - auferlegt, Sorgfaltspflicht walten zu lassen und sicherzustellen, dass in den Lieferketten keine Menschenrechtsverletzungen passieren. Dazu gehört immer auch die Transparenz. Nun war unser Vorschlag, das hier ebenfalls für Italien anzuregen. Es ist unser Vorschlag - und deshalb der Begehrensantrag ans italienische Parlament -, auch für Italien gesetzlich tätig zu werden. Unser Vorschlag richtete sich hauptsächlich an einen Gesetzesauftrag, der sich an die Unternehmen richten sollte. Wir glauben weiterhin, dass das ein sehr wichtiger Weg ist. Die Diskussion war auch in Deutschland, wo sie ja sehr lebendig ist. Sie zeigte natürlich auch auf, dass es von Unternehmerseite sehr kritisch gesehen wird, weil mit sehr viel Bürokratie zu kämpfen ist und weil auch gesagt wird, dass es ab einem gewissen Level wirklich unkontrollierbar ist. Das soll nicht sein. Jetzt haben wir uns im Zusammenhang mit dem Austausch des Kollegen Lanz die Frage gestellt: Wer hat eigentlich die Verantwortung für diese Thematik? Wir haben zusammen festgestellt: Es gibt drei Richtungen der Verantwortung. Eine liegt bei den Unternehmen, eine liegt bei den Staaten und eine liegt natürlich auch bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Solange wir diese Verantwortung aufeinander abschieben, solange kommen wir in diesem infernalen Dreieck nicht weiter. Wir haben deshalb – und das war der Vermittlungsversuch – einen Änderungsantrag ausgearbeitet, der euch, Kolleginnen und Kollegen, vorliegt und wo wir die Situation oder den Auftrag etwas allgemeiner formuliert haben, wo wir aber auch ganz klar den Staat selbst in die Verantwortung nehmen, allerdings in Zusammenarbeit mit Unternehmens- und Konsumentenvereinigung, um hier gesetzgeberisch tätig zu werden, um die Menschenrechte wirklich auch in den Produktionsketten und im Import zu sichern. Ich möchte dazusagen, dass es immer so ist, dass uns der Weg eines klaren und auch genannten Lieferkettengesetzes lieber gewesen wäre. Es ist nicht ausgeschlossen in dieser Formulierung, weswegen ich auch diese Formulierung mittrage. Vielleicht kann gerade auch von unserem Land der Aufruf an Italien gehen, hier klare Zeichen und klare Worte zu setzen, denn es geht uns alle an. Die Ebenen müssen ineinander verflochten werden, damit wir hier wirklich auch reineren Gewissens einkaufen und insgesamt einen Markt verbessern können, aber auch der Arbeit und dem Leben der Menschen nicht nur hier bei uns mehr Qualität geben können. Danke schön!

KÖLLENSPERGER (Team K): Das Thema Wirtschaft und Menschenrechte hat in den letzten zehn Jahren ordentlich an Fahrt aufgenommen. 2011 hat ja der UN-Menschenrechtsrat die Leitprinzipien der UNO für die Wirtschaft und die Menschenrechte verabschiedet. Das ist kein richtiges Gesetz, das ist eine sogenannte Soft Law, aber weist immerhin auf die Menschenrechte, insbesondere auf die UN-Menschenrechtsabkommen, hin. Die ersten Länder, die reagiert haben, waren Großbritannien, Niederlande, Dänemark und Finnland, die dann bereits solche Aktionspläne verabschiedet haben. In Deutschland ist auch ein Sorgfaltspflichtgesetz erarbeitet worden und die weitestreichende Initiative ist ja jene, die genannte aus Frankreich. In Frankreich gibt es eben das Gesetz zu den unternehmerischen Sorgfaltspflichten, wo die Unternehmen einen sogenannten Sorgfaltsplan erstellen müssen, Unternehmen, die in Frankreich ansässig sind. Aber Achtung, das betrifft in Frankreich nur die Großunternehmen, mindestens 5.000 Mitarbeiter oder 10.000 international. Die müssen diesen Plan in Kraft setzen und öffentlich machen. In diesem Plan müssen die Maßnahmen enthalten sein, die geeignet sind, um die Gefahr von Menschenrechts- und Grundrechtsverletzungen in der ganzen Lieferkette zu identifizieren, einschließlich der Sub-Unternehmen, was auch schon für ein Großunternehmen harter Tabak ist, das alles zu gewährleisten. Aber sicher vom ethischen Ansatz her ist das völlig richtig. Wenn ein Unternehmen keinen solchen Plan erstellt, kann es mit einer Strafe von bis zu 10 Millionen Euro belegt werden. In Deutschland ist ein Gesetz gemacht worden, nicht ein Lieferkettengesetz, sondern ein Sorgfaltspflichtengesetz, das nicht so weit geht wie jenes in Frankreich. Es hat den Vorteil, dass es den Unternehmen einmal eine klare rechtliche Sicherheit gibt, aber einen klaren verhältnismäßigen und auch zumutbaren Rahmen zur Erfüllung dieser Pflichten auferlegt. Hier ist die Einrichtung eines Risikomanagements vorgesehen, die vor Ausführung einer Risikoanalyse … Die Unternehmen müssen eine Grundsatzerklärung verabschieden, sehr viele Unternehmen haben das schon gemacht in Deutschland. Das Erste – glaube ich – war damals Daimler. Dann müssen sie Präventionsmaßnahmen verankern. All das muss jährlich mit der Bilanzverabschiedung präsentiert werden. Eines ist hier ganz klar, das ist ganz sicher. Wir müssen beginnen, verantwortungsvoller zu wirtschaften. Wir wissen, dass ein Teil des Wohlstandes der restlichen Welt auf die Ausbeutung der restlichen Welt fußt und vor allem auf Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit, die besonders stark davon betroffen sind. Davor können wir die Augen nicht verschließen. Die Achtung der Menschenrechte ist ein zentraler Aspekt einer nachhaltigen Geschäftsstrategie und das ist auch den allermeisten Unternehmen bewusst.

Deswegen schaffen wir mit so einem Gesetz, wenn Italien das machen würde, mehr Gerechtigkeit für die Arbeitskräfte weltweit und vermeidet Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Zivilgesellschaft. Zu bedenken ist aber auch der andere Teil. Ich sehe das jetzt aus Unternehmenssicht, vor allem für große Unternehmen. Lieferketten sind nicht einfach Ketten, sondern überaus komplexe Netzwerke. Ein international agierender Konzern hat gut Tausende Lieferanten und unzählbare Sublieferanten, die er oft gar nicht kennt, weil die Sublieferanten ja gerne verstecken, aus eigenen geschäftlichen Interessen. Dann können die Dokumentation und die Berichtspflichten hier wirklich zu einem Bürokratiemonster werden. Das muss in Verordnungen geregelt werden, dass das wirklich haltbar ist und dass es danach nicht mehr nur Alibipläne werden, so wie es leider in Frankreich gang und gäbe ist, weil es so weitreichend ist, dass die Unternehmen am Ende mit Alibifunktonen versuchen, die 10-Millionen-Strafe zu vermeiden, aber nicht mehr wirklich das Ziel des Gesetzes erreichen. In diesem Sinne bin ich froh über den Änderungsantrag gemeinsam mit Kollegen Lanz, der das Ganze von einem großen Lieferkettengesetz herunterbricht auf spezifische gesetzliche Maßnahmen, die wir ja im Kern und vom Anliegen her absolut teilen. Deswegen werden wir hier auch mit Ja stimmen. Wir wissen, bei italienischen Gesetzen nie, was am Ende herauskommt, aber das Anliegen ist ganz klar zu teilen. Deswegen unsere Zustimmung.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Frau Präsidentin! Unsere Fraktion gehört ja bekanntermaßen nicht zu den Faishon Week Things und wir laufen auch nicht den neuesten Kreationen der Haute Couture nach und deswegen haben wir vielleicht ein bisschen einen anderen Zugang zu dieser Thematik. Brigitte, du hast etwas gesagt: Man muss hier diese klaren Richtlinien schaffen, damit die Konsumenten mit gutem Gewissen einkaufen können. Wir wollen im Grunde genommen das gleiche, gar keine Frage, diese Ausbeutung ist inakzeptabel, nur glauben wir, dass die Verantwortung in dieser Frage nicht primär auf die Unternehmen geschoben werden darf. Ich sage ganz ehrlich, solange es Menschen gibt, die eine Freizeitbeschäftigung darin sehen, regelmäßig durch Einkaufsläden zu laufen und irgendwelche T-Shirts zu kaufen, die sie eh nicht brauchen, nur weil sie gerade fünf Euro kosten, ist daran nicht das Unternehmen schuld. Da muss sich auch der Käufer oder die Käuferin bewusst sein, dass man eine soziale Verantwortung für das hat, was man kauft und dass jeder von uns auch die Möglichkeit hätte, heute schon auf Produkte zurückzugreifen, die vielleicht lokal hergestellt werden. Bei dieser Diskussion zählt zum Beispiel für mich auch der ökologische Fußabdruck, wenn ein T-Shirt zweimal um die Welt fliegt, bevor es im Laden landet, zwischen dort, wo der Stoff hergestellt wird, wo es genäht wird, wo es bedruckt wird usw. Also das spielt für mich auch eine Rolle. Dann muss ich sagen, für mich wäre es schon auch nicht wichtiger, aber gleich wichtig, die Konsumenten auf ihre Verantwortung hinzuweisen, weil das ein bisschen wie mit den Bioprodukten ist. Wir können die schönsten Lieferketten aufzeigen, aber wenn die Leute anstatt das Fleisch vom Biobauern lieber aus dem Discounter kaufen, weil man da die Lasagne für 3,70 Euro fertig zu kaufen bekommt, nützt es relativ wenig. Aber der einzelne Unternehmer ist mit einer zusätzlichen Bürokratie versehen, weil hier drinnen steht, dass gesetzliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen ergriffen werden sollen, um sozusagen diese Ausbeutung ein bisschen zu unterbinden. Das kann wahrscheinlich nur so passieren, dass die Unternehmen verpflichtet werden, auch die Herkunft klar zu kennzeichnen bzw. bei ihren Einkäufern Druck zu machen, damit eben diese Ausbeutung nicht stattfindet. Da haben wir ein bisschen ein Problem und deswegen werden wir uns, obwohl wir das inhaltlich unterstützen, gar keine Frage, bei diesem Beschlussantrag enthalten und würden uns hier eine entsprechende Aufklärung der Konsumenten wünschen.

TAUBER (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, jetzt geht es in die richtige Richtung. Die Thematiken sind uns allen bekannt und – wie gesagt – wir wollen auch alle nachhaltig sein und versuchen alles Mögliche hineinzupacken. Ich bin da auch ein bisschen beim Kollegen Knoll, der sagt, dass wir schon ein bisschen reinschauen sollten, also nicht nur auf die Hülle allein. Schlussendlich trifft es das Unternehmen, das dann schauen soll, wie und wo es produziert wurde, in Asien, in Südamerika, in Afrika oder sonst wo. Wie soll das vor sich gehen? Das Unternehmen tut sich da schwer. Ich denke da an das kleine Südtiroler Unternehmen, keine Ahnung, ob das jetzt der Tischler, der Elektriker oder auch der Produzent von Textilien ist, der ja nicht ins Detail von jedem Produkt hinschauen kann. Wir haben aber sehr wohl schon seit vielen Jahren unterschiedliche Kriterien. Wir haben verschiedene Qualitätssiegel, wir haben das Europäische Ecolabel, wir haben das Klimaneutralitätsbündnis, wir haben aber auch Qualitätsprodukte, Kennzeichnungen und viele Dinge mehr. Ich denke, es geht jetzt darum, spezifisch nachzudenken, wo wir für uns als Territorium ansetzen müssen. Wo können wir als Staat und als Europa ansetzen und vielleicht ein bisschen leichter als in die ganze

Welt hinauszuschauen? Grundsätzlich – glaube ich – sind wir hier alle auf der gleichen Linie, zumindest im Ansatz. Ich denke, dass wir auch als Südtirol hier sehen, dass wir schon viele, viele Ansätze in diese Richtung denken, die Unternehmen, Organisationen, aber auch als Land Südtirol. Wir haben die unterschiedlichsten Schwerpunkte schon definiert. Der Landeshauptmann hat es jetzt immer wieder erwähnt, dass wir es noch vertiefen wollen. Ich denke, gerade dieser gemeinsame Antrag geht jetzt in die richtige Richtung. Danke!

LANZ (SVP): Zuallererst einmal danke, dass wir doch relativ schnell und unproblematisch eine gemeinsame Lösung gefunden haben, auch wenn ich ein bisschen stur war, muss ich zugeben. Ich möchte es aber auch erklären und vielleicht ein bisschen ausholen. Wirtschaft hat eigentlich etwas Gemeines. Sie ist zwar sehr komplex - das wurde auch schon gesagt - aufgrund der Darstellung und der Netzwerke, die sich hinter den Produkten verstecken oder auch nicht verstecken, aber kaum erkennbar sind. Auf der anderen Seite funktioniert Wirtschaft aber sehr einfach. Es geht sehr viel um Emotionen. Auch das Beispiel, das Kollege Knoll genannt hat, es ist nun mal leider so, dass eine Person ein größeres Wertegefühl entwickelt, wenn es mehr davon kaufen kann. Und damit wird natürlich gespielt. In diesem Zusammenhang fallen hier diese Zielerrichtungen, die wir – glaube ich - alle teilen, alle unter den Begriff der Nachhaltigkeit. Ich denke, in unserer Verantwortung gehört dann auch dazu, dass die Maßnahmen, die wir setzen oder vorschlagen, eben auch nachhaltig sind. Für mich ist es leider schade, wenn wir zum Beispiel in Deutschland sehen, was von dieser Idee geblieben ist, wenn dann groß verkündet wird, dass ab dem Jahr 2023 700 Betriebe in Deutschland davon betroffen sind und ab dem Jahr 2024 dann noch einmal 1.400. Machen wir jetzt etwas, um wieder Alleinstellungsmerkmale für Betriebe zu generieren? Machen wir es, um bürokratische Herausforderungen für Betriebe zu haben, oder machen wir es, weil wir endlich mit diesem Problem der nicht beachteten Menschenrechte und der nicht beachteten Umweltschutzbestimmungen, die für uns halbwegs normal sind, aufräumen wollen? Auch da haben wir vor Ort immer wieder Diskussionsbedarf, vor allem was das Thema Umwelt betrifft. Aber ich denke schon, dass es eigentlich darum geht, wie wir dieses Ziel am schnellsten erreichen können. Und ich tue mich einfach schwer damit, wenn wir sagen, dass sich das dann schon entwickeln wird. Wir geben diesen Anstoß, weil wir diese Herausforderung einfach haben, dass dieser Sinn im Rahmen der Nachhaltigkeit einfach effizient eingesetzt werden muss, damit wir diesem Thema einen Sinn geben. Ich kenne die Betriebe. Wir haben heute schon sehr viele Bestimmungen in den Betrieben, wo immer wieder über Nachweise und Zertifizierungen das eine und das andere bestätigt werden muss. Und es kommt dann sehr schnell zu einer Alibifunktion und Alibientwicklung und das möchten wir eigentlich vermeiden.

Um auch die Frage von Kollegen Knoll noch einmal aufzugreifen, uns geht es darum, dass wir effektiv sagen, wie ein Betrieb, der der heutige in China produziert, der – egal aus welchen Entscheidungen, ob er es bewusst macht oder aufgrund der Globalisierung - die Notwendigkeit hat, garantieren oder sich einbringen kann, dass beispielsweise in China jetzt die Menschenrechte berücksichtigt werden und die Umwelt geschont wird. Er hat eigentlich kaum Möglichkeiten. Jetzt könnte man sagen, dass er an einen anderen Staat gehen muss. Vielleicht ist das auch nicht möglich, aber der Ansatz wäre ganz ein einfacher. Produkte, die aus solchen Regionen kommen, die in unserem Wertesystem ein Defizit haben, werden entweder anders besteuert oder anders gehandhabt. Das Ziel wird auf politischer Ebene diskutiert. Dass sich das Umfeld ändert, wäre das Ziel. Es soll ja nicht teurer werden, sondern diese Probleme sollten behoben werden. Deswegen, Kollege Köllensperger, es ist nicht so, dass wir es mit diesem Antrag herunterbrechen und auf diese Ebene gehen möchten. Worum geht es uns? Es geht uns um eine Wirtschaft, die verantwortungsvoll die Punkte Menschenrechte und Umwelt umsetzt, anwendet und auf einer einfachen niederschwelligen Art und Weise auch ein Regelwerk dazubekommt, dass es dann auch so ist. Deswegen danke, dass wir hier gemeinsame Lösungen gefunden haben.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke schön, Frau Präsidentin! Ich werde jetzt schauen, dass ich hier bei diesem Thema sehr genau schaue, was ich sage. Es wird gerne in den Zeitungen darüber berichtet, manchmal vielleicht auch ein bisschen aus dem Zusammenhang gerissen.

Zum Thema! Die Zielsetzung ist hier im Plenum breitest geteilt. Es ist ein Ziel, das Standards für die Umwelt, für die Menschenrechte, für die ArbeitnehmerInnen-Rechte, für die Situationen in Betrieben, für die Verwendungen von Ressourcen weltweit zumindest auf ein Mindestniveau anerkannt und einhält. Es ist eine unlautere Wettbewerbsverzerrung zum einen, wenn dem nicht so ist. Das ist auch ein ökonomischer Nachteil. Es ist vor allem aber auch moralisch nicht vertretbar, wenn dem nicht so ist. Also ist es durchaus auch eine ökonomische Frage im Sinne des Schutzes von Arbeitsplätzen in Europa oder in den Ländern, wo diese

Standards eingehalten werden. Auch wir haben bei einigen Standards sicher noch Luft nach oben - das ist ein anderes Thema -, aber ein Mindestniveau sollte erreicht werden. Ich glaube, dass dieses Ziel geteilt ist. Ich bin dankbar dafür, dass eine Formulierung gewählt worden ist, die jetzt relativ offen ist, denn es ist ein schwieriges Unterfangen, dann auch die richtigen Maßnahmen zu setzen. Es gibt natürlich einen großen, umfangreichen Katalog, wer was zu machen hat. Sind es die Unternehmen, die Hersteller, die fertig oder halbfertig waren, aus bestimmen Ländern beziehen? Welche Aufgabe ist Ehrenaufgabe, sind es die Staaten, Regierungen, ist das Instrument das Qualitätssiegel, das von irgendwelchen Instituten erlassen wird? Ist das Instrument der Straf- oder Schutzzonen aufgrund einer Einstufung durch NGOs oder durch staatliche Organisationen? Also hier gibt es eine umfangreiche Palette von Maßnahmen. Alle haben ihre Vor- und Nachteile. Wir müssen uns auch ehrlicherweise diese Komplexität eingestehen. Straf- und Schutzzelle sind zum einen sicher wirksam, zum anderen bergen sie die Gefahr, Situationen zu verschlimmern und noch mal die Falschen zu treffen. Auch das Ziel eines fairen weltweiten gerechten Handels wieder zu unterlaufen, umgekehrt einfach blind zuzuschauen und zu sagen: "Alles löst der Markt", funktioniert eben genauso nicht und führt dann zu Lohn-, sozialen und Umweltfragen. Deshalb Zustimmung zu diesem Antrag, nicht, weil man sich nicht auf etwas einigen konnte, sondern weil das eben genau der Komplexität Rechnung trägt. Hier braucht es die europäischen Staaten, das römische Parlament, es braucht sicher auch die Europäische Union als Gemeinschaft, wo man sich auf entsprechende Maßnahmen einigt, und es braucht auch das gesunde Konsumentenbewusstsein. Es liegt sicher auch an uns, das zu fördern, aber bevor ich den Konsumenten auffordern kann, dem Rechnung zu tragen, muss er einmal die Information und die Möglichkeit haben, zu wissen, ob diese Ware bzw. dieses Produkt fair oder weniger fair entstanden ist. In diesem Sinne Zustimmung zu diesem Antrag.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich bedanke mich für die Debatte und für die gemeinsame Formulierung, die wir letztendlich gefunden haben. Ich möchte ein wenig auf das eingehen, was hauptsächlich der Kollege Sven Knoll aufgeworfen hat, denn es ist ein Thema, das mich schon seit ganz Langem beschäftigt. Wer ist eigentlich für die Weltverbesserung zuständig? Wir als Grüne stellen uns dieses Thema seit allen Ewigkeiten. Ich bin in meinen jungen Jahren einfach immer davon ausgegangen, dass es an der Konsumentin und am Konsumenten liegt. Also das war meine Ausgangslage und ich habe ganz lang alle Energien da hineingelegt, um uns als Verbraucherinnen und Verbraucher, uns als Konsumentinnen und Konsumenten das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass wir tatsächlich große und wichtige weltpolitische Entscheidungen treffen, gerade im ganzen Bereich – jetzt sage ich es auch mal – der Nachhaltigkeit, auch des kritischen Konsums, auch der Entschleunigung, der "decrescita", all dieser Bewegungen, die sagen: "Ja, wir stimmen eigentlich mit der Brieftasche ab, jeden Tag x-mal", jetzt zunehmend mit der Kreditkarte. Das stimmt immer noch. Ich bin immer noch davon überzeugt. Ich glaube aber mittlerweile, dass es mehr braucht und dass es niemals nur an einer Stelle liegt. Deshalb – der Landeshauptmann hat es gesagt – gebe ich ihm diesbezüglich Recht. Die Konsumentin muss wissen, muss auch die Mittel in der Hand haben, um diese Entscheidungen zu treffen. Wenn ich natürlich im Weltladen einkaufe, dann sorgt der Weltladen dafür, aber es ist kein Supermarkt, das ist ein Segment, aber für den Rest muss eben auch dieses Wissen entstehen können. Das ist heute nicht der Fall, das ist in den wenigsten Fällen der Fall. Allerdings – wie wir heute hier gesagt haben – ist auch das Gleichgewicht zwischen dem zu finden, was möglich ist, und dem, was zumutbar ist, auch auf Ebene der Unternehmen, auf Ebene des Marktes. Denn wir können nicht unzumutbare Monster schaffen, so praxisnah muss man einfach sein. Und die sehr interessante Ebene ist aber auch noch einmal die der Staaten, denn sehr oft – und das ist ein Kritikpunkt, der am Lieferkettengesetz in Deutschland zum Beispiel hervorgehoben wurde – sagt man, dass die Unternehmen dafür sorgen müssen, aber die Staaten unternehmen nichts. Das geht nicht! Mit Handelsabkommen usw. lässt sich sehr viel steuern, das tut aber auch weh und es ist zum Teil auch gar nicht machbar – das wissen wir auch - in einem so verflochtenen Markt auf allen Ebenen. Das ist an vielen Stellen schwierig. Deshalb glaube ich, dass das in der Richtung, wie wir es jetzt aufgesetzt haben, alle drei Ebenen angesprochen sind. Auf allen drei Ebenen müssen wir – glaube ich – bei all unseren Entscheidungen agieren. Ein Landtag hat diese Möglichkeit bis zu einem gewissen Punkt. Wir bewegen uns hier auf einem höheren Niveau. Wir machen es im Landtag hier normalerweise für jene Dinge, die uns betreffen, aber ich glaube, dass es genau darum geht, gerade diese Ebenen zusammenzuschließen. Ansonsten wird man das weiterhin von einem Akteur auf den nächsten schieben und dann verbessern wir die Welt am allerwenigsten. Soweit – glaube ich – können wir das für heute stehenlassen. Danke schön!

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione. Consigliera Atz Tammerle, prego.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Frau Präsidentin, bei mir geht die Concilium-App nicht auf. Ich möchte nur zu Protokoll geben, dass ich dafür stimme.

PRESIDENTE: Va bene.
Con 30 voti favorevoli e 4 astensioni il voto n. 15/20 emendato è approvato.

Punto 5) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 358/20 del 24/11/2020, presentata dal consigliere Urzì, riguardante misure per mitigare il maggior costo della vita in Alto Adige e analisi per determinarne le cause."**

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 358/20 vom 24.11.2020, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol und Untersuchung der Ursachen."**

Misure per mitigare il maggior costo della vita in Alto Adige e analisi per determinarne le cause

Premesso che mentre nel resto del territorio nazionale l'inflazione secondo i dati definitivi dell'Istat aggiornati al mese di ottobre registra un decremento dello 0,4%, a Bolzano – ma il trend riflette l'intera situazione altoatesina – il costo della vita, calcolato sulla base dell'Indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai ed impiegati (FOI) senza tabacchi, presenta un incremento inflattivo dell'1% con una maggior spesa per famiglia media di 318 euro all'anno.
Rilevato che dall'analisi delle variazioni si registrano ad ottobre indici in aumento soprattutto in settori strategici come quello abitativo, l'acqua, l'energia e combustibili (+3,2%), gli alimentari e bevande analcoliche, l'abbigliamento e calzature (entrambe +0,4%) nonché comunicazioni e beni e servizi vari (entrambe +0,2%), mentre in ribasso sono gli indici relativi alle spese per istruzione (-3,5%).
Constatato che nonostante la situazione fotografata anno dopo anno dalle rilevazioni degli Istituti di statistica non lasci spazio a dubbi o interpretazioni non risultano essere state previste dall'amministrazione provinciali delle efficaci misure per invertire questa tendenza direttamente correlata alle limitazioni alla concorrenza in ambito locale conseguenti alla politica protezionistica della Provincia.
Considerato che parimenti alla mancanza di interventi idonei a ridurre il costo della vita, non risulta mai essere stata prevista un'accurata analisi tesa ad individuare quali possano essere le cause determinanti questa situazione tra vari fattori che qui elenchiamo per sommi capi come l'elevato costo del terreno e del mattone, la ridotta riduzione della tassazione per le imprese economiche, la scarsità di prospettive occupazionali e di attrattività del mercato del lavoro anche in seguito ai vincoli statutari di bilinguismo e proporzionale, tutti potenziali fattori da sottoporre ad un'approfondita valutazione tesa ad individuare in che modo e con quale peso incidano maggiormente della determinazione del maggior costo della vita in provincia di Bolzano rispetto al resto del Paese.
Tutto questo premesso e considerato

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

1) *ad avviare una indagine approfondita ed articolata dello stato dell'arte per individuare le cause che determinano in Alto Adige un costo della vita tra i più alti d'Italia;*
2) *a prevedere una vasta azione mirata ad individuare le misure più idonee al contenimento del maggior costo della vita in Alto Adige rispetto al resto d'Italia.*

Maßnahmen zur Reduzierung der Lebenshaltungskosten in Südtirol
und Analyse zur Feststellung der möglichen Ursachen

Während die Lebenshaltungskosten im restlichen Staatsgebiet laut den im Oktober aktualisierten ISTAT-Daten inflationsbedingt einen Rückgang von 0,4 % erfahren haben, sind die Lebenshaltungskosten in Bozen um 1 % gestiegen, was für eine Familie durchschnittliche Mehrausgaben von 138 Euro pro Jahr bedeutet; dieser Trend gilt allerdings für das gesamte Landesgebiet. Diese Kosten werden auf der Grundlage des Verbraucherpreisindexes – Tabakwahren ausgeschlossen – von Arbeiter- und Angestelltenfamilien berechnet.

Aus einer Analyse der festgestellten Schwankungen geht hervor, dass im Oktober vor allem die Kostenindizes der wichtigsten Bereiche im Steigen begriffen sind: also die Ausgaben fürs Wohnen, für Wasser, Energie und Treibstoffe (+3,2 %), für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke, für Bekleidung und Schuhe (jeweils +0,4 %) sowie für Kommunikation und verschiedene Waren und Dienstleistungen (jeweils +0,2 %), während die Bildungsausgaben rückläufig sind (-3,5 %).

Die Statistikinstitute haben diesen Trend Jahr für Jahr mit klaren Bestandsaufnahmen beschrieben, die keinen Spielraum für Auslegungen und Zweifel lassen, und trotzdem hat die Landesverwaltung bisher keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um eine Kehrtwende dieser Entwicklung einzuleiten; dieser Trend ist nämlich darauf zurückzuführen, dass das Land den Wettbewerb durch seine protektionistische Politik stark eingeschränkt hat.

Bisher wurden nicht nur keine geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Lebenshaltungskosten ergriffen, sondern man es auch verabsäumt, eine gründliche Analyse der Ursachen durchzuführen, die zu dieser Situation geführt haben. Dazu gehören unter anderem Faktoren wie die hohen Grundstückspreise sowie die beachtlichen Baukosten, Steuersenkungen für Gewerbeunternehmen, mangelnde Beschäftigungsaussichten und geringe Attraktivität des Arbeitsmarktes, auch aufgrund von Zweisprachigkeit und Proporz, die vom Statut vorgesehen sind; all diese sind mögliche Ursachen, die es zu untersuchen gilt, um zu verstehen, wie und in welchem Ausmaß diese Faktoren zu derartigen Lebenshaltungskosten beitragen, die in Südtirol weitaus höher sind als im restlichen Staatsgebiet.

All dies vorausgeschickt und erwogen,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

1) *eine gründliche und umfassende Analyse der Ist-Situation in die Wege zu leiten, um die Ursachen derart hoher Lebenshaltungskosten in Südtirol – italienweit zählen sie zu den höchsten – zu ermitteln.*
2) *einen umfangreichen und gezielten Aktionsplan vorzusehen, um jene Maßnahmen festzulegen, die zur Eindämmung der höheren Lebenshaltungskosten im Vergleich zum restlichen Italien am geeignetsten erscheinen.*

La parola al consigliere Urzì per l'illustrazione, prego.

URZÌ (Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Una mozione paradossalmente molto semplice pur trattando del tema forse centrale, ma non oggi, da molti anni ormai, da quando l'Alto Adige ha assunto la piena consapevolezza, cioè lo ha appreso la popolazione dell'Alto Adige più che la classe politica, delle condizioni di aperto svantaggio del territorio in rapporto al quadro più ampio, generale, nella visione di un Alto Adige collocato comunque in un contesto che è nazionale ed europeo per quanto riguarda non la qualità della vita, ma il costo della vita.

È un tema, presidente, che tocca profondamente non le tasche, ma proprio la capacità delle molte fasce sociali del nostro territorio di affrontare la quotidianità con quella sufficiente sicurezza che permetta di organizzare non solo la vita presente, ma anche quella futura. Significa fare famiglia, ma fare famiglia significa impegnare spese per il futuro, perché se questo comporta fare figli significa impegnare costi per la loro educazione, per la loro cura, significa avere un alloggio sufficiente a poter ospitare una famiglia, significa rivendicare l'emancipazione rispetto alle famiglie di origine, significa avere la possibilità di poter acquistare beni e prodotti non a un costo superiore rispetto a quello che è il costo altrove.

Questo tema, presidente, è il tema che riguarda il grado di possibilità che questo territorio e questa nostra autonomia ha offerto ai nostri cittadini di poter realmente, in senso pieno e completo, organizzare la propria persona e anche la propria vita ed è indubbio, presidente, - io non mi voglio soffermare nel dettaglio sui dati che sono noti a tutti, perché sono quelli ricorrenti che vengono riprodotti da tutti gli indici dell'ASTAT che settimanalmente ci ricorda come il costo della vita in provincia di Bolzano sia sempre a un livello superiore rispetto ai territori contermini, costa di più la casa, costano di più gli affitti, costa di più l'acquisto dei beni, costano di più i servizi – ed è molto paradossale, presidente, che benché questo tema sia radicale per quanto riguarda la programmazione del nostro impegno amministrativo, esso venga sempre tenuto ai margini, offuscato da un altro indice indubbiamente con il segno +, che è quello della qualità della vita e della qualità anche dei servizi offerti, parametri che evidentemente non possono sfuggire, ma che non sono alternativi rispetto a quello sull'incidenza del costo della vita per quanto riguarda la programmazione delle nostre famiglie.

Con questa mozione, presidente, impegniamo la Giunta provinciale ad avviare una indagine approfondita e articolata dello stato dell'arte per individuare le cause che determinano in Alto Adige un costo della vita tra i più alti d'Italia e a prevedere una vasta azione mirata ad individuare le misure più idonee al contenimento del maggior costo della vita in Alto Adige rispetto al resto d'Italia.

Sono problematiche oggettive che devono prevedere risposte altrettanto oggettive che nascano non solo dalla presa d'atto, nascano anche da un'analisi adeguata del fenomeno perché ad esso possa essere risposto per quanto riguarda i singoli ambiti nei quali si sviluppa il tema.

Attenzione, in questa sede sicuramente potremmo dire molto sia per quanto riguarda il costo dei beni sia per quanto riguarda il costo della casa, io eviterei di concentrare il dibattito sulle singole sensibilità delle parti politiche in rapporto alle ragioni per cui sostanzialmente questa sia la condizione di cui prendiamo atto ed è questo lo spirito della mozione, quello di indicare la strada della consapevolezza, perché quello che appare è come la politica provinciale spesso rifiuti di porsi di fronte al tema, ma rifiutando di porsi di fronte al tema, evita anche di analizzarne non solo la qualità delle problematiche, ma anche le possibilità delle risposte.

Certo, indubbiamente da parte nostra tante volte abbiamo sollevato il tema della competitività dell'Alto Adige in rapporto agli altri territori, meno competitività c'è evidentemente più potere hanno i poteri economici forti a livello territoriale e più potere hanno, più discrezionalità hanno anche nell'affermare il proprio potere, come accade in numerosi settori, meno competitività c'è per esempio nel campo commerciale, vuol dire meno concorrenza e meno possibilità di sviluppare attività commerciali, pensiamo all'annoso dibattito, per esempio, sul vincolo della chiusura dei negozi in determinate giornate per esempio, caso unico in tutta Italia, evidentemente tutto questo, meno concorrenza, incide pesantemente ovviamente sul costo delle merci, perché non ha altrimenti alcuna ragione di esistere un differente costo del prodotto venduto in un negozio dell'Alto Adige in rapporto al costo che ha, venduto in un negozio della provincia di Brescia o di Vicenza e su questo credo che noi tutti avremmo il dovere di porci seriamente delle domande. Dovremmo porci la domanda sulle ragioni per cui di fatto noi abbiamo conosciuto in epoca non Covid, ma adesso riprenderà agevolmente il fenomeno per esempio del fine settimana oltre, affinché si possa andare a fare le spese guadagnando sicuramente di più rispetto al costo della benzina per raggiungere quei centri commerciali. C'è da chiedersi la ragione per cui ciò accade, ovviamente sarebbe un fenomeno che troverebbe la sua massima espansione nel momento in cui dovesse avere completamento quel percorso che mira addirittura a chiudere forzatamente le attività commerciali in Alto Adige in determinate giornate.

Quindi l'Alto Adige riduce la propria possibilità di essere attrattivo e la riduce evidentemente in funzione di una conservazione di un equilibrio che evidentemente ha anche dei beneficiari a livello locale, ma questo a spese e a costo evidentemente dei cittadini.

Abbiamo discusso in tante circostanze quali cause potesse avere il costo del mattone in Alto Adige, è emersa una bellissima inchiesta recentemente, ma ne parleremo poi prossimamente in quest'Aula, proprio su questo tema, cioè su quanto i contributi della Provincia che inizialmente erano stati posti proprio a sussidio dei cittadini dell'Alto Adige oggi si siano rivelati sostanzialmente la mannaia che incide pesantemente sul rialzo del costo della casa, che ha una sua ragione che è squisitamente ideologica politica, ossia quella di non espandere sul territorio l'urbanizzazione perché ovviamente questo avrebbe una ricaduta in termini di consumo del territorio tradizionale, ma evidentemente controllo dell'espansione urbanistica significa riduzione dell'offerta, riduzione dell'offerta significa innalzamento del costo dell'affitto o del mattone, innalzamento del costo del mattone e dell'affitto della casa significa che l'ente pubblico ha la necessità di dover intervenire per riuscire a tentare di correggere ovviamente questo meccanismo contorto, ma che produce l'assurdità per cui con quello

che si spende in Alto Adige per comprarsi un monolocale, in Veneto ci comprate una villa, questa è la sostanza delle cose che dobbiamo mettere sul tavolo con grande concretezza e chiarezza.

Auspico, presidente, che con questa presa di posizione, questa assunzione di consapevolezza si possa fare il primo passo in questa direzione. Grazie!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Sicuramente la mozione del consigliere Urzì è interessante solo che io la ribalto completamente, nel senso che noi abbiamo ragionato su questa mozione e diciamo che un'accurata indagine sullo stato dell'economia locale non può limitarsi solamente su un singolo dato come l'inflazione, perché se è vero che la provincia di Bolzano ha registrato la variazione dell'indice dei prezzi al consumo più alta rispetto agli altri capoluoghi di province e regioni d'Italia, va anche detto che registra il più basso tasso di disoccupazione, il più alto reddito medio familiare, il più alto PIL *pro capite,* il più alto valore aggiunto *pro capite* insieme a Milano e il più basso tasso di economia sommersa d'Italia, cioè tutti questi dati possono essere comunque valutati.

Avere un'inflazione stabile, seppur crescente, non è necessariamente un dato negativo, infatti nella teoria macroeconomica c'è questa relazione che si chiama equazione di Fischer che spiega come l'inflazione aumenti al diminuire della disoccupazione e viceversa, certo che chiaramente non deve essere un'inflazione stratosferica, in breve più i cittadini lavorano, più guadagnano, più sono ricchi e più i prezzi aumentano.

Allora se i dati dell'occupazione e del reddito in provincia di Bolzano saranno confermati anche dopo gli effetti della pandemia, e in particolare dopo il blocco dei licenziamenti, bisogna capire se la crescita dei prezzi non dovrà preoccupare e anzi …

Per comprendere le cause dell'inflazione dovrebbe essere corredato da uno studio che chiarisca anche le cause dei privati della provincia di Bolzano rispetto alle altre province italiane con l'ormai consueto esito di scoprire che nella nostra provincia da un punto di vista economico si sta probabilmente meglio che nel resto della penisola.

Di maggiore interesse e utilità sarebbe capire, analizzare i dati e le politiche di città europee che registrano tassi di inflazione e livello dei prezzi pari a quelli di Bolzano e della provincia, ma redditi di lavoro maggiori, e capire quindi, traendo ispirazione, quali politiche possano essere applicate anche sul territorio.

In sostanza bisogna individuare azioni, interventi e politiche che non abbiano come obiettivo solo quello di abbassare i prezzi, magari con interventi assistenziali, contributi a pioggia e sovvenzioni che rischiano concretamente di portare un effetto opposto, come ha detto Lei, ma quello di alzare i redditi che permettano a Bolzano e la sua provincia di non essere solo cara, ma ricca e non grazie ai patrimoni detenuti da poche famiglie, ma grazie ai maggiori redditi generati da molti, per cui è un ribaltamento di quello che dice Lei.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema, welches Kollege Urzì aufgeworfen hat, verfolgt uns ja bereits seit Beginn der Legislatur. Die Frage, die Kollege Urzì aufgeworfen hat, haben wir auch schon auf mehrfache Art und Weise versucht zu beantworten. Was wir wissen, ist, dass Südtirol einen Lebensstandard hat, der im Schnitt 20 Prozent höher ist oder - besser formuliert - Lebenskosten hat, die im Schnitt 20 Prozent höher sind als der Durchschnitt Italiens. Das wissen wir. Wir wissen auch, dass unsere wirtschaftlichen Kennzahlen oder einige davon uns eindeutig zeigen, dass wir zu einem mitteleuropäischen Lebens- und Wirtschaftsraum und nicht unbedingt zum gesamtitalienischen Wirtschaftsraum gehören. Ich erinnere an das BIP-pro Kopf oder an die Arbeitslosenquote. Das sind zum Beispiel zwei Kennzahlen, die uns eindeutig zeigen, dass wir hier zu einem anderen Wirtschaftsraum gehören, Gott sei Dank. Die Problematik hingegen, die Kollege Urzì aufgezeigt hat, gibt es in der Tat. Wir wissen, dass wir relativ hohe Lebenshaltungskosten haben, wenn man sie mit Italien oder mit ähnlichen italienischen Kennwerten vergleicht. Wir haben auch relativ hohe Lebenshaltungskosten, wenn wir sie mit dem mitteleuropäischen alpinen Bereich vergleichen. Also hier sind wir zwar auch an der vorderen Linie, was aber bei uns erschwerend dazukommt, sind im Wesentlichen zwei Faktoren. Es ist – wie gesagt, ich erinnere an meine ersten Worte – die Wohnsituation, es sind die Wohnungspreise und die relativ niederen Löhne und Gehälter, die den Menschen zu schaffen machen. Das sind die beiden Faktoren. Das sind die zwei großen komplexen Bereiche, bei denen anzusetzen ist. Deshalb ist aus unserer Sicht der Beschlussantrag in diesem Kontext zu sehen, aber aus meiner Sicht und aus unserer Sicht sind die Ursachen dafür bekannt. Wie gesagt, wir diskutieren sie seit vielen Jahren. Also "in grosso modo" – um es zusammenzufassen – sind wir mit diesem Beschlussantrag einverstanden, aber mit einem Detail, Kollege Urzì, bin ich überhaupt nicht einverstanden, nämlich wenn Sie sagen, dass die Mehrausgaben pro Familie auf der deutschen Seite bei 138 Euro und auf

der italienischen Seite bei 318 Euro liegen. Da bitte ich Sie, hier eine Richtigstellung zu machen, um welchen Betrag es sich wirklich handelt. Danke schön!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche da nicht länger darüber zu reden, denn jeder, der in Südtirol das Wort bzw. ein offenes Ohr hat und die Situation kennt, selbst einkauft usw., weiß, dass die Lebenshaltungskosten bei uns bei weitem höher sind als in anderen Regionen, und zwar nicht nur in Italien, sondern im gesamten Alpenraum bis auf die Schweiz, wobei dort wieder andere Faktoren einfließen. Das heißt, dass auch der Netto-Gehalt bzw. das, was bei den einzelnen Personen am Ende des Monats übrigbleibt, eine andere Realität ist. Ich danke für diesen Antrag. Wenn wir hier eine klare Analyse machen, dann können wir die Faktoren sicher jetzt schon alle benennen. Das Wohnen wurde bereits genannt und ich erinnere an die Worte des Landeshauptmannes Kompatscher, der ja auch immer wieder betont, Südtirol zu einem der lebenswertesten Lebensräume Europas machen zu wollen. Dann wird man nicht umhinkommen, als genau an diesen Stellen anzusetzen und versuchen Änderungen einzuleiten. Auch was die Kollektivverträge auf regionaler Ebene anbelangt usw., sollten wir hier aktiv Maßnahmen setzen. Gerade was die Wohnsituation anbelangt, werden wir seit Jahren hingehalten. Bereits Ex-Landesrat Tommasini wollte das neue Gesetz präsentieren. Bis heute warten wir immer noch darauf. Nur als kleinen Exkurs: Im deutschen Sprachraum – sagt man immer – sollten 30 Prozent eines Gehaltes für die Wohnsituation aufgebraucht werden, nicht mehr. Das wäre eine gesunde Zahl. Bei uns sieht es völlig anders aus. Da wissen wir, dass 50 Prozent und mehr beträgt. Das kann es nicht sein! Hier müssen wir zum Wohle der Bevölkerung ansetzen, deswegen volle Zustimmung zu diesem Antrag.

AMHOF (SVP): Frau Präsidentin! Ich teile die Ansichten von Kollegen Sandro Repetto und auch von Kollegen Staffler, wenn Sie sagen, dass wir viele Analysen gemacht haben. Das hat ja auch Kollege Alessandro Urzì unterstrichen, indem er gesagt hat, dass viele Analysen vonseiten des ASTAT gemacht werden, warum die Lebenshaltungskosten in Südtirol so hoch sind. Das ASTAT hat nicht nur analysiert, sondern auch ganz speziell die Faktoren herausgearbeitet. Kollege Staffler hat es eindeutig auf den Punkt gebracht: Die Lebenshaltungskosten in Südtirol sind vor allem in den Bereichen des Wohnens hoch. Das hängt dann auch ganz stark mit dem Einkommen der Südtirolerinnen und Südtiroler zusammen, wo es einfach nicht mehr einhergeht, Einkommen und die hohen Kosten, die wir im Bereich Wohnen haben, zu finanzieren. Was ich absolut nicht mit Ihnen teile, ist die Tatsache, dass es damit zusammenhängen könnte, dass wir nur an sechs statt sieben Tagen die Woche die Geschäfte offenhalten. Das hat damit rein gar nichts zu tun. Ich bin froh, dass wir in Südtirol nach wie vor einen Großteil der Geschäfte sechs Tage die Woche und nicht sieben Tage die Woche geöffnet haben. Ich denke, es wäre wichtig, alle Geschäfte auch am Sonntag zu schließen und nicht nur partiell, das sei dahingestellt. Südtirol ist ein sehr attraktiver Lebensort geworden. Das hängt mit dem Tourismus, aber auch mit den wirtschaftlichen Entwicklungen Südtirols zusammen. Ich denke, dass wir – was jetzt an der Zeit ist – anstatt weitere Analysen zu machen, Aktionen setzen sollten. Sie schreiben hier einen gezielten Aktionsplan vor, laut dem die Landesregierung Maßnahmen setzen will. Die vierte Gesetzgebungskommission hat diese Woche wieder ein Zusammentreffen mit Landesrätin Deeg im Bereich Wohnen organisiert. Dort haben wir wieder ein Maßnahmenpaket gesehen, wie wir zum Beispiel die Mieten oder die Mieten über das Wohnbauinstitut günstiger machen können. Wie können wir mehr Wohnungen auf den Markt bringen, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt? Das sind Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen. Ich gebe Ihnen Recht. Im Bereich Wohnen müssen wir Ihnen auch noch etwas mehr Anstrengungen unternehmen, um Wohnen in Südtirol leistbar zu machen. Hier gibt es diesen ersten Vorschlag, den die Landesrätin am Montag wieder präsentiert hat. So werden wir es auch in anderen Bereichen machen. Aber – wie gesagt – hier komme ich noch einmal auf das zurück, was Sandro Repetto gesagt hat. Wir haben aber auch in ganz vielen Bereichen Unterstützungsmaßnahmen, die es im restlichen Staatsgebiet nicht gibt, um gerade den hohen Lebenshaltungskosten, die in Südtirol vorliegen, entgegenzuwirken. In diese Richtung wollen wir weiterarbeiten. Ich denke, ein eigener Aktionsplan dafür ist nicht notwendig. Das ist eingetaktet. Hier wird meines Erachtens von der Regierung in allen Bereichen – das werden dann einige von Ihnen nicht teilen – massiv daran gearbeitet, um vor allem Familien zu unterstützen. Dementsprechend werden wir als Südtiroler Volkspartei diesen Antrag nicht mitunterstützen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il consigliere Staffler sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Chiedo la votazione separata!

PRESIDENTE: La votazione separata solo premesse e parte deliberante o ogni punto separato?

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ogni punto separato, grazie!

PRESIDENTE: La parola al consigliere Urzì, prego.

URZÌ (Fratelli d'Italia): Solo per dare una risposta al collega Staffler, che giustamente rileva come nel testo in lingua tedesca ci sia scritto 138, mentre nel testo in lingua italiana 318. Cioè un incremento inflattivo dell'1% con una maggior spesa per famiglia costa 318 euro all'anno. Così per lo meno il dato ASTAT che viene riportato. Poi non aggiungo ulteriori considerazioni a quanto detto da altri colleghi, ma era per precisione, presidente. Chiedo la votazione nominale.

PRESIDENTE: La parola al presidente della Provincia Kompatscher, ne ha facoltà.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Frau Präsidentin! Natürlich ist das ein Thema, mit dem wir uns hier im Landtag schon oft befasst haben und mit dem sich die Landesregierung eigentlich ständig befasst. Es geht um das Thema, das Leben insgesamt, und zwar ein anständiges Leben, also ein Leben, wo man sich die Dinge, die das Leben lebenswert machen, auch leisten kann, zu ermöglichen.

Dann wird zunächst einmal immer auf Statistiken verwiesen, was die Preise anbelangt, und auf die Inflation. Das greift – ich danke hier dem Kollegen Repetto, dass er das auch klar gemacht hat – zu kurz, um zu sagen: Inflation schlecht und somit schlechte Situation. Inflation ist Ausdruck, bedeutet Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit. Das ist die wissenschaftliche Definition von Inflation: Geldmenge mal Geschwindigkeit bzw. Umlaufgeschwindigkeit. Die findet auch dort statt, wo viel an Wirtschaftstätigkeit stattfindet. Sie ist dort höher. Damit sage ich nicht, dass Inflation etwas Gutes an und für sich ist. Aber es ist auch zu kurz, um zu sagen: Inflation, also schlechte Situation. Beide Aussagen stimmen nicht. Das hat damit zu tun, dass in Südtirol die Wirtschaftsaktivitäten sehr stark in Bewegung sind. Wir haben auch die Situation, dass wir vor der Pandemie Vollbeschäftigung hatten. Jetzt hatten wir pandemiebedingt wirklich einmal eine kurze Situation, aber alle Vorzeichen gehen in die Richtung, dass wir sehr bald wieder Vollbeschäftigung haben werden, entsprechend auch der Situation am Arbeitsmarkt, entsprechend der Lohnsituation. Wir sind kein Niedriglohnland, das hat auch wieder Auswirkungen auf die Preise. Wir haben Knappheit bei vielen Gütern, insbesondere bei jenen, die auch mit Wohnen zusammenhängen, nämlich ganz einfach an Fläche. Wir haben wenig Fläche im Land und Knappheit – das ist wiederum Volkswirtschaft - bei großer Nachfrage, das erhöht den Preis. Das ist die Geschichte, mit der wir umgehen müssen. Alles andere ist irgendwo ein ideologischer Ansatz, der uns nicht weiterbringt. Wir müssen feststellen, dass wir diese Situation haben. Damit sagen wir weder, dass es gut noch schlecht ist, sondern es wird objektiv dargestellt.

Wir sind ein begehrtes Land, Leiter Reber zitiert das immer. Das drückt sich auch aus. Viele Menschen wollen hier leben und arbeiten, auch das wirkt preistreibend. Das erhöht nämlich die Nachfrage nach Waren, Gütern, Dienstleistungen und auch nach Wohnraum. Das ist eine Folge dessen, dass es hier bekanntermaßen eine gute Lebensqualität gibt. Das erhöht wieder den Preisdruck. Darunter, Kollege Urzì, sind jene Menschen, die ein zu geringes Einkommen für diesen Preisdruck haben. Das Ganze muss man schon so darstellen, das ist auch eine Folge unseres Erfolgs. Das hat leider auch einige Nachteile gezeigt. Wenn man auf bestimmten Ebenen erfolgreich ist, dann ist das so. Es ist nämlich nicht so, dass es das Problem mit hohen Preisen in Ländern und Regionen auf der Welt gibt, in denen es Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit gibt. Das ist ganz einfach, um es jetzt einmal ganz plakativ zu sagen. Dort gibt es ein solches Problem nicht, sondern es gibt diese Probleme in Ländern, wo es eine hohe Lebensqualität und hohe Beschäftigung gibt, die begehrenswert und lebenswert ist. Dort gibt es das Problem des Preisdrucks.

Wie hat die Landesregierung in Jahren und Jahrzehnten dagegen gearbeitet? Die Landesregierungen, die Landesverwaltung, auch der Landtag - ich will das durchaus miteinschließen -, die Gesetze werden ja immer hier gemacht, in dem man zum einen hochwertige öffentliche Dienste auch sehr niederschwellig und sehr kostengünstig, in Südtirol ganz oft gratis der Bevölkerung zur Verfügung stellt. Wir haben Zugang zu

Schule, Bildungseinrichtungen im breitesten Sinne, Kinderbetreuungseinrichtungen, Familiendienst usw., sehr niederschwellig, in den allermeisten Fällen sogar kostenlos, insbesondere für einkommensschwache Familien, wie es das weder in Italien noch in anderen Regionen in Europa gibt. Das wird in den Statistiken, wo allein das Einkommen und der Preis pro Quadratmeter von der Wohnung sowie der Preis von Waren laut Warenkorb angeschaut wird, nicht berücksichtigt. Das ist in einigen Studien sehr wohl erhoben. Studien, die sich ernsthaft mit der Thematik auseinandersetzen, nehmen auch diesen Teil der Umverteilung mit, der stattfindet. Wir haben ja, was den Gini-Koeffizienten anbelangt, in Bezug auf die Ungleichgewichte ganz klar bescheinigt bekommen in den letzten Jahren, selbst von kritischen Analysten. Die fiskalischen Maßnahmen, die wir getroffen haben, führen sehr wohl zu einer Umverteilung mit relativ starkem Ausmaß in Südtirol, stärker als übrigens in allen anderen Regionen Italiens. So sinkt der Unterschied zwischen Arm und Reich in Südtirol nach dem Eingreifen der öffentlichen Verwaltung mehr als in den anderen Regionen. Damit sage ich nicht, dass es kein Problem mehr gäbe, aber das kann man als Erfolg verbuchen. Wir machen hier mehr als die anderen und haben übrigens viele dieser Maßnahmen beschlossen. Wir verzichten auf den IRPEF-Zuschlag und wir haben viele andere Maßnahmen, öffentliche Personennahverkehrsdienste usw. Das führt dazu, dass den Menschen, die in diesem sehr begehrten Hochpreisland - eben weil begehrt, ist es ein Hochpreisland - leben, trotzdem ein Leben möglich gemacht wird. Wir tun das auch mit den Instrumenten der Wohnbauförderung. Wir haben sehr viel nachfrageorientierte Förderung gemacht und das werden wir auch weiterhin tun. Wir werden das in den nächsten Wochen und Monaten damit befassen. Landesrätin Deeg wird den entsprechenden Gesetzesvorschlag hier sicher einbringen und erläutern, wo wir Vereinfachungen einführen werden usw. Es handelt sich um einen Bereich, wo wir weiterhin Menschen unterstützen, und das alleine wirkt nicht automatisch preistreibend. Das ist wirklich auch wissenschaftlich nicht haltbar, aber klarerweise ist das eine Förderung des Nachfragers. Somit ermöglichen wir Menschen im Wettbewerb um Wohnungen mitzumachen, die sonst ausgeschlossen wären, die sonst keine Chance hätten, eine Wohnung zu erwerben. Die machen mit und das erhöht die Zahl der Nachfrager. Bei gleichbleibendem Angebot erhöht das den Preis. Also haben wir auch entschieden angebotsseitig zu agieren, das ist beispielsweise die ganze Tätigkeit des Wohnbauinstitutes. Das ist aber auch das Auswiesen von Baugrundflächen, das Fördern von Baugrundflächen. Das ist die Angebotsseite fördern, was wiederum preissenkend wirken sollte. Jetzt mit dem neuen Raumordnungsgesetz klarerweise auch durch Flexibilisierung, flexibilisierte Nutzung des Bestandsvolumens. Ich glaube, dass es hier zu diesem Thema sehr großen Konsens gegeben hat. Ich kann mich an die Debatte dazu erinnern, als wir das Raumordnungsgesetz vor zwei Jahren hier diskutiert haben. Dieses Prinzip – wie ich mich erinnere, ist es von allen geteilt worden –, bestehendes Volumen für Wohnnutzung leichter verfügbar zu machen, ist ein geteiltes Prinzip, das geschieht mit dem neuen Raumordnungsgesetz. Angebotserweiterung wirkt preissenkend. Ich glaube, wir müssen uns schon mit dieser Logik zurechtfinden. Wir brauchen weiterhin die Unterstützung von Familien, wir brauchen aber auch das.

Wir beschäftigen uns also, Kollege Urzì, jeden Tag damit. Ich habe jetzt nur einige Beispiele genannt, ob das der öffentliche Personennahverkehrsdienst ist, ob das die Angebote für Familien im Bildungsbereich sind, aber auch bei Freizeit, Sport und die Förderung zum Beispiel auch der Sportvereine, dass es niederschwellig und günstig Zugang zu Sport- und Freizeitaktivitäten gibt, durch die Angebote von öffentlichen Einrichtungen, im kulturellen, im Freizeit- und Sportbereich usw. Überall dort gleichen wir durch solche Maßnahmen eine Situation aus, die wir nicht von oben herab und politisch alleine steuern können, weil es nämlich preistreibend wirkt. Diese eine Tatsache, die ich genannt habe, bewirkt nämlich, dass wir ein begehrtes Land sind, wo viel Nachfrage da ist. Deswegen müssen wir mit diesem System ausgleichen und das tun wir durch die Bank. Studien – das ist von mehreren schon gesagt worden – gibt es dazu jede Menge, manche gehen tiefer in die Materie hinein, manche sind etwas oberflächlich. Es gibt Jahresberichte, Monatsberichte, es gibt - heute übrigens vorgestellt – Banca d'Italia. Fast im Wochenrhythmus kriegen wir Studien, wo sich auch die Institute mit diesem Aspekt befassen. Sie brauchen keine neuen Studien, allein der umfassende Banca d'Italia-Jahresbericht widmet diesem Kapital Kostenpreisentwicklung, Lebenshaltungskosten immer viele, viele Seiten, und es ist nur einer von vielen. Dann machen das WIFO, das ASTAT und das AFI Studien dazu, deshalb brauchen wir das sicher nicht. Wie gesagt, wir befassen uns jeden Tag damit. Wir werden auch weiterhin dahingehend arbeiten, dass Leben in einem Land mit hoher Lebensqualität, aber mit hohem Wettbewerbsdruck, weil viele Menschen hier Nachfrager sind, weiterhin auch für die Einkommensschwächeren, die nicht "nati con la camica" sind, die also nicht das Glück haben, dass das Geld schon irgendwo vorhanden war, ein Leben mit Chance bleibt, dass man es selbst schaffen kann, aber auch unterstützt wird, wenn man objektiv benachteiligt ist. Darum geht es nämlich. Wir sollten die wichtigen Dienste um diese Chancengleichheit her-

stellen und weiterhin niederschwellig bis kostengünstig anbieten können. Das ist genau das, was mit dieser Studie herauskommt. Es ist bei uns viel weniger als in anderen Regionen Europas entscheidend, in welcher Familie man geboren ist, welchen Bildungserfolg man am Ende hat. Das ist ein schönes Zeugnis für unser Schulsystem in Südtirol. Das ist nicht eine Geschichte des letzten Jahres oder so, also bitte jetzt nicht falsch verstehen, dass sich hier der Landeshauptmann einen Orden anheften oder Lorbeeren aufsetzen will. Das hat mit der Einheitsmittelschule zu tun. Das ist eine Entscheidung, die in ganz Italien schon vor langer Zeit so getroffen worden ist. Das ist in anderen europäischen Ländern nicht so. Es hat aber auch mit den Förderungen zu tun, die es bei uns gibt, mit Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Familien. Bei uns ist nicht entscheidend, wie viel Einkommen die Eltern hatten, aber nicht so entscheidend, wie in den meisten europäischen Ländern, viel weniger bei uns, ob man am Ende einen hohen Schulerfolg und eine gute Ausbildung hat, dann entsprechend beruflich Karriere machen kann und erfolgreich wird. Das ist ein Beispiel, wie man dieses Thema hier bewältigt. Es ist eben nicht nur damit getan, indem man irgendjemandem austeilt, das haben auch Sie, Kollege Urzì, zu Recht angesprochen. Allein das bringt es nicht, aber das Bündel an Maßnahmen macht es aus. Aus diesem Grund, nicht weil das Thema nicht da ist und nicht weil das nicht unsere Hauptarbeit wäre, sondern genau deshalb können wir dem nicht zustimmen, hier zu sagen, es bräuchte noch eine Studie. Dann bräuchte es endlich ein paar Maßnahmen aufgrund der Studie. Das ist unser täglich Brot, das machen wir doch tagtäglich und wir befassen uns fast Monate lang mit Maßnahmen zu diesem Thema. Es geht fast immer auch darum, zu sagen: Und jetzt machen wir eine Studie und jetzt machen wir Maßnahmen zum Thema Lebenshaltungskosten. Wir halten das in diesem Sinne für irgendeine Aktion, die nur symbolisch wäre. Das ist unser Tagesgeschäft.

PRESIDENTE: Allora metto in votazione la mozione per appello nomi¬nale e per parti separate, come chiesto dai consiglieri Staffler e Urzì.

Apro la votazione sulle premesse.

(Votazione per appello nominale con procedi¬mento elettronico - Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)

Le premesse sono respinte con 2 voti favorevoli, 18 voti contrari e 14 astensioni.

Presenti: 35 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Widmann).

Hanno votato sì i consiglieri Nicolini e Urzì.

Hanno votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato e Vettori.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Knoll, Leiter Reber, Mair, Ploner Franz, Ploner Alex, Repetto, Rieder Maria, Staffler e Unterholzner.

Apro la votazione sul punto 1 della parte deliberante.

(Votazione per appello nominale con procedi¬mento elettronico - Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)

Il punto 1 della parte deliberante è respinto con 10 voti favorevoli, 17 voti contrari e 6 astensioni

Presenti: 35 consiglieri, votanti: 33, non votanti: 2 (Noggler, Widmann).

Hanno votato sì i consiglieri Faistnauer, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Rieder, Unterholzner e Urzì.

Hanno votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato e Vettori.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle, Dello Sbarba, Foppa, Knoll, Repetto e Staffler.

Apro la votazione sul punto 2 della parte deliberante.

(Votazione per appello nominale con procedi¬mento elettronico - Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)

Il punto 2 della parte deliberante respinto con 14 voti favorevoli, 18 voti contrari e 2 astensioni.

Presenti: 35 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Widmann).

Hanno votato sì i consiglieri Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner Franz, Ploner Alex, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner e Urzì.

Hanno votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettoratoe Vettori.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle e Knoll.

Punto 6) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 428/21 dell'8/4/2021, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante richiesta di presa in carico post-guarigione da COVID-19 e attivazione dei percorsi di follow-up con esenzione ticket."**

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 428/21 vom 8.4.2021, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Versorgung von genesenen COVID-19-Patienten und Aktivierung ticketbefreiter Nachsorgeangebote."**

Richiesta di presa in carico post-guarigione da COVID-19 e attivazione dei percorsi di follow-up con esenzione ticket

Premesso che:

l'emergenza da COVID-19 ha costretto la comunità scientifica a confrontarsi con una patologia infettiva dal quadro clinico non ancora totalmente conosciuto, risultando quindi evidente la necessità di monitorarne attentamente le fasi di decorso dopo la guarigione clinica dei pazienti, questo anche in previsione di un possibile miglioramento della programmazione dei servizi e delle risposte del sistema sanitario provinciale;

la letteratura scientifica ad oggi disponibile definisce chiaramente le numerose sequele e condizioni cliniche - a breve e lungo termine - che interessano la persona al termine del periodo di malattia; a titolo di esempio si citano: la sindrome da post-terapia intensiva, con effetti sulla normale ripresa delle attività quotidiane e frequenti disturbi d'umore, la sindrome da post-affaticamento virale con il protrarsi della sensazione di stanchezza ed affaticamento, il danno permanente d'organo, soprattutto polmoni e cuore, il "long Covid", una condizione di difficile inquadramento in cui permangono una moltitudine di sintomi anche diversi mesi dopo l'infezione;

a 3 mesi dalle dimissioni, circa un terzo dei pazienti ricoverati per forme gravi di Covid-19 continua a soffrire di disturbi psicopatologici come depressione, ansia, insonnia e sindrome da stress post-traumatico.

La depressione, in particolare, è quella che persiste maggiormente nel tempo e la sua gravità è strettamente legata all'intensità dello stato infiammatorio sistemico che segue le forme gravi di Covid-19, anche per mesi dopo la guarigione. Sono questi i risultati di uno studio pubblicato sulla rivista scientifica Brain, Behavior and Immunity. Lo studio è stato condotto su 226 pazienti presi in carico dall'ambulatorio di follow-up post COVID-19 istituito dall'Ospedale San Raffaele di Milano nel maggio 2020. L'ambulatorio prevede un percorso di controlli periodici con team multidisciplinari di medici internisti, infettivologi, neurologi, psichiatri, nefrologi e cardiologi, che si protraggono fino a 6 mesi dopo la dimissione.

Sulla base di interviste cliniche e questionari sono stati esaminati i sintomi psichiatrici di 226 pazienti (149 uomini, età media di 58 anni), a distanza di 3 mesi di follow-up dal trattamento ospedaliero per le forme gravi di COVID-19. Di questi, il 36 % riporta sintomi di entità clinica nel questionario di auto-valutazione e il 24 % rientra nei criteri DSM-5 (la quinta edizione del Manuale Diagnostico e Statistico dei Disturbi Mentali) a seguito della visita con lo specialista per almeno uno tra i disturbi maggiori tra: depressione, ansia, PTSD (Post Traumatic Stress Disorder, ovvero 'disturbo da stress post traumatico'), insonnia.

Lo studio afferma inoltre che a soffrire di più sono le donne e le persone con una precedente storia di disturbi psichiatrici, sebbene queste ultime siano anche quelle che hanno mostrato nel tempo il miglioramento maggiore, probabilmente perché hanno maggiore dimestichezza e disponibilità con le terapie, sia psicologiche sia farmacologiche. Per le suddette ragioni il contesto operativo deter¬minato dall'epidemia da COVID-19 richiede un'attenzione particolare di tipo sanitario nel periodo post-guarigione, oltre ad una specifica attività di ricerca di tipo osservazionale;

appare dunque appropriato che si metta a disposizione dei cittadini un percorso certo e sicuro di follow-up tale da garantire alle persone che hanno contratto e sconfitto il COVID-19 un servizio di assistenza e controllo successivo alla guarigione, fornito dai professionisti dell'Azienda sanitaria pro¬vinciale. Tale percorso deve assicurare specifiche indagini di tipo diagnostico terapeutiche post-fase acuta, costituite da una serie di indagini anamnestiche, coordinate principalmente – a seconda dei casi – da medici internisti o da medici di medicina generale, e che potranno coinvolgere, in base all'esito delle indagini, altri specialisti dell'Azienda sanitaria (pneumologi, neurologi, cardiologi, nefrologi, ecc.) che si prenderanno cura delle persone che hanno in precedenza sviluppato un quadro clinico di infezione da COVID-19, con l'obiettivo di verificarne le condizioni cliniche generali e con particolare attenzione alle eventuali complicanze;
Ciò premesso:

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

1. *a delineare le linee di indirizzo provinciali per la presa in carico post-guarigione da COVID-19, contenenti le indicazioni operative per l'attivazione dei percorsi di follow-up;*
2. *a stabilire che, in prima applicazione, le prestazioni di follow-up non siano soggette a compartecipazione alla spesa in quanto riconducibili alle tipologie oggetto di esenzione ticket (prestazioni specialistiche finalizzate alla tutela della salute collettiva, disposta a livello locale in caso di situazioni epidemiche ai sensi dell'art. 1, comma 4, del D.lgs.124/1998 ed in particolare alla lettera b) dello stesso).*

Versorgung von genesenen COVID-19-Patienten und Aktivierung ticketbefreiter Nachsorgeangebote

Prämissen:
Die Coronapandemie hat die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft dazu gebracht, sich mit einer Infektionskrankheit zu beschäftigen, deren Krankheitsbild noch nicht vollständig erforscht ist. Dies hat zur Folge, dass die Phasen nach der klinischen Genesung der Patienten sehr genau beobachtet werden müssen, auch, um in der Lage zu sein, die Dienste und Angebote des Landesgesundheitsdienstes in diesem Bereich besser zu planen.
Die bis dato verfügbare Fachliteratur berichtet von zahlreichen auf kurze oder lange Sicht aufgetretenen Folgeerkrankungen und Gesundheitszuständen, unter denen Personen, die an Corona erkrankt waren, nach ihrer Genesung leiden. Einige Beispiele hierfür sind etwa das Post Intensive Care Syndrome (PICS), das sich auf die eigene Fähigkeit, alltägliche Aufgaben zu erledigen, auswirkt und bei dem häufig Stimmungsstörungen auftreten, das chronische Erschöpfungssyndrom, das nach einer Virusinfektion zu anhaltender Müdigkeit und Abgeschlagenheit führt, bleibende Organschäden, vor allem von Herz und Lunge, oder das "Long Covid", eine Krankheit, die nur schwer einzuordnen ist, und deren zahlreiche Symptome auch Monate nach der Infektion noch nicht abgeklungen sind.
Etwa ein Drittel der aufgrund einer schweren
COVID-19-Erkrankung ins Krankenhaus eingewiesenen Patienten leidet auch drei Monate nach der Entlassung noch an psychopathologischen Störungen, wie Depressionen, Angstzuständen, Schlaflosigkeit und posttraumatischem Stress.
Vor allem lang andauernde, tiefe Depressionen sind eng mit der Intensität des systemischen Entzündungszustands verknüpft, der in der Folge von schweren COVID-19-Verläufen auftritt und der nach der Genesung auch noch Monate anhalten kann. Das sind die Ergebnisse, zu denen eine in der wissenschaftlichen Zeitschrift Brain, Behavior and Immunity veröffentlichte Studie kommt. An dieser Studie nahmen 226 Patienten teil, die im Mai 2020 von den COVID-19 Nachsorgediensten des Mailänder Krankenhauses San Raffaele umsorgt wurden. Dieser Dienst sieht bis zu sechs Monate nach der Entlassung regelmäßige Untersuchungen durch fachübergreifende Teams vor, an denen Internisten, Infektiologen, Neurologen, Psychiater, Nephrologen und Kardiologen beteiligt sind.
Anhand von klinischen Interviews und Fragebögen wurden die psychiatrischen Symptome von 226 Patienten mit einem Durchschnittsalter von 58 Jahren (149 davon waren Männer) analysiert,

und zwar im Rahmen von Nachsorgeuntersuchungen, die in den drei Monaten nach deren stationären Behandlung im Krankenhaus aufgrund eines schweren COVID-19-Verlaufs durchgeführt wurden. Im Fragebogen zur Selbsteinschätzung berichten 36 % der Befragten von klinischen Symptomen. Die fachärztlichen Untersuchungen zeigen, dass 24 % der Befragten gemäß den DSM-5-Kriterien (aus der fünften Ausgabe des "Diagnostischen und statistischen Leitfadens psychischer Störungen") unter mindestens einer der am häufigsten auftretenden Krankheiten leidet, also unter einer Depression, unter Angststörungen, PTSD (Posttraumatische Belastungsstörung) oder Schlaflosigkeit.
Der Studie ist auch zu entnehmen, dass diese am häufigsten bei Frauen und Personen auftraten, die bereits von psychiatrischen Störungen betroffen gewesen waren. Diese Personengruppe ist jedoch auch jene, die sich im Laufe der Zeit am besten erholt hat, wahrscheinlich, weil sie mit der psychologischen und medikamentösen Behandlung besser vertraut ist, sowie dafür empfänglicher ist. Aus den oben erläuterten Gründen bedarf es in der Coro¬napandemie spezieller gesundheitlicher Nachsorgedienste sowie spezifischer Beobachtungsstudien.
Deshalb müssen spezifische Nachsorgedienste angeboten werden, um die an Corona erkrankten Personen, die diese Krankheit inzwischen überwunden haben, nach deren klinischen Genesung zu begleiten und um ihnen Nachfolgeuntersuchungen durch die Spezialisten des Landesgesundheitsdienstes anzubieten. Nach der akuten Krankheitsphase müssen diese Dienste spezifische, diagnostisch-therapeutische Untersuchungen, wie etwa Anamnesen, anbieten. Diese sollten in erster Linie von Internisten oder Hausärzten koordiniert werden, die je nach Ausgang der Untersuchung weitere Fachärzte des Sanitätsbetriebs – etwa Pneumologen, Neurologen, Kardiologen, Nephrologen etc. – miteinbeziehen können. Diese werden sich derer annehmen, die aufgrund von Corona im Vorfeld ein klinisches Krankheitsbild entwickelt hatten. Das Ziel dabei ist es, zu überprüfen, wie der allgemeine Gesundheitszustand der Patienten ist, und möglichen Komplikationen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. *landesweit gültige Richtlinien festzulegen, welche die Handlungsanleitungen zur Aktivierung der Nachsorgedienste enthalten, um COVID-19-Patienten nach deren Genesung zu versorgen;*
2. *festzulegen, dass sich die Bürger bei erstmaliger Nutzung der Nachsorgedienste nicht an den Kosten beteiligen müssen, da diese Dienste ticketbefreit sind, (hierbei handelt es sich um fachärztliche Untersuchungen zum Schutz der allgemeinen Gesundheit, die bei Auftreten einer Epidemie auf lokaler Ebene angeboten werden, und zwar gemäß Artikel 1 Absatz 4 des Gesetzesdekrets Nr. 124/1988 und insbesondere gemäß Buchstabe b) desselben).*

La parola al consigliere Nicolini per l'illustrazione, prego.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Questa mozione è per una richiesta di presa in carico dei pazienti *post*-Covid e l'attivazione di percorsi di *follow-up* e quindi di presa in carico con dei protocolli definiti e con l'esenzione secondo il decreto legislativo n. 124/98.

Il *Long Covid disease* è una sindrome, un insieme di sintomi che si presentano soprattutto a chi è stato colpito da una forma grave di Covid, una forma di malattia ancora poco conosciuta, ovviamente ci sono numerosi studi che però non sono arrivati ancora a definire l'insieme completo di sintomatologia, decorso e tempistiche e quindi è ancora una materia nuova, perché ovviamente è anche una malattia nuova, che è nata dopo lo scoppio della grande pandemia.

Per dare comunque un'idea di cosa si tratta, possiamo dire che generalmente si presenta con astenia, affaticamento, problemi polmonari o affanno, e queste sono delle caratteristiche generiche, poi però ci sono anche dei sintomi particolari, un po' più specialistici, in particolare ci potrebbero essere dei disturbi cardiovascolari come dolori toracici, disturbi neurologici come cefalee, o disturbi del sonno come l'insonnia, disturbi gastrointestinali che possono essere dolori addominali, nausea, vomito e diarrea, dolori muscoloscheletrici e dolori alle articolazioni come quando si ha un'influenza, poi ci sono dei sintomi psicologici o psichiatrici come

la depressione e l'ansia, e questi sono anche dei sintomi che perdurano spesso per lungo periodo, poi sintomi otorinolaringoiatrici come la perdita del gusto e dell'olfatto e per ultimi sintomi dermatologici come *rash* cutanei o eczemi.

Questo soltanto per dare un po' il contorno dei sintomi da monitorare, diciamo che non c'è una sintomatologia chiara, ogni malato grave reagisce in modo differente e c'è anche da dire che solo una parte delle persone che sono state colpite anche da forma grave ne soffre, non posso neanche sparare dei numeri a caso, però circa un terzo delle persone che sono state ospedalizzate e che quindi hanno sofferto di una forma grave, presenta questi disturbi che, come detto, sono molto variabili, un po' come il vaccino, ogni persona reagisce in modo differente e questo lo abbiamo imparato.

Nonostante sia un fenomeno nuovo che presenta anche molte forme di esternazione, ci sono già numerosi studi e anche delle guide scientifiche, ad esempio la Fondazione GIMBE, un istituto italiano importante, ha già delineato delle linee guida di trattamento, e quindi è importante avere comunque un approccio multidisciplinare, perché come detto non è soltanto una malattia generica, ma necessita di vari specialisti.

Quello che è necessario è informare bene i pazienti su quelli che potrebbero essere i sintomi, in modo da tenerli sotto controllo e sempre monitorati, quindi si richiede anche alla nostra Provincia di fare delle linee guida, delle linee di indirizzo e anche delle piattaforme per poter intervenire e curare questi pazienti che hanno sofferto di queste sindromi che forse sono anche poco sentite, perché abbiamo vissuto un periodo dove la grande attenzione era sulla fase acuta della malattia, e sul cercare di salvare le persone da un destino fatale, e altra grande attenzione si riversa su tutta la prevenzione, i vaccini e i tamponi per prevenire questa malattia, e meno attenzione forse è stata data a chi ha già superato questo primo tempo della malattia e adesso ha ancora numerosi strascichi nel fisico.

Nella definizione di queste linee sarebbe anche opportuno estendere soprattutto un'assistenza territoriale, in modo che le persone possano essere curate a casa e quindi attivare i sistemi di telemedicina, televisita, teleconsulto per poter curare le persone all'interno delle loro case.

Immagino che l'assessore mi risponderà che qui a Bolzano è già stato attivato qualcosa, e in effetti c'è un osservatorio, però dal mio punto di vista questo dovrebbe essere esteso anche agli altri comprensori e soprattutto alla medicina territoriale, in modo che chi ha sofferto di questa fase acuta possa trovare facilmente delle linee guida, una certa preparazione e non sia soltanto un intervento *spot.*

Quello che si chiede soprattutto non è soltanto di delineare delle linee guida – e qua vado già alla parte dispositiva – ma di stabilire che non ci sia nessuna compartecipazione alla spesa per curare questi sintomi che si possono correlare a una tutela della salute collettiva e quindi beneficiare di questo decreto legislativo n. 124/98 che permette un'esenzione completa dal *ticket*. Questa è la richiesta che rivolgo al nostro assessore, Grazie!

PLONER Franz (Team K): Frau Präsidentin! Dieser Beschlussantrag von Kollegen Nicolini greift ganz ein wichtiges Problem der Covid-19 Erkrankung auf. Er gilt jetzt nicht nur für die Akutphase, sondern es geht vor allem um die Post-Akut-Phase dieser Covid-Erkrankungen. Es handelt sich um das gesamte Problem der Post-Covid-19-Erkrankung der Patienten, die trotz – und das ist das Problem – der akuten Abheilungsphase weiterhin an großen Problemen leiden. Nun subsummiert man darunter eine Vielzahl von Erkrankungen, die im Beschlussantrag aufgelistet sind, wie Post Intensive Care Syndrome (PICS) oder das Lang-Covid-Syndrom, aber auch – und das ist viel wichtiger – die ganzen psychologischen und psychiatrischen Erkrankungen, das heißt posttraumatische Belastungsstörungen bis hin zu Depressionen und dergleichen usw. Das heißt, diese Erkrankung geht in eine chronische Phase über und bedarf einer langfristigen Betreuung dieser Patienten. Aus den Daten, die wir kennen, leidet wahrscheinlich jeder Achte akut erkrankte Covid-Patient an einem Post-Covid-Syndrom, insbesondere auch Kinder. Die Ursache dahinter – ich will jetzt nicht in die Pathophysiologie eingehen – ist an sich eine Zerstörung des Endothels der Zellen. Das führt im Gehirn zu einer Schädigung dieser Hirnschranke. Wir wissen zur Zeit noch lange nicht, ob nicht das auch ein Grund für eine spätere beginnende frühzeitige Demenz sein könnte, leider Gottes scheint es so zu sein. Deshalb bedürfen diese Patienten vor allem einer Langzeitbetreuung, weil sie chronisch krank werden. Eine Langzeitbetreuung bedeutet, dass sie multidisziplinär bzw. multimodal erfolgen muss. Das übernimmt nicht mehr nur ein Fachmann, sondern es sind mehrere Fachmänner oder Fachfrauen, die diesen Bereich übernehmen müssen, insbesondere die Psychologie. Es bedarf einer ausgesprochenen psychologischen Betreuung, da sie – und das ist die posttraumatische Belastungsstörung - zu einer schweren Antriebslosigkeit führen. Diese Menschen gehen in die Antriebslosigkeit und verlieren aufgrund dieser Situation auch weitgehend ihren Arbeitsplatz. Es sind junge

Menschen. Im Verhältnis zwischen Männer und Frauen sind bedauerlicherweise die Frauen mehr betroffen als die Männer, die an sich schon unter dieser Pandemie leiden. Die Daten, die hier aufgelistet worden sind, sind die Daten aus San Raffaele, aber das ist nur eine Studie. Ich verweise auch auf eine gute Studie aus dem Krankenhaus Sterzing von der Neuro-Reha, wo man vor allem auch die Pathophysiologie aufgearbeitet hat, denn es scheint aufgrund dieses Stoffwechselstörungssyndroms zu einem Verlust der Dopaminstoffwechsels zu kommen. Dopamin ist an sich das Glückshormon im Zentrum des Gehirns, insbesondere dem Frontalhirn. Wenn das abfällt, fehlt der Antrieb. Deswegen geht das in die Depression. Weil das jetzt chronisch ist - und er hat es auch in den DSM-5-Kriterien angeführt, die DSM-5-Klassifierung ist eine neurologische Klassifizierung, aber auch in der ICD-9 und ICD-11-Klassifizierung, das ist die WHO-Klassifizierung -, ist das Long-Covid-Syndrom bereits als eine eigene Erkrankung aufgenommen worden. Weil sie chronisch ist, müssen wir diese Menschen auch von ihren Belastungen befreien, denn sie brauchen eine regelmäßige Therapie. Deswegen sollten sie auch in die LEA mitaufgenommen werden und sie müssen einen Kodex bekommen, wie es hier im beschließenden Teil angeführt worden ist, damit sie von den Tickets befreit sind. Sie müssen dreimonatliche bzw. halbjährliche Kontrollen in den entsprechenden Kliniken durchführen. Außerdem empfehle ich, dass sogenannte Post-Covid-Ambulanzen errichtet werden. In vielen Kliniken ist das schon Standard, dass Post-Covid-Ambulanzen kurzfristig eingerichtet werden, damit die dann sogenanntes Case-Management betreiben und diese Patienten den entsprechenden Fachdisziplinen zuführen. Wir werden diesen Beschlussantrag mittragen, weil er ein ganz, ganz wichtiges Thema aufweist. Danke!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente, solo molto brevemente, per dire che condividiamo molto volentieri questa mozione che è una mozione importante su un tema che avevamo affrontato anche noi in alcune interrogazioni, perché quando vieni a contatto con questo tema, vedi che si apre veramente un campo larghissimo e anche il collega Ploner adesso ha spiegato bene.

Quello che io trovo così ostico in questo tema è che credo che molte volte sia ancora sottovalutato anche perché, come adesso ha detto il consigliere Ploner, sono delle situazioni che già di per sé spesso vengono sottovalutate, sappiamo anche nella medicina di genere quante volte viene trascurata una diagnosi proprio in questi campi di transizione tra un fenomeno e l'altro, tra una sintomatologia e l'altra, e quindi è sicuramente molto importante tenerlo a mente ed è molto importante intervenire, e quindi condividiamo molto volentieri. Grazie!

MAIR (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, auch von unserer Seite eine Zustimmung zu diesem Beschlussantrag, der mehr als berechtigt und wichtig ist. Kollege Ploner hat es detailliert ausgeführt. Es ist – glaube ich – das Mindeste, dass diese Menschen, die davon betroffen sind, diese Long-Covid-Patienten vom Ticket befreit sind, aber es geht – da möchte ich eine Klammer aufmachen – in meinen Augen nicht nur um die Nachsorgedienste, sondern die Politik muss sich auch Gedanken darüber machen, wie wir jenen Menschen, die besonders betroffen und arbeitsunfähig geworden sind, finanziell unter die Arme greifen und weiterhelfen können. Derzeit sieht es leider Gottes so aus, dass diese Menschen, die nach sieben Monaten noch an wirklich schweren Symptomen leiden, völlig arbeitsunfähig sind, überall rausfallen. Sie sind arbeitslos, bekommen aber kein Arbeitslosengeld, da sie ja krank sind. Sie bezeichnen sich selbst als Invaliden, da es effektiv so ist. Ich habe selbst mit einer Betroffenen gesprochen und den Fall auch in der aktuellen Corona-Debatte vorgebracht. Sie ist alleine nicht imstande, sich die Zähne zu putzen. Es sind Pflegefälle, die aber nicht als Pflegefälle eingestuft werden, sie hängen völlig in der Luft. Ich denke, die Politik tut gut daran, dass man die Nachsorgedienste selbstverständlich ermöglicht und garantiert, aber für die besonders schweren Fälle, die wirklich arbeitsunfähig geworden sind, muss auch hier - wie man das Kind nennt, ist egal –eine Lösung gefunden werden. Diese Menschen haben effektiv ihre Autonomie bzw. ihre Freiheit verloren und sind nicht mehr imstande, ein selbständiges Leben zu führen. Kollege Ploner hat es richtig gesagt, es sind junge Menschen, gerade auch junge Frauen, die von heute auf morgen ihr bisheriges Leben verloren haben, die mit 45, 46 oder 47 Pflegefälle sind, die absolut ihre Körperpflege selbst nicht mehr machen können. Von Arbeit reden wir gar nicht, sie haben ihren Job verloren und hängen alleine in der Luft. Wir unterstützen den Antrag selbstverständlich, indem man zumindest die Nachsorge ermöglicht, ticketbefreit usw., aber die Politik muss hier auch eine Möglichkeit schaffen und finden, wie man diesen Long-Covid-Patienten, die arbeitsunfähig geworden sind, die ihren Job verloren haben, finanziell unter die Arme greifen kann, und zwar nicht mit einem Zuckerle, sondern es muss mindestens die Höhe des Arbeitslosengeldes ausmachen.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Breitband, Genossenschaftswesen - SVP): Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Kollege Nicolini! Ich danke für den Antrag. Ich denke, dass das wirklich ein sehr, sehr wichtiges Thema ist. Mir ist erst richtig bewusst geworden, wie stark uns dieses Thema die nächsten Jahre beschäftigen wird, sobald die erste Studie herausgekommen ist, die in Sterzing gemacht wurde - und es werden weitere folgen -, die hausintern gemacht wurde, wo die Langzeitfolgen in gewissen Bereichen an Covid-Patienten gemessen und eruiert worden sind. Wenn man dort gesehen hat, dass 20 Prozent der Covid-Patienten - ganz egal, ob sie einen schweren, leichten oder mittleren Verlauf hatten - Langzeitfolgen haben, dann ist das schon sehr, sehr bedenklich. Das heißt, dass - ganz egal, ob das Virus unter uns sein wird oder nicht – wir mit den Folgen des Virus noch lange zu tun haben werden. Hier rüsten sich praktisch alle seriösen gut aufgestellten Realitäten und genauso auch wir. Ich lese Ihnen vor, was wir alles schon machen, worüber Sie aber wahrscheinlich gut informiert sind. Es wurde eine betriebsweite Post-Covid-Ambulanz eingerichtet, in der alle klinisch und virologisch geheilten Patienten, die nach der typischen Rekonvaleszenzperiode von Covid-19 mit negativem PCR-Abstrich länger als zwei Monate Symptome zeigten, betreut werden. Träger der Post-Covid-Ambulanz ist das Team für Infektionskrankheiten. Die Betreuung erfolgt mit einem multidisziplinären und personalisierten Ansatz, um sicherzustellen, dass alle psychischen, physischen und neurokognitiven Langzeitfolgen frühzeitig erkannt und die Patienten und deren Familienmitglieder über den Verlauf der Covid-19-Erkrankung und deren möglichen Folgen aufgeklärt werden. Der Patient, der in das Nachsorgeprogramm aufgenommen wird, führt zunächst die im Basisprotokoll vorgesehenen Blutuntersuchungen und ein Elektrokardiogramm durch. Anschließend bekommt er einen Termin in der Ambulanz, wo er zuerst ein Gespräch mit einem Psychologen führt und dann von einem Infektiologen untersucht wird, der auch seine Krankheitsgeschichte aufnimmt. Wenn nötig, wird der Patient in Bezug auf die aufgetretenen Symptome und die klinische Bewertung an einen weiteren Spezialisten wie Pneumologe, Psychiater, Physiater, Kardiologe, Neurologe, HNO, Augenarzt, Endokrinologe usw. überwiesen, wo er dann weiterbehandelt wird. Die Post-Covid-Ambulanz arbeitet eng mit dem psychologischen Dienstbereich, dem Krankenhaus zusammen. Die psychologischen Dienste der vier Bezirke sind bereits mit dem Covid-Notzustand im März 2020 am PsychHelp-Netzwerk beteiligt und bieten medizinische sowie persönliche Behandlungen für Patienten an, die sehr, sehr rege genutzt werden, und Familienmitgliedern und Betreuern an. Die psychotherapeutische Tätigkeit wurde nie ausgesetzt und zur Zeit wird der Nachbehandlung weitere Aufmerksamkeit gewidmet, da im Antrag beschriebene Problematiken in der täglichen Arbeit mit diesen Patienten festgestellt wurde. Natürlich ist dies in Zukunft sicher noch auszubauen, aber es ist schon lange gestartet und wird schon sehr, sehr intensiv betrieben, was auch richtig so ist.

Zum zweiten Punkt, der Ticketbefreiung. Sie wissen, dass im Gesetzesdekret 73/2021 diese auf zwei Jahre vorgesehen ist, und der Beschluss der Landesregierung vom 22.12.2020 regelt die Verwendung des Befreiungskodexes COV. Dort ist unter anderem vorgesehen, dass alle angemessenen Gesundheitsleistungen der Überwachung der Krankheit, die auf Komplikationen zur Verhinderung weiterer Verschlimmerungen ohne Kostenbeteiligung verschrieben werden kann. Die Dauer der Ticketbefreiung beträgt drei Monate ab dem Datum der Fertigstellung der Covid-19-Infektion und kann auf Antrag des verschreibenden Arztes um weitere drei Monate verlängert werden. Es ist jetzt nicht so, dass sie es nicht mehr länger machen wollen, sondern es hat ein neues Gesetzesdekret gegeben, Nr. 73/2021, und hier werden die fachärztlichen Leistungen festgelegt, die an Ex-Covid-Patienten ohne Kostenbeteiligung verschrieben werden können. Die ist in Ausarbeitung, um dann die drei Monate auf die nächsten Jahre zu verlängern. Dort wird genau drinnen stehen, was es beinhaltet. Ich habe davor schon viele Bereiche genannt. Es gilt natürlich für die Dauer, die vom Gesetzesdekret vorgesehen ist. Wir denken, dass innerhalb 24.7., also nicht ganz in einem Monat, die genauen Beschreibungen vorliegen werden, für jene Leistungen, die dann in dieses Gesetzesdekret aufgenommen und umgesetzt werden. Das heißt, wir sind in der vollen Umsetzungsphase und nehmen das - genauso wie Sie sagen – ernst, denn es ist ein reelles Problem, das uns noch lange begleiten wird. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, dass wir das machen. Im Prinzip – ich sage nicht voll inhaltlich – sind Ihre Fragen schon umgesetzt, sie sind aber weiter zu verbessern und weiter zu vertiefen. Im Wesentlichen ist das Programm, das Sie anfragen, am Laufen.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ringrazio particolarmente le colleghe e i colleghi, e in particolare il contributo professionale del dottor Ploner.

È un argomento di estrema importanza e mi fa piacere che anche l'assessore lo condivida, nel particolare io sono stato esortato a presentare questa mozione proprio perché sono venuto a conoscenza di diversi

casi, tra cui quello di un atleta che aveva perso la capacità polmonare a seguito della malattia e si è sentito un po' abbandonato.

Comunque mi fa piacere che l'assessore abbia già provveduto, che presto entri in vigore anche questo decreto che prevede l'esenzione e mi auguro che venga implementato presto. Grazie!

PRESIDENTE: Metto in votazione la mozione n. 428/21: respinta con 16 voti favorevoli e 19 voti contrari.

Punto 7) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 429/21 del 9/4/2021, presentata dai consiglieri Staffler, Foppa e Dello Sbarba, riguardante verificare la compatibilità climatica delle sovvenzioni alle imprese private."**

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 429/21 vom 9.4.2021, eingebracht von den Abgeordneten Staffler, Foppa und Dello Sbarba, betreffend Klimacheck: Wie klimaverträglich sind Subventionen an die private Wirtschaft?"**

Verificare la compatibilità climatica delle sovvenzioni alle imprese private

Premessa

La protezione del clima è diventata una delle priorità dell'Unione Europea e della comunità internazionale. Alla conferenza delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici, che si è svolta a Parigi il 12 dicembre 2015, i firmatari dell'UNFCCC1 – all'epoca 195 Paesi e l'Unione Europea – hanno sottoscritto l'Accordo di Parigi.

Con l'Accordo di Parigi si stabiliva di contenere il riscaldamento globale antropogenico ben al di sotto dei 2 °C rispetto ai livelli preindustriali e di proseguire gli sforzi per limitarlo a 1,5 °C. Nel di¬cembre 2020, i capi di Stato e di Governo dell'UE hanno concordato di ridurre, entro il 2030, del 55% le emissioni rispetto al 1990. Secondo il Green Deal Europeo (GDE) tutti i Paesi dell'UE dovranno raggiungere la neutralità climatica (le cosiddette emissioni zero) entro il 2050.

I Paesi aderenti si sono impegnati ad attuare le parti vincolanti dell'Accordo con l'ausilio di piani nazionali per l'azione per il clima. Tuttavia, proteggere il clima non deve solo essere compito dello Stato, ma anche i vari enti, le Province, le Regioni e i Comuni sono, nel quadro delle loro molteplici competenze, corresponsabili per l'attuazione degli obiettivi climatici nazionali e internazionali.

Nell'Accordo di Parigi si riconosce esplicitamente il ruolo importante dei "soggetti interessati che non sono parti dell'Accordo nell'affrontare i cambiamenti climatici". Accanto alle istituzioni regionali e comunali già citate vi rientrano anche la società civile e le imprese private.

Tutti questi soggetti sono chiamati ad aumentare gli sforzi, sostenere misure per ridurre le emissioni, aumentare la resilienza e promuovere la collaborazione regionale e internazionale.

Cosa può fare la Provincia per quanto riguarda le politiche climatiche?

Benché la protezione dell'ambiente e del clima non rientrino tra le competenze primarie della Provincia autonoma di Bolzano, l'autonomia speciale offre comunque molte possibilità di promuovere azioni per il clima. Anche se a livello nazionale si è impostata la rotta con l'introduzione di una tassa sulle emissioni di CO2, è proprio in materia di po-litica energetica, economica, agraria e di mobilità nonché rispetto alle infrastrutture pubbliche che la Provincia può dare un segnale attuando con decisione una politica a favore del clima.

Ogni anno la Provincia autonoma di Bolzano eroga al settore produttivo consistenti somme di denaro sotto forma di sovvenzioni, attingendo dai fon¬di del proprio bilancio. Il commercio, l'artigia¬nato, il turismo e l'agricoltura sono così gestiti con un'ottica economica e gli obiettivi di politica sociale spesso non sono definiti chiaramente. In futuro – come previsto dall'Accordo di Parigi – le misure per la riduzione delle emissioni dovranno avere anche il pieno appoggio degli enti locali. E qui entra in gioco la nostra autonomia speciale con le sue molteplici competenze, e così appare evidente che l'autonomia speciale comporta anche una responsabilità particolare per quanto riguarda le politiche climatiche.

Ogni anno più di un miliardo di euro escono dal bilancio provinciale come spese per investimenti. Questi fondi sono trasferimenti di capitale alle imprese private o vengono impiegati per infrastrutture pubbliche di trasporto e per l'edilizia pubblica di vario genere. Se questo miliardo investito ogni anno va a vantaggio del clima oppure no, al momento nessuno è in grado di dirlo. Vista

l'urgenza della situazione è necessario sottoporre tutte le spese per investimenti in generale, e in particolare i finanziamenti pubblici destinati al settore privato, a una verifica della loro compatibilità climatica.

Verifica della compatibilità climatica delle spese per investimenti e delle sovvenzioni al settore produttivo

Nel contesto del cambiamento climatico e nel qua¬dro delle strategie internazionali e nazionali per il clima la Provincia autonoma di Bolzano deve, nell'ambito dei suoi numerosi poteri politici, fare qualcosa per contribuire attivamente alla protezione del clima. Attualmente si sta rivedendo il documento strategico "Energia Alto-Adige 2050" per adeguarlo alle linee generali dell'Accordo di Parigi e del Green Deal Europeo. È l'occasione per valutare la politica energetica e climatica sinora perseguita dalla Provincia e nel contempo sondare le future possibilità di governance.

Tutti gli attori politici della Giunta e del Consiglio provinciali hanno la necessità di capire quali sovvenzioni e investimenti pubblici comportino un aumento di gas serra oppure evitino la loro produzione. La politica delle sovvenzioni e degli investimenti è politica climatica applicata. Per questo motivo bisogna verificare l'idoneità climatica di ogni linea di sovvenzioni o investimenti, il che richiede un'accurata analisi scientifica. In futuro le attività economiche che incidono negativamente sul clima non dovranno più ricevere sostegni dalla mano pubblica. La cosa avrebbe un duplice risvolto positivo, perché da un lato si eviterebbero investimenti sbagliati a danno del clima e nel contempo i fondi resisi disponibili potrebbero essere impiegati per una politica climatica efficace.

Per questi motivi il

Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica

la Giunta provinciale

1. *di commissionare uno studio per verificare la compatibilità climatica dei flussi finanziari dalla mano pubblica al settore produttivo, in cui venga analizzata l'idoneità climatica degli strumenti economici e finanziari della Provincia;*
2. *di presentare al Consiglio provinciale i risultati dello studio e*
3. *di stabilire in seguito, sulla base di questi risultati, criteri vincolanti per la futura politica delle sovvenzioni nell'ottica della protezione del clima.*

Klimacheck: Wie klimaverträglich sind Subventionen an die private Wirtschaft?

Einleitung

Klimaschutz zählt mittlerweile zu den Schwerpunkten der Europäischen Union und der Internationalen Gemeinschaft. Auf der UN-Klimakon¬ferenz in Paris, am 12. Dezember 2015 verabschiedeten die Vertragsparteien der UNFCCC – seinerzeit 195 Staaten und die Europäische Union – das Übereinkommen von Paris.

Im Übereinkommen von Paris wurde festgelegt, die menschengemachte globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Im Dezember 2020 haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Für das Jahr 2050 soll laut dem Europäischen Grün Deal (EGD) die EU-weite Treibhausgas-Neutralität erreicht werden.

Die Unterzeichnerstaaten des Pariser Abkommens haben sich bereit erklärt, die verpflichtenden Teile des Abkommens mithilfe von nationalen Klimaschutzplänen umzusetzen. Klimaschutz kann aber nicht nur eine staatliche Aufgabe sein, sondern Körperschaften wie Länder, Regionen und Gemeinden sind im Rahmen ihrer vielfältigen Kompetenzen mitverantwortlich für die Umsetzung der internationalen und nationalen Klimaschutzziele.

Im Pariser Übereinkommen wird explizit anerkannt, dass "nicht zu den Vertragspartnern gehörende Interessensträger" bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle spielen. Dazu zählen neben den bereits zitierten Behörden auf regionaler und kommunaler Ebene auch die Zivilgesellschaft und die private Wirtschaft.

All diese sind aufgerufen, ihre Anstrengungen zu verstärken und Maßnahmen zur Emissionsminderung zu unterstützen, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und die regionale und internationale Zusammenarbeit zu fördern.
Welche klimapolitischen Möglichkeiten hat das Land?
Obwohl Umwelt- und Klimaschutz nicht zu den primären Befugnissen der Autonomen Provinz Südtirol zählen, verfügt Südtirol dank seiner Sonderautonomie dennoch über zahlreiche Möglichkeiten, den Klimaschutz zu fördern. Zwar werden übergeordnete Weichen wie die Einführung einer CO2-Steuer auf staatlicher Ebene gestellt, doch gerade in der Energie-, Wirtschafts-, Agrar- und Mobilitätspolitik sowie bei den öffentlichen Infrastrukturen kann das Land entscheidende Akzente setzen und eine forcierte Klimapolitik fahren.
Die Südtiroler Landespolitik zahlt jährlich beträchtliche Geldsummen aus dem öffentlichen Haushalt in Form von Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft. Die Sektoren Handel, Handwerk, Tourismus, Landwirtschaft erfahren damit eine wirtschaftspolitische Steuerung, wobei oftmals die gesellschaftspolitisch angestrebten Ziele nicht eindeutig definiert sind. In Zukunft – und das besagt das Pariser Abkommen – müssten Maßnahmen zur Emissionsminderung auch von den lokalen Körperschaften mit Nachdruck unterstützt werden. Hier kommt nun Südtirols Sonderautonomie mit den vielen Befugnissen ins Spiel und es wird deutlich, dass die Sonderautonomie auch eine besondere Verantwortung hinsichtlich Klima¬politik mit sich bringt.
Jährlich werden über eine Milliarde Euro aus dem Landeshaushalt in Form von Investitionsausgaben ausbezahlt. Diese Geldmittel werden für Kapitalzuweisungen an die private Wirtschaft, für öffentliche Verkehrsinfrastrukturen und Bauten jeglicher Art verwendet. Ob diese jährliche Investitions-Milliarde klimapolitisch von Vorteil oder von Nachteil ist, kann heutzutage niemand sagen. Daher ist es angesichts der dringlichen Situation notwendig, sämtliche Investitionsausgaben im Allgemeinen und die Finanzflüsse der öffentlichen Hand an die private Wirtschaft im Speziellen einem Klimacheck zu unterwerfen.
Klimacheck der Investitionsausgaben und der Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft
Vor dem Hintergrund des Klimawandels und im Rahmen der internationalen und nationalen Klimaschutzstrategien ist das Land Südtirol angehalten, seinen aktiven Beitrag zum Klimaschutz im Rahmen seiner vielen politischen Befugnisse zu leisten. Derzeit wird das Strategiedokument "Südtirol Energie 2050" überarbeitet und an die Rahmenbedingungen des Pariser Abkommens und des Europäischen Grünen Deals angepasst. Dies ist die Gelegenheit, die bisher erfolgte Energie- und Klimapolitik des Landes zu evaluieren und die zukünftigen steuerungspolitischen Möglichkeiten auszuloten.
Es ist für alle politischen Akteure der Landesregierung und des Landtages notwendig zu verstehen, welche Subventionen und Investitionen der öffentlichen Hand Treibhausemissionen fördern oder vermeiden. Subventions- und Investitionspolitik sind angewandte Klimapolitik. Daher müsste jede Subventions- oder Investitionslinie auf ihre Klimatauglichkeit hin gecheckt werden, was einer profunden wissenschaftlichen Analyse bedarf. In weiterer Folge dürfen klimaschädliche Wirtschaftstätigkeiten nicht mehr von der öffentlichen Hand gefördert werden, was einen doppelt positiven Effekt hätte: einerseits würden klimaschädlichen Fehlinvestitionen vermieden und andererseits könnten diese frei gewordenen Finanzmittel für wirksame Klimaschutzpolitik eingesetzt werden.
Daher

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. *eine Studie zum Klimacheck der Finanzflüsse von der öffentlichen Hand an die gewerbliche Wirtschaft in Auftrag zu geben, welche die Klimatauglichkeit der wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente des Landes analysiert (Klimacheck);*
2. *die Ergebnisse dieser Studie dem Landtag vorzustellen;*
3. *und anschließend aufgrund der Ergebnisse dieser Studie verbindliche Kriterien für eine zukünftige Subventionspolitik im Sinne des Klimaschutzes zu erstellen.*

La parola al consigliere Staffler per l'illustrazione, prego.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente, werte Kolleginnen und Kollegen! "Klimacheck" steht als Begriff für einen Abschnitt in einem Prozess, den wir alle kennen. Die Wirtschaftstreibenden unter uns, kennen diesen Prozess/Schritt als KVP, kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Diejenigen, die im sozialen Bereich tätig sind oder tätig waren, kennen diesen Schritt als Evaluation. Und diejenigen, die weder dem einen Sektor noch dem anderen Sektor anhängen, wissen auch, was es ist, eine Prüfung, nichts anderes als eine Prüfung, so wie wir es alle irgendwann einmal in der Schule durchleben mussten. Welche Prüfung, welcher Check wird hier von uns vorgeschlagen? Die Klimaziele, die im Jahr 2015 in Paris vereinbart wurden, von 195 Staaten, sind natürlich von diesen Staaten in erster Linie umzusetzen. Die Staaten haben sich verpflichtet, sogenannte nationale Klimapläne zu entwickeln. Aber – jetzt kommt es – es steht explizit im Pariser Klimaschutzabkommen, dass nicht nur die Staaten diese Klimaschutzpläne ausarbeiten sollen, sondern auch nachgeordnete institutionelle Ebenen. Und wir in Südtirol sind so eine nachgeordnete institutionelle Ebene. Daher ist es natürlich auch unsere Aufgabe, hier aktiv zu werden. Ich will damit nicht sagen, dass wir nicht aktiv geworden sind. Wir haben ja schon im Jahr 2011 den Klimaplan 2050 entwickelt. Dieser Klimaplan ist momentan in Überarbeitung. Wir warten bereits seit einem Jahr auf den neuen Klimaplan, weil die dort festgesetzten Maßnahmen neu überarbeitet werden müssen. Sie müssen ambitionierter werden und daher fehlt momentan sozusagen in Südtirol der Klimakompass, weil immer noch dieses wichtige Dokument in Ausarbeitung ist und wir – wie gesagt – darauf warten. Es ist auch so, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Klimaschutz reden, hört man ja so Begriffe wie CO_2-Besteuerung beispielsweise oder irgendwelche andere Umweltsteuern. Da wissen wir gemeinsam, dass wir auf der Ebene des Landes keine Kompetenzen haben und somit die Steuerhebel nicht einführen können. Aber – und jetzt kommt das Lustige an dieser ganzen Geschichte – die Autonomie hat uns natürlich einen Haufen, eine Menge Rechte geschenkt, aber gleichzeitig haben wir damit auch eine Menge von Pflichten auf uns genommen, weil wir – abgesehen vom Steuerrecht - in doch einigen Sektoren und in wesentlichen Sektoren primäre Gesetzgebungskompetenz haben und primär agieren können, beispielsweise Raumordnung, Wohnbau, Mobilität, zum Teil sogar Energie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Infrastrukturen. Es gibt eine ganze Reihe von Kompetenzen, die uns das Autonomiestatut gegeben hat, und über diese Kompetenzen kann man, muss man - und so will es auch das Pariser Abkommen - Klimapolitik betreiben.

Wie werden heute diese Sektoren gesteuert? Ich sage jetzt einmal über den Daumen können wir heutzutage – und wir werden es jetzt im nächsten Monat wieder besprechen – von einer Investitionsmilliarde sprechen. Es ist mittlerweile etwas mehr, wir sind auf 1,3 Milliarden, aber wir haben ungefähr jedes Jahr mindestens eine Investitionsmilliarde zur Verfügung und mit diesem Geld wird Wirtschaftspolitik gemacht. Mit diesen Geldmitteln werden Infrastrukturen geschaffen und mit diesen Geldmitteln werden einzelne Wirtschaftssektoren wie Handwerk, Handel, Landwirtschaft unterstützt.

Diese Investitionsmilliarde ist aus unserer Sicht der Schlüssel für eine moderne Klimapolitik und wir – das wissen wir heute nicht, da mache ich niemanden einen Vorwurf – wissen heute nicht, ob diese Investitionsmilliarde klimapositive, klimanegative oder klimaneutrale Eigenschaften hat. Das können wir heute nicht wissen, weil es noch nie untersucht wurde. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, werte Kolleginnen und Kollegen, dass auch Europa, die EU in diese Richtung bereits dabei ist, Konzepte zu entwickeln. Es tun sich alle schwer, hier sozusagen gute Konzepte auszuarbeiten, weil es natürlich eine neue Herausforderung ist, eine Herausforderung, die wir auf Landesebene haben, die es auf nationaler Ebene und natürlich auch auf europäischer Ebene gibt.

Wichtig sind aus unserer Sicht in Zukunft die Geldmittel, also diese Investitionsmilliarde steht mittlerweile für 1,3 oder 1,4 Milliarden, dass diese Investitionsmilliarde auf ihre Klimaverträglichkeit hin, auf ihre Klimaauswirkungen hin gecheckt wird. Dafür braucht es Instrumente und diese Instrumente sind zu entwickeln. Die haben wir noch nicht in der Hand. Hier gäbe es aber im Land die Kompetenzen, angefangen von der EURAK über die UNI bis auf einige Institute privatwirtschaftlicher Natur, die sich sehr stark mit dieser Thematik auseinandersetzen. Wir müssten als ersten Schritt sozusagen – um dem Klima-Südtirol auf die Beine zu helfen – ein Instrumentarium bzw. eine Methode schaffen, wie man den Klimacheck auf diese Investitionsmilliarde umlegen kann. Das ist aus unserer Sicht eine angewandte Klimapolitik. Es ist nicht einfach, eine solche Klimacheckliste gibt es nicht von der Stange. Die muss man entwickeln, die muss man wirklich mit Köpfchen entwickeln und dazu möchten wir der Landesregierung diesen Klimacheck vorschlagen.

Die Subventions- und Investitionspolitik ist angewandte Klimapolitik. Je früher wir damit beginnen, Konzepte auszuarbeiten, desto besser ist es, desto früher haben wir Instrumente in der Hand, um diesen Klimacheck zu machen. Vielleicht könnten wir hier sogar eine Pioniertat begehen und vorausmarschieren, weil – wie gesagt – es tun sich alle schwer, hier ein Instrumentarium zu schaffen, die einen, weil sie es vielleicht nicht wollen, die anderen, weil sie nicht die Kompetenzen zur Verfügung haben, so wie wir sie hätten, und somit treten wir - insgesamt gesehen - diesbezüglich auf der Stelle.

Was schlagen wir vor? Wir schlagen vor, dass wir beginnen, eine Studie zum Klimacheck der Finanzflüsse von der öffentlichen Hand an die gewerbliche Wirtschaft in Auftrag zu geben, aber nicht nur, sondern auch jene Geldmittel, die in die öffentlichen Infrastrukturen fließen, weil die Investitionsmilliarde teilweise in die gewerbliche Wirtschaft und teilweise in öffentliche Infrastrukturen fließt. Diese Studie ist sozusagen das Instrumentarium, mit dem wir dann in Zukunft die Investitionsmilliarde auf Herz und Nieren (ob sie klimatauglich ist oder nicht) prüfen können. Das wäre aus unserer Sicht ein Vorschlag, der zukunftsweisend ist. Glauben Sie mir, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir es heute nicht machen, dann müssen wir es spätestens in drei, vier oder fünf Jahren machen. Also hier sind wir gut beraten, zu beginnen, uns den Kopf zu zerbrechen oder unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die das sicherlich können, um dieses Instrumentarium zu schaffen, mit dem wir dann eine gezielte Klimapolitik der Zukunft machen können.

Ich habe noch ein paar Sekunden, aber ich werde sie mir aufbehalten und mich eventuell noch einmal zu Wort melden. Ich danke Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für die Aufmerksamkeit. Die Diskussion werden wir wohl morgen weiterführen. Danke schön!

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Staffler. Proseguiamo domani con la discussione.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

La seduta è chiusa.

Ore 18.00 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

AMHOF (82, 98)
ATZ TAMMERLE (94)
FOPPA (66, 89, 93, 106)
HOCHGRUBER KUENZER (2)
KNOLL (1, 2, 70, 91)
KÖLLENSPERGER (90)
KOMPATSCHER (92, 99)
LANZ (81, 92)
LEITER REBER (78, 98)
LOCHER (35, 77)
MAIR (106)
NICOLINI (72, 104, 107)
PLONER Franz (25, 80, 105)
REPETTO (73, 97)
RIEDER (68)
SCHULER (84)
STAFFLER (97, 99, 111)
TAUBER (91)
UNTERHOLZNER (1, 2, 75)
URZÌ (1, 75, 95, 99)
VETTORI (83)
PRESIDENTE MATTEI (24)
WIDMANN (1, 84, 107)